




Bundesministerium
der Finanzen

F a c h b l i c k

Das Ministerium

Monatsbericht des BMF Dezember 2003



20	9,15	TC	9,60
54	15,95	TC	4,90
93	9,95	TC	1,70
756	4,75	TC	12,15
79	1,76	TC	



Monatsbericht des BMF Dezember 2003

Inhaltsverzeichnis

Editorial	7
Übersichten und Termine	9
Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzwirtschaftlicher Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2003	26
Termine	28
Analysen und Berichte	31
Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms – Fortsetzung des Konsolidierungskurses unter schwierigen Rahmenbedingungen	33
Mittelstandsfinanzierung in Deutschland	39
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2003	49
Stand und Entwicklung der Steuerrückstände 2002	53
Eine Europäische Wachstumsinitiative zur Stärkung der Wachstumskräfte in der Europäischen Union	59
Stellungnahme zu den jüngsten Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds (IWF) mit Deutschland	67
Die G 20 – Ein Dialogforum aus Industrie- und Schwellenländern	73
Ökonomische Auswirkungen der EU-Erweiterung auf den Standort Deutschland	85
www.zoll.de – Der Zoll im Internet	95
Statistiken und Dokumentationen	101
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	104
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	124
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	128
Verzeichnis der Berichte	137
Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2003...	
...nach Veröffentlichungsdatum	139
...nach Stichpunkten	141

Die Mitarbeiter der Redaktion des Monatsberichts
sind für Anregungen und Kritik dankbar.

Bundesministerium der Finanzen

Redaktion Monatsbericht

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

<http://www.bundesfinanzministerium.de>

Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2003 steht für eine deutliche Beschleunigung der Strukturreformen in Deutschland. Deutschland bewegt sich! Mit der Agenda 2010 hat die Bundesregierung einen tief greifenden Modernisierungsprozess angestoßen. Ein unabdingbarer Schritt. Unsere Partner in Europa haben derartige Reformen schon in den neunziger Jahren erfolgreich vollzogen. Diesen Prozess müssen wir in Deutschland jetzt rasch nachholen, wenn wir im internationalen Wettbewerb nicht zurückfallen wollen.

Die Ergebnisse des Vermittlungsverfahrens zeigen: Wir kommen voran. Es geht darum, Deutschlands Position im internationalen Wettbewerb zu festigen und uns für die Herausforderungen des demografischen Wandels fit zu machen. Entscheidend ist dabei, dass es uns gelingen muss, mehr Wachstum und Beschäftigung zu schaffen. Denn nur mit mehr Wachstum wird es uns gelingen, die finanziellen Belastungen der alternden Gesellschaft zu tragen und gleichzeitig Altersarmut dauerhaft zu verhindern.

Die Finanzpolitik hat die Grundlage für diese strukturellen Reformbemühungen zu legen. Ihre zentralen Aufgabenfelder sind dabei:

- Finanzpolitik muss stabilitäts- und wachstumsfördernd wirken, indem sie dauerhaft Solidität der öffentlichen Haushalte gewährleistet und dabei flexibel auf wirtschaftliche Schwächephasen reagiert.
- Finanzpolitik muss ein transparentes, ein leistungsfreundliches und international wettbewerbsfähiges Steuer- und Abgabensystem aufbauen.
- Finanzpolitik muss durch eine nachhaltige Konsolidierung Raum für Zukunftsaufgaben schaffen.



Um nachhaltiges Wachstum zu schaffen, müssen diese Aufgaben gleichzeitig angegangen werden! Das bedeutet, die unterschiedlichen Zielsetzungen müssen angemessen austariert werden. Denn die wachstumsfördernde Wirkung vieler Strukturreformen greift erst mit erheblicher zeitlicher Verzögerung. Was aber häufig schnell durchschlägt, sind kurzfristig kontraktive Impulse für die Konjunktur. Ökonomisch vernünftige Finanzpolitik muss dies berücksichtigen und dafür sorgen, dass die unabdingbaren Reformen durch eine konjunkturgerechte Politik gestützt werden.

Für das Jahr 2003 bedeutete dies, dass die langfristige Modernisierung auf den Weg gebracht wurde. Gleichzeitig wurden die nachhaltigen Konsolidierungsschritte konsequent weiter umgesetzt. Es wurde aber darüber hinaus nicht mit zusätzlichen Einsparungen auf die konjunkturellen Belastungen für den Bundeshaushalt reagiert. Die automatischen Stabilisatoren auf der Einnahme- und der Ausgabeseite über den Arbeitsmarkt konnten wirken. Damit konnte ein noch tieferer Einbruch der Wirtschaftsleistung verhindert werden, der sich zum Beispiel in den Niederlanden abzeichnet. Das Ergebnis einer derart prozyklischen Politik wären weniger Wachstum, mehr Arbeitslose und im Endeffekt auch höhere Schulden gewesen.

Auch das Jahr 2004 hält erhebliche Herausforderungen für die Finanzpolitik parat. In der Steuerpolitik ist der Übergang zu einer nachgelagerten

Besteuerung der Alterseinkünfte ein zentrales Thema. Hier müssen wir im nächsten Jahr zu einer verfassungsfesten Neuregelung kommen.

Wichtig wird auch die Auseinandersetzung mit den Vorschlägen zu einem „einfacheren“ Steuerrecht sein. Hierbei gilt grundsätzlich: Raum für weitere Anpassungen der Steuersätze kann nur durch eine weitere Verbreiterung der Bemessungsgrundlage, z. B. in Form des Abbaus von Subventionen, geschaffen werden. Angesichts eines Staatsdefizits von rd. 4 % des Bruttoinlandsprodukts 2003 gibt es keinen Spielraum für wesentliche Entlastungen über die Steuerreform hinaus. Wir wollen die Anreize zu mehr Leistung in unserem Steuer- und Abgaberecht weiter verbessern. Wichtig muss es uns sein, auch im Wettbewerb um die international mobilen Faktoren zu bestehen.

Im Haushalt muss die Konsolidierung beibehalten und auf mittlere Sicht forciert werden. Unser Ziel ist es, in Zeiten guter konjunktureller Entwicklung deutlich Ausgaben zu senken, auch um damit den finanzpolitischen Raum für eine konjunkturgerechte Politik im Abschwung zu

vergrößern. Das Ziel des Gesamtstaates – also Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen – ist es, im Einklang mit den europäischen Vorgaben das Staatsdefizit 2005 auf unter 3 % des Bruttoinlandsprodukts abzusenken.

Ein ereignisreiches Jahr 2003 schließt mit einem guten Ende ab: Die im Vermittlungsverfahren beschlossenen Vorhaben setzen zusätzliche Impulse für den wirtschaftlichen Aufschwung 2004. Das ist ein wichtiges Signal für Bürger, Unternehmen und den Standort Deutschland.

Ich wünsche Ihnen ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Start in das neue Jahr.



Volker Halsch
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen



Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzwirtschaftlicher Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2003	26
Termine	28

Finanzwirtschaftliche Lage

Die Ausgaben des Bundes liegen bis einschließlich November mit 240,7 Mrd. € um knapp 8,0 Mrd. € oder 3,4 % über dem Vorjahresergebnis; das ist in diesem Jahr die niedrigste Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr. Die Ausgabenentwicklung wird dabei weiterhin durch den hohen Ausgabenzuwachs (+ 6,3 % gegenüber Vorjahr) in

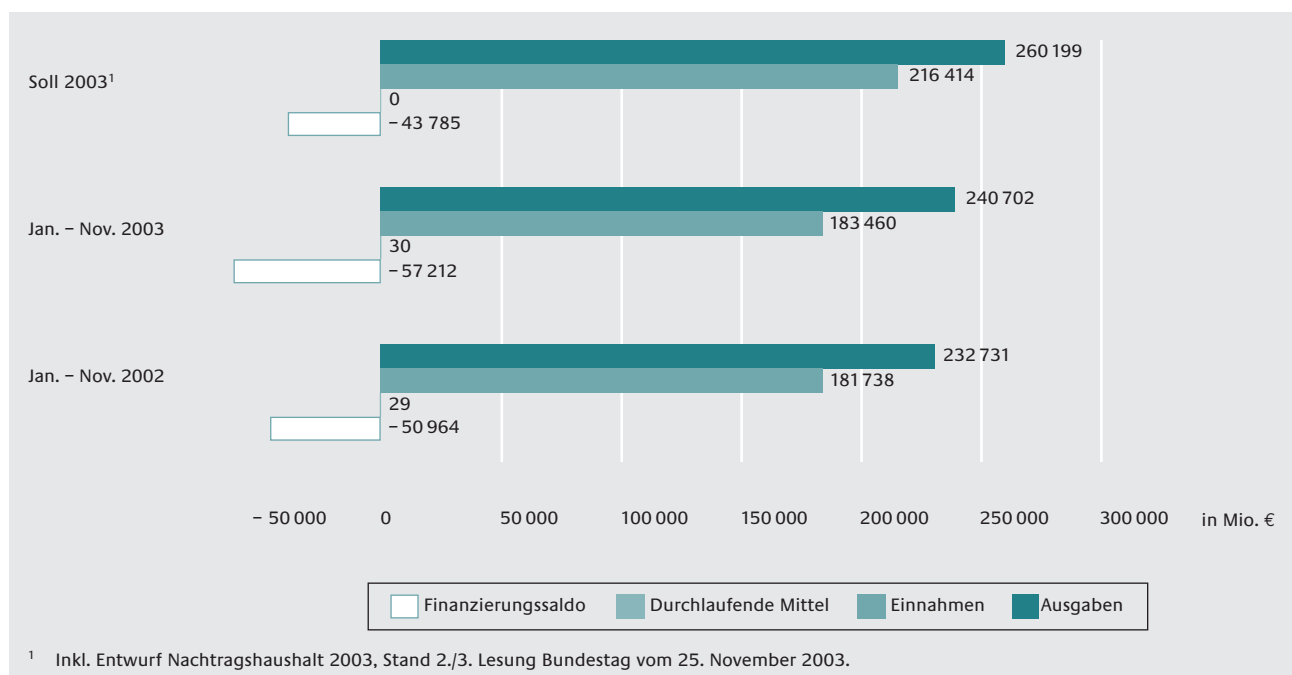
den Bereichen Soziale Sicherung und Arbeitsmarkt geprägt. Sie liegen annähernd 7,0 Mrd. € über den Ausgaben des Vorjahres und dominieren mit einem Anteil von 48,7 % der Ausgaben den Bundeshaushalt. Bereinigt um die bisherigen Zahlungen des Bundes an den „Fonds Aufbauhilfe“ zur Behebung der Schäden der Hochwasserkatastrophe vom letzten Jahr sanken die übrigen Ausgaben des Bundes um 2,5 Mrd. € (–2,1 %).

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll ¹ 2003	Ist-Entwicklung ² Januar bis November 2003
Ausgaben (Mrd. €)	260,2	240,7
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	4,4	3,4
Einnahmen (Mrd. €)	216,4	183,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	– 0,1	0,9
Steuereinnahmen (Mrd. €)	190,8	159,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	– 0,7	0,0
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	– 43,8	– 57,2
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	–	– 17,3
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	– 0,4	– 0,4
Nettokreditaufnahme/aktueller Finanzmarktsaldo (Mrd. €)	– 43,4	– 39,5

¹ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2003, Stand 2./3. Lesung Bundestag vom 25. November 2003.
² Buchungsergebnisse

Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



Bis einschließlich November nahm der Bund insgesamt 183,5 Mrd. € ein. Damit überstiegen die Einnahmen die des Vorjahreszeitraumes um 1,7 Mrd. € oder 0,9 %. Die Steuereinnahmen bewegten sich mit 159,5 Mrd. € auf dem Vorjahresniveau. Bei den Verwaltungseinnahmen hat sich das Bild der Vormonate gewandelt. Sie liegen

bis einschließlich November mit 24,0 Mrd. € um 7,9 % über dem Vorjahresergebnis.

Aus der Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen ergibt sich ein Finanzierungssaldo von – 57,2 Mrd. €. Der vom Deutschen Bundestag in 2./3. Lesung am 25. November 2003 beschlossene

Entwicklung der Bundesaussgaben nach Aufgabenbereichen

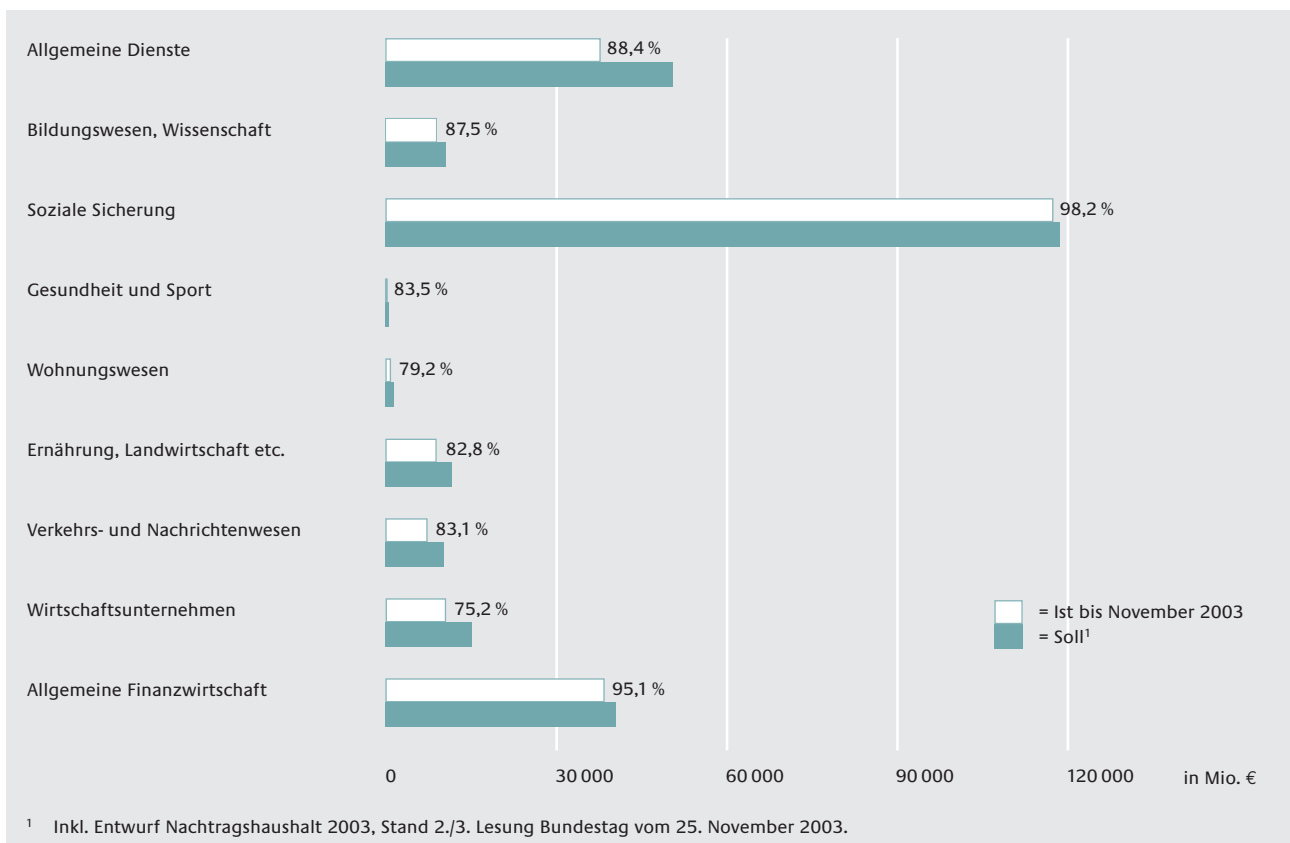
	Soll 2003 ¹	Ist 2003		Ist 2002		Veränderung ggü. Vorjahr	
	Mio. €	Januar bis November Mio. €	Anteil in %	Januar bis November Mio. €	Anteil in %		
Allgemeine Dienste	48 520	42 906	17,8	42 978	18,5	–	0,2
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3 695	3 156	1,3	3 181	1,4	–	0,8
Verteidigung	28 337	25 524	10,6	25 272	10,9		1,0
Politische Führung, zentrale Verwaltung	8 503	7 447	3,1	7 711	3,3	–	3,4
Finanzverwaltung	3 008	2 748	1,1	2 718	1,2		1,1
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	11 343	9 920	4,1	10 084	4,3	–	1,6
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	1 060	1 015	0,4	1 096	0,5	–	7,4
BAföG	850	897	0,4	835	0,4		7,4
Forschung und Entwicklung	6 832	5 939	2,5	6 159	2,6	–	3,6
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	119 325	117 153	48,7	110 172	47,3		6,3
Sozialversicherung	74 694	73 675	30,6	69 021	29,7		6,7
Arbeitslosenversicherung	7 500	8 897	3,7	7 788	3,3		14,2
Arbeitslosenhilfe	16 800	15 140	6,3	13 310	5,7		13,7
Wohngeld	2 650	2 589	1,1	2 053	0,9		26,1
Erziehungsgeld	3 270	2 913	1,2	3 031	1,3	–	3,9
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	3 623	3 508	1,5	3 667	1,6	–	4,3
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 037	866	0,4	838	0,4		3,3
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 913	1 516	0,6	1 806	0,8	–	16,1
Wohnungswesen	1 413	1 171	0,5	1 431	0,6	–	18,2
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	11 513	9 531	4,0	6 878	3,0		38,6
Regionale Förderungsmaßnahmen	4 607	4 539	1,9	1 307	0,6		247,3
Kohlenbergbau	2 559	2 558	1,1	2 898	1,2	–	11,7
Gewährleistungen	2 000	867	0,4	985	0,4	–	12,0
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	10 291	8 551	3,6	8 390	3,6		1,9
Straßen (ohne GVFG)	5 562	4 758	2,0	4 664	2,0		2,0
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	16 303	12 268	5,1	13 576	5,8	–	9,6
Postbeamtenversorgungskasse	5 300	3 670	1,5	4 690	2,0	–	21,7
Bundeseisenbahnvermögen	5 769	4 749	2,0	5 080	2,2	–	6,5
Deutsche Bahn AG	4 339	3 130	1,3	2 812	1,2		11,3
Allgemeine Finanzwirtschaft	39 955	37 992	15,8	38 008	16,3		0,0
Fonds „Deutsche Einheit“	2 268	2 079	0,9	2 255	1,0	–	7,8
Zinsausgaben	37 885	35 502	14,7	35 191	15,1		0,9
Ausgaben zusammen	260 199	240 702	100,0	232 731	100,0		3,4

¹ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2003, Stand 2./3. Lesung Bundestag vom 25. November 2003.

Nachtragshaushalt berücksichtigt diese Entwicklung mit einer vorgesehenen Erhöhung der Nettokreditaufnahme um 24,5 Mrd. € auf 43,4 Mrd. €. Auf der Grundlage der üblichen Jahresentwick-

lung von Einnahmen und Ausgaben im Dezember kann erwartet werden, dass sich der Finanzierungssaldo im Haushaltsabschluss auf diese Größenordnung reduziert.

Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis November 2003

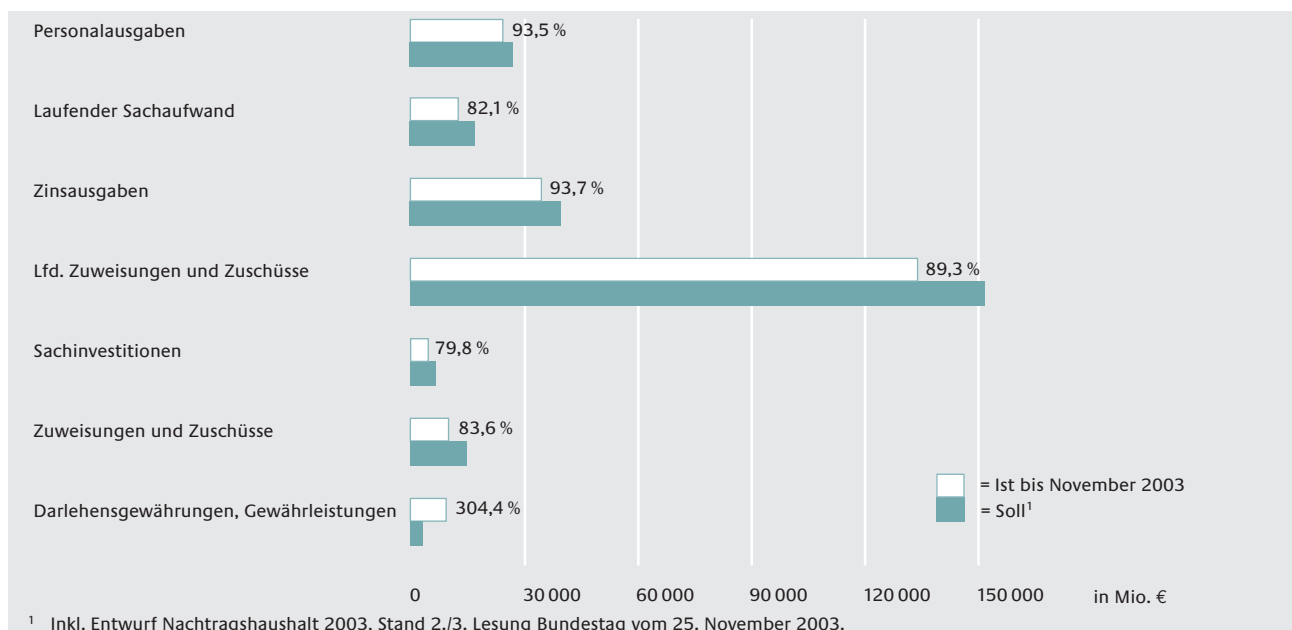


Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Soll 2003 ¹		Ist 2003 Januar bis November Anteil in %		Ist 2002 Januar bis November Anteil in %	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €		Mio. €		
Konsumtive Ausgaben	234 298	210 761	87,6	205 967	88,5	2,3
Personalausgaben	27 078	25 328	10,5	24 796	10,7	2,1
Aktivbezüge	20 515	19 062	7,9	18 808	8,1	1,4
Versorgung	6 563	6 266	2,6	5 988	2,6	4,6
Laufender Sachaufwand	17 323	14 216	5,9	14 202	6,1	0,1
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 518	1 314	0,5	1 337	0,6	- 1,7
Militärische Beschaffungen	8 059	6 373	2,6	6 690	2,9	- 4,7
Sonstiger laufender Sachaufwand	7 747	6 530	2,7	6 176	2,7	5,7
Zinsausgaben	37 885	35 502	14,7	35 191	15,1	0,9
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	151 611	135 356	56,2	131 192	56,4	3,2
an Verwaltungen	15 521	13 980	5,8	13 053	5,6	7,1
an andere Bereiche	136 090	121 406	50,4	118 123	50,8	2,8
darunter						
Unternehmen	16 180	13 365	5,6	15 071	6,5	- 11,3
Renten, Unterstützungen u. a.	24 021	21 918	9,1	20 504	8,8	6,9
Sozialversicherungen	92 077	82 887	34,4	79 125	34,0	4,8
Sonstige Vermögensübertragungen	400	359	0,1	586	0,3	- 38,7
Investive Ausgaben	26 661	29 942	12,4	26 764	11,5	11,9
Finanzierungshilfen	19 821	24 485	10,2	21 326	9,2	14,8
Zuweisungen und Zuschüsse	15 717	13 135	5,5	10 839	4,7	21,2
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	3 554	10 817	4,5	9 893	4,3	9,3
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	551	533	0,2	594	0,3	- 10,3
Sachinvestitionen	6 840	5 456	2,3	5 437	2,3	0,3
Baumaßnahmen	5 301	4 426	1,8	4 392	1,9	0,8
Erwerb von beweglichen Sachen	981	629	0,3	690	0,3	- 8,8
Grunderwerb	557	402	0,2	356	0,2	12,9
Globalansätze	- 760	0		0		
Ausgaben insgesamt	260 199	240 702	100,0	232 731	100,0	3,4

¹ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2003, Stand 2./3. Lesung Bundestag vom 25. November 2003.

Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis November 2003



¹ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2003, Stand 2./3. Lesung Bundestag vom 25. November 2003.

Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Soll 2003 ¹	Ist 2003		Ist 2002		Veränderung gegenüber Vorjahr in %	
	Mio. €	Januar bis November Mio. €	Anteil in %	Januar bis November Mio. €	Anteil in %		
I. Steuern	190 795	159 494	86,9	159 536	87,8		0,0
Bundesanteile an:	138 833	118 777	64,7	119 089	65,5	-	0,3
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	69 465	55 590	30,3	56 149	30,9	-	1,0
davon:							
Lohnsteuer	56 315	46 983	25,6	46 353	25,5		1,4
veranlagte Einkommensteuer	1 764	- 899	- 0,5	322	0,2		-
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	4 892	4 360	2,4	6 648	3,7	-	34,4
Zinsabschlag	3 447	3 118	1,7	3 425	1,9	-	9,0
Körperschaftsteuer	3 047	2 028	1,1	- 598	- 0,3		-
Umsatzsteuer	47 598	43 626	23,8	44 460	24,5	-	1,9
Einfuhrumsatzsteuer	19 558	17 786	9,7	17 136	9,4		3,8
Gewerbesteuerumlage	2 212	1 775	1,0	1 344	0,7		32,1
Mineralölsteuer	43 310	33 234	18,1	32 795	18,0		1,3
Tabaksteuer	14 600	11 618	6,3	11 147	6,1		4,2
Solidaritätszuschlag	10 185	8 555	4,7	8 632	4,7	-	0,9
Versicherungsteuer	8 500	8 259	4,5	7 990	4,4		3,4
Stromsteuer	6 270	5 649	3,1	4 412	2,4		28,0
Branntweinsteuer	2 220	1 705	0,9	1 682	0,9		1,4
Kaffeesteuer	980	857	0,5	939	0,5	-	8,7
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 15 570	- 11 549	- 6,3	- 11 610	- 6,4	-	0,5
BSP-Eigenmittel der EU	- 12 150	- 11 693	- 6,4	- 9 719	- 5,3		20,3
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 6 846	- 6 276	- 3,4	- 6 183	- 3,4		1,5
II. Sonstige Einnahmen	25 619	23 967	13,1	22 202	12,2		7,9
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 143	4 063	2,2	4 065	2,2		0,0
Zinseinnahmen	1 273	1 102	0,6	972	0,5		13,4
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen	9 437	8 651	4,7	9 121	5,0	-	5,2
Einnahmen zusammen	216 414	183 460	100,0	181 738	100,0		0,9

¹ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2003, Stand 2./3. Lesung Bundestag vom 25. November 2003.

Steuereinnahmen im November 2003

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) nahmen im November 2003 gegenüber dem Vorjahresmonat um + 4,6 % zu. Dabei stiegen die gemeinschaftlichen Steuern im Vorjahresvergleich um + 4,8 %, die reinen Bundessteuern um + 4,1 % sowie die reinen Ländersteuern um + 5,2 %.

Die kumulierte Veränderungsrate der Steuereinnahmen von Januar bis November 2003 zeigte im Vergleich zum Vorjahreszeitraum wieder eine leichte Steigerung (+ 0,3 %), nachdem sie im Vormonat in den negativen Bereich abgeglitten war.

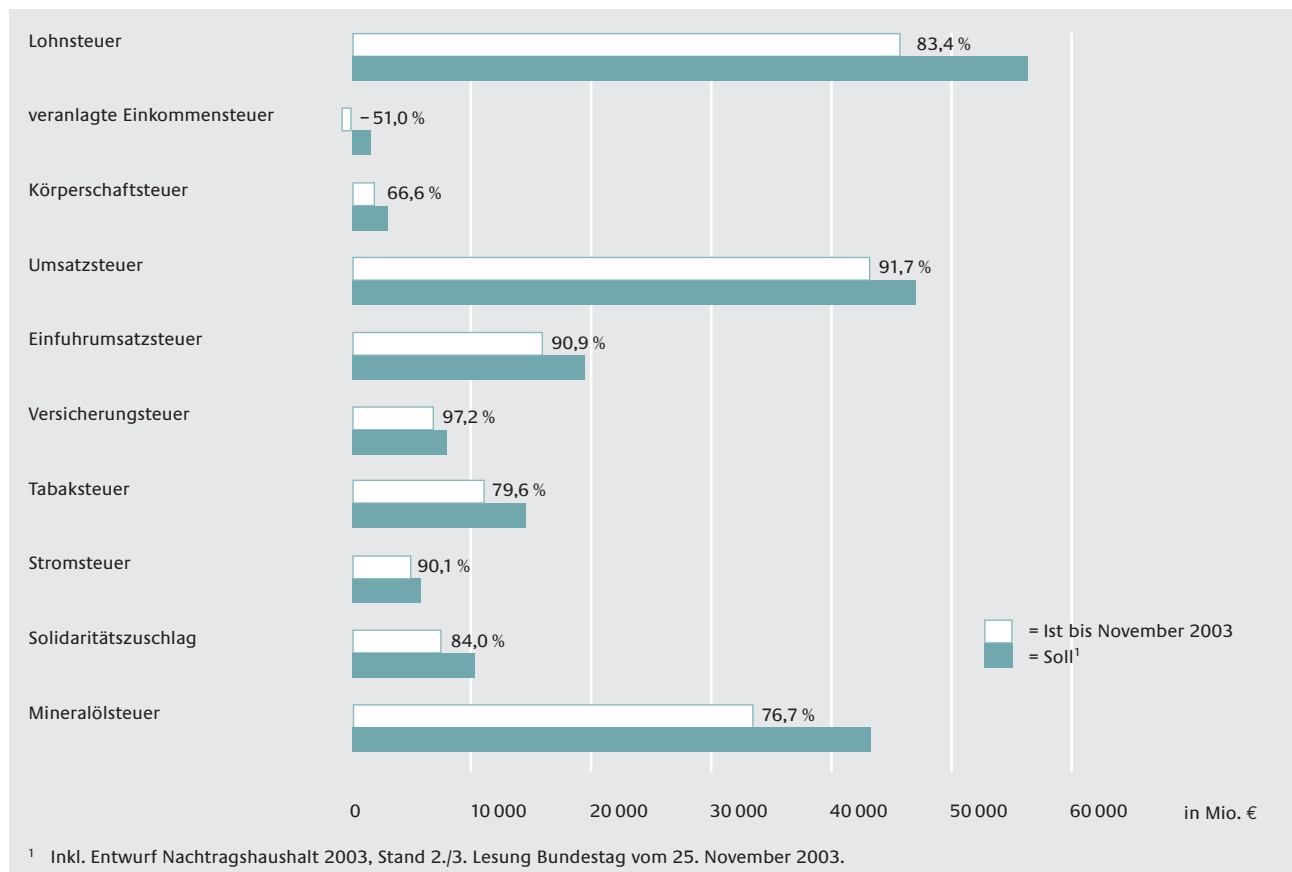
Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) nahmen im November

2003 um + 3,9 % zu. Kumuliert stagnierten die Steuereinnahmen des Bundes gegenüber dem Vorjahr.

Die Lohnsteuereinnahmen stiegen im November 2003 gegenüber dem Vorjahresmonat um + 0,6 %. Dieser geringe Anstieg ist sowohl auf die weiterhin angespannte Arbeitsmarktsituation als auch auf geringere Weihnachtsgeldzahlungen zurückzuführen, die zum Teil bereits in diesem Monat zu Buche schlugen.

Das Aufkommen aus der veranlagten Einkommensteuer lag im November 2003 mit – 1 152 Mio. € um 57 Mio. € über dem Vorjahresergebnis. Diese leichte Verbesserung ist auf etwas geringere Eigenheimzulagen, Investitionszulagen sowie Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer zurückzuführen.

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis November 2003



Bei der Körperschaftsteuer ergab sich im Vergleich zum Vorjahr ein um 635 Mio. € höheres Aufkommen. In diesem erfreulichen Ergebnis dürfte sich u. a. die Wirkung des Moratoriums für die Nutzung von Anrechnungsguthaben aus Altkapital zeigen.

Das Aufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag lag mit – 43,7 % erneut deutlich unter dem Vorjahreswert. Dieser Rückgang ergab sich, obwohl die Erstattungen des Bundesamtes für Finanzen signifikant zurückgegangen sind.

Der in den Vormonaten zu beobachtende kontinuierliche Rückgang beim Zinsabschlag setzte sich mit – 18,7 % weiter fort. Die Ursache dafür ist in erster Linie in der anhaltenden Rückentwicklung des durchschnittlichen Zinsniveaus der Geldanlagen zu sehen.

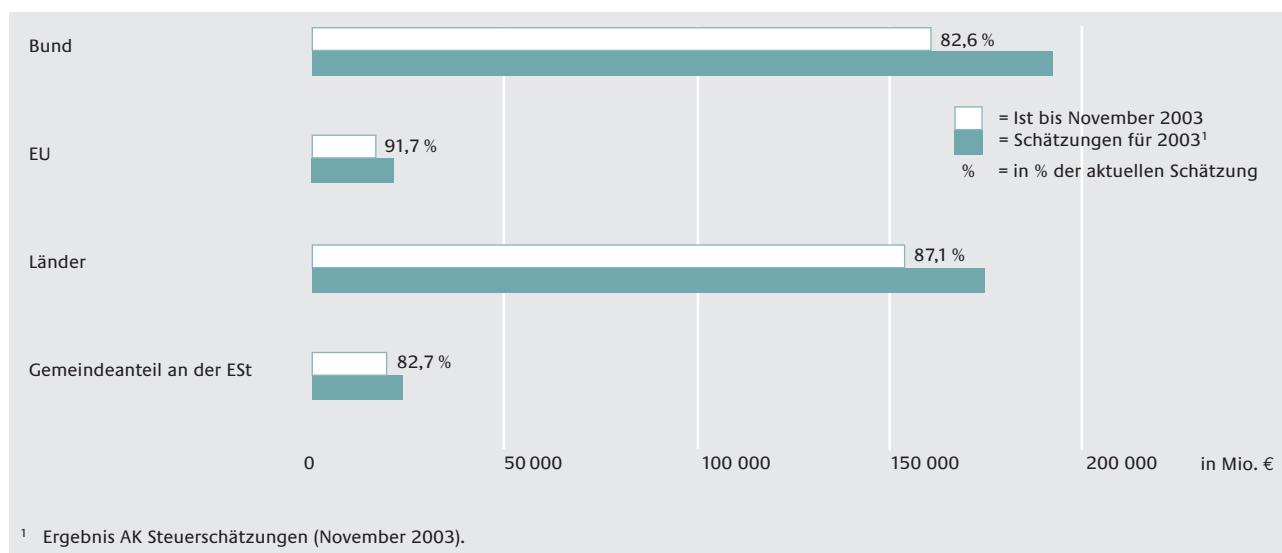
Die Steuern vom Umsatz entwickelten sich mit + 3,0 % sehr erfreulich. Insbesondere der Anstieg

bei der Einfuhrumsatzsteuer war mit + 5,7 % beachtlich. Eine Ursache könnte der starke Euro sein, welcher Importe begünstigt.

Die Einnahmen aus den reinen Bundessteuern stiegen um + 4,1 %, obwohl bei Tabaksteuer (– 14,4 %), Branntweinsteuer (– 18,8 %) und der Versicherungssteuer (– 0,8 %) Rückgänge zu verzeichnen waren. Ein deutliches Plus ergab sich bei der Mineralölsteuer (+ 9,6 %), der Stromsteuer (+ 11,4 %) sowie dem Solidaritätszuschlag (+ 3,1 %).

Das Aufkommen der reinen Ländersteuern erhöhte sich um + 5,2 %. Dabei nahmen die Erbschaftsteuer um + 32,7 %, die Grunderwerbsteuer um + 8,9 % und die sonstigen Ländersteuern um + 11,7 % zu. Erneut rückläufig entwickelten sich die Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer (– 5,8 %), der Rennwett- und Lotteriesteuer (– 6,2 %) und der Biersteuer (– 4,4 %).

Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern Januar bis November 2003



Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr ohne Gemeindesteuern (Vorläufige Ergebnisse)¹

2003	November	Veränderung gegenüber Vorjahr	Januar bis November	Veränderung gegenüber Vorjahr	Schätzungen für 2003	Veränderung gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. € ⁴	in %
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	9 654	0,6	113 817	1,2	133 300	0,8
veranlagte Einkommensteuer	- 1 152	.	- 2 116	.	4 400	- 41,6
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	104	- 43,7	8 721	- 34,4	9 620	- 31,4
Zinsabschlag	456	- 18,7	7 086	- 9,0	7 830	- 7,6
Körperschaftsteuer	- 433	.	4 056	.	7 260	.
Steuern vom Umsatz	12 786	3,0	125 108	- 0,7	137 000	- 0,9
Gewerbsteuerumlage	401	21,0	3 850	30,0	4 977	28,9
erhöhte Gewerbesteuerumlage	116	- 4,9	1 606	11,4	2 042	8,0
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	21 934	4,8	262 128	- 0,5	306 429	- 0,8
Bundessteuern						
Mineralölsteuer	3 704	9,6	33 234	1,3	43 100	2,2
Tabaksteuer	585	- 14,4	11 618	4,2	14 600	6,0
Branntweinsteuer	135	- 18,8	1 705	1,4	2 220	3,3
Versicherungsteuer	557	- 0,8	8 259	3,4	8 600	3,3
Stromsteuer	437	11,4	5 649	28,0	6 600	29,5
Solidaritätszuschlag	562	3,1	8 562	- 0,8	10 100	- 2,9
sonstige Bundessteuern	107	- 10,0	1 215	- 6,7	1 460	- 94,9
Bundessteuern insgesamt	6 087	4,1	70 241	3,4	86 680	3,8
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	321	32,7	3 101	12,1	3 300	9,2
Grunderwerbsteuer	370	8,9	4 405	0,6	4 770	0,1
Kraftfahrzeugsteuer	498	- 5,8	6 831	- 4,2	7 310	- 3,7
Rennwett- und Lotteriesteuer	148	- 6,2	1 709	- 1,1	1 860	0,8
Biersteuer	63	- 4,4	732	- 3,1	785	- 3,3
sonstige Ländersteuern	52	11,7	535	4,2	559	2,7
Ländersteuern insgesamt	1 451	5,2	17 312	0,2	18 584	0,0
EU-Eigenmittel						
Zölle	254	- 0,8	2 624	- 0,9	2 850	- 1,6
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	- 2	.	4 902	- 5,0	5 300	3,0
BSP-Eigenmittel	1 697	93,1	11 693	20,3	12 800	21,7
EU-Eigenmittel insgesamt	1 948	21,6	19 219	9,6	20 950	12,9
Bund³	13 215	3,9	158 467	0,1	191 866	- 0,1
Länder³	12 967	3,6	154 416	- 0,4	177 288	- 0,7
EU	1 948	21,6	19 219	9,6	20 950	12,9
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	1 596	0,8	20 203	- 1,6	24 439	- 1,6
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	29 726	4,6	352 305	0,3	414 543	0,1

¹ Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

² Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundesamt für Finanzen.

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

⁴ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ vom November 2003.

Referenzwert: 4 ½ %). Die stete Verlangsamung des Geldmengenwachstums ist auf eine weitere Abnahme der Unsicherheit an den Finanzmärkten zurückzuführen, die mit einer Umschichtung aus liquiden Anlageformen in Aktien, Anleihen und Immobilien einhergeht.

Das jährliche Wachstum der Kreditgewährung an den privaten Sektor belief sich im Euroraum im Oktober auf 5,4 % (verglichen mit 5,5 % im Vormonat). In Deutschland lag die vorgenannte Wachstumsrate mit 1,5 % unter der des Vormonats (2,1 %).

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

Die Bruttokreditaufnahme des Bundes betrug bis 30. November dieses Jahres 213,5 Mrd. €. Unter Einbeziehung der Anteile der Sondervermögen an der Gemeinsamen Wertpapierbegebung betrugen die am Kapitalmarkt beschafften Beträge insgesamt 222,1 Mrd. €.

Gegenüber dem Stand per 31. Dezember 2002 haben sich die Schulden des Bundes einschließlich

Emissionsvorhaben des Bundes im vierten Quartal 2003

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Bundesobligation („Bobl“) ISIN DE0001141430 WKN 114 143	Neuemission	8. Oktober 2003	5 Jahre fällig 10. Oktober 2008 Zinslaufbeginn: 10. Oktober 2003 Erster Zinstermin: 10. Oktober 2004	7 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung („Bubill“) ISIN DE0001114601 WKN 111 460	Neuemission	13. Oktober 2003	6 Monate fällig 21. April 2004	6 Mrd. €
Bundesschatzanweisung („Schatz“) ISIN DE0001137032 WKN 113 703	Aufstockung	22. Oktober 2003	2 Jahre fällig 16. September 2005 Zinslaufbeginn: 16. September 2003 Erster Zinstermin: 16. September 2004	5 Mrd. €
Bundesanleihe („Bund“) ISIN DE0001135242 WKN 113 524	Neuemission	29. Oktober 2003	10 Jahre fällig 4. Januar 2014 Zinslaufbeginn: 31. Oktober 2003 Erster Zinstermin: 4. Januar 2004	8 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung („Bubill“) ISIN DE0001114619 WKN 111 461	Neuemission	10. November 2003	6 Monate fällig 12. Mai 2004	6 Mrd. €
Bundesobligation („Bobl“) ISIN DE0001141430 WKN 114 143	Aufstockung	12. November 2003	5 Jahre fällig 10. Oktober 2008 Zinslaufbeginn: 10. Oktober 2003 Erster Zinstermin: 10. Oktober 2004	7 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung („Bubill“) ISIN DE0001114627 WKN 111 462	Neuemission	8. Dezember 2003	6 Monate fällig 16. Juni 2004	ca. 7 Mrd. €
Bundesschatzanweisung („Schatz“) ISIN DE0001137040 WKN 113 704	Neuemission	10. Dezember 2003	2 Jahre fällig 16. Dezember 2005 Zinslaufbeginn: 12. Dezember 2003 Erster Zinstermin: 16. Dezember 2004	ca. 7 Mrd. €
Viertes Quartal 2003 insgesamt				ca. 52 Mrd. €

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote, bei Bundesobligationen zusätzlich einschl. Absatz aus der Daueremission.

der Bestände an eigenen Wertpapieren bis zum 30. November 2003 um 5 % auf 767,7 Mrd. € erhöht.

Der Bund hat im vierten Quartal 2003 zur Finanzierung des Bundeshaushalts und seiner Sondervermögen die in der Tabelle auf S. 20 dargestellten Emissionen begangen.

Änderungen des Emissionskalenders können sich je nach Liquiditätslage des Bundes oder der Kapitalmarktsituation ergeben. Der detaillierte Emissionskalender für das erste Quartal 2004

wird in der dritten Dekade Dezember 2003 veröffentlicht.

Die Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen Fonds „Deutsche Einheit“ (FDE) und ERP belaufen sich im vierten Quartal 2003 auf insgesamt rund 41,2 Mrd. € (darunter 0,1 Mrd. € für die Sondervermögen) – Ist- und Planzahlen sind berücksichtigt. Die Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen FDE und ERP belaufen sich im vierten Quartal 2003 auf insgesamt rund 4,3 Mrd.

Tilgungen und Zinszahlungen im vierten Quartal 2003 (in Mrd. €)

Tilgungen

Kreditart	Oktober	November	Dezember	Gesamtsumme 4. Quartal
Anleihen des Bundes	–	–	–	–
Bundessobligationen	–	6,0	–	6,0
Bundesschatzanweisungen	–	–	10,0	10,0
U-Schätze des Bundes	4,8	4,9	4,5	14,3
Bundesschatzbriefe	1,2	0,0	0,1	1,2
Finanzierungsschätze	0,1	0,1	0,1	0,2
Anleihen Deutsche Bundesbahn	2,6	–	–	2,6
Anleihen Treuhandanstalt	–	5,1	–	5,1
Fundierungsschuldverschreibungen	0,0	–	–	0,0
Ausgleichsfonds Währungsumstellung	–	–	–	–
Schuldscheindarlehen (Bund und Sondervermögen)	0,6	0,8	0,4	1,8
MTN Treuhand	0,0	–	–	0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen Bund und Sondervermögen	9,3	17,0	15,0	41,2

Zinszahlungen

	Oktober	November	Dezember	Gesamtsumme 4. Quartal
Zinszahlungen	1,6	1,6	1,1	4,3

Konjunkturentwicklung aus finanzwirtschaftlicher Sicht

Nachdem das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im dritten Vierteljahr erstmals wieder leicht zugenommen hatte, deuten auch die neueren Wirtschaftsdaten auf eine Fortsetzung der konjunkturellen Belebung hin. Da jedoch das Wirtschaftswachstum zunächst weiterhin nur sehr gedämpft verlaufen dürfte, zeichnet sich noch keine durchgehende Entlastung der Staatsfinanzen ab.

Die nunmehr vorliegenden Einzelergebnisse der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für das dritte Quartal bestätigen, dass der geringfügige BIP-Anstieg (preis- und saisonbereinigt + 0,2 % gegenüber dem Vorquartal) ausschließlich auf außenwirtschaftliche Impulse zurückzuführen war. Der Außenbeitrag (Export minus Import) zum Wirtschaftswachstum belief sich auf + 1,8 Prozentpunkte des Vorquartals-BIP, während beispielsweise die Privaten Konsumausgaben und die Ausrüstungsinvestitionen im Verlauf negative Wachstumsbeiträge von jeweils – 0,3 Prozentpunkte lieferten.

Die bislang für das vierte Quartal vorliegenden Konjunkturindikatoren betreffen zumeist nur die Oktober-Ergebnisse. Diese enthielten mehrfach Signale, die möglicherweise auf eine bevorstehende Belebung der Binnenkonjunktur hindeuten. Jedoch sollten die Ergebnisse eines einzelnen Monats nicht überbewertet werden, insbesondere wenn sich die konjunkturelle Tendenz, die im Mehrmonatsvergleich zum Ausdruck kommt, (noch) nicht gewendet hat.

Im Monat Oktober nahmen die wirtschaftlichen Aktivitäten in der Industrie bemerkenswert deutlich zu, wobei auch Aufholeffekte nach den ungewöhnlich starken Ferienbelastungen im August und September eine Rolle gespielt haben.

Produktion, Umsatz und Auftragseingang haben zuletzt kräftig zugelegt. So erhöhten sich die gesamten Industrieumsätze gegenüber September saisonbereinigt um 2,9 %. Dabei sind diesmal auch die Inlandsumsätze spürbar angestiegen (+ 2,8 %), nachdem sie zuvor rückläufig gewesen waren. Im aussagefähigeren Zweimonatsvergleich (September/Oktober gegenüber Juli/August) blieb jedoch eine leichte Abwärtstendenz zunächst erhalten (– 0,6 %). Gleichzeitig war jedoch die Auftragsvergabe inländischer Abnehmer deutlich aufwärts gerichtet (wertmäßig + 2,4 %), so dass mit einem weiter steigenden Inlandsabsatz gerechnet werden kann. Insgesamt hat sich dementsprechend auch die Stimmung in den Industrieunternehmen weiter aufgehellt.

Den November-Ergebnissen des ifo-Konjunkturtests zufolge haben sich sowohl die Geschäftserwartungen als auch die Beurteilungen der aktuellen Geschäftslage zuletzt deutlich verbessert. Auch die jüngsten Umfrageergebnisse für den Reuter-Einkaufsmanagerindex und die ZEW-Konjunkturerwartungen waren von einem zunehmenden Optimismus geprägt.

Für die Einnahmeentwicklung der öffentlichen Haushalte wäre es von großer Bedeutung, wenn die erwartete Belebung der Binnenkonjunktur auch den Privaten Konsum erfassen würde. Im dritten Vierteljahr waren die Privaten Konsumausgaben gegenüber dem Vorquartal noch preis- und saisonbereinigt um 0,6 % zurückgegangen. Dies hing zum einen damit zusammen, dass die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte erneut leicht gesunken sind, wodurch die Konsummöglichkeiten weiter eingeschränkt wurden. Hinzu kam jedoch, dass gleichzeitig die Privathaushalte mehr als im Vorquartal gespart haben (+ 0,8 %). Dies zeigt, dass der Attentismus bei den Verbrauchern offenbar noch nicht überwunden ist. Die Konsumschwäche spürte insbesondere der Einzelhandel, dessen Umsätze im Verlaufe dieses Jahres kaum über das vergleichbare Vorjahresniveau hinausgekommen waren. Zuletzt haben die Verkäufe der Einzelhandelsunternehmen

Finanzwirtschaftlich wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2002		Veränderung in % gegenüber					
	Mrd. €	%	ggü. Vorj.	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode	
	1.Q.03	2.Q.03	3.Q.03	1.Q.03	2.Q.03	3.Q.03		
Bruttoinlandsprodukt								
– real	1 990	+ 0,2		– 0,2	– 0,2	+ 0,2	+ 0,4	– 0,7
– nominal	2 110	+ 1,8		+ 0,2	+ 0,0	+ 0,6	+ 1,2	+ 0,9
Einkommen								
– Volkseinkommen	1 572	+ 1,9		– 1,0	– 0,1	+ 1,7	+ 0,3	– 1,4
– Arbeitnehmerentgelt	1 130	+ 0,8		+ 0,3	– 0,1	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,3
– Unternehmens- und Vermögenseink.	441	+ 4,8		– 4,4	– 0,2	+ 5,6	– 0,6	– 5,2
– Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 365	+ 0,5		+ 0,5	– 0,2	– 0,1	+ 1,9	+ 0,8
– Bruttolöhne u. Gehälter	910	+ 0,7		+ 0,3	– 0,3	+ 0,1	+ 0,3	– 0,1
– Sparen d. priv. Haush.	146	+ 3,8		+ 0,3	– 0,5	+ 0,8	+ 5,9	+ 3,4

Umsätze/ Auftragseingänge	2002		Veränderung in % gegenüber					
	Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
(nominal)			Sep 03	Okt 03	2-Monats-durchschnitt	Sep 03	Okt 03	2-Monats-durchschnitt
Umsätze (1995 bzw. 2000 = 100)								
– Industrie (Mrd. €) ¹	1 208	– 1,5	+ 0,5	+ 2,9	– 0,2	– 2,1	+ 0,7	– 0,7
– Inland ¹	1 169	– 3,3	– 0,3	+ 2,8	– 0,6	– 2,7	+ 0,3	– 1,2
– Ausland ¹	1 271	+ 1,3	+ 1,8	+ 3,1	+ 0,4	– 1,3	+ 1,2	– 0,0
– Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	7,2	– 5,9	– 2,8	.	– 0,7	– 2,3	.	– 3,5
– Einzelhandel (mit Kfz. und Tankstellen)	100,5	– 0,9	+ 0,1	+ 1,0	+ 0,2	+ 1,3	– 0,8	+ 0,2
– Großhandel (ohne Kfz.)	93,6	– 4,0	+ 2,1	– 0,6	+ 0,8	+ 4,2	+ 0,4	+ 2,2
Auftragseingang								
– Industrie	98,3	0,0	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,8	+ 4,3	+ 1,9	+ 3,1
– Bauhauptgewerbe	88,6	– 6,2	+ 1,0	.	– 3,6	– 8,9	.	– 9,4
Außenhandel (Mrd. €)								
– Waren-Exporte	651	+ 2,0	+ 4,3	– 6,6	+ 1,3	+ 5,4	– 1,2	+ 2,0
– Waren-Importe	519	– 4,5	+ 0,4	+ 1,6	+ 2,2	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,6

Arbeitsmarkt	2002		Veränderung in Tsd. gegenüber					
	Personen Mio.	ggü. Vorj. %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			Sep 03	Okt 03	Nov 03	Sep 03	Okt 03	Nov 03
– Erwerbstätige, Inland	38,67	– 0,6	– 29	.	.	– 454	.	.
– Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	4,07	+ 5,5	– 11	– 12	– 18	+ 265	+ 222	+ 159

Preise	2002		Veränderung in % gegenüber					
	Index	ggü. Vorj. %	Vorperiode			Vorjahresperiode		
			Sep 03	Okt 03	Nov 03	Sep 03	Okt 03	Nov 03
– Importpreise 1995 = 100	109,31	– 2,5	– 0,2	+ 0,1	.	– 2,6	– 2,5	.
– Erzeugerpreise gewerbl. Produkte 2000 = 100	102,37	– 0,6	+ 0,1	+ 0,0	.	+ 2,0	+ 1,7	.
– Preisindex der Lebenshaltung 2000 = 100	103,38	+ 1,4	– 0,1	+ 0,0	– 0,2	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,3

ifo-Geschäftsklima Verarbeitendes Gewerbe früheres Bundesgebiet	saisonbereinigte Salden							
	Apr 03	Mai 03	Jun 03	Jul 03	Aug 03	Sep 03	Okt 03	Nov 03
– Klima	– 15,4	– 14,3	– 12,0	– 10,9	– 6,9	– 4,0	+ 1,9	+ 6,8
– Geschäftslage	– 21,6	– 23,5	– 22,2	– 22,7	– 20,0	– 21,2	– 17,1	– 10,9
– Geschäftserwartungen	– 9,1	– 4,7	– 1,3	+ 1,6	+ 7,3	+ 14,9	+ 23,0	+ 26,2

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut
¹ Berechnet aus den saisonbereinigten Zahlen.

(einschließlich Tankstellen und Kfz-Handel) jedoch spürbar zugenommen. Im Zweimonatsdurchschnitt (September/Okttober) ergab sich ebenfalls ein leichter Zuwachs, der sich – sowohl saisonbereinigt gegenüber dem vorangegangenen Zweimonatszeitraum, als auch gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum nominal auf + 0,2 % belief. Ungeachtet dessen hat sich die Stimmung bei den Einzelhändlern – der monatlichen ifo-Konjunkturumfrage zufolge – sowohl im Oktober als auch im November eingetrübt. Auch aus den GfK-Umfragen bei den Verbrauchern war kaum eine Verbesserung der gedrückten Konsumentenstimmung erkennbar. Dies könnte durchaus als Zeichen der anhaltenden Verunsicherung über den Fortgang der Reformvorhaben interpretiert werden. Die Vorziehung der dritten Stufe der Steuerreform hätte damit eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für die Stärkung der Binnennachfrage.

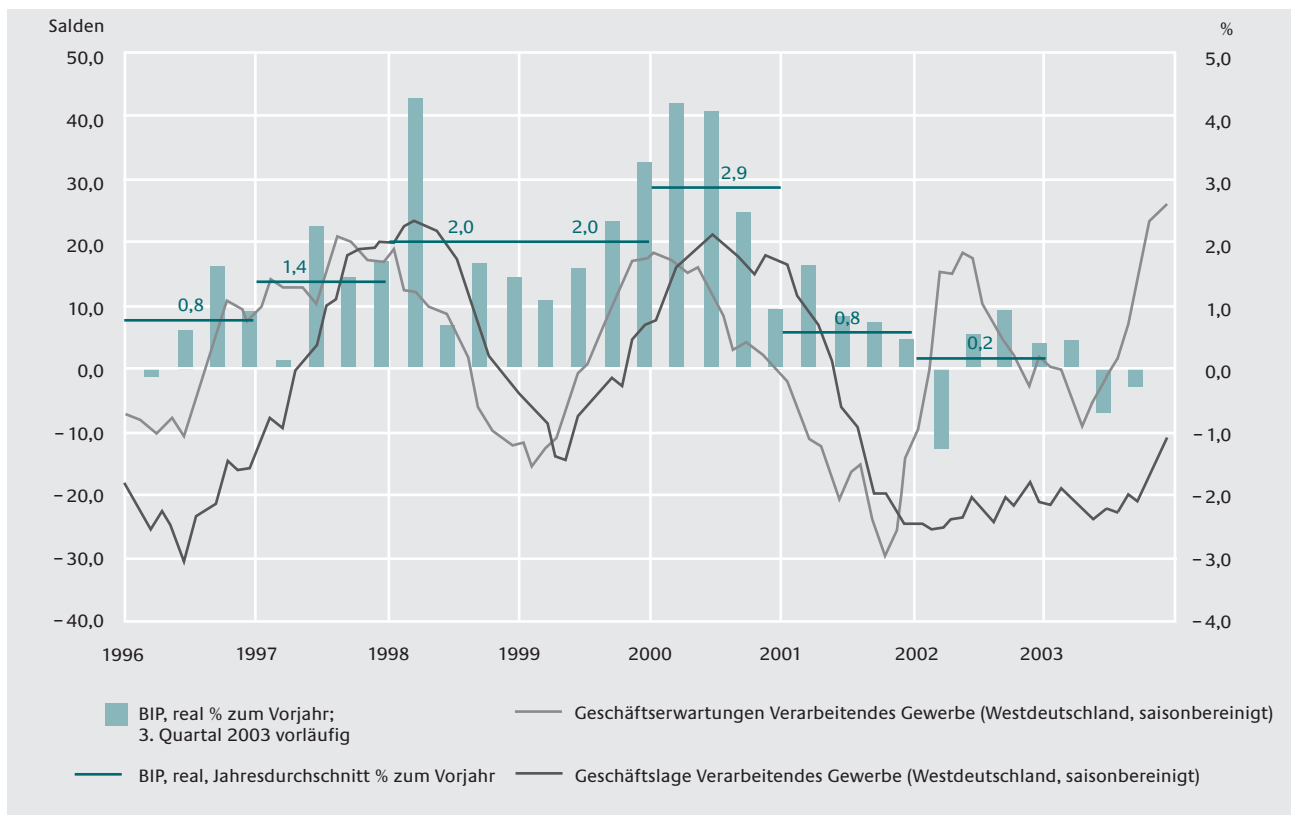
Nach wie vor wird die deutsche Konjunktur durch eine vergleichsweise lebhafte Exporttätigkeit gestützt. Auch im Oktober waren die Ausfuhren, die Auslandsumsätze und die Exportaufträge der Industrie tendenziell aufwärts gerichtet. Jedoch ist im Monat Oktober der Wert der deutschen Warenexporte überraschend stark abgesunken (saisonbereinigt – 6,6 % gegenüber September). Dieser Rückgang könnte – zumindest teilweise – als eine technische Reaktion auf die vorangegangenen Zuwächse interpretiert werden. Damit wäre auch der bisherige Aufwärtstrend als ungebrochen anzusehen. Dies zeigt der Zweimonatsdurchschnitt (September/Okttober), wonach sich ein weiterer Zuwachs (+ 1,3 %) ergibt. Auch die Auslandsnachfrage nach deutschen Industrieerzeugnissen hat sich im September/Okttober mit + 2,2 % spürbar belebt, was eine Fortsetzung des Exportwachstums erwarten lässt. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass der starke Ausfuhrückgang im Oktober

bereits auf erste Bremsspuren des hohen Euro-Kurses zurückzuführen ist. Darauf deuten jedenfalls stark negative Vorjahresabstände der Ausfuhren in Länder außerhalb der Europäischen Union hin (Oktober – 8,5 %), während die Exporte in EU-Länder gleichzeitig deutlich angestiegen sind (+ 5,1 %).

Die aktuellen Arbeitsmarktdaten lassen erkennen, dass die Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik positive Wirkungen entfaltet. Gleichwohl hat sich konjunkturell gesehen die Lage am Arbeitsmarkt kaum verbessert. Die Erwerbstätigenzahl, die erst bis September vorliegt, ist zuletzt gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt um 29 000 zurückgegangen, womit sich der bisherige Abwärtstrend fortgesetzt hat. Im Durchschnitt der Monate April bis August war der Rückgang ähnlich stark (– 24 000), aber niedriger als im Durchschnitt des ersten Quartals (– 37 000) ausgefallen. Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl ist im November um 18 000 zurückgegangen, nach – 10 000 im Durchschnitt der zurückliegenden sechs Monate. Ausschlaggebend hierfür waren vor allem Abgänge aus der Arbeitslosigkeit in „sonstige Nichterwerbstätigkeit“, aber auch in geförderte Selbstständigkeit. Dies resultierte vor allem aus den verstärkten Aktivitäten der Arbeitsämter zur Umsetzung des Prinzips „Fördern und Fordern“. Nach den Ursprungszahlen waren im November 4,19 Mio. Arbeitslose registriert, 159 000 mehr als ein Jahr zuvor.

Die Preisentwicklung verlief im Oktober/November auf allen Stufen sehr moderat. Im Oktober lagen die Importpreise mit – 2,5 % weiter deutlich unter dem entsprechenden Vorjahresniveau und die Erzeugerpreise mit + 1,7 % leicht darüber. Die jährliche Teuerungsrate auf der Verbraucherseite belief sich im November auf + 1,3 % nach + 1,2 % im Oktober.

BIP-Wachstum und Geschäftsklima



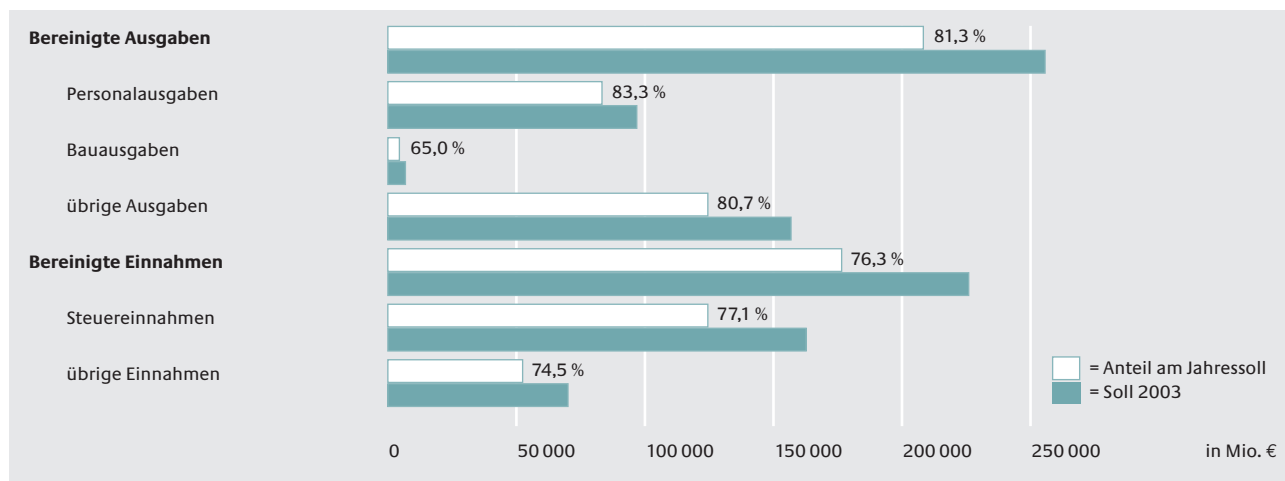
Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2003

Das Bundesministerium der Finanzen legt eine Zusammenfassung über die Haushaltsentwicklung der Länder für Januar bis einschließlich Oktober 2003 vor.

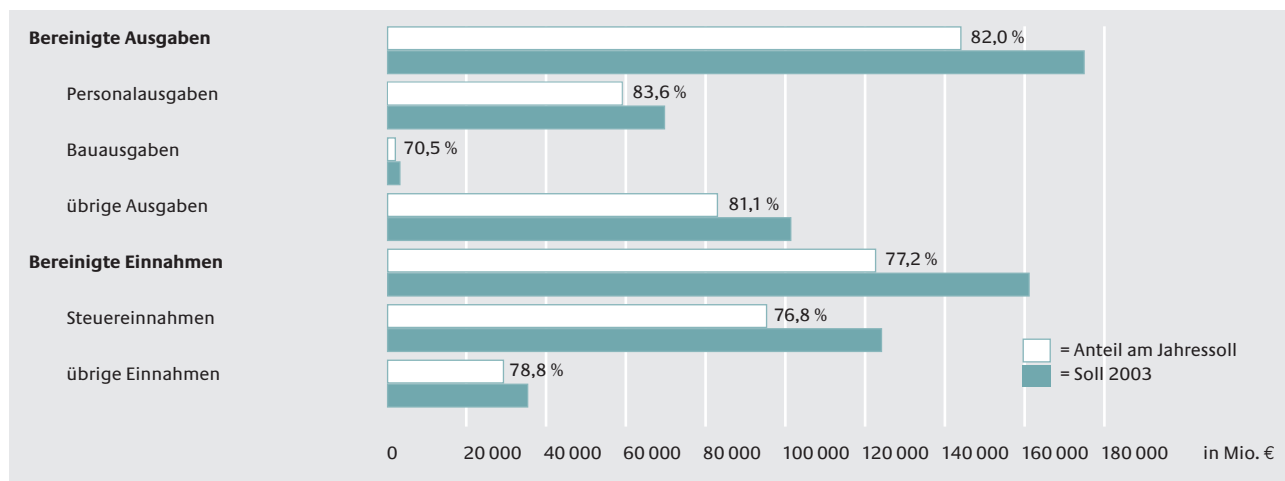
Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum stiegen die bereinigten Ausgaben der Länder insgesamt

um 2,7 %, während sich die Einnahmen im Vergleich zum Vorjahresniveau um 0,4 % verringerten. In den ostdeutschen Flächenländern und den Stadtstaaten stagnierten die Personalausgaben nahezu auf Vorjahresniveau, in den Flächenländern West stiegen sie dagegen. Die Bauausgaben haben – vor allem bedingt durch Sonderfaktoren – um 4,2 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum zugenommen. Die Steuereinnahmen der Länder insgesamt sanken leicht um 0,6 % auf 126,8 Mio. €, lediglich in den Stadtstaaten war ein deutlicher Zuwachs (5,5 %) zu verzeichnen.

Länder insgesamt



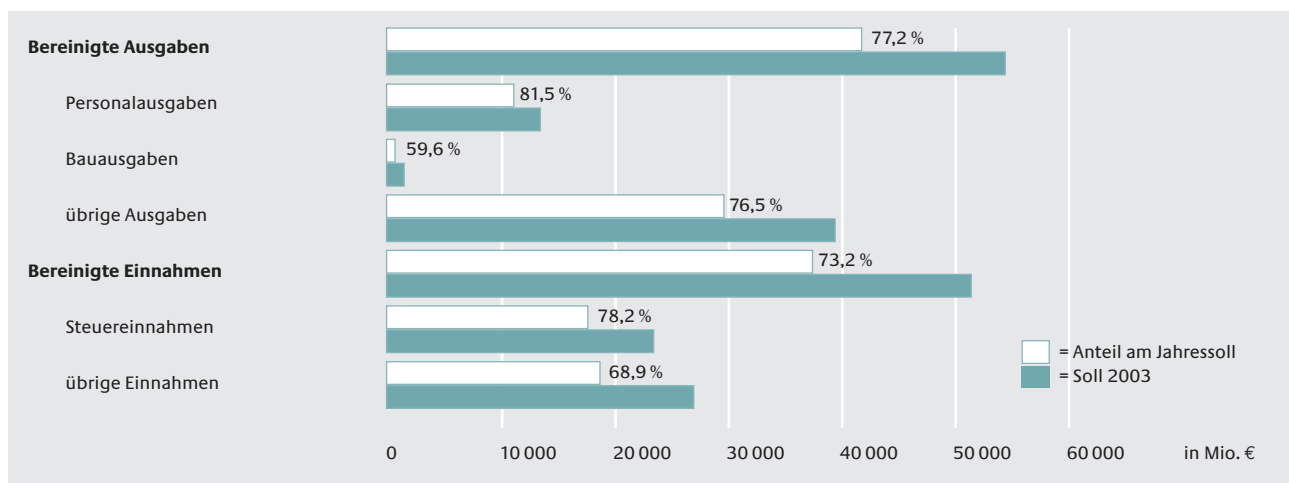
Flächenländer West



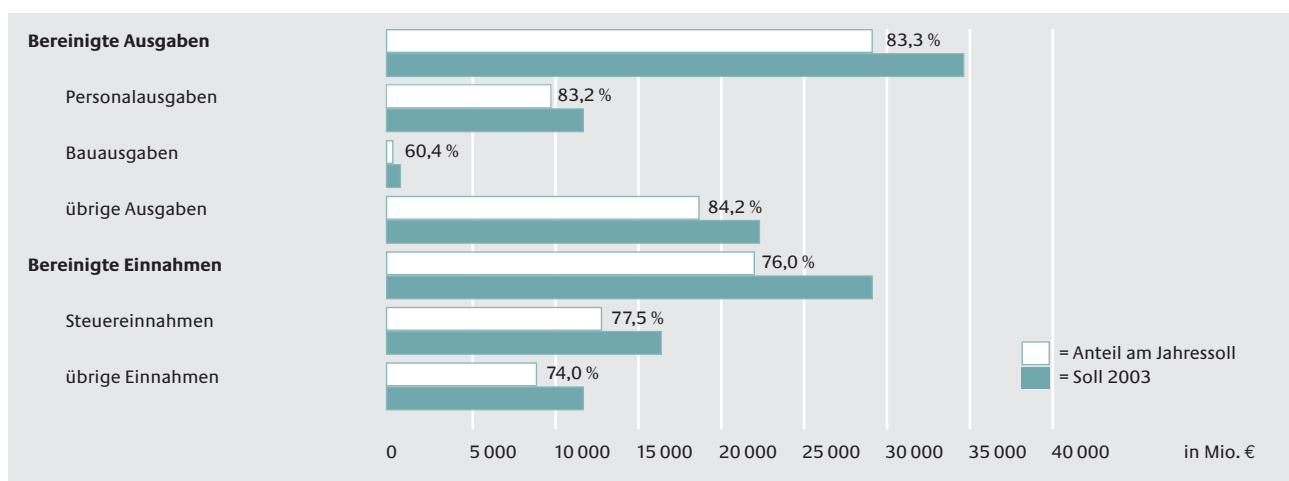
Das Finanzierungsdefizit der Länder insgesamt betrug 32,6 Mrd. €, rund 6,2 Mrd. € mehr als im Vorjahreszeitraum. Die Haushaltsplanungen der Länder gehen für das Jahr 2003 von einem Gesamtdefizit in Höhe von 25,5 Mrd. € aus. Das Defizit belief sich in den westdeutschen Flächenländern auf 20,6 Mrd. € (Soll 2003 15,8 Mrd. €), in den ostdeutschen Flächenländern auf 4,8 Mrd. € (Soll 2003 3,6 Mrd. €) und in den Stadtstaaten auf 7,2 Mrd. € (Soll 2003 6,0 Mrd. €).

Die Aussagekraft der Haushaltsentwicklung bis zum jetzigen Zeitpunkt ist für den tatsächlichen Haushaltsverlauf zum Ende des Jahres immer noch begrenzt. Der Vergleich zum Vorjahreszeitraum sowie zu den Haushaltsplanungen erlaubt daher noch keine weitergehende Bewertung, obwohl jetzt schon erkennbar ist, dass das ursprünglich geplante Finanzierungsdefizit deutlich überschritten werden wird.

Flächenländer Ost



Stadtstaaten



Termine

Finanz- und Wirtschaftspolitische Termine

- 19./20. Januar 2004 – Ecofin und Eurogruppe in Brüssel
- 6./7. Februar 2004 – Finanzministertreffen der G 7 in Boca Raton (USA)
- 9./10. Februar 2004 – Ecofin und Eurogruppe in Brüssel

Hinweis auf Veröffentlichungen

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikation neu herausgegeben:

- Fachblick – **Bundeshaushalt 2004 Tabellen und Übersichten November 2003**
- Fachblick – **Entschädigung von NS-Unrecht – Regelungen zur Wiedergutmachung
Ausgabe 2003**
- Fachblick – **Deutsches Stabilitätsprogramm – Aktualisierung Dezember 2003**

Die Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen
– Referat Bürgerangelegenheiten –
Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

telefonisch 01 80 / 5 22 19 96 (0,12 €/Min.)

per Telefax 01 80 / 5 22 19 97 (0,12 €/Min.)

Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de>

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
2004 Januar	Dezember 2003	30. Januar 2004
Februar	Januar 2004	20. Februar 2004
März	Februar 2004	19. März 2004
April	März 2004	21. April 2004
Mai	April 2004	19. Mai 2004
Juni	Mai 2004	21. Juni 2004
Juli	Juni 2004	19. Juli 2004
August	Juli 2004	19. August 2004
September	August 2004	20. September 2004
Oktober	September 2004	21. Oktober 2004
November	Oktober 2004	19. November 2004
Dezember	November 2004	20. Dezember 2004

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2004

- 2. Juli 2003 – Kabinettsbeschluss
- 15. August 2003 – Zuleitung durch Bundeskanzleramt an Bundesrat und Bundestag
- 9. bis 12. September 2003 – 1. Lesung im Bundestag
- 26. September 2003 – 1. Beratung im Bundesrat
- 15. Oktober bis
- 12. November 2003 – Beratungen im Haushaltsausschuss des Bundestages
- 25. bis 28. November 2003 – 2./3. Lesung im Bundestag
- 19. Dezember 2003 – 2. Beratung Bundesrat

Terminplan für die Aufstellung und Beratung eines Nachtrags zum Haushalt 2003

- 29. Oktober 2003 – Kabinettsbeschluss
- 31. Oktober 2003 – Zuleitung an Bundestag/Bundesrat
- 6. November 2003 – 1. Lesung im Bundestag
- 7. November 2003 – 1. Beratung im Bundesrat
- 12. November 2003 – Gegenäußerung der Bundesregierung zur Stellungnahme Bundesrat
- 12. November 2003 – Beratung Nachtrag und Stellungnahme Bundesrat im Haushaltsausschuss
- 25. November 2003 – 2./3. Lesung Bundestag
- 19. Dezember 2003 – 2. Beratung Bundesrat
- Ende Dezember 2003 – Verkündung im Bundesgesetzblatt



Analysen und Berichte

Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms – Fortsetzung des Konsolidierungskurses unter schwierigen Rahmenbedingungen	33
Mittelstandsfinanzierung in Deutschland	39
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2003	49
Stand und Entwicklung der Steuerrückstände 2002	53
Eine Europäische Wachstumsinitiative zur Stärkung der Wachstumskräfte in der Europäischen Union	59
Stellungnahme zu den jüngsten Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds (IWF) mit Deutschland	67
Die G 20 – Ein Dialogforum aus Industrie- und Schwellenländern	73
Ökonomische Auswirkungen der EU-Erweiterung auf den Standort Deutschland	85
www.zoll.de – Der Zoll im Internet	95

Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms – Fortsetzung des Konsolidierungskurses unter schwierigen Rahmenbedingungen

1	Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland im Jahr 2003 und Ausichten für 2004	34
2	Mittelfristige Wachstumsperspektiven	34
3	Entwicklung der öffentlichen Haushalte	35
3.1	Defizitentwicklung 2003	35
3.2	Defizitentwicklung in den Jahren 2004 bis 2007	35
3.3	Entwicklung des Schuldenstandes	36
4	Finanz- und Wirtschaftspolitik zur Einhaltung der europäischen Verpflichtungen	36
4.1	Finanzpolitik des Bundes	36
4.2	Finanzpolitik im europäischen Kontext	37

Nach den Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes – Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken – sind die Euro-Teilnehmerstaaten verpflichtet, dem ECOFIN-Rat und der Kommission jährlich aktualisierte Stabilitätsprogramme vorzulegen.

In Format und Inhalt haben die Programme den Richtlinien zu folgen, wie sie vom ECOFIN-Rat im Oktober 1998 festgelegt und zuletzt durch den Verhaltenskodex zu Form und Inhalt der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme vom 27. Juni 2001 ergänzt wurden.

Die diesjährige Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms wurde am 3. Dezember

2003 durch das Kabinett gebilligt. Durch die Verpflichtung, die jährlichen Aktualisierungen jeweils Anfang Dezember vorzulegen, konnten die Ergebnisse des Vermittlungsverfahrens nicht berücksichtigt werden. Sämtliche Projektionen basieren daher auf der Annahme der vollständigen Umsetzung und Wirksamkeit des Reform- und Konsolidierungspakets der Bundesregierung (Stand der den Projektionen zugrunde liegenden Daten: 6. November 2003).

Im Folgenden werden die zentralen Elemente des Stabilitätsprogramms – die Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der öffentlichen Haushalte sowie die finanz- und wirtschaftspolitische Strategie der Bundesregierung zur Erfüllung der europäischen Verpflichtungen – zusammenfassend dargestellt.

Das Stabilitätsprogramm ist auch vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion über die Konsolidierungsverpflichtungen Deutschlands im Rahmen des Defizitverfahrens gemäß Art. 104 EG-Vertrag zu sehen. Am 15. Oktober 2003 hat die Europäische Kommission Empfehlungen nach Art. 104 Abs. 8 und 9 EG-Vertrag vorgelegt mit dem Ziel, dass der ECOFIN-Rat die Nichterfüllung der Ratsempfehlungen vom Januar 2003 feststellt und Deutschland unter Verschärfung der Konsolidierungsaufgaben in Verzug setzt. Der ECOFIN-Rat ist diesen Empfehlungen in seiner Sitzung am 25. November 2003 nicht gefolgt. Vielmehr hat auch der Rat nochmals bestätigt, dass Deutschland in Erfüllung der Empfehlungen vom Januar 2003 die damals geforderten substanziellen Anpassungsmaßnahmen auch durchgeführt hat. Darüber hinaus hat sich die Bundesregierung im Rahmen der Ratsschlussfolgerungen zur konsequenten Fortsetzung des Konsolidierungskurses verpflichtet. Kern dieser Verpflichtung ist:

- das strukturelle Defizit 2004 um 0,6 Prozentpunkte zu reduzieren;
- das strukturelle Defizit 2005 um mindestens 0,5 Prozentpunkte zu reduzieren oder um einen entsprechend höheren Wert, der sicherstellt, dass das gesamtstaatliche Defizit in 2005

wieder unter dem Referenzwert des EG-Vertrages liegt;

- den Konsolidierungskurs auch über das Jahr 2005 hinaus fortzusetzen und dabei das strukturelle Defizit jährlich um mindestens 0,5 Prozentpunkte abzubauen;
- mögliche Mehreinnahmen aufgrund eines stärkeren als erwarteten Wachstums vollständig für den Defizitabbau zu verwenden.

Die jetzt vorgelegte Aktualisierung des Stabilitätsprogramms zeigt, wie sich diese Verpflichtungen in den von der Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen und den darauf beruhenden Projektionen niederschlagen.

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland im Jahr 2003 und Aussichten für 2004

Für das Jahr 2003 wurde allgemein eine konjunkturelle Belebung erwartet, diese hatte jedoch bis zur Jahresmitte noch nicht eingesetzt. Ursache dafür war in erster Linie der Irak-Krieg, der die Verunsicherung der Investoren und Konsumenten zunächst noch verstärkt hatte und somit die konjunkturelle Entwicklung – sowohl im Inland als auch weltweit – deutlich abgebremst hat.

Jedoch tendierten die Stimmungsindikatoren bereits seit dem Frühsommer deutlich nach oben, und inzwischen zeigen auch „härtere“ Konjunkturindikatoren erste Erholungstendenzen. Im dritten Vierteljahr 2003 hat auch das Bruttoinlandsprodukt – erstmals seit drei Quartalen – wieder etwas zugenommen. Es bestehen gute Aussichten, dass sich die konjunkturelle Erholung auch im Schlussquartal fortsetzt. Gleichwohl dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2003 aufgrund der bisherigen Konjunkturschwäche nur stagnieren. Erst im nächsten Jahr ist mit einer deutlichen Belebung zu rechnen.

In der Herbstprojektion der Bundesregierung wird für den Jahresdurchschnitt 2004 ein reales

Wirtschaftswachstum von 1 ½ bis 2 % erwartet. In dieser Spanne kommen Chancen und Risiken der Wirtschaftsentwicklung im nächsten Jahr zum Ausdruck.

Für den gesamten Projektionszeitraum ist das für Deutschland typische Erholungsmuster zu erwarten: zunächst außenwirtschaftliche Impulse, die dann allmählich auf die Binnenkonjunktur übergreifen. Dabei wird die binnenwirtschaftliche Entwicklung seitens der Fiskalpolitik durch das Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform gestützt. Entscheidend wird sein, dass sich der Attentismus von Investoren und Konsumenten zurückbildet. Die finanz- und wirtschaftspolitischen Weichenstellungen der Bundesregierung leisten dazu einen wichtigen Beitrag.



2 Mittelfristige Wachstumsperspektiven

Auch auf mittlere Sicht stellen sich die Wachstumsperspektiven für Deutschland günstig dar. In den Einschätzungen zur mittelfristigen Wirtschaftsentwicklung bis 2007 haben trendmäßige Überlegungen und angebotsseitige Erwägungen vorrangige Bedeutung. Konjunkturelle Einflüsse werden zwar in der Ausgangslage berücksichtigt, treten jedoch bei der Projektion eher in den Hintergrund.

Positive Anstöße für die gesamte Volkswirtschaft werden durch eine nachhaltige Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erwartet. Die Verstärkung der Human- und Sachkapitalbildung, der Ausbau der öffentlichen Infra-

struktur, die Beschleunigung des technischen Fortschritts, die Wirkungen der Arbeitsmarktreformen und weitere strukturelle Reformen über die Agenda 2010 hinaus werden den mittelfristigen Wachstumsprozess unterstützen.

Die Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung von 2002 bis 2007 ergibt ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts um real 1 $\frac{3}{4}$ % p. a., einen Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus um 1 % p. a. sowie einen leichten Anstieg der Erwerbstätigkeit bei stärkerer Beschäftigungsausweitung im weiteren Verlaufe des Projektionszeitraums.

3 Entwicklung der öffentlichen Haushalte

3.1 Defizitentwicklung 2003

Die nun schon seit fast drei Jahren andauernde Stagnation der deutschen Volkswirtschaft hinterlässt deutliche Spuren in den öffentlichen Haushalten. Erhebliche Steuerausfälle und konjunkturelle Belastungen auf der Ausgabenseite prägen die Ausgangslage der diesjährigen Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms. In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) und unter Einschluss der Finanzen der Sozialversicherungen zeichnet sich ein Finanzierungssaldo in einer Größenordnung zwischen –85 und –90 Mrd. € ab. Damit steigt das Staatsdefizit im laufenden Jahr auf –4 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP), nach –3,5 % des BIP im Jahr 2002.

Die aktuelle Projektion unterstellt somit ein um fast 30 Mrd. € bzw. etwa 1,3 Prozentpunkte des BIP höheres Defizit für das laufende Jahr als vor Jahresfrist erwartet. Der weitaus überwiegende Teil der Defizitverschlechterung gegenüber den Annahmen des letzten Stabilitätsprogramms kann auf die schwache Entwicklung des nominalen BIP und damit auf gesamtwirtschaftliche Effekte zurückgeführt werden. Wesentliche Ursachen sind im Einzelnen:

- Die Steuereinnahmen sind statt des erwarteten Anstiegs um 5 $\frac{1}{2}$ % tatsächlich nur um etwa $\frac{1}{2}$ % gewachsen. Allein für den Bundeshaushalt mussten im Nachtrag 2003 Mindereinnahmen von 12 $\frac{1}{2}$ Mrd. € berücksichtigt werden, hinzu kommen die Ausfälle bei Ländern und Gemeinden. Diese „Lücke“ bei den Steuereinnahmen erklärt mehr als einen Prozentpunkt der Defizitabweichung 2003.
- Gegenüber den ursprünglichen Annahmen sollten die Staatsausgaben im Jahr 2003 um 2 % zunehmen. Der tatsächliche Anstieg wird dagegen aus heutiger Sicht bei knapp 2 $\frac{1}{2}$ % liegen. Gegenüber den damaligen Annahmen bedeutet dies Mehrausgaben von rund 5 Mrd. €. Dabei ist zu berücksichtigen, dass im Nachtrag zum Bundeshaushalt 2003 arbeitsmarktbedingte Mehrausgaben in Höhe von allein 12 Mrd. € zu veranschlagen waren. Es ist jedoch gelungen, an anderer Stelle Minderausgaben in erheblicher Größenordnung zu erreichen.¹
- Die Einnahmen aus Sozialbeiträgen fallen niedriger aus als in der Projektion zum Stabilitätsprogramm 2002 unterstellt. Statt eines erwarteten Anstiegs um 3 $\frac{1}{2}$ % dürften diese Einnahmen lediglich um 2 $\frac{1}{2}$ % zunehmen.

3.2 Defizitentwicklung in den Jahren 2004 bis 2007

Deutschland wird das gesamtsstaatliche Defizit so schnell wie möglich unter den Referenzwert von 3 % des BIP zurückführen. Diese finanzpolitische Notwendigkeit spiegelt sich in der Projektion für die Entwicklung des gesamtsstaatlichen Defizits 2004 bis 2007.

Die Projektion wurde auf Basis des von der Bundesregierung vorgeschlagenen Maßnahmenpaktes vorgenommen und bezieht sich auf den Stand nach Abschluss der Steuerschätzung am 6. November 2003. Für das Jahr 2004 umfassen

¹ Hierzu dürfte unter anderem eine – gegenüber den ohnehin restriktiven Annahmen – noch straffere Ausgabenpolitik der Gebietskörperschaften beigetragen haben. Ein Beispiel hierfür ist die Inanspruchnahme der so genannten „Öffnungsklausel“ bei der Beamtenbesoldung.

die von der Bundesregierung initiierten Maßnahmen – einschließlich des Vorziehens der Steuerreformstufe 2005 auf 2004 – ein Entlastungsvolumen für die öffentlichen Haushalte von einem halben Prozentpunkt des BIP. Ohne das Vorziehen der Tarifsenkung läge die erwartete Entlastungswirkung bei gut einem Prozentpunkt des BIP. In den Jahren 2005 bis 2007 steigt das Konsolidierungsvolumen auf rund 1 ½ Prozentpunkte des BIP an.

Unter den getroffenen Annahmen ergibt sich für 2004 ein Staatsdefizit von $-3\frac{1}{2}\%$ des BIP. Damit wird der Referenzwert von 3% auch im kommenden Jahr überschritten. Ausgehend von einem 2003 erreichten Defizit von -4% des BIP wäre eine Rückführung auf oder gar unter den Referenzwert von -3% nicht realistisch. Mit Blick auf die gesamtwirtschaftliche Lage sind der Schärfe des einzuschlagenden Konsolidierungskurses Grenzen gesetzt. Eine zu restriktive Finanzpolitik würde zu einer Behinderung oder Abschwächung der sich abzeichnenden wirtschaftlichen Belebung führen.

Ab dem Jahr 2005 werden die Rahmenbedingungen für einen weiteren Abbau des Staatsdefizits wieder günstiger. Der zu erwartende jahresdurchschnittliche Anstieg des realen BIP um $2\frac{1}{4}\%$ sorgt für eine wieder positivere Entwicklung der Steuereinnahmen. Gleichzeitig werden zahlreiche der von der Bundesregierung initiierten Maßnahmen erst im Jahr 2005 greifen bzw. erst dann größere Wirkung entfalten. Damit wird im Jahr 2005 das Staatsdefizit die Drei-Prozent-Marke wieder unterschreiten, es dürfte unter den getroffenen

Annahmen bei $-2\frac{1}{2}\%$ des BIP liegen. In den Jahren 2006 und 2007 setzt sich die Stabilisierung der Steuer- und Beitragseinnahmen fort. Gleichzeitig sorgen abnehmende Ausgaben für den Arbeitsmarkt für Entlastung.

3.3 Entwicklung des Schuldenstandes

Angesichts einer nochmals gestiegenen Kreditaufnahme und einer künftig zwar rückläufigen, aber von einem hohen Niveau ausgehenden Defizitentwicklung steigt der Schuldenstand spürbar stärker an als vor Jahresfrist unterstellt. Vor allem im laufenden Jahr, das das höchste Defizit und die geringste Zunahme des BIP aufweist, ergibt sich ein Anstieg der Schuldenquote auf rund 64% des BIP. Unter den getroffenen Annahmen wird der Anstieg des absoluten Schuldenstandes bis zum Jahr 2005 über dem Zuwachs des nominalen BIP liegen, so dass die Schuldenquote auf $65\frac{1}{2}\%$ des BIP im Jahr 2005 ansteigt. Ab dem Jahr 2006 bildet sich die Schuldenquote zurück, am Ende des Projektionszeitraumes im Jahr 2007 wird mit einem Schuldenstand von rund $64\frac{1}{2}\%$ des BIP gerechnet.

4 Finanz- und Wirtschaftspolitik zur Einhaltung der europäischen Verpflichtungen

4.1 Finanzpolitik des Bundes

Die Bundesregierung hat vor dem Hintergrund der nun schon seit fast drei Jahren anhaltenden Stagnation der Wirtschaft ihre finanzpoli-

Entwicklung der Defizitquote

	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Defizitquote	in % des BIP					
Projektion November 2003	-3,5	-4	-3½	-2½	-2	-1½
Nachrichtlich: Zunahme des realen BIP in %	0,2	0	1½ bis 2	2½	2½	2½

tischen Ziele neu justiert. Das Ziel, möglichst bald einen ausgeglichenen Bundes- und Staatshaushalt zu erreichen, bleibt eine zentrale Leitlinie der Finanzpolitik der Bundesregierung. Im derzeitigen konjunkturellen Umfeld muss eine auf nachhaltigen Erfolg ausgerichtete Konsolidierungsstrategie jedoch durch Maßnahmen zur Stärkung der Wachstumskräfte ergänzt werden. Die Fortsetzung des Konsolidierungskurses der Bundesregierung wird daher einerseits von einem umfangreichen Strukturreformpaket und andererseits von einem finanzpolitischen Impuls zur Überwindung der Konjunkturschwäche flankiert.

Die unerwartet schwache konjunkturelle Entwicklung im Jahr 2003 stellt eine erhebliche Belastung für den Vollzug des Bundeshaushalts dar. Steuermindereinnahmen und Mehrausgaben für den Arbeitsmarkt führen im Bundeshaushalt 2003 zu einer Mehrbelastung von insgesamt 24,5 Mrd. €. Diese Mehrbelastungen werden im Jahr 2003 durch eine entsprechende Erhöhung der Nettokreditaufnahme des Bundes auf 43,4 Mrd. € im Rahmen eines Nachtragshaushalts aufgefangen. Mit dem Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren wird eine prozyklische Finanzpolitik vermieden. Eine Deckung der Mehrausgaben wäre nur durch massive Eingriffe auf der Ausgaben- und Einnahmenseite möglich, insbesondere durch Kürzungen bei Investitionsprojekten. Derartige Einschnitte wären aber kontraproduktiv, weil sie die Inlandsnachfrage und die Investitionstätigkeit weiter schwächen und die konjunkturelle Erholung behindern würden.

Im Bundeshaushalt 2004 wird die Nettokreditaufnahme gegenüber 2003 um mehr als ein Viertel auf weniger als 30 Mrd. € reduziert. Auf der Ausgabenseite ist die Leitlinie für den Bundeshaushalt 2004, das Wachstum konsumtiver Ausgaben zu begrenzen und Finanzhilfen abzubauen. Auf der Einnahmenseite sind Vorkehrungen zur Stabilisierung des Steueraufkommens durch die Bekämpfung von Steuermisbrauch und Schwarzarbeit sowie durch die Einschränkung von steuerlichen Sondervergünstigungen und

Ausnahmeregelungen vorgesehen. Das Volumen der von der Bundesregierung mit dem Beschluss zum Bundeshaushalt eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen beläuft sich im Jahr 2004 im Bundeshaushalt auf rd. 14 Mrd. €.

Ein bedeutender Teil des Modernisierungsprogramms der Bundesregierung ist das Haushaltsbegleitgesetz 2004, das am 17. Oktober 2003 vom Deutschen Bundestag beschlossen wurde. Es enthält sowohl Konsolidierungsmaßnahmen als auch eine wachstumsfördernde Komponente:

- Einen Schwerpunkt bildet der weitere Abbau von Steuervergünstigungen, u. a. der Eigenheimzulage, der Entfernungspauschale für Pendler sowie der Möglichkeiten zur Absetzung von Abnutzungen (AfA) für bewegliche Wirtschaftsgüter.
- Darüber hinaus ist im Haushaltsbegleitgesetz 2004 das Vorziehen der Steuerreformstufe 2005 auf den 1. Januar 2004 enthalten. Mit dem Vorziehen der Steuerreformstufe setzt die Bundesregierung einen positiven Impuls für den privaten Konsum und die Investitionsbereitschaft. Gleichzeitig entfaltet die Steuerreform positive Effekte auf der Angebotsseite der Volkswirtschaft, so stärkt z. B. die Senkung des Eingangssteuersatzes die Anreize zur Arbeitsaufnahme im Niedriglohnbereich.

Die Bundesregierung erwartet durch die Nettoentlastung, die das Vorziehen der Steuerreform den Bürgern und Unternehmen bringt, einen spürbaren Wachstumsimpuls. Darüber hinaus wird die konsequente Fortsetzung des Subventionsabbaus in den nächsten Jahren zu weiter gehenden Einsparungen bzw. Mehreinnahmen führen und damit den einmaligen Effekt einer erhöhten Nettokreditaufnahme im Zeitablauf kompensieren.

4.2 Finanzpolitik im europäischen Kontext

Die Bundesregierung steht uneingeschränkt zum Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt.

Er ist das zentrale Element der Koordinierung der Finanzpolitiken in Europa. Der Pakt spielt eine wichtige Rolle bei der Konvergenz der Mitgliedstaaten und trägt zu stabilen, wachstums- und beschäftigungsfreundlichen Rahmenbedingungen in Europa bei.

Eine Änderung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ist aus Sicht der Bundesregierung weder notwendig noch ratsam. In seiner Grundausrichtung ist der Pakt auch für Konjunkturschwankungen ausgelegt. Ausgehend vom mittelfristigen Ziel eines ausgeglichenen Haushalts bzw. eines Haushaltsüberschusses sowie genau definierter Ausnahmeregelungen gewährt der Pakt auch im Konjunkturzyklus den notwendigen Raum für das Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren. Es ist notwendig, dass die Kommission und der Rat den im Pakt vorhandenen Ermessensspielraum nutzen, um im jeweiligen Einzelfall eine ökonomisch sinnvolle Anwendung des Regelwerks zu erreichen.

In der Sitzung des ECOFIN-Rates vom 25. November 2003 haben die Empfehlungen der Kommission nach Art. 104 Abs. 8 und 9 EG-Vertrag nicht die notwendige Mehrheit erhalten. Tatsächlich wäre eine Feststellung, Deutschland habe die Rats-Empfehlung vom 21. Januar 2003 nicht beachtet, aus Sicht der Bundesregierung und der Mehrheit im ECOFIN-Rat unberechtigt gewesen. Deutschland ist der Empfehlung vielmehr gefolgt. Die Auffassung der Kommission, eine Verletzung der Empfehlung liege automatisch vor, wenn die Korrektur des übermäßigen Defizits nicht in 2004 erfolge, verkennt, dass nach Art. 3 Abs. 4 der Verordnung Nr. 1467/97, den die Empfehlung vom 21. Januar ausdrücklich in Bezug nimmt, „diese Korrektur in dem Jahr erreicht werden [sollte], das auf die Feststellung des übermäßigen Defizits folgt, sofern keine besonderen Umstände vorliegen.“ Bei der Ent-

scheidung darüber, ob ein Mitgliedstaat den Empfehlungen des Rates nach Art. 104 Abs. 7 gefolgt ist, muss der Rat also notwendigerweise berücksichtigen, ob besondere Umstände vorliegen, die ausnahmsweise ein Abweichen von der normalerweise geltenden Frist zum Defizitabbau rechtfertigen. Dies bedingt eine ökonomische Wertung, die im Rat getroffen und von diesem verantwortet wird.

Die Erfüllung der durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgegebenen Verpflichtungen bleibt ein zentrales Ziel der deutschen Finanzpolitik. Insbesondere hält es die Bundesregierung unter den gegebenen Umständen – auch zur Sicherung des dauerhaften Erfolges der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte – für notwendig, mit dem Vorziehen der dritten Steuerreformstufe von 2005 auf 2004 einen spürbaren Wachstumsimpuls zu geben. Dies ist auch im Zusammenhang mit den Strukturreformen im Bereich des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherungssysteme zu sehen: Wenn die verfügbaren Einkommen durch Begrenzung von Sozialleistungen belastet werden, ist das Vorziehen der steuerlichen Entlastung umso mehr geboten, um negativen gesamtwirtschaftlichen Effekten möglichst entgegenzuwirken.

Die Bundesregierung hat ein umfangreiches Strukturreformpaket beschlossen, welches in Übereinstimmung mit den länderspezifischen Empfehlungen im Rahmen der „Grundzüge der Wirtschaftspolitik“ für den Zeitraum 2003 bis 2005 steht. Es besteht insbesondere aus Reformen auf dem Arbeitsmarkt („Hartz-Gesetze“), im Bereich der Sozialversicherung (Gesundheitsreform, Beschlüsse für weitere Reformen des Rentensystems), der Gemeindefinanzreform zur langfristigen Sicherung der Einnahmenbasis der Kommunen sowie einer Reihe von Deregulierungsmaßnahmen mit Schwerpunkt auf der Dienstleistungswirtschaft.

Mittelstandsfinanzierung in Deutschland

1	Finanzierungsstruktur im Mittelstand	39
2	Aktuelle und künftige Einflüsse auf die Unternehmensfinanzierung	41
2.1	Veränderte Rahmenbedingungen auf den Finanzmärkten	41
2.2	Veränderte Eigenkapitalvorschriften durch „Basel II“	42
3	Auswirkungen auf die Mittelstandsfinanzierung	43
3.1	Neue Finanzierungsinstrumente für den Mittelstand	43
3.2	Notwendige Verhaltensänderungen von mittelständischen Unternehmen	45
3.3	Anpassung der Förderpolitik	45
3.4	Steuerpolitische Maßnahmen	46
4	Fazit	47

Verschiedene Entwicklungen wie Globalisierung, Deregulierung und neue Informations- und Kommunikationstechnologien haben zu einem tief greifenden Wandel auf den Finanzmärkten geführt. Von diesen Veränderungen ist auch der Bankensektor betroffen, der angesichts der aktuell schwierigen Ertragslage und den geplanten Änderungen bei den Eigenkapitalvorschriften („Basel II“) vor neuen Herausforderungen steht. Verschiedene Untersuchungen deuten darauf hin, dass die Kreditvergabepolitik der Banken in den letzten Jahren differenzierter und in der Tendenz restriktiver geworden ist. Die Anforderungen an Kreditkunden sind gestiegen. Im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion stehen die Kreditverknappung durch einen teilweisen Rückzug der Banken aus der Mittelstandsfinanzierung, die geringen Eigenkapitalquoten kleiner und mittlerer Unternehmen, neue Anforderungen an Unternehmen und Banken durch Rating und alternative Finanzierungsinstrumente. Wesentliche Aspekte der Diskussion zur Entwicklung der Mittelstandsfinanzierung werden nachfolgend dargestellt.

1 Finanzierungsstruktur im Mittelstand

Die wirtschaftlichen und rechtlichen Finanzierungsbedingungen sind ein wichtiger Erfolgsfaktor für die Entwicklungsmöglichkeiten der mittelständischen Wirtschaft. Unternehmen greifen zur Deckung ihres Kapitalbedarfs auf Eigen- oder Fremdkapital (Außenfinanzierung) und auf Kapitalbeschaffung aus dem betrieblichen Umsatzprozess (Innenfinanzierung) zurück. Dies erfolgt einerseits durch Vermögenszuwachs und dadurch bedingte Kapitalneubildung im Wege der Zurückbehaltung von Gewinnen (Selbstfinanzierung) oder durch Bildung langfristiger Rückstellungen (z. B. Pensionsrückstellungen) und andererseits durch Vermögensumschichtung (Verwendung von Umsatzerlösen für Reinvestitionen oder Nettoinvestitionen).

Eine Untersuchung des Institutes der Deutschen Wirtschaft (iwd, 2001, S.4 f.) zeigt, dass die Eigenkapitalausstattung bei westdeutschen Kapitalgesellschaften mit der Unternehmensgröße ansteigt. Kleine Unternehmen verfügten im Durchschnitt der Jahre 1995 bis 1998 nur über eine Eigenkapitalausstattung von knapp 12 % der Bilanzsumme, bei Großbetrieben waren es dagegen mehr als 30 %.

Zu vergleichbaren Ergebnissen kommt eine Untersuchung der Deutschen Bundesbank (2003, S.42), die für den Zeitraum 1994 bis 2001 feststellt, dass die Eigenmittelquote kleiner und mittlerer Unternehmen mit 7,5 % im Jahr 2001 um einen halben Prozentpunkt über dem Niveau von 1994 lag.

Nach einer im Februar 2003 vorgelegten Studie des deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV, 2003, S.14) lag die durchschnittliche Eigenkapitalquote bei den mittelständischen Kunden der Sparkassen im Jahr 2001 bei lediglich 6 %.

Gründe für die – insbesondere im internationalen Vergleich – niedrige Eigenkapitalquote

deutscher mittelständischer Unternehmen sind folgende:

- Die häufig geringe Ertragskraft kleiner und mittlerer Unternehmen schränkt die Möglichkeiten der Selbstfinanzierung ein.
- Für Personengesellschaften, die insbesondere bei den kleinen und mittleren Unternehmen dominieren, aber auch bei Kapitalgesellschaften gibt es steuerliche Anreize, die eine Fremdkapitalfinanzierung gegenüber der Eigenkapitalfinanzierung begünstigen. Im Gegensatz zu der Eigenkapitalverzinsung sind Fremdkapitalzinsen steuerlich absetzbar. Für Kapitalgesellschaften setzte darüber hinaus bis zum Jahr 2001 ein höherer Körperschaftsteuersatz für einbehaltene als für ausgeschüttete Gewinne keinen Anreiz für Eigenkapitalbildung aus Gewinnen. Seit 2001 werden einbehaltene und ausgeschüttete Gewinne einheitlich mit 25 % Körperschaftsteuer (KSt) belegt.
- Zur Besicherung von Bankkrediten werden meist bankübliche Sicherheiten herangezogen, die bei kleinen Unternehmen häufig dem Privatvermögen des Inhabers zuzurechnen sind. Entsprechend spielt die Eigenkapitalquote bei der Gewährung von Krediten häufig nur eine untergeordnete Rolle. Zudem besteht für Einzelunternehmen und Personengesellschaften die Möglichkeit, einen Teil des Betriebsvermögens aus steuerlichen Gründen dem Privatvermögen zuzuordnen. Die dem Privatvermögen zugeordneten Vermögenswerte stehen für die Besicherung von Krediten zur Verfügung, werden in Bankbilanzen aber nicht berücksichtigt.
- Deutsche Unternehmen verfügen in beträchtlichem Maße über langfristige Rückstellungen wie sie in anderen europäischen Ländern nicht gegeben sind. Dies gilt nicht nur für große, sondern – auf niedrigerem Niveau – auch für kleine und mittlere Unternehmen. Langfristige Rückstellungen haben für die Unternehmensfinanzierung einen ähnlichen Charakter wie Eigenkapital, da sie kein Zinsänderungs- und Kündigungsrisiko tragen.
- Steuersystem und Bilanzierungsregeln haben die Bildung stiller Reserven begünstigt. So berechnete das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW, 2001, S.769) eine durchschnittliche Eigenkapitalquote bei deutschen Unternehmen im Jahr 1995 von rund 40 % unter Einschluss der stillen Reserven bei Betriebsgrundstücken. Im selben Jahr weisen die Unternehmensbilanzen im Sample der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW, 2001, S.42) nur 26 %, im Sample der Bundesbank sogar nur 18 % Eigenkapital aus (Deutsche Bundesbank, 1996, S.44 f.). Es ist zu vermuten, dass die stillen Reserven in Deutschland im internationalen Vergleich hoch sind und dass dadurch das zur Verfügung stehende Haftkapital in Deutschland real höher ist als es in der Eigenkapitalquote zum Ausdruck kommt.
- Die Bilanzstrukturanalyse der iwd-Studie (2001, S.5) verdeutlicht auch, dass Fremdkapital den größten Teil der Passivseite über alle Unternehmensgrößen ausmacht. In kleinen AGs oder GmbHs macht das Fremdkapital über 77 % der Bilanzsumme aus, in Firmen mittleren Zuschnitts sind es 66 % und in Großbetrieben nur 40 %. Eine neuere Studie der Deutschen Bundesbank (2003, S.40 ff.) bestätigt diese Ergebnisse grundsätzlich. In einer Umfrage des Deutschen Industrie und Handelskammertags (DIHK, 2002, S.5) vom Herbst 2002 kam ebenfalls eine gestiegene Bedeutung der Fremdfinanzierung zum Ausdruck; eine negative Beziehung zwischen Unternehmensgröße und Fremdkapitalquote konnte allerdings nicht nachgewiesen werden.

Angesichts dieser Besonderheiten kann derzeit nicht von einer pauschalen Eigenkapitalunterversorgung des deutschen Mittelstandes gesprochen werden. Das deutsche Finanzmarktsystem hat nicht zuletzt durch das Hausbankprinzip und die damit verbundene langfristige Beziehung zwischen Bank und Kreditnehmer (Abbau von Informationsasymmetrien) die Fremdkapitalaufnahme erleichtert. Der Mittelstand hat sich auf diese Gegebenheit eingestellt und seine Finanzierungsgewohnheiten darauf ausgerichtet.

2 Aktuelle und künftige Einflüsse auf die Unternehmensfinanzierung

2.1 Veränderte Rahmenbedingungen auf den Finanzmärkten

Die Rahmenbedingungen auf den Finanzmärkten haben sich gerade in den letzten Jahren deutlich gewandelt. Globalisierung, Deregulierung und fortschreitende Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien sind treibende Kräfte, die das bankenorientierte Finanzierungssystem unter Druck setzen. Für größere Unternehmen erweitern sich die Möglichkeiten, Mittel direkt auf dem Kapitalmarkt aufzunehmen und derivative Instrumente zu nutzen. Die (profitable) Rolle der Kreditinstitute als Berater und Risikomanager in diesem Segment steigt. Die kleineren Kreditvolumina im ertragsarmen Firmenkundengeschäft erscheinen aus der Sicht der Banken zunehmend unattraktiv. Hinzu kommt eine im internationalen Vergleich niedrige Eigenkapitalrendite deutscher Banken.



Eine Untersuchung der Deutschen Bundesbank hat sich mit dem Problem der z.Z. insgesamt niedrigen Kreditvergabe der Banken beschäftigt. Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, dass die Kreditentwicklung weitgehend durch den Konjunkturverlauf und die Zinsen bestimmt wird. „Allerdings zeigen die ökonometrischen Ergebnisse für die verschiedenen Kreditaggregate auch, dass darüber hinaus noch Raum für zusätzliche Faktoren bleibt, welche das schwache Kreditwachstum hervorrufen können. Dabei sind die Hinweise auf eine besondere Nutzung anderer Finanzierungsquellen derzeit eher schwach. Dagegen gibt es

Anzeichen für eine gewisse Zurückhaltung der Banken bei der Kreditvergabe. Vor dem Hintergrund der schlechten Ertragslage der deutschen Kreditwirtschaft dürften neben den geringen Margen im Kreditgeschäft hierzu vor allem die hohe Zahl der Firmeninsolvenzen und die niedrige Eigenkapitalausstattung vieler Unternehmen beigetragen haben, die die Bonität der Firmen belasten.“ (Deutsche Bundesbank, 2002, S. 46).

Diese Ergebnisse werden grundsätzlich durch Umfragen des DIHK (2002), der KfW (2003b) und des Institutes für Wirtschaftsforschung an der Universität München (ifo (2003)) bestätigt. Sie kommen zu dem Schluss, dass deutsche Banken bei der Kreditvergabe seit einiger Zeit restriktiver vorgehen und dass sich die Kreditkonditionen verschlechtert haben. Von einem „Credit crunch“ kann aber nicht gesprochen werden.

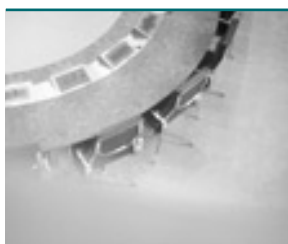
Zwischen den einzelnen Bankengruppen gibt es allerdings erhebliche Unterschiede:

- Bereits in den vergangenen Jahren ist es zu einem deutlichen Rückzug der Privatbanken aus der Mittelstandsfinanzierung gekommen. Lag ihr Anteil als durchleitende Bank am Zuzugvolumen der KfW-Programme für den Mittelstand 1991 noch bei 70 %, so hat sich dieser Anteil bis 2002 auf 30 % mehr als halbiert.
- Der teilweise Rückzug der Großbanken konnte bisher allerdings durch ein verstärktes Engagement der Sparkassen und Genossenschaftsbanken ausgeglichen werden. Ihr Anteil stieg seit 1991 von 20 % (Sparkassen) bzw. 10 % (Genossenschaftsbanken) auf 41 % bzw. 28 % im Jahr 2002.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die Kreditvergabepolitik der Banken in der Tendenz restriktiver geworden ist. Die genannten Studien deuten darauf hin, dass ein positiver Zusammenhang zwischen Unternehmensgröße und dem Zugang zu Krediten besteht. Dies lässt darauf schließen, dass die häufig geringere Eigenkapitalausstattung und das fehlende Rating von kleinen Unternehmen zunehmend ein Finanzierungshindernis darstellen.

2.2 Veränderte Eigenkapitalvorschriften durch „Basel II“

Ein weiterer Anpassungsdruck auf den Bankensektor geht von den Vorschlägen des Basler Komitees zur künftigen Eigenkapitalunterlegung von Kreditinstituten aus. Während nach der Basler Eigenkapitalvereinbarung aus dem Jahr 1988 (= Basel I) derzeit 8 % des Kreditbetrags mit Eigenmitteln der Bank zu unterlegen sind, soll sich künftig die Unterlegung stärker am individuellen Risikoprofil der Kreditinstitute orientieren. Hierfür sollen fortschrittliche Risikomessmethoden eingesetzt und die Bonitätsbeurteilung anhand eines Ratings vorgenommen werden.



Zu den künftigen Eigenkapitalvorschriften veröffentlichte der Basler Ausschuss am 29. April 2003 ein 3. Konsultationspapier, zu dem bis 31. Juli 2003 zahlreiche Stellungnahmen eingegangen sind. Nach einer Erklärung des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht vom 11. Oktober 2003 sollen die noch offenen Punkte bei Basel II bis Mitte 2004 geklärt werden.

Parallel zum Basler Prozess bereitet die EU-Kommission eine Revision der derzeitigen Eigenkapitalvorschriften für die europäischen Kreditinstitute und Wertpapierfirmen vor. Dazu veröffentlichte die Kommission ein 3. EU-Konsultationspapier am 1. Juli 2003. Die neuen EU-Eigenkapitalvorschriften sollen in inhaltlicher und zeitlicher Hinsicht generell an dem Basel II-Projekt ausgerichtet werden. Sie sollen in Form einer Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates erlassen werden.

Bei den bisherigen Verhandlungen zur neuen Basler Eigenkapitalübereinkunft (Basel II) hat der Basler Ausschuss wichtige Entscheidungen getroffen, die den Banken vor allem im mittelständischen Kreditgeschäft weitgehende Erleichterungen einräumen. Damit wurde einem zentralen Anliegen des deutschen Mittelstands Rechnung getragen.

Die vereinbarten Neuerungen umfassen insbesondere eine reduzierte Eigenkapitalanrechnung für Kredite an mittelständische Unternehmen. Außerdem wird das langfristige Kreditgeschäft deutscher Banken durch eine Modifizierung der Regelungen für die Laufzeitzuschläge entlastet.

Im Einzelnen hat der Basler Ausschuss die folgenden Punkte beschlossen:

- Kredite an kleine und mittlere Unternehmen unterhalb eines Betrages von 1 Mio. € können dem Retail-Portfolio zugeordnet werden, für das wegen der besseren Risikoversifizierung geringere Eigenkapitalanforderungen gelten. Das Retail-Portfolio wird somit für nahezu 95 % aller deutschen Unternehmen offen stehen.
- Für Kredite an Unternehmen, bei denen aufgrund ihrer Größe eine Zuordnung zum Retail-Portfolio nicht mehr möglich und sinnvoll ist, wurden ebenfalls Erleichterungen im Hinblick auf die Eigenkapitalanrechnung eingeräumt. So wurde für Kredite an Unternehmen mit einem Umsatz bis zu 50 Mio. € ein Abschlag von der Risikogewichtungsfunktion in Höhe von maximal 20 % vereinbart.
- Die deutsche Verhandlungsdelegation setzte darüber hinaus eine Regelung für die Laufzeitzuschläge durch, die ebenfalls die Belange des Mittelstandes berücksichtigt. Es wurde ein nationales Wahlrecht vereinbart, nach dem auf die im fortgeschrittenen Internal Ratings Based Approach („Advanced Approach“) vorgesehenen Laufzeitfaktoren verzichtet werden kann, soweit es sich um Kredite an Unternehmen handelt, deren Umsatz und Bilanzsumme auf konsolidierter Ebene 500 Mio. € nicht überschreiten. Auf Kredite, die dem Retail-Portfolio zugeordnet werden, werden keine Laufzeitfaktoren angewendet.

Die Ergebnisse der dritten Auswirkungsstudie zu Basel II deuten auf künftig verminderte regulatorische Eigenkapitalanforderungen für Mittelstandskredite hin. Die Erleichterungen liegen in Abhängigkeit der Anrechnungsmethodik im Bereich zwischen 4 % und 26 %.

Festzuhalten ist, dass nach derzeitigem Stand der Diskussionen kein Anlass für eine Verteuerung von Krediten an typische Mittelständler aus bankaufsichtsrechtlichen Gründen besteht. Dennoch ist zu erwarten, dass die standardmäßige Erstellung von Ratings im Rahmen der Kreditvergabe neue Anforderungen an Unternehmen und Banken stellen wird.

3 Auswirkungen auf die Mittelstandsfinanzierung

3.1 Neue Finanzierungsinstrumente für den Mittelstand

Angesichts des beschriebenen Wandels an den Finanzmärkten werden mittelständische Unternehmen in Zukunft stärker auf alternative Finanzierungsarten zurückgreifen. Grundsätzlich lässt die Erschließung neuer Finanzierungsquellen und neuer Finanzierungsinstrumente die Erwartung zu, dass auch kleine und mittlere Unternehmen diese kapitalmarktorientierten Finanzierungswege in Anspruch nehmen können. Hierzu zählen vor allem der Risiko- und außerbörsliche Beteiligungsmarkt sowie die Finanzierung über Unternehmensanleihen und Asset Backed Securities:

- Laut MIND-Studie (2000 b, S.92) planen 5,3 % der mittelständischen Unternehmen einen Börsengang, in der Frühjahrsumfrage von Creditreform (2000, S.32) sind es 4,8 %. Andererseits kommt für 72 % bzw. 77 % der Unternehmen laut Umfrage (MIND 2000 b, S.92, Creditreform 2000, S.32) eine Aktienemission am Kapitalmarkt absolut nicht in Frage. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt die KfW-Studie (2003 b, S.54): Für rd. 90 % der befragten Unternehmen kommt ein Börsengang nicht in Frage.

Gründe hierfür liegen u. a. in dem befürchteten Kontrollverlust, Publizitätserfordernissen, Rechtsformwechsel und steuerlichen Nachteilen. Zudem ist vielen Mittelständlern angesichts der börsenüblichen Renditeanforderungen und Kapitalvolumina ein Börsengang versperrt. In Frage kommen größere etablierte Mittelständler und kleine und mittlere Unternehmen aus innovativen Branchen.

Eine neuere Umfrage des Deutschen Aktieninstituts (2003, S.11) kommt zu dem Ergebnis, dass für rd. 19 % der befragten Unternehmen mit mehr als 35 Mio. € Jahresumsatz ein Börsengang in Frage käme. Allerdings warten viele Unternehmen auf ein günstigeres Kapitalmarktumfeld. 1,8 % der rd. 900 Umfrageteilnehmer haben konkrete Pläne für einen Börsengang.

- Private Equity wird gewöhnlich von institutionellen Kapitalgebern oder von sog. „Business Angels“ zur Verfügung gestellt. Die häufig für die Frühphasenfinanzierung noch nicht börsenreifer Unternehmen und Expansionsfinanzierung eingesetzte Finanzierungsform steht allerdings nur einem kleinen Kreis von Mittelständlern zur Verfügung, die den hohen Anforderungen der Beteiligungsgesellschaften hinsichtlich Rendite und Wachstumspotenzial gerecht werden. Weitere Zugangsbarrieren sind Mindestvolumina, Due Diligence-Anforderungen und eine Mindest-Unternehmensgröße. Das in Frage kommende Potenzial an kleinen und mittleren Unternehmen beziffert der Bundesverband deutscher Kapitalgesellschaften auf rd. 10 %. Nach der KfW-Studie (2003 b, S. 43) kommt eine Beteiligungsfinanzierung für rd. 15 % der Mittelständler in Frage.
- Grundsätzlich steht Unternehmen auch die Kreditfinanzierung über Unternehmensanleihen und Asset Backed Securities (ABS) offen. Trotz der seit einigen Jahren hohen Wachstumsdynamik für den Corporate Bonds-Markt stellt dieses Segment wegen der angesprochenen Zugangsbarrieren für kleine und mittlere Unternehmen mittelfristig keine umfassende Finanzierungsalternative dar.

Neben der Finanzierung über die Kapitalmärkte können mittelständische Unternehmen auf Leasing und Factoring als alternative Finanzierungsinstrumente zurückgreifen:

- Leasing steht heute praktisch für jedes Investitionsgut zur Verfügung. Geleast werden vor allem Fahrzeuge, Maschinen und Computer (zusammen rd. 75 % des Leasingsmarktes in Deutschland im Jahr 2002, vgl. iwd, 2003 a, S.2).

Laut MIND-Studie (2000 a, S.35) haben 64 % der befragten mittelständischen Unternehmen Leasing bereits im Fahrzeugbereich eingesetzt, 27 % im Bereich Büromaschinen, EDV und Telekommunikation.

Die Vorteile von Leasing liegen in der Reduzierung des Kapitalbedarfs, der bilanzentlastenden Wirkung (Senkung der Fremdkapitalquote, keine Belastung des Eigenkapitals), der steuerlichen Abzugsfähigkeit des Leasingatzes als Betriebskosten und der hohen Flexibilität.

Gerade kleine und mittlere Unternehmen stoßen aufgrund niedriger Eigenkapitalquoten und geringer Bonitätsanforderungen an Grenzen der Kreditfinanzierung und können durch Leasing zusätzlichen Finanzierungsspielraum nutzen.

- Factoring ist eine weltweit verbreitete Finanzierungsform, die in Deutschland seit 1958 praktiziert wird. Beim Factoring verkauft ein Unternehmen kurzfristige Geldforderungen an ein Factorinstitut (Factor). Der Factor zahlt an das Unternehmen den Forderungskaufpreis und übernimmt je nach Vertragsgestaltung das Ausfallrisiko (Delkrederfunktion) und die Debitorenbuchhaltung nebst Mahnwesen und Inkasso (Dienstleistungsfunktion).

Die Gesamtzahl der Factoringkunden belief sich im Jahr 2002 auf lediglich 2 150 Unternehmen, wobei Unternehmen mit einem Umsatz zwischen 5 und 200 Mio. € dominieren (vgl. Deutscher Factoring-Verband, 2002, S.7).

Nach der KfW-Studie (2003 b, S.43) spielt Factoring für mittelständische Unternehmen keine wichtige Rolle. Für die Zukunft erwarten 12 % der mittelständischen Unternehmen, dass Factoring für ihr Unternehmen an Bedeutung gewinnt.

Die Ausführungen zeigen, dass die beschriebenen alternativen Finanzierungsinstrumente nur auf einen kleinen Kreis mittelständischer Unternehmen abzielen. Neben der Unterscheidung zwischen Mittelstand und Großunternehmen bringt

Aktuelle Finanzierungsalternativen für bestimmte Unternehmenstypen

	Innenfinanzierung	Kreditfinanzierung	Beteiligungen	Börsengang	Anleihen	Leasing	Factoring
Existenzgründungen		X	X			X	
Junge und wachstums- bzw. technologie-orientierte Unternehmen	X	X	X	(X)		X	(X)
Kleinere Unternehmen	X	X	(X)			X	(X)
Mittlere Unternehmen	X	X	X		(X)	X	X
Etablierte größere Unternehmen	X	X	X	X	X	X	X
„(X)“ bedeutet, nur bedingt einsetzbar.							
Quelle: Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)							

diese Entwicklung eine zunehmende Differenzierung innerhalb des Mittelstands. Insbesondere größere sowie innovative mittelständische Unternehmen dürften in Zukunft von den deutlich erweiterten Finanzierungsoptionen profitieren. Die Masse des Mittelstandes wird weiterhin auf die bewährte Finanzierung über Bankkredite zurückgreifen.

3.2 Notwendige Verhaltensänderungen von mittelständischen Unternehmen

Mit der Veränderung der Rahmenbedingungen auf den Finanzmärkten ist auch eine Anpassung der Finanzierungsgewohnheiten im Mittelstand verbunden. Mittelständische Unternehmen müssen sich mit den neuen Formen der Finanzierung auseinander setzen und sich auf die gestiegenen Anforderungen insbesondere im Hinblick auf den Informationsbedarf einstellen.

Die Inanspruchnahme des Kredit- und Kapitalmarktes stellt vor allem an mittelständische Unternehmen mit tendenziell höheren Risiken hohe Anforderungen an ihre Unternehmenstransparenz und Informationsbereitschaft. Diese Bereitschaft ist bisher nur gering ausgebildet. Hinzu kommt, dass mittelständische Unternehmen ungern Firmendaten an Dritte weitergeben. Zudem verfügen mittelständische Unternehmen häufig nicht über die notwendigen Instrumente und Systeme, um die erforderlichen Informationen für bankinterne und externe Ratingsysteme bereitstellen zu können. In diesem Bereich sind noch erhebliche Investitionen zum Aufbau eines leistungsfähigen betrieblichen Rechnungswesens und Controllings zu tätigen. Nach der Umfrage des DIHK (2002, S.16) schätzen viele Unternehmen ihre bisherige Kommunikationsstrategie gegenüber den Kreditgebern als verbesserungsfähig ein.

Laut MIND-Studie (2000 a, S.25) verfügen nur rd. ein Viertel der Mittelständler über eine eigenständige Finanzabteilung. Nur 27 % der Unternehmen

erstellen regelmäßig Investitionsbudgets. Daraus ist abzulesen, dass dem Finanzierungsbereich in mittelständischen Unternehmen bisher nur geringe Aufmerksamkeit zukommt. Auf diesem Gebiet sind Veränderungen notwendig, wenn Mittelständler sich neuen Finanzierungsalternativen zuwenden oder weiterhin auf Bankkredite zu angemessenen Konditionen zurückgreifen wollen.

3.3 Anpassung der Förderpolitik

Im Zuge der Zusammenlegung von KfW und Deutscher Ausgleichsbank (DtA) wird die Mittelstandsförderung gebündelt, das Förderinstrumentarium überarbeitet und an die neuen Gegebenheiten angepasst. Hierzu zählt u. a. eine Neuausrichtung des klassischen Instruments des zinsgünstigen Langfriskredits. Dafür sind eine Reihe von Maßnahmen notwendig:

- Anpassung der Förderprogramme und Programmbedingungen an den sich ändernden Finanzierungsbedarf; zunehmende Förderung auch von weichen Investitionen (etwa Forschungs- und Entwicklungspersonal für Innovationen).
- Erhöhung der Fördertransparenz durch Vereinfachung der Programme und Reduzierung der Programmvielfalt:
 - Die traditionellen Kreditprogramme für den Mittelstand (KfW-Mittelstandsprogramm, DtA-Existenzgründungsprogramm) wurden zum 1. September 2003 zu dem neuen Programm „Unternehmerkredit“ zusammengelegt.
 - Für das kommende Jahr ist die Neuordnung der Programme in den Bereichen „Beteiligungskapital“ und „Nachrangtranche“ (Mezzanine) geplant.
- Flexiblere Laufzeiten um eine Finanzierung sicherzustellen, die kongruent zur Absetzung für Abnutzung (AfA) verläuft.
- Verbesserung des Informations- und Beratungsangebotes (Online-Berater, Informations-, Service- und Beratungszentren).
- Senkung der Kosten für die Förderintermediäre (Kreditinstitute u. a.) durch Standardisierung und Automatisierung der Verfahren.

- Ausbau der Risikokapital- und Beteiligungsfinanzierung, da hier der Bedarf mittelständischer Unternehmen wachsen wird.
- Flexibilisierung des Kreditangebots durch flexiblere Konditionen, Verbriefung der Förderkredite zur Eigenkapitalentlastung der Kreditinstitute und Globaldarlehen an Kreditinstitute.
 - Ein Ansatzpunkt der Neuausrichtung des Förderinstrumentariums ist die flexiblere Gestaltung der Kreditkonditionen, womit dem zunehmend komplexer werdenden Finanzierungsbedarf der Unternehmen Rechnung getragen wird.
- Die Übernahme von und der Handel mit Kreditrisiken aus Darlehen an kleine und mittlere Unternehmen – die Verbriefung – sind ein neuer effektiver Hebel der Förderung. Die Risiken werden gebündelt und als Portfolio am Kapitalmarkt platziert. Die Kreditinstitute werden dadurch von den Kosten der Eigenkapitalunterlegung entlastet, es entsteht Platz für neue Mittelstandskredite.
- Globaldarlehen sind Refinanzierungslinien, die den Banken und Sparkassen zur Verfügung gestellt werden und innerhalb derer diese eigenständig bedarfsgerecht zugeschnittene Förderkredite unterschiedlicher Laufzeiten und Tilgungsstrukturen darstellen können. Die Einzelkredite werden auf der Basis vorher vereinbarter Förderkriterien und -konditionen sowie unter Zugrundelegung anerkannter Ratingverfahren vergeben, deren Einhaltung von der KfW -Bankengruppe kontrolliert wird.

3.4 Steuerpolitische Maßnahmen

An steuerlichen Maßnahmen sind besonders hervorzuheben:

- das Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002,
- die Steuerreform 2000,
- die ökologische Steuerreform,
- die Fortentwicklung der Unternehmensbesteuerung.

Die einzelnen Maßnahmen bringen für den Mittelstand folgende steuerliche Erleichterungen:

- Das Vorziehen der bislang für 2005 vorgesehenen letzten Stufe der Steuerreform auf 2004 mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2004 hat der Deutsche Bundestag am 17. Oktober 2003 beschlossen. Als Ergebnis des Vermittlungsverfahrens kommt es nur zu einem teilweisen Vorziehen der Tarifstufe 2005 auf das Jahr 2004 von der die Personenunternehmen profitieren. So steigt der Grundfreibetrag wie ursprünglich erst für 2005 vorgesehen auf 7 664 €. Der Einkommenssteuersatz sinkt auf 16 % und der Spitzensteuersatz auf 45 %. Im Jahr 2005 vermindern sich dann Eingangs- und Spitzensteuersatz nochmals, nämlich auf 15 % bzw. 42 %.
- Personenunternehmen, die Einkünfte aus Gewerbebetrieb erzielen und Gewerbesteuer zahlen, werden darüber hinaus durch eine pauschalierte Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuerschuld entlastet. Die Ermäßigung wird in Höhe des 1,8-fachen des Gewerbesteuermessbetrags gewährt. Die Gewerbesteuer ist weiterhin als Betriebsausgabe abzugsfähig. Grundsätzlich wird der überwiegende Teil der Unternehmen wirtschaftlich fast vollständig von der Gewerbesteuer entlastet. Teilweise kommt es sogar zu einer Überkompensation, da aufgrund der Pauschalierung eine über der tatsächlichen Gewerbesteuerzahlung liegende Anrechnung vorgenommen werden kann. Das sich für ein einzelnes Unternehmen ergebende Resultat hängt aber letztlich vom Gewerbesteuerhebesatz ab und wird somit durch die jeweilige Gemeinde determiniert.
- Der Freibetrag für Betriebsveräußerung und Betriebsaufgabe wurde von bisher rd. 30 680 € auf rd. 51 130 € bzw. 51 200 € ab 2002 erhöht (§ 16 Abs. 4 EStG).
- Zur Erleichterung von Betriebsveräußerungen kann alternativ zur „Fünftelungsregelung“ der aus dem Berufsleben ausscheidende Unternehmer einmal im Leben den so genannten „halben Steuersatz“ wählen. Die Regelung gilt ab dem Veranlagungszeitraum 2001 für

Unternehmer/innen, die das 55. Lebensjahr vollendet haben oder bei dauernder Berufsunfähigkeit.

- Betriebsübergaben und Kooperationen bei mittelständischen Personenunternehmen wurden durch Wiedereinführung von Grundsätzen des Mitunternehmererlasses (§ 6 Abs. 5 EStG) erleichtert.
- Die Einführung einer Reinvestitionsrücklage eröffnet auch Personengesellschaften, Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften steuerneutral auf neu angeschaffte Anteile zu übertragen; diese Maßnahme soll Umstrukturierungen erleichtern.



Die Gesamtbilanz für den Mittelstand ist eindrucksvoll. Durch die dargestellten Maßnahmen und weitere Reformen im Steuerbereich sollen die Steuerzahler im Jahr 2004 (im Vergleich zu 1998) netto um über 51 Mrd. € entlastet werden, davon entfallen über 15 Mrd. € auf mittelständische Unternehmen.

Mittelständische Betriebe profitieren auch von der ökologischen Steuerreform. Ihnen kommt zunächst auch die mit der Ökosteuer finanzierte Stabilisierung des Beitragssatzes in der Rentenversicherung zugute. Außerdem wird die Land- und Forstwirtschaft sowie das Produzierende Gewerbe, dem eine Vielzahl mittelständischer Unternehmen zuzurechnen ist, nur mit 60 % der Regelsteuersätze für Strom, Heizöl und Erdgas belastet. Besonders belastete Unternehmen des Produzierenden Gewerbes erhalten darüber hinaus ggf. einen zusätzlichen Vergütungsanspruch, den sog. Spitzenausgleich.

4 Fazit

- Die Finanzmärkte unterliegen einem tief greifenden Wandel, der zu wesentlichen Veränderungen im Bankensektor und bei den Finanzierungsbedingungen geführt hat. Der Prozess ist noch nicht abgeschlossen.
- Mittelständische Unternehmen in Deutschland weisen verschiedene Besonderheiten in ihrer Finanzierungsstruktur und ihren Finanzierungsgewohnheiten auf, die sich u. a. durch das deutsche Finanzierungs-, Insolvenz- und Steuersystem erklären. Das Hausbanksystem, die typisch hohen Rückstellungen und stille Reserven bei einer geringen Eigenkapitalausstattung haben die Finanzierung des Mittelstands in der Vergangenheit geprägt. Der Wandel an den Finanzmärkten bietet auch für den Mittelstand neue Chancen und Risiken und macht Anpassungen in der Finanzierungsstruktur erforderlich. Die Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung steigen ebenso wie der Informationsbedarf gegenüber Banken und Gläubigern. Dies macht Anpassungsprozesse bei der strategischen Planung und im Finanzmanagement erforderlich. Gleichzeitig erweitert sich das Spektrum an Finanzierungsinstrumenten, wenngleich hiervon hauptsächlich größere und innovative mittelständische Unternehmen profitieren dürften. Der breite Mittelstand wird weiterhin auf den Bankkredit als wichtigstes Finanzierungsinstrument zurückgreifen.
- Auch der Bankensektor steht vor weiteren Anpassungsprozessen. Im Vordergrund stehen die ertragsorientierte Ausrichtung der Geschäftsfelder, eine Differenzierung der Kreditmargen sowie die Nutzung von Ratings und Risikosteuerungsmodellen. Diese Entwicklung wird nicht zuletzt durch „Basel II“ forciert.
- Diese Veränderungen machen eine Anpassung der bestehenden Förderkonzepte notwendig. Die KfW-Mittelstandsbank überarbeitet derzeit die bestehenden Förderprogramme mit dem Ziel, ein transparentes und flexibleres Angebot an Förderinstrumenten bereitzustellen. Im

Vordergrund steht weiterhin der klassische Bankkredit, der um neue Konzepte bei der Beteiligungs- und Eigenkapitalfinanzierung ergänzt wird.

- Die dargestellten Studien deuten im Bereich der Unternehmenskredite auf eine zunehmende Konditionenspreizung in Abhängigkeit vom Risikoprofil hin. Davon dürften sowohl

Unternehmen mit geringer Bonität bzw. hohem Risiko profitieren, denen der Zugang zu Krediten bisher weitgehend versperrt war, als auch Unternehmen mit guter Bonität, die günstigere Konditionen erhalten. Das breitere Spektrum an Finanzierungsinstrumenten gewinnt insbesondere für große und innovative Mittelständler an Bedeutung.

Literaturverzeichnis:

Creditreform (2000), Wirtschaftslage Mittelstand, Frühjahr 2000

DAI (2003), Deutsches Aktieninstitut, Kapitalmarkt und Mittelstand, Heft 24, Oktober 2003

Deutsche Bundesbank (1996), Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse westdeutscher Unternehmen im Jahre 1995, in: Monatsbericht, November 1996, S. 33–57

Deutsche Bundesbank (2002), Zur Entwicklung der Bankkredite an den privaten Sektor, in: Monatsbericht, Oktober 2002, S. 31–48

Deutsche Bundesbank (2003), Zur wirtschaftlichen Situation kleiner und mittlerer Unternehmen in Deutschland, Oktober 2003, S. 29–46.

Deutscher Factoring-Verband (2002), Jahresbericht 2002

DIHK (2002), Deutscher Industrie- und Handelskammertag, Mittelstandsfinanzierung in schwierigem Umfeld, November 2002

DIW (2001), Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Vermögenswert der Unternehmen – Besitz und Beteiligungen privater Haushalte, in: Wochenbericht 48/2001

DSGV (2003), Deutscher Sparkassen- und Giroverband, Diagnose Mittelstand 2003

ifo (2003), Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, Kreditpolitik der Banken, in: ifo Schnelldienst 1999/2003, S. 51 ff.

iwd (2001), Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Mittelstandsfinanzierung, Informationsdienst Nr. 36 vom 7. September 2001

iwd (2003), Informationsdienst Nr. 18 vom 1. Mai 2003

KfW (2001), Entwicklung der Jahresabschlüsse mittelständischer Unternehmen in den Jahren 1994–1998, KfW Research 23, S.30–44

KfW (2003 a), Eigenkapital für den „breiten“ Mittelstand, Januar 2003

KfW (2003 b), Unternehmensfinanzierung in schwierigem Fahrwasser, März 2003

MIND-Studie (2000 a), MIND Finance, Mittelstand in Deutschland, 2000

MIND-Studie (2000 b), MIND Finance, Mittelstand in Deutschland, Tabellenband, 2000

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder¹ im 1. bis 3. Quartal 2003

– endgültige Ergebnisse –

1	Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im 1. bis 3. Quartal 2003	49
2	Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Monaten des 3. Quartals 2003	51
3	Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen	51

1 Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im 1. bis 3. Quartal 2003

Die bei Bund und Ländern eingegangenen Steuereinnahmen betrugen im Zeitraum Januar bis September 2003 nach endgültigen Ergebnissen 292 613 Mio. €, das sind 947 Mio. € = 0,3 % mehr als im Vorjahr.

Die Steuereinnahmen in den ersten drei Quartalen des Jahres 2003 und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum stellen sich im Einzelnen wie folgt dar:

Nach einem schwachen Ergebnis für das 1. Quartal (– 3,5 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum) und einer deutlichen Erholung im 2. Quartal (+ 3,1 %) setzte sich dieser positive Trend beim Aufkommen an gemeinschaftlichen Steuern im 3. Quartal (– 1,2 %) leider nicht fort. Für die ersten drei Quartale des Jahres 2003 ergab sich damit insgesamt ein leichter Rückgang von 0,5 % gegenüber dem Vorjahr, wobei die unbefriedigende Entwicklung der Einnahmen aus veranlagter Einkommensteuer und nicht veranlagten Steuern vom Ertrag einerseits und die Aufwärtsentwicklung bei der Körperschaftsteuer andererseits dieses Ergebnis maßgeblich bestimmten.

Die Zahlungseingänge aus der veranlagten Einkommensteuer blieben in den ersten drei Quartalen des Jahres 2003 um knapp 2,9 Mrd. € hinter dem Vorjahreswert zurück. In der quartalsweisen Betrachtung entfallen davon 1,8 Mrd. € auf das erste Vierteljahr, rund 0,7 Mrd. € auf das zweite und gut 0,3 Mrd. € auf das dritte Vierteljahr. Der starke Rückgang im 1. Quartal ergibt sich in erster Linie aus der größtenteils im März zu Lasten der Einkommensteuer verbuchten Auszahlung der Eigenheimzulage, deren Volumen aufgrund der Einbeziehung eines weiteren Bauförderjahrgangs um rd. 1,2 Mrd. € höher als im Vorjahr war. In dem unbefriedigenden Ergebnis im bisherigen Jahresverlauf spiegelt sich die

	1. bis 3. Quartal Mio. €		Änderung ggü. Vorjahr	
	2003	2002	in Mio. €	in %
Gemeinschaftliche Steuern	218 947	220 067	– 1 120	– 0,5
Reine Bundessteuern	57 220	55 093	2 127	3,9
Reine Ländersteuern	14 337	14 357	– 20	– 0,1
Zölle	2 109	2 149	– 40	– 1,9
Steuereinnahmen insgesamt (ohne reine Gemeindesteuern)	292 613	291 666	947	0,3

¹ Einschließlich Gemeindesteuern der Stadtstaaten. Über die Einnahmen aus Gemeindesteuern berichtet das Statistische Bundesamt vierteljährlich. Diese Einnahmeergebnisse werden in der Fachserie 14 „Finanzen und Steuern“, Reihe 4 „Steuerhaushalt“ im Rahmen eines Gesamtüberblicks über die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden veröffentlicht.

nach wie vor schlechte Gewinnsituation der Unternehmen, die insbesondere für geringere Zahlungseingänge für vergangene Veranlagungszeiträume sorgt.

Bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag ergab sich für die ersten neun Monate ein Rückgang der Einnahmen um 31,9 %. Die quartalsweise Betrachtung zeigt, dass sich die Verlangsamung der rückläufigen Entwicklung im 2. Quartal (– 20,3 % gegenüber – 38,2 % für das 1. Quartal) im darauf folgenden Quartal (– 38,1 %) nicht fortgesetzt hat. Die Ursache dafür ist in erster Linie in den deutlich reduzierten Gewinnausschüttungen der Unternehmen als Folge der schwachen konjunkturellen Entwicklung zu sehen. Das hohe Niveau der Änderungsraten geht auf das infolge der Systemumstellung bei der Körperschaftsteuer stark überhöhte Aufkommen des entsprechenden Vorjahreszeitraums zurück.

Die Aufwärtsentwicklung bei der Körperschaftsteuer wurde im Verlauf des 3. Quartals gedämpft, wobei sich aber im September Anzeichen für eine Fortdauer des positiven Trends zeigten. Dies führte im Ergebnis zu einem Anstieg des Aufkommens im 3. Quartal um rund 22,4 %. Insgesamt belaufen sich die Mehreinnahmen im Vergleich zum Vorjahr für die ersten neun Monate des Jahres 2003 auf rund 5,2 Mrd. €.

Der Aufwärtstrend bei der Lohnsteuer (auf + 0,7 % im 1. Quartal folgten + 2,2 % im 2. Quartal) setzte sich im 3. Quartal nicht fort (+ 0,8 %). Bezogen auf die ersten neun Monate des Jahres 2003 resultiert daraus eine Erhöhung des Aufkommens um 1,2 % gegenüber dem Vorjahr. Dieses Ergebnis spiegelt die nach wie vor angespannte Lage am Arbeitsmarkt wider.

Bei den Steuern vom Umsatz setzte sich der in den ersten beiden Quartalen zu beobachtende Aufwärtstrend (von – 2,4 % im 1. Quartal auf – 0,5 % im 2. Quartal) weiter fort. Diese Entwicklung wurde allerdings gebremst durch die heiße Witterung in den Sommermonaten, die sich negativ

auf die Entwicklung der Einzelhandelsumsätze auswirkte. Damit ergab sich eine Stagnation des Umsatzsteueraufkommens im 3. Quartal und, auf die ersten neun Monate des Kalenderjahres bezogen, ein Rückgang um 1,0 %.

Beim Zinsabschlag zeigte sich weiterhin der negative Einfluss des kontinuierlich sinkenden durchschnittlichen Zinsniveaus der Geldanlagen auf das Aufkommen. Der Rückgang des Aufkommens beschleunigte sich hier im Verlauf des Jahres von 6,3 % über 7,3 % auf 10,4 % im 3. Quartal. Für die ersten drei Quartale ergab sich damit ein Minus von 7,4 % gegenüber dem Vergleichszeitraum 2002.

Nach Einnahmeverlusten bei den reinen Bundessteuern im 1. Quartal (– 2,2 %) und einem deutlichen Zuwachs im 2. Quartal (+ 8,0 %) ergab sich im 3. Quartal eine Aufkommenssteigerung um 4,6 %. In der Summe folgt daraus ein Zuwachs für die ersten drei Quartale von 3,9 %. Bei der Mineralölsteuer kam es nach dem durch einen buchungstechnischen Effekt verzerrten Ergebnis für das 1. Quartal (– 14,6 %) zu Zuwächsen für die Quartale zwei und drei in Höhe von 6,3 % und 4,5 %. In den ersten neun Monaten des Jahres 2003 war damit eine Aufkommenssteigerung von 1,0 % gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Ebenfalls positive Entwicklungen zeigten sich in diesem Zeitraum u. a. bei der Versicherungsteuer (+ 3,7 %), der Tabaksteuer (+ 6,6 %; in Folge der Tarifierhöhung im Rahmen des Gesetzes zur Finanzierung der Terrorbekämpfung) und der Stromsteuer (+ 33,2 %; Tarifierhöhung im Zuge der ökologischen Steuerreform). Einnahmeverluste mussten dagegen in den ersten drei Quartalen beim Solidaritätszuschlag (– 1,3 %) – insbesondere auf Grund der schwachen Ergebnisse bei veranlagter Einkommensteuer und Lohnsteuer –, der Kaffeesteuer (– 9,0 %) und der Zwischenerzeugnissteuer (– 8,9 %) hingenommen werden.

Die kassenmäßigen Einnahmen aus den reinen Ländersteuern stagnierten in den ersten neun Monaten des Jahres 2003. Der bei der Grunder-

werbsteuer im 1. Quartal auf Grund der geplanten Einschnitte bei der Eigenheimzulage zu beobachtende Anstieg (+ 13,3 %) setzte sich in den darauf folgenden Quartalen nicht fort (– 6,9 % und – 7,7 %), woraus ein Ergebnis von – 0,3 % für den gesamten hier betrachteten Zeitraum resultierte. Auch die Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer (– 4,2 %) und der Biersteuer (– 2,9 %) gingen im Vorjahresvergleich zurück. Zuwächse zeigten sich dagegen bei der Erbschaftsteuer (+ 10,6 %) und der Feuerschutzsteuer (+ 7,9 %).



2 Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Monaten des 3. Quartals 2003

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) stiegen im Juli 2003 gegenüber dem Vorjahresmonat um 1,2 %. Zu diesem Ergebnis trug maßgeblich ein kräftiger Zuwachs bei den Bundessteuern (+ 15,6 %) bei, wobei insbesondere bei der Tabaksteuer, u. a. aufgrund von buchungstechnischen Effekten, hohe Mehreinnahmen (+ 54,1 %) zu verzeichnen waren. Das Aufkommen der gemeinschaftlichen Steuern blieb trotz einer erfreulichen Entwicklung bei den Steuern vom Umsatz (+ 3,6 %) mit – 2,4 % deutlich hinter dem Vorjahreswert zurück. Auch die Einnahmen aus den reinen Ländersteuern gingen deutlich zurück (– 4,2 %). Ein Zuwachs ergab sich hier nur bei der Biersteuer, deren Aufkommen infolge des heißen Sommers um 7,4 % wuchs.

Im August 2003 gingen die Steuereinnahmen deutlich um 5,0 % zurück. Im Bereich der gemeinschaftlichen Steuern (– 2,2 %) waren alle wichtigen Einnahmearten mit Ausnahme der

Gewerbsteuerumlage von dieser negativen Entwicklung betroffen. Auch bei den reinen Bundessteuern war ein Rückgang der Steuereinnahmen (– 12,8 %) zu verzeichnen. Zwar ergab sich bei der Mineralölsteuer ein deutliches Plus (+ 7,4 %), welchem aber hohe Verluste bei den restlichen Bundessteuern gegenüberstanden. Zu nennen ist hier insbesondere die Tabaksteuer, die aufgrund eines kassentechnischen Effekts stark zurückging (– 56,2 %). Auch bei den reinen Ländersteuern blieben die Einnahmen hinter dem Vorjahresergebnis zurück (– 7,1 %). Hier stand einem Zuwachs bei der Erbschaftsteuer (+ 4,9 %) ein starker Rückgang (– 15,3 %) bei der Grunderwerbsteuer gegenüber.

Im September 2003 ergab sich mit einem Zuwachs von 2,8 % wieder eine Verbesserung der Einnahmesituation. Wie bereits im Juli wurde diese Entwicklung in erster Linie von dem positiven Ergebnis (+ 13,3 %) bei den reinen Bundessteuern getragen, wobei vor allem Tabaksteuer (+ 71,4 %) und Stromsteuer (+ 77,8 %) herausragten. Auch beim Aufkommen der reinen Ländersteuern zeigte sich eine positive Entwicklung (+ 5,5 %). Hier ging lediglich die Biersteuer zurück (– 5,8 %), während deutliche Zuwächse bei den Einnahmen aus der Erbschaftsteuer (+ 12,2 %) und erstmals seit einigen Monaten wieder bei der Grunderwerbsteuer (+ 7,3 %) zu verzeichnen waren. Dagegen verlief die Steuererhebung im Bereich der gemeinschaftlichen Steuern vergleichsweise schwach (+ 0,5 %): Bis auf den leichten Zuwachs (+ 0,9 %) bei der Lohnsteuer waren hier nur Einnahmeverluste zu verzeichnen.

3 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

Die Verteilung der Steuereinnahmen in den ersten drei Quartalen 2003 auf Bund, EU, Länder und Gemeinden² und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum werden in der nachstehenden Tabelle dargestellt:

² Lediglich Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und an den Steuern vom Umsatz.

	1. bis 3. Quartal Mio. €		Änderung ggü. Vorjahr	
	2003	2002	in Mio. €	in %
Bund	130 485	131 149	- 664	- 0,5
EU	16 583	14 336	2 247	15,7
Länder	128 515	128 809	- 294	- 0,2
Gemeinden	17 030	17 372	- 342	- 2,0
Steuereinnahmen insgesamt (ohne reine Gemeindesteuern)	292 613	291 666	947	0,3

Die Stadtstaaten vereinnahmten darüber hinaus in den ersten neun Monaten des Jahres 2003 an Gemeindesteuern (ohne Berücksichtigung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und an den Steuern vom Umsatz sowie der Gewerbesteuerumlage) 2 493 Mio. €, das sind 41 Mio. € = 1,6 % weniger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

Die Einzelergebnisse der von Bund und Ländern verwalteten Steuern sowie deren Verteilung auf die Gebietskörperschaften im 1. bis 3. Quartal 2003 und in den einzelnen Monaten finden sich im Internetangebot des BMF unter <http://www.bundesfinanzministerium.de/Steuern-und-Zoelle/Steueraufkommen-.459.htm>.

Stand und Entwicklung der Steuerrückstände 2002

1	Art und Umfang der Erhebung der Steuerrückstände	53
2	Gesamtergebnis für das Bundesgebiet	53
2.1	Entwicklung der Steuererhebung und der Steuerrückstände	53
2.2	Entwicklung der Rückstände-, Erlass- und Niederschlagungsquoten	54
2.3	Aufgliederung nach Rückstandsarten	55
2.4	Entwicklung der Rückstandsfälle	56
2.5	Einfluss von Rückstandsveränderung, Erlass und Niederschlagung auf die Höhe der Steuereinnahmen	56
3	Wichtige Einzelsteuern	57

1 Art und Umfang der Erhebung der Steuerrückstände

Das Bundesministerium der Finanzen erstellt jährlich auf der Grundlage von Meldungen der Oberfinanzdirektionen einen ausführlichen Bericht über die Rückstände an Besitz- und Verkehrsteuern zum Jahresende. Nachstehend werden die wesentlichen Ergebnisse zum „Stand der Steuererhebung am 31. Dezember 2002 (Rückständestatistik)“ dargelegt.

Erfasst sind bei der Rückständestatistik ausschließlich die von den Finanzämtern erhobenen und über die Finanzkassen entrichteten Bundes- und Ländersteuern. Die Erhebung deckt damit fast $\frac{3}{4}$ der gesamten Steuereinnahmen ab. Nicht berücksichtigt sind die Einfuhrumsatzsteuer, die Zölle und Verbrauchsteuern sowie die Gemeindesteuern.

Bei den ermittelten Rückständen handelt es sich um Steueransprüche, die im Sinne des Steuergesetzes entstanden und zum Soll gestellt sind. Die Fälligkeit dieser Steuerschulden ist zum Teil durch Verwaltungsakte der Finanzbehörden wie Stundung oder Aussetzung der Vollziehung hinausgeschoben. Bei den gestundeten Beträgen handelt es sich um solche, deren Einziehung vom Finanzamt

wegen damit verbundener Härten für den Steuerpflichtigen hinausgezögert wird. Als Aussetzungen gelten Rückstände, bei denen von den Steuerpflichtigen eingelegte Rechtsmittel begründete Aussicht auf Erfolg haben. Die nicht gestundeten oder ausgesetzten Teile der Steuerrückstände, die „echten Rückstände“, befinden sich in Beitreibung. Es handelt sich hierbei um Zahlungsverpflichtungen, denen ohne Zustimmung der Finanzbehörden nicht nachgekommen worden ist.

Die Rückständestatistik zeigt lediglich eine Momentaufnahme eines dynamischen Prozesses, bei dem laufend alte Rückstände, die unterschiedliche Zeiträume betreffen, abgelöst werden und neue hinzukommen. Ziel der Steuerverwaltung muss sein, durch eine möglichst zeitnahe Steuererhebung den Bodensatz an Steuerrückständen so gering wie möglich zu halten.

2 Gesamtergebnis für das Bundesgebiet

2.1 Entwicklung der Steuererhebung und der Steuerrückstände

Die im Laufe eines Jahres neu entstandenen Steuerforderungen bilden zusammen mit den zum Ende des vorangegangenen Berichtszeitraumes festgestellten Rückständen das Kassensoll. Zum Jahresende 2002 lag das Kassensoll der Besitz- und Verkehrsteuern mit 369 895 Mio. € um 0,9 % unter dem Wert des Vorjahresstichtages. Das kassenmäßige Aufkommen belief sich Ende 2002 auf 343 958 Mio. € und ging damit um 1,2 % gegenüber dem Vorjahresaufkommen zurück.

Der Erlass von Steuerbeträgen aus Billigkeitsgründen erhöhte sich auf 39 Mio. €. Die verwaltungsinternen Niederschlagungen von Steueransprüchen wegen festgestellter Erfolglosigkeit der Beitreibung stiegen gegenüber dem Jahr 2001 um 11,3 % auf 6 191 Mio. €. Damit ergibt sich für Erlass und Niederschlagungen zusammen ein Anteil von 1,68 % am Kassensoll (Vorjahr: 1,5 %).

Stand am 31.12.	Rückstände am 31.12. des Vorjahres	Soll- stellungen	In den letzten zwölf Monaten				Rückstände am Erhebungs- stichtag (Sp. 4 – (5+ 6+ 7))
			Kassensoll (Sp. 2+ 3)	kassenmäßiges Aufkommen	Erlass	Nieder- schlagungen	
			Mio. €				
1	2	3	4	5	6	7	8
1992	.	.	276 222	261 010	39	1 601	13 572
1993	13 572	293 181	306 753	288 773	52	2 083	15 845
1994	15 845	306 970	322 815	303 207	46	2 892	16 670
1995	16 671	323 342	340 013	318 993	24	3 430	17 565
1996	17 560	327 045	344 606	322 335	22	4 099	18 149
1997	18 149	324 783	342 932	320 248	23	4 680	17 981
1998	17 981	341 674	359 654	336 963	31	4 405	18 255
1999	18 255	367 148	385 403	363 110	38	4 512	17 743
2000	17 744	375 075	392 819	368 847	24	4 967	18 982
2001	18 982	354 285	373 267	348 125	31	5 564	19 547
2002	19 547	350 348	369 895	343 958	39	6 191	19 707

Bereinigt man das Kassensoll um das kassenmäßige Aufkommen sowie die durch Erlass und Niederschlagung entstandenen Steuerausfälle, ergeben sich Gesamtrückstände aller Besitz- und Verkehrsteuern am Erhebungstag 31. Dezember 2002 in Höhe von 19 707 Mio. €. Das bedeutet einen Anstieg um 160 Mio. € bzw. 0,8 % gegenüber dem Vorjahr.

2.2 Entwicklung der Rückstände-, Erlass- und Niederschlagungsquoten

Gemessen am Kassensoll aller erfassten Besitz- und Verkehrsteuern resultieren als Rückstands-, Erlass- und Niederschlagungsquoten:

Stand am 31.12.	Rückstandsquote (Rückstand/ Kassensoll)	Erlassquote (Erlass/ Kassensoll)	Niederschlagungs- quote (Niederschlagung/ Kassensoll)
1	2	3	4
1992	4,91	0,01	0,58
1993	5,17	0,02	0,68
1994	5,16	0,01	0,90
1995	5,16	0,01	1,01
1996	5,27	0,01	1,19
1997	5,24	0,01	1,36
1998	5,08	0,01	1,22
1999	4,60	0,01	1,17
2000	4,83	0,01	1,26
2001	5,24	0,01	1,49
2002	5,33	0,01	1,67

Der Anstieg der Rückstände um 0,8 % bewirkte in Verbindung mit dem Rückgang des Kassensolls um 0,9 % einen Anstieg der Rückstandsquote um 1,7 % auf 5,33 % (Ende 2001: 5,24 %).

Die Erlassquote verharrte auf Vorjahresniveau, während die Niederschlagungsquote deutlich anstieg, was insbesondere auf die schwache konjunkturelle Entwicklung und die gestiegene Zahl der Insolvenzen in den vergangenen Jahren zurückzuführen sein dürfte.

2.3 Aufgliederung nach Rückstandsarten

Die Gesamtrückstände setzen sich aus den gestundeten und ausgesetzten Beträgen sowie den echten Rückständen zusammen. Die Stundungen verringerten sich um 117 Mio. € = 8,1 % auf 1 210 Mio. €. Die Aussetzungen sanken um 360 Mio. € = 4,0 % auf 8 705 Mio. €. Die echten Rückstände dagegen, die ohne Zustimmung der Finanzbehörden am Erhebungsstichtag noch nicht gezahlt worden waren und bei denen im allgemeinen eine Beitreibung eingeleitet worden ist, nahmen zu, und zwar um 627 Mio. € = 6,8 % auf 9 791 Mio. €.

Die Aufteilung der Gesamtrückstände nach den Merkmalen „gestundet“, „ausgesetzt“ und „echte Rückstände“ zeigt, dass sich der Anteil der ausgesetzten Rückstände im Jahr 2002 wieder verringert hat. Er beträgt nunmehr 44,2 %. Bei diesen Beträgen dürfte aufgrund der hohen Erfolgsaussichten eingelegter Rechtsmittel überwiegend nicht mehr mit einer Zahlung zu rechnen sein. Demgegenüber verzeichnete der Anteil der echten Rückstände wieder einen deutlichen Anstieg.

Um die Erfolgsaussichten für die Einziehung echter Rückstände besser beurteilen zu können, werden bei den Finanzämtern zusätzliche Informationen erhoben, die danach unterscheiden, ob diese Rückstände noch „nicht gemahnt“, „gemahnt“ oder in eine „Rückstandsanzeige aufgenommen“ sind. Nach dieser zusätzlichen Statistik waren 27,1 % der echten Rückstände zum Jahresende 2002 „weder gemahnt noch in eine Rückstandsanzeige aufgenommen“, 21,6 % „gemahnt“ sowie 51,3 % in einer „Rückstandsanzeige erfasst“. Davon wiederum waren bereits 25,8 % vor dem Berichtszeitraum fällig. In Verbindung mit den ausgesetzten Rückständen muss deshalb ein erheblicher Teil der statistisch erfassten Rückstände als nicht realisierbar betrachtet werden.

Stand am 31.12.	Rückstände			davon			
	Mio. €	Gestundet		ausgesetzt		echte Rückstände	
		Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %
1	2	3	4 (=3/2)	5	6 (=5/2)	7	8 (=7/2)
1992	13 572	1 307	9,6	4 825	35,6	7 440	54,8
1993	15 845	1 351	8,5	5 271	33,3	9 227	58,2
1994	16 671	1 573	9,4	5 401	32,4	9 697	58,2
1995	17 560	1 409	8,0	5 547	31,6	10 604	60,4
1996	18 149	1 228	6,8	6 136	33,8	10 786	59,4
1997	17 981	1 165	6,5	6 799	37,8	10 017	55,7
1998	18 255	1 099	6,0	7 428	40,7	9 729	53,3
1999	17 744	964	5,4	7 693	43,4	9 087	51,2
2000	18 982	1 042	5,5	8 413	44,3	9 527	50,2
2001	19 546	1 317	6,7	9 065	46,4	9 164	46,9
2002	19 707	1 210	6,1	8 705	44,2	9 791	49,7

2.4 Entwicklung der Rückstandsfälle

Stand am 31.12.	Rückstände in Mio. €	Zahl der Rückstandsfälle	Durchschnittsbetrag je Rückstandsfall in €
1	2	3	4
1992	13 572	3 250 800	4 175
1993	15 845	4 065 700	3 897
1994	16 671	4 233 500	3 938
1995	17 560	4 609 400	3 810
1996	18 149	4 837 000	3 752
1997	17 981	4 850 400	3 707
1998	18 255	4 334 600	4 212
1999	17 744	4 135 900	4 290
2000	18 982	4 152 500	4 571
2001	19 546	4 022 900	4 859
2002	19 707	4 365 100	4 515

Der starke Anstieg der Rückstandsfälle (+ 8,5 %) und der nur leichte Anstieg des Rückständerolumens (+ 0,8 %) führten zu einem deutlichen Rückgang des durchschnittlichen Rückständerbetrages um 7,1 % auf 4 515 €.

Bemerkenswert ist hier die große Variationsbreite, innerhalb derer sich die durchschnittliche Höhe des Forderungsbetrages der Rückständerfälle bewegt. Diese reicht von 214 € pro Fall betreffend die Kraftfahrzeugsteuer über 6 278 € für die Umsatzsteuer und 45 985 € für die Körperschaftsteuer bis hin zu 169 120 € für die Versicherungsteuer. Der größte Anteil an Rückständerfällen entfiel mit 29,4 % der Gesamt-

fälle auf die Kraftfahrzeugsteuer, gefolgt von der veranlagten Einkommensteuer mit 26,6 % und der Umsatzsteuer mit 20,7 %.

2.5 Einfluss von Rückständerveränderung, Erlass und Niederschlagung auf die Höhe der Steuereinnahmen

Zum Jahresende 2002 betrug der Anteil der nicht erfüllten Zahlungsverpflichtungen wie zum Vorjahresstichtag 1,7 % des Kassensolls. Dabei stand der gegenüber dem Vorjahr deutlich geringeren Zunahme der Rückstände ein kräftiges Wachstum der Niederschlagungen, insbesondere bei der Umsatzsteuer, gegenüber.

Erhebungs- stichtag 31.12.	Rückständer- veränderung Mio. €	Erlass Mio. €	Nieder- schlagungen Mio. €	Minderung des kassenmäßigen Aufkommens	
				Mio. €	in % des Kassensolls
1	2	3	4	5 (=2+3+4)	6
1992	.	39	1 601	.	.
1993	2 273	52	2 083	4 408	1,4
1994	825	46	2 892	3 763	1,2
1995	890	24	3 430	4 344	1,3
1996	588	22	4 099	4 710	1,4
1997	- 168	23	4 680	4 535	1,3
1998	275	31	4 405	4 711	1,3
1999	- 511	38	4 512	4 038	1,0
2000	1 237	24	4 967	6 228	1,6
2001	565	31	5 564	6 160	1,7
2002	161	39	6 191	6 390	1,7

3 Wichtige Einzelsteuern

Mit einem Anteil von gut 75 % bilden die Lohnsteuer und die Umsatzsteuer die für das Kassensoll wichtigsten Steuerarten. Bei den Rückständen dominieren hingegen die veranlagte Einkommensteuer, die Umsatzsteuer sowie die Körperschaftsteuer, deren Gesamtgewicht an den Rückständen aller Besitz- und Verkehrssteuern am 31. Dezember 2002 bei über 80 % lag.

Die Rückstände nahmen bei den meisten der erfassten Einzelsteuern zu. Im Einzelnen: Bei der veranlagten Einkommensteuer erhöhte sich die Rückstandsquote um 9,5 %. Ursache hierfür ist die Tatsache, dass das Kassensoll um 6,8 % sank und zusätzlich die Rückstände um 2,1 % zunahmen.

Bei der Umsatzsteuer sorgte der Anstieg des Rückstandsvolumens um 3,7 % trotz einer Zunahme des Kassensolls (1,6 %) für einen Anstieg der Rückstandsquote um 2,1 % auf 4,93 %.

Die Rückstände der Lohnsteuer hingegen lagen am 31. Dezember 2002 um 7,9 % unter dem Vorjahr. Gleichzeitig stieg das Kassensoll

um 1,6 %, so dass die Rückstandsquote um 9,4 % auf 0,54 % sank.

Die mit –6,6 % gesunkenen Rückstände bei gleichzeitiger Zunahme des Kassensolls von 25,0 % ließen die Rückstandsquote der Körperschaftsteuer deutlich um 25,3 % auf 47,6 % sinken.

Über dem Vorjahreswert lagen die Rückstandsquoten von Erbschaftsteuer (+4,6 %) und Kraftfahrzeugsteuer (+13,6 %). Ursächlich dafür war bei beiden Steuerarten ein rückläufiges Kassensoll, begleitet von einem Anstieg der Rückstandssumme.

Die Anteile der echten Rückstände, also der nicht gestundeten oder ausgesetzten Beträge, an den Gesamtrückständen betrugen am 31. Dezember 2002 bei der Lohnsteuer 74,3 %, bei der veranlagten Einkommensteuer 46,8 %, bei der Umsatzsteuer 71,6 % und bei der Kraftfahrzeugsteuer 98,9 %.

Die nachstehende tabellarische Übersicht zeigt die Ergebnisse der Rückständestatistik für die wichtigsten Einzelsteuern in den Jahren 1992 bis 2002:

Ergebnisse wichtiger Einzelsteuern

Stand am 31.12.	Rückstände im Vorjahr	Soll- stellungen	in den letzten zwölf Monaten				Rückstände 31.12. Sp. 4 abz. Sp. 5+6+7	von Rückständen sind		
			Kassensoll Sp. 2+3	Kassen- einnahmen	Erläss	Nieder- schlagungen		ge- stundet	aus- gesetzt	echte Rückstände
			Mio. €							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
<u>1. Lohnsteuer</u>										
1992	.	.	129 449	128 489	1	109	851	65	101	684
1993	850	133 063	133 913	132 843	1	147	922	53	99	772
1994	923	137 052	137 975	136 833	1	199	942	39	104	798
1995	942	144 972	145 914	144 596	1	230	1088	23	108	957
1996	1 088	143 311	144 399	143 038	1	279	1081	9	156	915
1997	1 081	144 116	145 197	143 935	1	290	971	12	204	755
1998	971	149 651	150 621	149 342	1	270	1008	8	260	740
1999	1 008	158 955	159 963	158 754	1	251	957	9	298	650
2000	957	162 848	163 805	162 355	1	248	1202	32	370	801
2001	1 202	159 692	160 893	159 665	1	277	950	10	290	650
2002	950	162 492	163 442	162 276	1	291	875	11	214	649

Stand am 31.12.	Rückstände im Vorjahr	Soll- stellungen	in den letzten zwölf Monaten				Rückstände 31.12. Sp. 4 abz. Sp. 5+ 6+ 7	von Rückständen sind		
			Kassensoll Sp. 2+ 3	Kassen- einnahmen	Erläss	Nieder- schlagungen		ge- stundet	aus- gesetzt	echte Rückstände
			Mio. €							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
<u>2. Veranlagte Einkommensteuer</u>										
1992	.	.	27 318	21 684	19	489	5 126	492	2 303	2 330
1993	5 126	18 650	23 776	17 492	9	484	5 790	457	2 449	2 885
1994	5 790	14 439	20 230	13 427	9	697	6 097	530	2 530	3 037
1995	6 097	8 533	14 630	7 543	10	806	6 271	468	2 612	3 190
1996	6 271	7 785	14 056	6 409	7	1 015	6 625	453	2 766	3 407
1997	6 625	5 092	11 718	3 837	10	1 206	6 664	466	3 005	3 194
1998	6 664	8 310	14 974	7 203	8	1 055	6 709	413	3 211	3 084
1999	6 709	13 949	20 658	12 835	12	1 095	6 714	449	3 202	3 064
2000	6 714	16. 198	22 913	14 681	11	1 252	6 968	499	3 505	2 964
2001	6 968	13 129	20 097	11 723	13	1 245	7 117	509	3 470	3 138
2002	7 117	11 622	18 738	10 180	16	1 276	7 265	396	3 470	3 399
<u>3. Körperschaftsteuer</u>										
1992	.	.	19 041	16 905	2	132	2 002	222	1 046	734
1993	2 002	15 514	17 516	14 946	22	167	2 381	205	1 324	853
1994	2 381	11 479	13 860	11 234	2	276	2 349	182	1 253	915
1995	2 349	10 605	12 954	10 344	1	295	2 315	232	1 232	852
1996	2 315	16 694	19 009	16 153	1	353	2 502	208	1 369	925
1997	2 502	18 749	21 250	18 235	2	492	2 522	134	1 555	833
1998	2 522	21 235	23 758	20 559	6	363	2 831	229	1 834	767
1999	2 831	24 216	27 046	23 895	2	375	2 774	90	2 002	682
2000	2 775	25 558	28 333	24 967	1	405	2 959	99	2 063	797
2001	2 959	2 832	5 791	1 647	1	453	3 690	180	2 805	705
2002	3 690	3 549	7 239	3 354	0	439	3 446	361	2 457	628
<u>4. Umsatzsteuer</u>										
1992	.	.	65 199	60 301	12	813	4 072	325	650	3 097
1993	4 072	91 290	95 362	89 182	10	1 156	5 014	370	684	3 960
1994	5 014	101 814	106 828	99 812	13	1 618	5 385	541	729	4 115
1995	5 385	104 050	109 435	101 484	10	1 983	5 959	501	790	4 669
1996	5 959	104 660	110 619	102 452	13	2 327	5 827	373	939	4 515
1997	5 827	104 406	110 233	102 192	9	2 527	5 505	373	990	4 141
1998	5 505	106 490	111 995	104 114	14	2 517	5 350	272	956	4 122
1999	5 350	113 827	119 177	111 564	21	2 588	5 004	258	984	3 762
2000	5 004	110 539	115 543	107 116	10	2 840	5 577	257	1 306	4 014
2001	5 577	107 717	113 294	104 428	14	3 379	5 473	446	1 289	3 738
2002	5 473	109 582	115 055	105 467	18	3 895	5 675	285	1 325	4 065
<u>5. Erbschaftsteuer</u>										
1992	.	.	1 983	1 556	1	3	424	80	264	80
1993	424	1 708	2 131	1 556	1	67	507	113	308	86
1994	507	1 798	2 305	1 779	1	13	512	115	312	86
1995	512	1 846	2 358	1 815	1	7	536	88	338	110
1996	536	2 195	2 732	2 071	1	10	650	74	441	135
1997	650	2 111	2 761	2 076	1	10	675	101	452	122
1998	675	2 500	3 175	2 459	2	6	708	106	470	132
1999	708	3 057	3 765	3 056	1	17	692	95	464	133
2000	692	3 041	3 732	2 982	1	25	725	90	481	154
2001	725	3 098	3 823	3 072	0	10	740	90	486	164
2002	740	3 074	3 814	3 021	1	20	773	86	486	200
<u>6. Kraftfahrzeugsteuer</u>										
1992	.	.	6 311	6 073	1	19	218	3	5	212
1993	218	7 261	7 480	7 123	1	28	328	3	5	321
1994	328	7 318	7 646	7 244	1	52	348	3	6	340
1995	348	7 094	7 442	7 063	1	59	319	3	4	312
1996	319	7 087	7 405	7 028	1	51	326	3	6	318
1997	326	7 482	7 808	7 373	0	53	382	4	10	368
1998	382	7 766	8 147	7 759	1	67	321	3	8	311
1999	321	7 052	7 373	7 041	1	67	264	2	2	261
2000	264	7 074	7 339	7 022	0	53	263	1	2	260
2001	263	8 455	8 718	8 395	0	57	266	2	3	261
2002	266	7 665	7 930	7 593	0	63	275	1	2	272

Eine Europäische Wachstumsinitiative zur Stärkung der Wachstumskräfte in der Europäischen Union

1	Inhalt der italienischen Präsidentschaftsinitiative	59
2	Gemeinsame deutsch-französische Initiative zur Stärkung des Wachstums in Europa	60
3	Bericht und Sofortmaßnahmenprogramm der Europäischen Kommission zur Wachstumsinitiative	60
4	Finanzierungsaspekte: Bericht der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) an den Europäischen Rat	61
5	Bewertung und Ausblick	62
	Anhang: Erklärung von Bundeskanzler Schröder und Staatspräsident Chirac anlässlich des Deutsch-Französischen Ministerrats am 18. September 2003 in Berlin: Deutschland und Frankreich gemeinsam für mehr Wachstum in Europa	63

Die Europäische Union (EU) befindet sich seit einigen Jahren, wie auch andere Teile der Welt, in einer Phase schwachen Wirtschaftswachstums. Dies hat negative Auswirkungen auf das Wohlstandsniveau, auf die Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen und auch auf die allgemeine Stimmung in der Bevölkerung. Umso wichtiger ist es, das Wachstumspotenzial Europas zu steigern und es besser auszuschöpfen. Aus diesem Grund hat die italienische Ratspräsidentschaft zusammen mit der Europäischen Kommission (KOM) und der Europäischen Investitionsbank (EIB) bereits zu Beginn ihrer Präsidentschaft eine Initiative für mehr Wachstum in Europa angeregt, die auf der Tagung des Europäischen Rates (ER) in Brüssel am 12./13. Dezember 2003 von den Staats- und Regierungschefs der EU verabschiedet wurde.

1 Inhalt der italienischen Präsidentschaftsinitiative

Die Europäische Wachstumsinitiative zur Wiederbelebung der europäischen Wirtschaft steht im Mittelpunkt des italienischen Präsidentschaftsprogramms im Bereich Wirtschaft und Finanzen. Ziel der Initiative ist es, das Vertrauen in die Wirtschaftskraft der Europäischen Union zu stärken sowie größere Anreize zur Stärkung der mittel- und langfristigen Wachstumskräfte durch Investitionen in zukunftssträchtige Bereiche zu setzen. Konkret sollen öffentliche und private Investitionen in Infrastrukturprojekte, wie die Transeuropäischen Netze (TEN), und in Forschung und Entwicklung sowie Innovation unter Einbeziehung der EIB gefördert werden.

Zentrales Anliegen der Initiative ist es, den Privatsektor dazu zu bringen, sich stärker zu engagieren, denn die Hauptfinanzierungslast muss bei privaten Investoren liegen. Ein Anstoß durch die öffentliche Hand im Zusammenhang mit öffentlichen-privaten Partnerschaften (Public Private Partnerships-PPP) ist unter bestimmten Bedingungen denkbar. Die Initiative berücksichtigt somit die nationalen und europäischen budgetären Rahmenbedingungen. Generell sollten die EU und die Mitgliedstaaten darauf hinwirken, ihre nationalen Haushalte sowie den EU-Haushalt stärker auf Wachstum auszurichten.

Von besonderer Bedeutung ist das vom ER Barcelona formulierte Ziel, bis 2010 die gesamten Ausgaben für Forschung und Innovation auf nahezu 3 % des BIP zu steigern, um dadurch die Wettbewerbsfähigkeit Europas im Sinne der Lissabon-Strategie mittel- und langfristig zu verbessern. Mit der Lissabon-Strategie, die im März 2000 von den Staats- und Regierungschefs verabschiedet wurde, hat sich die EU das Ziel gesetzt, Europas Wettbewerbsfähigkeit bis zum Jahr 2010 sukzessive zu erhöhen und dadurch die Voraussetzungen für dauerhaftes Wachstum und Vollbeschäftigung zu schaffen. Gleichzeitig soll dabei die soziale und ökologische Nachhaltigkeit

gesichert werden. Ein Schwerpunkt der Initiative für mehr Wachstum in Europa liegt daher in der Verbesserung der Rahmenbedingungen insbesondere für private Investitionen in Zukunftstechnologien.

2 Gemeinsame deutsch-französische Initiative zur Stärkung des Wachstums in Europa

Anlässlich des Deutsch-Französischen Ministerrats am 18. September 2003 in Berlin, an dem Bundeskanzler Schröder, Staatspräsident Chirac, das Bundeskabinett sowie der Ministerrat der französischen Regierung teilnahmen, verabschiedeten Frankreich und Deutschland eine gemeinsame Initiative für mehr Wachstum in Europa (siehe S.63). Am 20. September schloss sich der britische Premierminister Blair im Rahmen des Dreiergipfels mit Bundeskanzler Schröder und Präsident Chirac in Berlin dieser Erklärung an. In ihrer Erklärung betonen Frankreich und Deutschland die Notwendigkeit, prioritär die Wachstumskräfte zu stärken und die gemeinsamen Bemühungen zu intensivieren, um die strategischen Ziele der Lissabon-Strategie zu erreichen. Hierzu seien Strukturreformen der Arbeitsmärkte und Sozialversicherungssysteme von besonderer Bedeutung. Mit ihren Vorschlägen wollen Deutschland und Frankreich die italienische Wachstumsinitiative unterstützen und mit Leben füllen, indem sie konkrete Investitionsprojekte anregen, und den Schwerpunkt über die TEN-Verkehrsinvestitionen hinaus auf die Bereiche Forschung und Entwicklung sowie Bildung ausweiten. Die Finanzminister von Deutschland, Frankreich und Großbritannien haben in einem trilateralen Schreiben am 6. Oktober diese Bemühungen bekräftigt. Darin setzen sie sich für die Fortsetzung der Strukturreformen in Europa, für Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und für mehr Investitionen in Schlüsselprojekte, insbesondere in Forschung sowie Entwicklung und Innovation, ein.

Deutschland und Frankreich haben in ihrer gemeinsamen Erklärung konkrete Projektbei-

spiele vorgelegt. Der Fokus liegt dabei auf Investitionen in Forschung und Entwicklung, Innovation und Bildung, da hierdurch besonders mittelfristig wichtige Wachstumsimpulse erzielt werden können (Beispiele: Digitalisierung der terrestrischen Rundfunkübertragung, Aufrüstung der Breitbandkabelnetze in Europa, Förderung des Satellitennavigationssystems Galileo sowie anderer Telematikprojekte zur effizienteren Infrastrukturnutzung durch intelligente Verkehrssteuerung, Nutzung des Internet der dritten Generation zum Aufbau einer nutzerfinanzierten Infrastruktur für Forschungsnetze im Bereich der Wissenschaft).

3 Bericht und Sofortmaßnahmenprogramm der Europäischen Kommission zur Wachstumsinitiative

Die KOM hat am 11. November 2003 ihren Abschlussbericht für den ER am 12./13. Dezember 2003 vorgelegt. In ihrem Bericht hebt die KOM drei wichtige Themenbereiche hervor:

1. Von besonderer Bedeutung sei die Überwindung administrativer und regulatorischer Hemmnisse, die Investitionen behindern. So sollten generell Reformen beschleunigt oder beispielsweise Einzelkoordinatoren für komplexe grenzübergreifende Projekte benannt werden.
2. Die Finanzierung der Projekte sollte aus Sicht der KOM durch eine Kombination aus Mitteln der EU und nationalen Mitteln, durch die Europäische Investitionsbank und durch private Investitionen erfolgen. Das Verhältnis der jeweiligen Finanzierungsquellen zueinander variiert dabei von Projekt zu Projekt. Im Rahmen der Nutzung der EIB-TEN-Investitionsfazilität sowie der laufenden „i2i-Initiative“ (für Forschung und Entwicklung und Humankapital) sollten auch innovative Formen der Finanzierung eingesetzt werden. Dazu zählt die Errichtung eines Garantiemechanismus, die Schaffung einer Fazilität für strukturierte Finanzierungen, die stärkere Unterstützung von Wagniskapital sowie die Nutzung innovativer Instrumente wie „Verbriefungsfonds“ und

Darlehensfazilitäten für mittlere innovative Unternehmen.

3. Kernstück des Berichts ist ein so genanntes Sofortmaßnahmenprogramm („Quickstart-Programm“), in das auch mehrere der prioritären deutschen Projekte eingeflossen sind. Folgende vier Kriterien mussten für die Aufnahme in die Liste der KOM erfüllt sein:
- (1) Reifegrad, in dem Sinne, dass die Projekte in den nächsten drei Jahren anlaufen können,
 - (2) grenzübergreifende Dimension,
 - (3) Auswirkungen auf Wachstum und Innovation und
 - (4) positive Umwelteffekte.

Die KOM-Projektliste umfasst knapp 50 Projekte in einem Gesamtvolumen von rund 62 Mrd. €:

- TEN-Verkehr: Projekte im Umfang von etwa 38 Mrd. € bis zum Jahre 2010.
- TEN-Energie: wichtige grenzübergreifende Gas- und Stromversorgungsverbindungen, etwa 10 Mrd. €.
- Breitbandkommunikation, Forschung, Wissen und Innovation: Prioritäten innerhalb des europäischen Forschungsraums oder der „eEurope-Ziele“ der Union, insgesamt ca. 14 Mrd. €. Bei den Breitbandnetzen handelt es sich in erster Linie um Investitionen von privaten Investoren. Die vorgesehenen Forschungsprojekte befassen sich mit Zukunftstechnologien in Bereichen wie Wasserstoffwirtschaft und Brennstoffzellen, Nanoelektronik und Lasertechnologie der nächsten Generation.

4 Finanzierungsaspekte: Bericht der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) an den Europäischen Rat

Bei den von der KOM vorgeschlagenen Finanzierungsmitteln handelt es sich um zinsgünstige Kredite der EIB,

- einerseits für TEN-Verkehrsprojekte von bis zu insgesamt 50 Mrd. € bis 2010,
- andererseits für Forschung und Entwicklung, Risikokapital und Humankapital von 40 Mrd. €, ebenfalls bis 2010.

Der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) hat in seinem Bericht vom 25. November 2003 an den ER strikte Kriterien und Rahmenbedingungen definiert, um sicherzustellen, dass nur wirtschaftlich und finanziell rentable sowie wachstumswirksame Projekte ausgewählt werden. Die angestoßenen Investitionen sollen die öffentlichen Haushalte nicht zusätzlich belasten oder ihnen Risiken auferlegen. So betont der ECOFIN in seinem Bericht die Notwendigkeit, mit der Wachstumsinitiative im Einklang mit den „Grundzügen der Wirtschaftspolitik“ – einem zentralen wirtschaftspolitischen Koordinierungsinstrument in der EU – und dem Stabilitäts- und Wachstumspakt zu stehen sowie die Haushaltsdisziplin auf EU-Ebene zu wahren. Das heißt einerseits, dass die Obergrenzen der aktuellen finanziellen Vorausschau in der EU eingehalten werden müssen und andererseits, dass es zu keiner Präjudizierung der nächsten finanziellen Vorausschau ab 2007 kommt. Dies ist aus der Sicht des größten Nettozahlers in der EU von ganz besonderer Bedeutung.



Der ECOFIN-Rat hat darüber hinaus die KOM-Quickstartliste begrüßt, die Vorhaben mit hohen potenziellen Auswirkungen auf die erweiterte EU enthält. Dabei sollten die Projekte aus Sicht der Finanzminister in erster Linie durch private Investoren finanziert werden. Durch die im Rahmen der Initiative vereinbarten Kreditfazilitäten bei der EIB kann die Rentabilitätsschwelle von privaten Investitionsprojekten gesenkt werden. Da die Finanzierungsbedingungen deutlich günstiger sind als die am Markt üblichen Konditionen, steigt der Anreiz für private Investoren, diese EIB-Mittel zu nutzen. Entscheidend für die Bewilligung von Kreditmitteln durch die EIB ist die privatwirtschaftliche Rentabilität der Projekte. Grundsätzlich sollte

die ganze Bandbreite der Unternehmen von dieser Initiative profitieren und somit Anreize erhalten, mehr zu investieren.

5 Bewertung und Ausblick

Angesichts der derzeitigen wirtschaftlichen Lage in Europa ist die Initiative der italienischen Präsidentschaft als ein zusätzliches Vertrauen schaffendes Signal für die EU zu begrüßen. Es ist von Vorteil, dass mit dem „Quickstart-Programm“ eine rasche Verständigung auf eine Liste schnell umsetzbarer Projekte mit hoher Wachstumswirksamkeit erfolgen kann. Über die konkrete Projektauswahl werden die zuständigen Akteure in den kommenden Wochen im Detail beraten.

Die Auswahl von Schnellstartprojekten kann allerdings nur ein Teil der Wachstumsinitiative sein. Realistischerweise dürften zwar die zusätzlichen Wachstumseffekte dieser Quickstart-Liste kurzfristig nur begrenzt sein. Die positive Wirkung besteht aber in der rascheren Umsetzung bereits vorgesehener Projekte und der möglichen Steigerung privater Investitionen aufgrund der günstigen EIB-Kreditkonditionen. Durch die Auswahl zukunftssträchtiger Investitionsfelder wird darüber hinaus das Innovationspotenzial der EU als Ganzes gestärkt.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu betonen, dass diese Initiative mit der Notwendigkeit zu fortgesetzten Strukturreformen sowie den mittelfristigen Zielen der Lissabon-Strategie eng

verknüpft werden muss. Denn Europa muss vor allem auch seine mittelfristigen Wachstumskräfte stärken. Nur so kann z. B. der Rückstand der EU gegenüber den USA aufgeholt und das EU-Ziel erreicht werden, bis 2010 den Anteil von Forschung und Entwicklung am BIP auf 3 % zu steigern. Die mit der Lissabon-Strategie in Verbindung stehenden Fragestellungen werden im Zentrum des unter irischer Präsidentschaft tagenden Europäischen Frühjahrsgipfels im März 2004 stehen.

Die Reformanstrengungen müssen sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene vorangetrieben werden. Auch Deutschland leistet einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung der Lissabon-Agenda. Die Bundesregierung hat für Deutschland ein umfassendes Reformprogramm aufgelegt, bestehend aus

- Strukturreformen für mehr Wachstum und Beschäftigung (Agenda 2010),
- Fortführung der Konsolidierung des Bundeshaushalts bei forciertem Subventionsabbau sowie
- einem finanzpolitischen Impuls zur Überwindung der Konjunkturschwäche, u. a. durch das Vorziehen der Steuerreform.

Alle Regierungen in Europa sind sich einig: Die politischen Weichen müssen entschiedener als bisher auf Wachstum gestellt werden. Nur so wird aus der sich gegenwärtig abzeichnenden wirtschaftlichen Belebung ein nachhaltiger und kräftiger Aufschwung, der neue, wettbewerbsfähige Arbeitsplätze hervorbringt.

Erklärung von Bundeskanzler Schröder und Staatspräsident Chirac anlässlich des Deutsch-Französischen Ministerrats am 18. September 2003 in Berlin

Deutschland und Frankreich gemeinsam für mehr Wachstum in Europa

Der Europäische Rat hat im März 2000 auf seiner Tagung in Lissabon ein strategisches, bis 2010 zu erfüllendes Ziel vorgegeben: „Die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen“. Mit der bevorstehenden EU-Erweiterung müssen wir uns nachhaltig für die Erreichung dieses Ziels engagieren. Frankreich und Deutschland bekennen sich nachdrücklich zu diesem Ziel und leisten auf nationaler Ebene ihre Beiträge.

Der in Lissabon erhobene und in Barcelona und Sevilla bestätigte Anspruch erfordert nicht nur zusätzliche quantitative Bemühungen. Er setzt auch eine tief greifende Erneuerung des europäischen Wachstumsmodells voraus. Frankreich und Deutschland sind sich der Bemühungen, die sie unternehmen müssen, bewusst und werden an diesem Streben nach neuer Dynamisierung mitwirken. Die Durchführung von Strukturreformen und die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen insbesondere im Industriebereich müssen Priorität haben. Die Unterstützung des Wirtschaftsaufschwungs durch eine Politik, die nachdrücklich auf die Erhöhung des Niveaus eines nachhaltigen Wachstums und der Beschäftigung ausgerichtet ist, muss eine wesentliche Priorität der Union darstellen.

Wie den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Thessaloniki zu entnehmen ist, beinhalten diese Leitlinien vor allem die „Schaffung optimaler wirtschaftlicher Bedingungen für die Wachstumsförderung, indem erstens ein stabilitätsorientierter gesamtwirtschaftlicher Rahmen vorgegeben wird, der die Grundlage für eine verstärkte Binnennachfrage und die Schaffung von Arbeitsplätzen bilden kann, und indem zweitens durch Investitionen in Human- und Sachkapital und Forschung und Entwicklung, durch Förderung der Anwendung von Technologien und Nutzung von Forschungsergebnissen in der gesamten Wirtschaft eine bessere Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftsdynamik angestrebt wird.“

Fortsetzung der Strukturreformen

Strukturreformen insbesondere bei den Systemen der sozialen Sicherung sowie Maßnahmen für Forschung und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, vor allem in der Industrie, kommen bei der derzeitigen Wirtschaftslage besondere Bedeutung zu.

In Europa, vor allem in Frankreich und Deutschland, sind insbesondere folgende Strukturreformen vorrangig:

- Reform des Arbeitsmarkts und der Systeme der sozialen Sicherung zur Gewährleistung ihrer Tragfähigkeit und Anpassung dieser Systeme an die demographischen Gegebenheiten,
- Balance zwischen Wirtschaftswachstum und Umwelt unter Einschränkung des Verbrauchs nicht erneuerbarer natürlicher Ressourcen,
- Fortsetzung des Konsolidierungskurses bei den Haushalten, damit künftigen Generationen nicht untragbare Lasten auferlegt werden.

Die Fortsetzung der Strukturreformen darf jedoch die Möglichkeit konjunkturgerechten Verhaltens – etwa über das steuerliche Instrumentarium – nicht ausschließen, damit das Wachstum flankiert und auf eine erhöhte Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet werden kann.

Unterstützung der europäischen Wachstumsinitiative

Deutschland und Frankreich fordern, dass die EU die nationalen Bemühungen für mehr Wachstum und Beschäftigung durch geeignete Maßnahmen auf Gemeinschaftsebene flankiert, und begrüßen daher die Initiative der italienischen Präsidentschaft, der Kommission und der EIB für eine „Europäische Aktion für mehr Wachstum“. Die Grundidee dieser Initiative ist, das Wachstumspotenzial der Volkswirtschaften in der EU durch zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur – hier vor allem auch im Verkehrsbereich – und im Bereich der immateriellen Infrastruktur (Humankapital, Forschung und Entwicklung) weiter zu erhöhen.

Frankreich und Deutschland wollen Anreize für die weitere Entwicklung einer vernetzten Infrastruktur schaffen, die für das Zusammenwachsen der europäischen Volkswirtschaften von entscheidender Bedeutung ist. Insbesondere beschäftigen uns Transportinfrastrukturvorhaben von europäischem Interesse. Wir wollen ferner die Rahmenbedingungen für Hochgeschwindigkeitstelekommunikation – im Fest- sowie im Mobilfunknetz –, Hochgeschwindigkeitssatellitennetze und

Strom- und Gasverbindungen optimieren, die für den Energiebinnenmarkt und zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit in Europa benötigt werden.

Für den Bereich Forschung und Entwicklung bekräftigen wir das Ziel der 3 % des BIP für die Forschung, das in der Ratsentschließung zu Investitionen im Forschungsbereich für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit (Aktionsplan zur Erreichung der 3 %) festgeschrieben wurde. Dieses Ziel verlangt von unseren Volkswirtschaften außerordentliche Anstrengungen sowie eine stärkere Beteiligung des Privatsektors. Wenn der Privatsektor langfristig zwei Drittel der Forschungsinvestitionen tragen soll, muss der Ertrag der Forschungsergebnisse verbessert werden. Wichtig ist zunächst eine Aufwertung der Forschung durch die Erleichterung des Transfers von Technologie und Know-how im Rahmen von Public Private Partnerships.

Frankreich und Deutschland sind entschlossen, einen konstruktiven Beitrag zu leisten. Ein Teil des Beitrags zu Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit besteht in konkreten Projekten. In diesem Sinne haben sich unsere beiden Länder auf eine erste Reihe französischer und deutscher Initiativen verständigt, insbesondere solche von europäischem Interesse: Telekommunikationsnetze und Verbreitung der Hochgeschwindigkeitsdatenübertragung, Forschung und Entwicklung, Verkehrsinfrastruktur und nachhaltiges Wachstum. Sie können zu gegebener Zeit durch weitere Projekte ergänzt werden.

Es soll darauf hingewirkt werden, dass die Rentabilitätsschwelle von wachstumsfördernden Projekten in Europa durch das Engagement der EIB im Rahmen der Kreditfinanzierung von Investitionsausgaben gesenkt wird. Auch bei den Public-Private-Partnership-Projekten sind Fortschritte notwendig. Aus deutsch-französischer Sicht muss im Rahmen der Initiative darauf hingearbeitet werden, dass die ganze Bandbreite der Unternehmen profitiert und somit starke Impulse für zusätzliche Investitionen geschaffen werden.

Frankreich und Deutschland sind entschlossen, die gemeinsame Arbeit fortzusetzen und werden weitere Schritte zur Umsetzung dieser Initiativen mit anderen Partnern diskutieren, insbesondere im Rahmen der entsprechenden Ratsformationen und später auf der Tagung des Europäischen Rates.

Bekämpfung der Gefahr der Deindustrialisierung

Bei der Stärkung von Wachstum und Beschäftigung kommt unserer Industrie eine Schlüsselfunktion zu. Sie trägt ein Viertel zur gesamten Wirtschaftsleistung in der EU bei und bietet 45 Millionen Menschen einen Arbeitsplatz. Daher hat der ER Brüssel im März d.J. auf Grundlage einer deutsch-französisch-britischen Initiative wichtige Schlussfolgerungen zur Stärkung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit verabschiedet. Frankreich und Deutschland erwarten, dass diese Schlussfolgerungen jetzt konsequent umgesetzt werden und die Industrie nicht durch exzessive Regulierung gefährdet wird.

Besondere Aufmerksamkeit ist dem Risiko der Überregulierung zu widmen, sowohl in den Mitgliedstaaten als auch auf Gemeinschaftsebene. Frankreich und Deutschland schlagen daher vor, dass der Rat für Wettbewerbsfähigkeit bei allen Initiativen der Kommission mit potenziell substantiellen Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen mitberät.

Wir setzen uns gemeinsam dafür ein, dass die Kommission sich an ihre Zusage hält, eine Folgenabschätzung aller wichtigen Vorschläge im Bereich des Gemeinschaftsrechts vorzunehmen. Grundsätzlich sollte die Notwendigkeit einer europäischen Regelung geprüft und begründet werden. Im Zweifel sind freiwillige Vereinbarungen mit der europäischen Industrie gesetzlichen Regelungen vorzuziehen. Ist eine gesetzliche Regelung unerlässlich, müssen die Betroffenen vor der Behandlung im EP und im Rat von der EU-Kommission konsultiert und das Vorhaben im Hinblick auf die konkreten Auswirkungen auf die Wirtschaft über die gesamte Wertschöpfungskette durch ein unabhängiges Gremium bewertet werden (Folgenabschätzung/impact assessment); anschließend sind die wirtschaftlichen Auswirkungen der geplanten Maßnahme auf Unternehmen zu beziffern. Die Ergebnisse der Wirkungsanalysen sind bei Entscheidungen über europäische Regelungen und Initiativen maßgeblich zu berücksichtigen.

Wir setzen uns dafür ein, dass eine europäische Regelung der Übernahme europäischer Unternehmen gleiche Voraussetzungen für alle schafft – europaweit wie international – und dass Unternehmen aus einzelnen Staaten nicht diskriminiert werden.

Frankreich und Deutschland streben außerdem an, dass die künftige europäische Chemikalienpolitik, die einen besonders wichtigen Sektor und zahlreiche Einsatzbereiche für Chemikalien betrifft, so gestaltet wird, dass Umwelt- und Verbraucherschutz einerseits und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Chemieindustrie andererseits im Gleichgewicht stehen; diese Politik kann damit zu einem Vorbild für andere Industriezweige werden.

Die derzeitigen Vorschläge der Kommission bereiten uns Sorge. Besonderes Augenmerk sollte darauf gerichtet werden, zu aufwändige Verfahren zu vermeiden. Dieses Beispiel zeigt umso mehr, dass eine gründliche Folgenabschätzung und eine umfassende Bezifferung der zu erwartenden zusätzlichen Belastungen der europäischen Unternehmen unabdingbar ist. Die EU und die Mitgliedstaaten müssen schnelle, einfache und kosteneffiziente Verfahren implementieren. Daher wollen wir erreichen, dass die Kommission bei der Erarbeitung eines zukünftigen Regelungsrahmens für die chemische Industrie den Anmerkungen der Akteure und der Mitgliedstaaten, insbesondere den in die gleiche Richtung gehenden Vorschlägen Deutschlands, Frankreichs und des Vereinigten Königreichs, sorgfältiger Rechnung trägt.

Deutschland und Frankreich unterstützen die Initiative der Kommission zur Erhöhung der Sicherheit kerntechnischer Anlagen, sind sich jedoch einig, dass sie die wirtschaftliche Lage der Energieversorgungsunternehmen nicht schwächen darf. Deutschland und Frankreich sind daher überzeugt, dass die Stilllegung kerntechnischer Anlagen mit Maßnahmen, wie sie bereits in beiden Ländern bestehen, erreicht wird, ohne einen gesonderten Fonds zu errichten. Nach unserer Auffassung bietet die Diskussion über nukleare Sicherheit in der EU eine Möglichkeit, die Verfügbarkeit der für die Stilllegungsmaßnahmen erforderlichen Finanzmittel zu sichern und damit das zügige Erzielen substanzieller Ergebnisse bei der Gewährleistung hoher Sicherheitsstandards für kerntechnische Anlagen in der EU zu ermöglichen.

Bei der Umsetzung der Emissionshandelsrichtlinie müssen die Belange der Energieversorgung und der Industrie angemessen berücksichtigt werden. Die Zahl der in den Emissionshandel einbezogenen Anlagen darf nicht unnötig aufgebläht werden. Auch brauchen die Mitgliedstaaten Flexibilität hinsichtlich der Ausstattung von Neuanlagen mit kostenlosen Emissionsrechten im Rahmen der nationalen Minderungsziele.

Förderung der Forschung und Entwicklung einer wirklichen Innovationskultur

Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaften ist an Kreativität und die Erneuerung des Angebots gebunden. Die Stärkung des Innovationspotenzials unserer Volkswirtschaften ist wichtig.

Verglichen mit anderen industrialisierten Volkswirtschaften ist Europa bei den Bemühungen um Forschung und Entwicklung sowie im Hochschulbildungsbereich, der als Labor wie auch als Nährboden für wissenschaftliche und technologische Innovationen dient, ins Hintertreffen geraten. Daher sind in diesen beiden Bereichen Investitionen erforderlich, damit der Kenntnisstand erweitert wird und die Voraussetzungen für ein höheres potentiell Wachstum geschaffen werden.

Im Bildungsbereich gilt es die Möglichkeit auszuloten, in der erweiterten Union Kompetenzzentren zu schaffen.

Auch der Ertrag des FuE-Bereichs muss gesteigert werden. Patente sind in bestimmten Ländern eine wichtige Finanzierungsquelle für die Forschung. Die Einrichtung des Gemeinschaftspatents soll eine Gemeinschaftskultur der Innovation fördern und dabei die Rentabilität der Forschung sowie eine weite Verbreitung der Forschungsergebnisse in der Industrie fördern. Dabei ist aber insbesondere die Kostenbelastung für Unternehmen und Forschungseinrichtungen zu beachten. Insofern ist eine angemessene Frist von zwei Jahren für die Einreichung der erforderlichen Übersetzungen ebenso wichtig wie der Umstand, dass die Übersetzungen nicht rechtsverbindlich sein dürfen. Sowohl der finanzielle als auch der verwaltungstechnische Ansatz sollten sich an den internationalen Wettbewerbern orientieren. Kleine und mittlere Unternehmen werden häufig als wichtiges Element für die Hervorbringung und Umsetzung von Innovationen betrachtet. Dennoch haben sie in Europa immer noch einen sehr geringen Anteil an den Forschungsbemühungen. Diese Unternehmen müssen zu privilegierten Empfängern öffentlicher Innovationsförderung werden.

Stellungnahme zu den jüngsten Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds (IWF) mit Deutschland

Gemäß Artikel IV des Übereinkommens über den Internationalen Währungsfonds führt der IWF mit den Mitgliedstaaten bilaterale Gespräche, normalerweise jährlich. Ein Team des Mitarbeiterstabs besucht das Land, holt wirtschaftliche und finanzielle Informationen ein und erörtert mit der Regierung die wirtschaftlichen Entwicklungen sowie die Politik des Landes. Nach seiner Rückkehr zum Hauptsitz verfasst der Mitarbeiterstab einen Bericht, der die Grundlage für die Erörterung im Exekutivdirektorium bildet. Nach Abschluss der Erörterung fasst der Geschäftsführende Direktor in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Direktoriums die Ansichten der Exekutivdirektoren zusammen, und diese Zusammenfassung wird der Regierung des jeweiligen Mitgliedstaats übermittelt. Der diesjährige Artikel-IV-Bericht wurde am 3. November 2003 abschließend von den IWF-Exekutivdirektoren beraten.

Sowohl der Stab als auch das Exekutivdirektorium des IWF unterstützen die wirtschafts- und finanzpolitische Strategie der Bundesregierung mit dem Dreiklang aus strukturellen Reformen, Haushaltskonsolidierung und Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform. Die positive Beurteilung dieser Strategie durch den IWF bestärkt die Bundesregierung in ihrer Entschlossenheit, den Weg einer umfassenden Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft konsequent fortzusetzen.

Der IWF geht – wie die Bundesregierung – davon aus, dass das gesamtstaatliche Defizit in Deutschland sowohl im Jahre 2003 als auch im Jahre 2004 deutlich über dem im Maastricht-Vertrag festgelegten Referenzwert von 3 % des BIP liegen wird. Für

das Jahr 2003 erwartet der IWF ein Staatsdefizit von rd. 4 % des BIP. Das deckt sich mit den Erwartungen der Bundesregierung. Der Anstieg des Defizits ist auch nach Auffassung des IWF ganz überwiegend auf die schwache gesamtwirtschaftliche Entwicklung zurückzuführen. Das zeigt sich auch darin, dass der IWF hinsichtlich des strukturellen – also um konjunkturelle Einflüsse bereinigten – Budgetdefizits für 2003 eine Verbesserung um rd. ½ Prozentpunkt gegenüber 2002 schätzt. Diese Einschätzung steht im Gegensatz zu den Berechnungen durch die EU-Kommission, die für das Jahr 2003 sogar einen leichten Anstieg des strukturellen Defizits erwartet. Zugleich belegen diese widersprüchlichen Schätzungen die grundsätzliche Problematik des Konzepts der strukturellen Defizite, auf die die Bundesregierung immer wieder hingewiesen hat, insbesondere wenn es darum geht, hieraus finanzpolitische Handlungsempfehlungen abzuleiten.

Im Unterschied zur Bundesregierung erwartet der IWF beim Staatsdefizit für das Jahr 2004 keinen Rückgang gegenüber 2003. Auch das strukturelle Staatsdefizit bleibt nach den Berechnungen des IWF im kommenden Jahr unverändert. Ursächlich hierfür ist, dass der IWF abweichende Annahmen über das Einsparvolumen der Konsolidierungsmaßnahmen der Bundesregierung trifft.

Zu Recht fordert der IWF die vollständige Umsetzung der geplanten strukturellen Reformen, nicht zuletzt, um die Konsolidierung der Staatsfinanzen in den kommenden Jahren sicherzustellen. Denn ohne die Umsetzung des Reformpakets wird es nicht gelingen, die öffentlichen Defizite im Jahre 2004 zu senken und die Wachstums- und Beschäftigungsaussichten dauerhaft zu verbessern. Bund und Länder stehen dabei gemeinsam in der Verantwortung.

Überwiegend Zustimmung findet der IWF auch für das von der Bundesregierung geplante Vorziehen der ursprünglich für 2005 vorgesehenen dritten Stufe der Steuerreform auf das Jahr 2004. Die damit verbundene Überschreitung des 3%-Referenzwertes für das gesamtstaatliche Defizit im nächsten Jahr muss hingenommen werden,

um den gerade beginnenden Aufschwung durch diesen steuerlichen Wachstumsimpuls zu stützen.

Es hat sich in der jüngsten Wachstumschwäche einmal mehr gezeigt, dass das wirtschaftliche Umfeld die Gestaltungsmöglichkeiten der Finanzpolitik grundlegend prägt. Die Bundesregierung ist deshalb davon überzeugt, dass eine dauerhafte und nachhaltige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nur gelingen kann, wenn der eingeschlagene Konsolidierungskurs durch Maßnahmen zur Stärkung der Wachstumskräfte unterstützt wird. Neben einer Stärkung der Binnennachfrage entfaltet die Steuerreform zudem positive Effekte auf der Angebotsseite, etwa indem die Anreize zur Arbeitsaufnahme auch im Niedriglohnbereich durch die Senkung des Einkommenssteuersatzes verbessert werden. Gleichzeitig wird durch die strukturellen Maßnahmen bei den Sozialversicherungen und in den Haushalten der Gebietskörperschaften die Fortsetzung des

mittelfristigen Konsolidierungskurses abgesichert. Dies festigt das Vertrauen von Investoren und Konsumenten und sichert zugleich die Einhaltung der deutschen Verpflichtungen im Rahmen des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes.

Die Maßnahmen der Bundesregierung zur Begrenzung der konsumtiven Ausgaben und zur Rückführung der Finanzhilfen und Steuervergünstigungen werden vom IWF besonders nachdrücklich unterstützt. Die Bundesregierung teilt die Auffassung des IWF, dass die Maßnahmen geeignet sind, die quantitative und qualitative Konsolidierung der öffentlichen Haushalte voranzutreiben. Auch aus Sicht der Bundesregierung sind weiterhin erhebliche Anstrengungen erforderlich, um das strukturelle Staatsdefizit in den kommenden Jahren kontinuierlich zurückzuführen. Im Mittelpunkt wird dabei der gezielte Subventionsabbau, insbesondere der Abbau von Steuervergünstigungen stehen, wie dies auch der IWF fordert.

Pressemitteilung des IWF über den Abschluss der Artikel-IV-Konsultation 2003 mit Deutschland¹

Am 3. November 2003 schloss das Exekutivdirektorium des Internationalen Währungsfonds (IWF) die Artikel-IV-Konsultationen mit Deutschland ab.

Hintergrund

Nach drei Jahren der Stagnation hat die Regierung eine Anpassung ihrer wirtschafts- und finanzpolitischen Strategie vorgenommen, die aus verstärkten Strukturreformen, gezielteren Einsparungen im Haushalt und dem Vorziehen der ursprünglich für das Jahr 2005 vorgesehenen Steuersenkungen besteht. Die Strukturreformen zielen vorrangig auf eine größere Flexibilität des Arbeitsmarkts sowie auf die Verringerung der Belastungen für das Sozialversicherungssystem aufgrund des demografischen Wandels, durch den die bereits hohen Lohnnebenkosten künftig noch deutlich zu steigen drohen. Ein Paket zur Gesundheitsreform wurde bereits verabschiedet. Auch bei anderen wesentlichen Reformvorschlägen sind die Gesetzgebungsverfahren weit fortgeschritten, u. a. bei der Verkürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld, der Zusammenlegung der Arbeitslosen- mit der Sozialhilfe, der Kürzung öffentlicher Subventionen sowie der Rentenreform.

Die sich aufhellenden Aussichten für das globale Wirtschaftswachstum haben in den vergangenen Monaten zu einer gewissen Belebung des Geschäftsklimas geführt und signalisieren Chancen auf eine bevorstehende Erholung. Der gestiegene Außenwert des Euro dürfte jedoch das Wachstumstempo bremsen. Durch das Vorziehen der Steuersenkungen wird die Haushaltskonsolidierung im Jahr 2004 unterbrochen, wodurch die Rückführung des Staatsdefizits unter den Schwellenwert von 3 % des BIP gemäß Stabilitäts- und Wachstumspakt sich schwierig gestalten wird. Diese Defizitgrenze wurde im Jahr 2002 überschritten und wird voraussichtlich auch in diesem Jahr nicht eingehalten werden.

¹ Deutsche Übersetzung durch das Bundesministerium der Finanzen.

Das Exekutivdirektorium überprüfte zudem die Ergebnisse eines vom IWF durchgeführten Programms zur Bewertung des Finanzsektors (FSAP), an dem Deutschland in diesem Jahr teilnahm. Die Spannungen im Finanzsektor erreichten 2002 mit dem starken Gewinnrückgang im Bankensektor und den Verlusten der Versicherer ihren Höhepunkt. Bessere Finanzmarktbedingungen erleichterten 2003 die Umstrukturierungsanstrengungen und verminderten somit den Druck auf den Finanzsektor. Stresstests bestätigen die Widerstandskraft des Systems.

Beurteilung durch das Exekutivdirektorium

Die Direktoren begrüßten nachdrücklich den Weg, den Deutschland zur Beseitigung der strukturellen Verkrustungen eingeschlagen hat. Diese Verkrustungen hätten zusammen mit den anhaltenden Anpassungsanstrengungen aufgrund der Wiedervereinigung dazu geführt, dass die letzten zehn Jahre von Wachstumsschwäche und hoher Arbeitslosigkeit gekennzeichnet waren. Zusammen mit dem verstärkt strukturellen Ansatz bei der Ausgabenbegrenzung dürfte die in die Agenda 2010 eingebettete wirtschafts- und finanzpolitische Strategie der Regierung eine Stärkung der Angebotsseite und des Wachstumspotenzials der Wirtschaft bewirken, die Staatsfinanzen auf ein nachhaltigeres Fundament stellen und Deutschland befähigen, die Herausforderungen einer alternden Bevölkerung zu bewältigen.

Die Direktoren forderten die Bundesregierung nachdrücklich auf, auf die vollständige Umsetzung sämtlicher Elemente der Strategie hinzuwirken. Dies setze große Anstrengungen voraus, den erforderlichen Konsens für Reformen in Politik und Gesellschaft zu stärken und aufrechtzuerhalten. In naher Zukunft müsste die Bundesregierung weitere Anstrengungen unternehmen, um mittelfristig die Haushaltskonsolidierung sicherzustellen. Dies dürfte das Vertrauen stärken, ohne den durch die vorgezogenen Steuersenkungen erwarteten Nachfrageeffekt zu beeinträchtigen. Die Umsetzung der Gesundheitsreform und die beträchtlichen Fortschritte bei den kurz vor ihrer Umsetzung stehenden Arbeitsmarkt- und Rentenreformen seien ermutigend. Diese Reformen sollten künftig durch zusätzliche Maßnahmen flankiert werden, um weitere Fortschritte bei der Bewältigung der demografischen Herausforderungen zu erzielen und die Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt weiter zu erhöhen.

Die Direktoren stimmten der Beurteilung zu, dass sich die Aussichten auf eine moderate Erholung der deutschen Wirtschaft im Jahr 2004 deutlich verbessert haben. Kurzfristig werde das Wachstum des BIP jedoch wegen der Aufwertung des Euro, der schwachen Nachfrage in Europa und der engen finanzpolitischen Handlungsspielräume wahrscheinlich schwach bleiben. Die Risiken, denen diese Prognose unterliegt, scheinen ausgeglichen zu sein. Einige Direktoren sahen Chancen für eine stärkere Erholung aufgrund der stärker als erwartet ausfallenden Belebung der Auslandsnachfrage. Die abschwächende Wirkung einer möglichen deutlichen Aufwertung des Euro und der nach wie vor hohen Verschuldung der Unternehmen seien jedoch nicht zu vernachlässigen. Vor diesem Hintergrund forderten die Direktoren die Bundesregierung nachdrücklich auf, das Vertrauen von Unternehmen und Verbrauchern weiter zu stärken, indem sie ihre Zusagen bei Strukturreformen und Haushaltskonsolidierung vollständig umsetzen. Einige Direktoren erklärten, dass angesichts einer Inflationsrate nahe Null möglicherweise weitere temporäre steuerliche Impulse in Betracht zu ziehen seien, sollte sich die wirtschaftliche Entwicklung unerwartet und deutlich verschlechtern. Die meisten Direktoren sahen dies nicht als notwendig an.

Die Direktoren unterstrichen, dass die dauerhafte Haushaltskonsolidierung, deren Ziel es ist, möglichst rasch einen strukturell ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, ein wesentlicher Schwerpunkt der politischen Agenda bleiben muss. Sie begrüßten die Hinwendung der Bundesregierung zu einem verstärkt strukturellen Ansatz bei der Ausgabenbegrenzung mit Schwerpunkt auf gezielteren Kürzungen bei Subventionen sowie Einschnitten bei Steuervergünstigungen und Leistungsansprüchen. Dies werde – verglichen mit der früher verfolgten Strategie von pauschalen Ausgabenkürzungen und steuerlichen Ad-hoc-Maßnahmen – zweifellos die Rahmenbedingungen für die Haushaltskonsolidierung verbessern und Effizienzgewinne bewirken.

Die meisten Direktoren waren der Ansicht, dass die Zusage der Regierung, das strukturelle Defizit von 2004 bis 2006 um insgesamt 1,5 % des BIP zurückzuführen, einen angemessenen Anpassungspfad darstellt, mit dem der nach wie vor anfälligen wirtschaftlichen Lage Deutschlands Rechnung getragen wird. Angesichts der geplanten Steuersenkungen werde die Konsolidierung im Jahr 2004 jedoch gering ausfallen, und einige Direktoren bedauerten, dass eine schnellere Anpassung zwecks Rückführung des Staatsdefizits auf unter 3 % des BIP unwahrscheinlich erscheint. Um die Glaubwürdigkeit im Konsolidierungsprozess zu wahren, forderten die Direktoren die Bundesregierung dringend auf, rasch die zusätzlichen substanziellen Maßnahmen zu identifizieren, die zur umfassenden und dauerhaften Erfüllung ihrer Konsolidierungsziele in den nächsten drei Jahren erforderlich sein werden. In Ergänzung der bereits angekündigten Maßnahmen sollten weitere

Einsparungen vor allem durch tiefere Einschnitte bei den Subventionsprogrammen und eine weitere Rückführung kostenintensiver, jedoch ineffizienter Arbeitsmarktprogramme erzielt werden.

Die Direktoren begrüßten nachdrücklich den Fokus der Strukturreformen auf die Bereiche Gesundheit, Renten und Arbeitsmarkt. Das Paket zur Gesundheitsreform sei ein viel versprechender Anfang, weitere Anstrengungen – einschließlich Effizienzgewinne und stärkerer Wettbewerb – seien jedoch erforderlich, um die Beitragssatzerhöhungen mittelfristig einzudämmen. Bei den Renten begrüßten die Direktoren insbesondere den vor kurzem erfolgten Kabinettsbeschluss zur Einführung eines Nachhaltigkeitsfaktors in die Rentenformel. Sie erwarteten weitere Maßnahmen zur Sicherung der langfristigen Tragfähigkeit des Rentensystems, einschließlich eines schrittweisen Übergangs zu einem höheren Renteneintrittsalter.

Die Direktoren erachteten die Verkürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld als eine punktgenaue Maßnahme zur Stärkung der Anreize für Arbeitslose. Um weitere Anreize zur Arbeitsaufnahme zu schaffen, ermutigten sie die Bundesregierung, die geplante Zusammenführung der Arbeitslosen- mit der Sozialhilfe auf höchstens dem derzeit im Rahmen der Sozialhilfe gewährten Leistungsniveau umzusetzen. Als Ergänzung dieser Reformen forderten die Direktoren eine Verschärfung der Voraussetzungen für den Leistungsanspruch. Sie erwarteten die Umsetzung der Reformvorschläge der Agenda 2010 im Bereich des gesetzlichen Kündigungsschutzes und der Liberalisierung von Handwerk und freien Berufen. Einige Direktoren verwiesen zudem darauf, dass eine höhere Flexibilität bei der Lohnfindung und eine Ausweitung der Reformagenda zur Förderung von Unternehmertum und Wettbewerb erforderlich sei.

Bei der Überprüfung der Ergebnisse des FSAP betrachteten es die Direktoren als ermutigend, dass Deutschlands Finanzsystem in den vergangenen zwei Jahren erhebliche Spannungen recht gut gemeistert hat. Es gebe Anzeichen dafür, dass die Belastungen dank großer Umstrukturierungsanstrengungen abnehmen. Die Direktoren würdigten die hohe Qualität der Aufsicht und die Einhaltung internationaler Standards und begrüßten die Anstrengungen der Bundesregierung, den Aufsichtsrahmen zu verbessern.

Vor der Bundesregierung liege die Aufgabe, die angestrebte Umstrukturierung im Bankensektor zu fördern, deren Ziel die Steigerung seiner geringen und abnehmenden Ertragskraft ist. Hierzu sei eine gesunde Balance von Wettbewerb und Finanzstabilität zu wahren. Die Direktoren ermutigten die Bundesregierung, Schritte zur Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen zu unternehmen, durch die Umstrukturierungshemmnisse innerhalb der einzelnen öffentlichen und privaten Säulen sowie säulenübergreifend abgebaut werden, um den bereits eingeleiteten Umstrukturierungsprozess im Bankensektor voranzubringen. Eine Reihe von Direktoren stellte jedoch fest, dass in diesem Bereich mit Bedacht vorzugehen sei. Die Direktoren befürworteten zudem eine mittelfristige Privatisierung der öffentlichen Banken, auf die etwa die Hälfte der vom Bankensystem vermittelten Vermögenswerte entfällt. Im Versicherungssektor sprachen sich die Direktoren für eine Konsolidierung und eine Stärkung der Kapitalbasis des Sektors aus. Sie begrüßten die Absicht der Bundesregierung, die Aufsicht über den Rückversicherungssektor entsprechend den Empfehlungen des FSAP zu verstärken.

Die Direktoren begrüßten das Bekenntnis Deutschlands zur Handelsliberalisierung und forderten Deutschland auf, mit den europäischen und anderen Partnern auf einen erfolgreichen Abschluss der Welthandelsrunde von Doha hinzuarbeiten. Zahlreiche Direktoren erwarteten zudem von Deutschland eine Führungsrolle bei den Bemühungen um einen Abbau der Agrarsubventionen im Rahmen der Reformen der Gemeinsamen Agrarpolitik, die sich positiv auf die Haushaltseinsparungen und die Ausfuhren der Entwicklungsländer auswirken dürfte. Die Direktoren ermutigten die Bundesregierung, ihre Absicht, die öffentliche Entwicklungshilfe zu erhöhen, in die Tat umzusetzen.

Obwohl Deutschlands wirtschaftliche Statistiken von hoher Qualität sind, sahen die Direktoren Verbesserungsmöglichkeiten, u. a. um die Überwachung der Anfälligkeiten des Finanzsektors zu erleichtern.

Deutschland: Ausgewählte Konjunkturindikatoren

	1999	2000	2001	2002	2003 ¹
Gesamtwirtschaft	Veränderung in %, falls nicht anders angegeben				
Reales BIP	2,0	2,9	0,8	0,2	0,0
Nettoexporte ²	-0,7	1,1	1,6	1,7	-1,0
Inländische Endnachfrage	3,2	1,9	0,1	-1,7	0,3
Private Verbrauchsnachfrage	3,7	2,0	1,4	-1,0	0,8
Bruttoanlageinvestitionen	4,1	2,7	-4,2	-6,7	-1,7
Bauinvestitionen	1,4	-2,6	-4,8	-5,8	-3,7
Bruttoinlandsersparnisse (in Prozent des BIP)	20,5	20,3	19,6	20,3	19,9
Bruttoinlandsinvestitionen (in Prozent des BIP)	21,7	21,7	19,6	17,9	17,5
Erwerbsbevölkerung ³	0,5	1,0	0,5	0,1	-0,2
Beschäftigung ³	1,2	1,8	0,4	-0,6	-1,1
Standardisierte Arbeitslosenquote (in Prozent)	8,4	7,8	7,9	8,6	9,5
Lohnstückkosten (Wirtschaft insgesamt)	0,3	1,0	1,3	0,8	1,3
Deflator des BIP	0,5	-0,3	1,3	1,6	0,9
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	0,6	1,4	1,9	1,3	1,0
Öffentliche Finanzen	in % des BIP				
Saldo der öffentlichen Haushalte ^{4,5}	-1,5	1,3	-2,8	-3,5	-3,9
Struktureller Budgetsaldo	-1,2	-1,6	-2,9	-2,9	-2,3
Bruttoverschuldung der öffentlichen Haushalte ⁵	61,2	60,2	59,5	60,8	63,3
Geldmenge, Kredite	12-monatige prozentuale Veränderung				
Kredite an Haushalte und Unternehmen ⁶	5,8	5,8	3,2	0,9	1,1
Geldmenge M3 ⁶	7,2	-1,1	6,0	...	6,3
Zinssätze	%				
Dreimonatiger Geldmarktsatz ⁷	3,0	4,4	4,3	3,3	2,2
Rendite auf zehnjährige Staatsanleihen ⁷	4,5	5,3	4,8	4,8	4,3
Zahlungsbilanz	in Mrd. €, falls nicht anders angegeben				
Exporte ⁸	592,7	693,1	741,7	764,7	765,0
Importe ⁸	581,5	690,8	702,8	682,6	682,9
Handelsbilanz (in Prozent des BIP)	2,9	2,6	4,3	5,7	5,3
Leistungsbilanzsaldo	-22,3	-28,5	1,0	48,9	51,0
Leistungsbilanz (in Prozent des BIP)	-1,1	-1,4	0,0	2,3	2,4
Wechselkurs					
Euro je US-Dollar ⁷	0,94	1,08	1,12	1,06	0,85
Nominaler effektiver Kurs (1990 = 100) ⁹	102,0	97,8	98,5	99,5	103,5
Realer effektiver Kurs (1990 = 100) ^{9,10}	107,0	100,8	100,0	100,1	102,9

Quellen: Deutsche Bundesbank; IWF, International Financial Statistics; IWF, World Economic Outlook; IWF-Stabsprognosen.

¹ IWF-Stabsprognosen, falls nicht anders angegeben.

² Beitrag zum Wachstum des BIP.

³ Nationale Definition gestützt auf die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung gemäß dem neuen europäischen System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 1995).

⁴ Gestützt auf die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung gemäß dem neuen europäischen System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 1995).

⁵ Für 2000 sind die Erlöse aus dem Verkauf von Mobilfunk-Lizenzen (UMTS) in Höhe von etwa 2,5 % des BIP enthalten. Die Erlöse werden, gestaffelt über die Jahre 2000 und 2001, zum Abbau der Staatsschulden verwendet.

⁶ Die Daten geben Deutschlands Beitrag zu M3 im Euroraum an. Keine M3-Daten für 2002 aufgrund einer Unterbrechung der Zeitreihe. Die Daten für 2003 beziehen sich auf den August.

⁷ Die Daten für 2003 beziehen sich auf den 22. Oktober 2003.

⁸ Außenhandel einschließlich Ergänzungen.

⁹ Die Daten für 2003 beziehen sich auf den September.

¹⁰ Gestützt auf die relativen normierten Lohnstückkosten im verarbeitenden Gewerbe.

Der Stabsbericht des IWF für die Artikel-IV-Konsultationen 2003 mit Deutschland kann als pdf-Dokument von der Homepage des IWF (www.imf.org) heruntergeladen werden.

Die G 20 – Ein Dialogforum aus Industrie- und Schwellenländern

1	Entstehungsgeschichte, Aufgaben und Organisation der G 20	73
2	Bedeutung und Gewicht der G 20	75
3	Schwerpunkthemen der G 20	77
4	Bilanz der mexikanischen Präsidentschaft 2003	79
5	Ausblick auf die Themenschwerpunkte der deutschen G 20-Präsidentschaft 2004	81

Am 26./27. Oktober 2003 trafen sich in Morelia/Mexiko die Finanzminister und Zentralbankgouverneure aus 19 Ländern und die Europäische Union, vertreten durch die EU-Präsidentschaft und die Europäische Zentralbank, zum fünften Mal seit Dezember 1999, um Fragen des internationalen Währungs- und Finanzsystems zu erörtern. Das Gastgeberland Mexiko, das für ein Jahr den Vorsitz der Gruppe der 20 (G 20) übernommen hat, wird den Vorsitz in 2004 an Deutschland übergeben. Deutschland möchte im nächsten Jahr das Profil der G 20 schärfen und gleichzeitig die erfolgreiche Arbeit dieses internationalen Gremiums fortsetzen.¹

Dieser Artikel stellt die G 20 und ihre Rolle im internationalen Kooperationsgefüge ein wenig ausführlicher vor. Im Folgenden werden der Hintergrund ihrer Entstehung, ihre

grundsätzliche Aufgabe und Bedeutung, die Ergebnisse ihrer bisherigen Arbeit sowie künftige Themenschwerpunkte skizziert.

1 Entstehungsgeschichte, Aufgaben und Organisation der G 20

Die G 20 wurde im Jahr 1999 in Berlin vor dem Hintergrund der fortschreitenden Globalisierung, sich rasch wandelnder Märkte und internationaler Finanzkrisen gegründet.

Die Globalisierung der Wirtschaft kann als kontinuierlicher Prozess einer zunehmenden internationalen Arbeitsteilung verstanden werden, die mit der Vernetzung internationaler Wirtschaftsbeziehungen auf allen Ebenen einhergeht. Wettbewerb zwischen den Ländern, Innovation und Spezialisierung bei der Produktion weltmarktfähiger Güter und Dienstleistungen bilden die treibenden Kräfte des globalen Handels sowie für die Erhöhung von Einkommen und Beschäftigung sowohl in den Industrieländern als auch in den Schwellen- und Entwicklungsländern.

Ausdruck der Globalisierung ist aber auch, dass sich die unbestrittenen positiven Effekte sehr differenziert zwischen diesen Ländern verteilen. Ungeachtet der unterschiedlichen Effekte der Globalisierung haben zahlreiche Schwellenländer in der Vergangenheit dennoch ganz erhebliche Wachstumserfolge und eine allmähliche Verbesserung des Lebensstandards für viele Menschen erzielt, die nicht zuletzt auf die Integration dieser Länder in die Weltmärkte zurückgeführt werden können.

Von herausragender Bedeutung für die positive Entwicklung zahlreicher Länder sind hierbei massive private Kapitalzuflüsse in Form von Direkt- und Portfolioinvestitionen gewesen. Im Zuge der weitgehenden Öffnung des Kapitalverkehrs sind auch die Risiken infolge der hohen Mobilität und Volatilität internationaler Finanzströme gewachsen. Ende der neunziger Jahre

¹ Die Mitglieder im Einzelnen: Argentinien, Australien, Brasilien, China, Deutschland, Europäische Union, Frankreich, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Kanada, Mexiko, Russland, Saudi-Arabien, Südafrika, Südkorea, Türkei, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten von Amerika. Der Geschäftsführende Direktor des Internationalen Währungsfonds und der Präsident der Weltbank sind Ex-officio-Teilnehmer.

wurden die Erfolge zahlreicher Schwellenländer durch Finanz- bzw. Zahlungsbilanzkrisen (Mexiko 1994, Südostasien 1997, Russland 1998, Brasilien 1999) in Frage gestellt. Die zu jener Zeit existierenden Verfahren zur Krisenbewältigung wurden als unzureichend angesehen. Wirtschaftspolitische Fehlentwicklungen in einigen Ländern machten die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit zwischen den Industrieländern und den betroffenen Schwellenländern deutlich.

Vor diesem Hintergrund wurde die G 20 während der deutschen G 7-Präsidentschaft 1999 als ein informelles Dialogforum der Finanzminister und Notenbankgouverneure aus wichtigen Industrie- und Schwellenländern ins Leben gerufen. Dem konstituierenden Treffen ging eine Absichtserklärung der G 7-Finanzminister im Juni 1999 auf dem Wirtschaftsgipfel in Köln voraus.² Das Gründungstreffen der G 20 fand in Berlin am 15./16. Dezember 1999 mit dem Bundesfinanzminister Hans Eichel als Gastgeber und dem ersten Vorsitzenden der G 20, dem kanadischen Finanzminister Paul Martin, statt.

Die Rolle der G 20 im internationalen Kooperationsgefüge zielt auf die Stärkung der Stabilität des internationalen Finanzsystems durch „leadership“ und als Impulsgeber für Reformen.

Der institutionelle Rahmen der internationalen Zusammenarbeit, die im Zuge der Globalisierung an Intensität zugenommen hat, stützt sich auf zwei Säulen:

1. Die großen, multilateralen Organisationen – Internationaler Währungsfonds (IWF), Weltbank, Welthandelsorganisation (WTO) –, die nach formalen und ökonomischen Prinzipien entscheiden bzw. handeln, wie z. B. bei der Gewährung von Kreditprogrammen des IWF oder von Projektfinanzierungen der Weltbank. Im Mittelpunkt der Überwachungstätigkeit des IWF als monetäre Institution

steht im Wesentlichen die Vermeidung von Finanzkrisen, während die Weltbank grundsätzlich die längerfristigen Strukturreformen zur Armutsbekämpfung und Entwicklungsförderung durch Darlehen und technische Hilfe unterstützt. Die Hauptaufgabe der WTO besteht darin, im Rahmen eines multilateralen Ansatzes die Entwicklung des Welthandels zu fördern.

2. Verschiedene, informelle Foren (G 7, G 10, G 20, FSF³), die vorrangig dem Ideenaustausch, der Koordinierung und als Impulsgeber für die internationalen Institutionen sowie nationalen Wirtschaftspolitiken dienen. Die informellen Gruppen fördern in erster Linie die Konsensbildung zwischen den relevanten Akteuren und die Umsetzung international anerkannter Standards auf nationaler Ebene durch eigenes, beispielgebendes Verhalten. So hat das 1999 eingerichtete FSF u. a. Empfehlungen zur Verbesserung der Aufsichtssysteme, Kooperationsverfahren und Transparenz von Offshore-Finanzzentren verabschiedet und zwölf anerkannte Standards identifiziert, deren Umsetzung zur Verbesserung der Wirtschaftspolitik, der Effizienz und Transparenz der Finanzmärkte und der Krisenresistenz beitragen können.

Innerhalb der informellen Foren sieht sich die G 20 als ein Gremium, das in Form eines offenen und vertrauensvollen Dialogs zwischen Industrie- und systemisch bedeutenden Schwellenländern einen Beitrag zur Stärkung der internationalen Finanzarchitektur (z. B. Umsetzung international vereinbarter Standards für Finanzstabilität) leisten kann. Gleichzeitig soll durch die Zusammenarbeit das Vertrauen der Investoren in die Märkte erhalten bzw. gestärkt werden. Ihre Rolle und ihr Selbstverständnis sind, aktuelle Themen frühzeitig zu erkennen, schnell und unbürokratisch zu behandeln sowie konkreten Handlungsbedarf aufzuzeigen und Impulse für Reformmaßnahmen zu geben. Unabhängig von den Finanzkrisen hat die jüngste Geschichte klar gemacht, wie wichtig es ist, auf

² Mitglieder der G 7 sind: Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, USA.

³ FSF: Financial Stability Forum

unerwartete Ereignisse globalen Ausmaßes wie den 11. September 2001 und sich ändernde Realitäten an den Finanzmärkten (z. B. neue Trends in der Geldwäsche) schnell und flexibel reagieren zu können.

Generelle Prinzipien der Arbeitsweise innerhalb der G 20

1. Stärkung des Problembewusstseins
2. Identifizierung des Handlungsbedarfs
3. Förderung von „best practices“
4. Intensivierung der multilateralen Kooperation
5. Eigenverantwortliches Umsetzen von Reformmaßnahmen auf nationaler Ebene

Durch die Organisation, Arbeitsweise und Aktivitäten der G 20 sollen in erster Linie Kontinuität und Qualität der fachlichen Arbeit sichergestellt werden.

Da die G 20 wie die G 7 über kein ständiges Sekretariat verfügt, übernimmt das jeweilige Vorsitzland diese Funktion.⁴ Der Vorsitz wird seit 2001 in einem Rotationsverfahren zwischen fünf Gruppen vergeben. Einmal im Jahr kommt die G 20 auf der Ebene der Finanzminister und Notenbankgouverneure zusammen. Dieses Treffen wird durch ein bis zu zweimal jährlich stattfindendes Treffen der Stellvertreter, d. h. der Finanzstaatssekretäre und Vizepräsidenten der Zentralbanken, vorbereitet. Um eine möglichst enge Verzahnung mit den Aktivitäten der internationalen Finanzinstitutionen zu erreichen, nehmen der Geschäftsführende Direktor des IWF, der Präsident der Weltbank sowie die Vorsitzenden des Internationalen Währungs- und Finanzausschusses des IWF und des Gemeinsamen Entwicklungsausschusses von IWF und Weltbank an den Treffen der G 20 teil.

Die Aktivitäten der G 20 erstrecken sich nicht allein auf politische Treffen der Minister, Staatssekretäre und Zentralbankvertreter, sondern auch auf die Organisation von Fachsemi-

naren und Diskussionsrunden, z. B. mit Vertretern des Privatsektors, Berichte, Stellungnahmen sowie Fallstudien zu konkreten Fragestellungen. Am Ende des Ministertreffens wird ein Kommuniqué veröffentlicht, das den erzielten Ergebnissen und beabsichtigten Maßnahmen ein höheres Maß an Verbindlichkeit verleihen und die Kontinuität der Arbeit gewährleisten soll.

2 Bedeutung und Gewicht der G 20

Die Bedeutung der G 20 liegt in ihrer geografisch ausgewogenen Zusammensetzung, dem wirtschaftlichen Gewicht ihrer Mitgliedsländer und in ihrer flexiblen Arbeitsweise.

Seit 1986 haben sich die Treffen der G 7-Staaten, die die sieben größten Industrieländer repräsentieren, als ein wirksames Forum für informelle und substanzielle Gespräche über wichtige internationale Wirtschaftsthemen erwiesen. Sie haben zu einem besseren Verständnis und einer wirkungsvolleren Kooperation zwischen den politischen Entscheidungsträgern in den G 7-Ländern geführt. Da die Schwellenländer in der G 7 nicht vertreten sind, ist das Mandat dieser Gruppe im Umgang mit Themen eingeschränkt, die mit Entwicklungen im internationalen Wirtschafts- und Finanzsystem in Zusammenhang stehen.

Die G 20 bringt für die Weltwirtschaft bedeutende Industrie- und Schwellenländer aus allen Regionen der Welt zusammen. Die Mitgliedsländer repräsentieren rund 93 % des Welt-Sozialproduktes, 77 % des Welthandels und zwei Drittel der Erdbevölkerung. Durch ihr ökonomisches Gewicht und die breite Mitgliedschaft hat die G 20 eine hohe Legitimität und einen weitreichenden Wirkungskreis. Zudem sind die G 7-Staaten, die die sieben größten Industrieländer repräsentieren, Mitglieder in der G 20. In der Einbeziehung der für das internationale Finanzsystem besonders wichtigen Schwellenländer, die einen stetig gewachsenen Teil der weltweiten Kapitalzuflüsse und des globalen Handels auf sich vereinen, unterscheidet sich die G 20 jedoch grundsätzlich von der G 7.

⁴ Der Aufbau eines eigenen Sekretariats würde eine Zunahme der Bürokratie bedeuten und tendenziell dem Charakter eines informellen Forums widersprechen.

Von der G 20 zu unterscheiden sind auch andere informelle Gruppen wie die G 10 (Gruppe der zehn wichtigsten Industrieländer) und das FSF. Die G 10, die ihren Ursprung in den 1962 zwischen dem IWF und diesen Ländern abgeschlossenen Allgemeinen Kreditvereinbarung hat, befasst sich mit speziellen, mitunter auch technischen Fragen zu ausgewählten Währungs- und Finanzmarktthemen. Das

FSF, in dem überwiegend Fachleute aus verschiedenen internationalen Institutionen bzw. standardsetzenden Gremien sowie hochrangige Vertreter aus den Finanzministerien, Notenbanken und Aufsichtsbehörden großer Finanzplätze zusammenkommen, konzentriert sich auf relativ eng gefasste Themen.⁵

⁵ Vgl. Deutsche Bundesbank: Weltweite Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft; Frankfurt am Main; 2003.

Wirtschaftliche Bedeutung der G 20

	Bevölkerung Mio. Census 2000 (Anteil)	Bruttoinlands- produkt (BIP) Mrd. USD in 2002 (Anteil)	Direktinvestitionen im Berichtsland (FDI) Mrd. USD in 2001 (Anteil)	Handel Mrd. USD in 2002 (Anteil)
G 20	3 906 (65 %)	31 510 (93 %)	777 (87 %)	9 986 (77 %)
Übrige Welt	2 094 (35 %)	2 392 (7 %)	115 (13 %)	3 047 (23 %)

Quellen: IMF-Balance of Payments Statistics (2002), OECD-Main Economic Indicators (2002), Worldbank-Global Development Statistics (2003), IMF-Direction of Trade Statistics (2003)

Abbildung 1: Wirtschaftliche Bedeutung der G 20

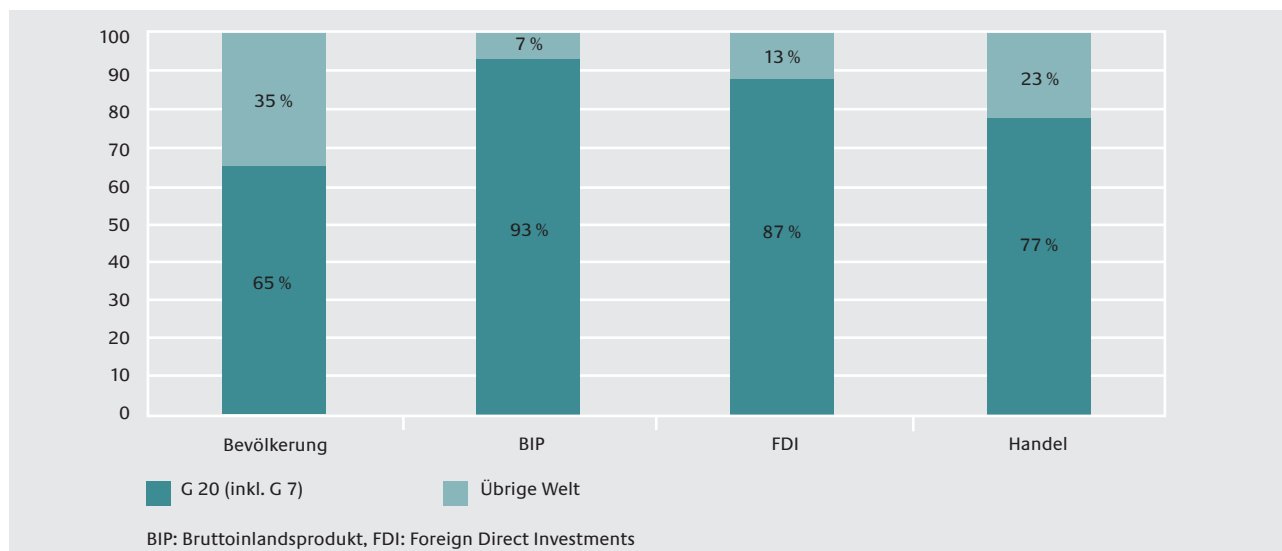
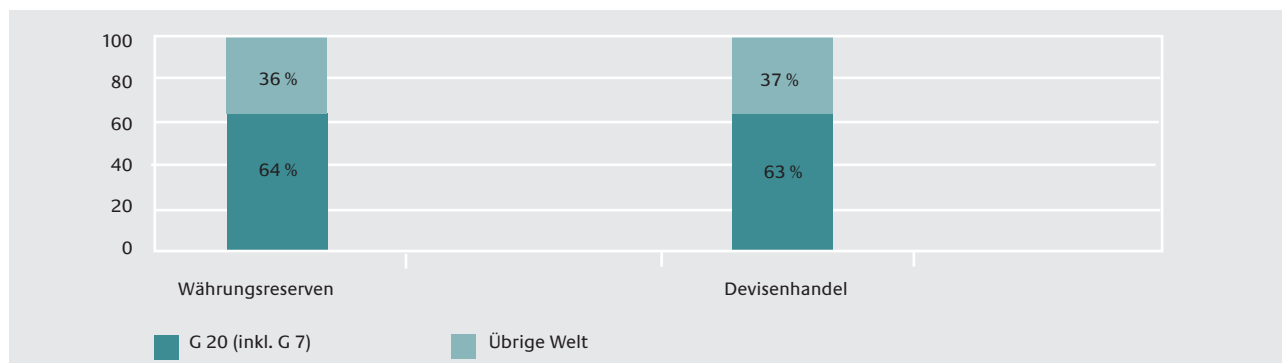


Abbildung 2: Wirtschaftliche Bedeutung der G 20



Ein ähnliches Bild zeigt sich auch bei einem Blick auf das internationale Finanzsystem: Während auf die G 20 etwa 63 % des weltweiten Devisenhandels und 64 % des Bestandes an Währungsreserven entfallen, liegt der jeweilige Anteil der übrigen Welt bei rund 37 % bzw. 36 %.⁶

Aufgrund ihres ökonomischen und politischen Gewichts ist die G 20 ein Forum, das über die Konsensbildung hinaus eine steuernde Rolle bei der Gestaltung der Globalisierung übernimmt und damit auch Verantwortung trägt. Sie unterstützt zudem die Arbeit anderer internationaler Organisationen und Foren, beispielsweise das Financial Stability Forum bei der Umsetzung internationaler Standards zur Verbesserung der Effizienz und Transparenz der Finanzmärkte und der Krisenresistenz oder auch die von der Financial Action Task Force (FATF) entwickelten Standards zur Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Die Arbeitsteilung und das Zusammenwirken zwischen der G 20 und anderen wichtigen Gruppen sind für einen schnellen und effizienten Informationsaustausch von großem Vorteil. Sie sind zudem nützlich, wenn der Wirkungsgrad multilateraler Vereinbarungen erhöht werden könnte, indem die G 20 als Katalysator oder Impulsgeber auftritt (beispielsweise Förderung des Welthandels oder der Umsetzung globaler Standards zur Erhöhung der Transparenz und Verbesserung der Finanzmarktaufsicht).

Die Stärken der G 20 liegen vor allem in:

- dem regelmäßigen, offenen und informellen Dialog zwischen den Industrie- und Schwellenländern;
- dem multilateralen Ansatz, der geografisch ausgewogenen Mitgliedschaft und der damit verbundenen hohen Legitimität;
- dem politischen Gewicht durch die Teilnahme hochrangiger Entscheidungsträger (Finanzminister/Zentralbankgouverneure);
- der Konzentration auf die Kompetenzen der Finanzministerien bzw. Zentralbanken.

Die G 20 befindet sich fünf Jahre nach ihrer Gründung in einer Phase der Konsolidierung und Profilierung und hat sich inzwischen als ein Forum

der internationalen Zusammenarbeit bewährt. Die Herausforderung für die G 20 liegt darin, sich aktiv an der Gestaltung der internationalen Finanzarchitektur zu beteiligen und dabei auch „leadership“ in für sie zentralen Bereichen zu übernehmen.

3 Schwerpunktthemen der G 20

Aufgrund ihrer Entstehungsgeschichte standen die Analyse der Ursachen der Finanzkrisen und deren Folgen zunächst im Vordergrund der G 20-Arbeit.

Die G 20 hat sich bisher mit einer großen Bandbreite an Themen befasst, die von den Herausforderungen der Globalisierung über den Bereich der institutionellen Grundlagen des Finanzsektors, des Missbrauchs des internationalen Finanzsystems bis zu Fragen der Entwicklungsfinanzierung und Schuldeninitiative für die ärmsten Länder reicht. Die G 20 versteht sich außerdem als ein Forum, in dem aus dem Blickwinkel bedeutender, aber sehr unterschiedlich entwickelter Volkswirtschaften aktuelle Fragen der internationalen Wirtschaftslage erörtert werden.

Die G 20-Staaten haben zweifelsohne sehr unterschiedliche Erfahrungen mit der Globalisierung und der Integration der heimischen Märkte in die Weltwirtschaft gemacht. In der G 20 hat es daher einen intensiven Erfahrungs- und Meinungsaustausch über den Prozess der Globalisierung gegeben, bei dem neben den erzielten Fortschritten vor allem auch die Ursachen und Folgen der Finanzkrisen für die betroffenen Länder und ihre Bevölkerungen im Zentrum standen.⁷

Heute besteht innerhalb der G 20 weitgehend Einigkeit, dass die einzelnen Länder in erster Linie ihre Wirtschaftsstrukturen und -politiken sowie Institutionen gegen externe Schocks stärken

⁶ IMF-International Financial Statistics (2003)

⁷ Die in Fallstudien dargestellten Erfahrungen vieler G 20-Staaten mit der Globalisierung wurden von der Weltbank unter dem Titel: „Economic Reform in this Era of Globalization“, 16 country cases im Jahr 2003 veröffentlicht (copyright: G-20 Secretariat; Editing, design, layout by Communications Development Incorporated, Washington D.C.).

müssen. Nur bei solider Geld- und Haushaltspolitik, aber auch durch die Umsetzung notwendiger Strukturreformen im eigenen Land kann internationale Unterstützung wirksam sein und auf ein gesundes Maß für die internationale Gemeinschaft begrenzt werden.

Die Effektivität der G 20 zeigt sich vor allem dort, wo die Verständigung auf ein gemeinsames Vorgehen die Implementierung von internationalen Standards und die Umsetzung von Reformen auf nationaler Ebene beschleunigt.

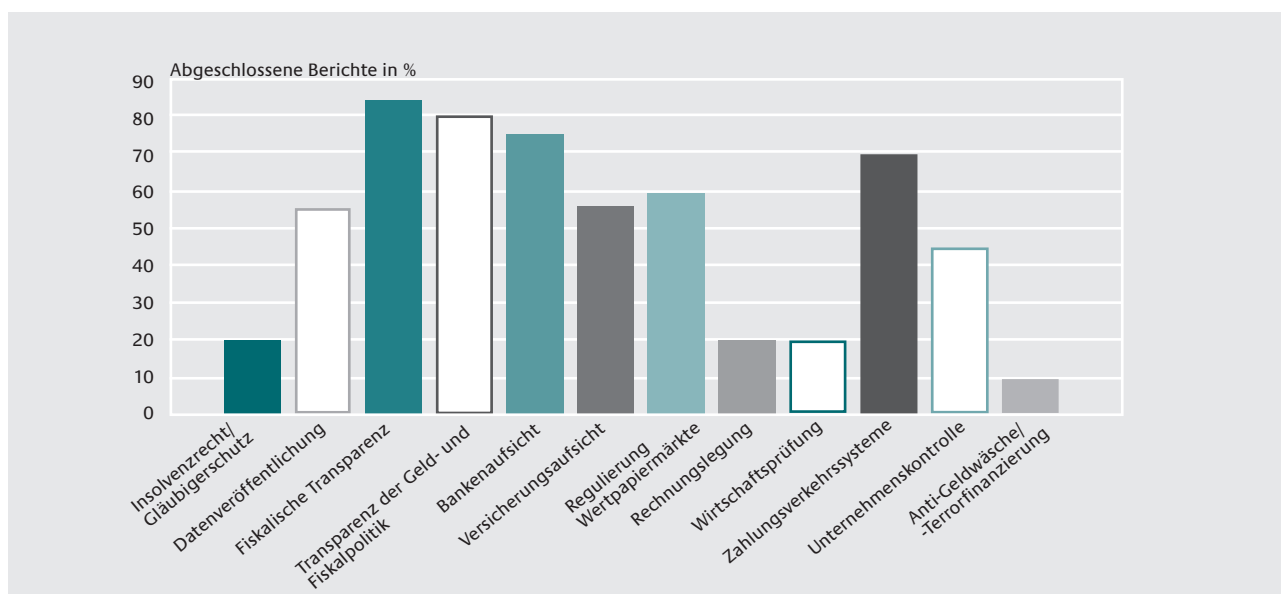
Im Verlauf der Zusammenarbeit hat die G 20 ihre größte Wirkung bei der Vereinbarung von national umzusetzenden Maßnahmen gezeigt. Durch beispielgebendes Verhalten („leading by example“) unterstützt sie die weltweite Implementierung von Standards und Verhaltensnormen, für die aufgrund der breiten Mitgliedschaft auch in anderen Ländern außerhalb der G 20 geworben werden kann. So waren sich die Mitgliedsländer der G 20 bereits 1999 einig, die Einhaltung der vom FSF identifizierten zwölf Schlüsselstandards zur Förderung der Transparenz und Finanzstabilität im eigenen Land durch den IWF überprüfen zu lassen und die Prüfberichte (ROSCs) zu veröffentli-

chen. Gleichzeitig verständigte man sich auf die Teilnahme an dem IWF-Programm zur Überprüfung der Qualität und Stabilität des Finanzsektors (FSAP).⁸ Die Prüfberichte werden in allen Mitgliedsländern fortlaufend vervollständigt.

Für einen Großteil der G 20-Länder wurde die Überprüfung der Einhaltung internationaler Standards in den Bereichen Transparenz in der Geld- und Finanzpolitik, zur fiskalischen Transparenz sowie zur Bankenaufsicht durch den IWF abgeschlossen und die Prüfberichte veröffentlicht. Des Weiteren liegen bereits für mehr als die Hälfte der G 20-Mitglieder die ROSCs für die Bereiche Versicherungsaufsicht, Regulierung der Wertpapiermärkte sowie für Zahlungsverkehrssysteme vor. Auf den Feldern des Insolvenzrechts, der Rechnungslegung und Wirtschaftsprüfung wurde ebenfalls eine Reihe von Prüfberichten abgeschlossen, gleichwohl gibt es hinsichtlich der Anzahl der Publikationen noch Verbesserungsbedarf. Lediglich vier G 20-Länder haben hierzu ROSCs veröffentlicht. Mehrere andere G 20-Staaten haben für bestimmte Standards sog. self-assessments durchgeführt und publiziert.

⁸ ROSC: Reports on the Observance of Standards & Codes;
FSAP: Financial Sector Assessment Program

Abbildung 3: Von den G 20-Ländern abgeschlossene und veröffentlichte Prüfberichte über die Umsetzung der zwölf Schlüsselstandards der FATF (ROSCs)



Der Anteil der abgeschlossenen Prüfberichte liegt inzwischen bei knapp 50 %. Insgesamt sind gegenwärtig bei zwölf der G 20-Staaten wenigstens 50 % und bei fünf der G 20-Mitglieder mindestens 75 % der zwölf Schlüsselstandards geprüft und entsprechende ROSCs vorhanden.

Bislang haben sich von den G 20-Mitgliedern mehr als die Hälfte einer umfassenden Überprüfung ihres Finanzsektors durch den IWF im Rahmen des FSAP unterzogen, darunter auch Deutschland. Der Bericht wurde Anfang November 2003 auf den Internetseiten von IWF und BMF veröffentlicht.⁹

Zur Stärkung des internationalen Finanzsystems hat die G 20 im Jahr 2000 den energischeren Kampf gegen den Missbrauch des Finanzsektors durch Geldwäsche, Steuerhinterziehung und Korruption angemahnt und eigene Vorschläge dazu unterbreitet. Außerdem konnte sich die Gruppe nach den Anschlägen vom 11. September 2001 rasch auf einen Aktionsplan gegen die Finanzierung von Terrorismusaktivitäten verständigen, der in der Folge auch Vorbildfunktion für die Arbeit in der FATF und dem IWF übernommen hat. Der Aktionsplan hat in der Folgezeit einige beachtliche Erfolge bei der Einfrierung von Geldern und Vermögen von mutmaßlichen Terroristen und Terrororganisationen in dreistelliger Millionenhöhe gezeigt. Darüber hinaus konnte der Austausch von Informationen wesentlich verbessert und der Missbrauch des internationalen Finanzsystems eingedämmt werden.

Die G 20 hat sich wiederholt für die Initiative zum Schuldenerlass der ärmsten Länder (Highly Indebted Poor Countries) ausgesprochen und die Gläubigerstaaten zur Umsetzung des Schuldenerlasses aufgefordert. In diesem Zusammenhang hat die G 20 gemeinsam mit anderen Organisationen auch intensivere Anstrengungen auf internationaler Ebene zur Bereitstellung öffentlicher Güter wie sauberes Wasser und medizinische Grundversorgung, Maßnahmen gegen Epidemien

und ansteckende Krankheiten und zur Förderung der Landwirtschaft gefordert.

Insgesamt sehen sich die G 20-Länder in der Pflicht, im Rahmen ihrer Möglichkeiten internationale Verantwortung zu übernehmen und angekündigte Maßnahmen konsequent in die Praxis umzusetzen bzw. die Umsetzung mit Nachdruck zu unterstützen.

4 Bilanz der mexikanischen Präsidentschaft 2003

Herausforderungen der Globalisierung und Quellen wirtschaftlichen Wachstums

Das Dauerthema „Herausforderungen der Globalisierung“ stand während der mexikanischen Präsidentschaft unter dem Zeichen einer schwierigen Weltwirtschaftslage und zunehmender gesamtwirtschaftlicher Ungleichgewichte. Zentrale Aspekte waren die Gefahren aus dem Haushalts- und Leistungsbilanzdefizit der USA für die Weltwirtschaft, vor allem für das Vertrauen an den internationalen Kapitalmärkten.

Die G 20-Länder haben sich darauf verständigt, die Anstrengungen im eigenen Land zur Unterstützung des globalen Wachstums zu verstärken. Hierzu müssen alle Mitglieder ihre spezifischen, teilweise sehr unterschiedlich gelagerten Reformen angehen und zugleich makroökonomische Stabilität durch eine gesunde Geld- und Fiskalpolitik gewährleisten.

Krisenprävention und Krisenbewältigung: Collective Action Clauses & Code of Conduct

Engagiert hat sich die G 20 auch zum Thema Krisenprävention und Einbeziehung des privaten Sektors in die Bewältigung der internationalen Verschuldungsprobleme gezeigt.

Die G 20 hat entscheidend dazu beigetragen, dass sog. Umschuldungsklauseln (Collective Action Clauses) in die Bedingungen von unter

⁹ Internetadressen: www.imf.org und www.bundesfinanzministerium.de

ausländischem Recht begebenen Staatsanleihen aufgenommen werden. Solche Klauseln ermöglichen einer qualifizierten Mehrheit von Gläubigern unter bestimmten Bedingungen, die Zahlungsbedingungen einer Anleihe zu ändern. Da andernfalls eine Umschuldung nur bei Einstimmigkeit zu für alle Gläubiger verbindlichen Lösungen führt, sind derartige Klauseln ein wichtiger Beitrag zur schnelleren und geordneten Bewältigung von Finanzkrisen. Mehrere Länder, darunter auch G 20-Mitglieder, haben inzwischen Anleihen mit solchen Mehrheitsklauseln begeben, wobei Mexiko eine Pionierrolle eingenommen hat. Es zeichnet sich ab, dass entgegen der Befürchtung der Kritiker solcher Klauseln die Finanzierungskosten nicht angestiegen sind.



Damit ist ein großer Fortschritt erzielt worden, durch den die Umschuldung gegenüber einer Vielzahl von Gläubigern erleichtert wird. Während der mexikanischen Präsidentschaft ist es gelungen, bestehende Bedenken abzubauen und dieses nützliche Instrument in mehreren Ländern zu verbreiten. Hier etabliert sich ein neuer Marktstandard, der Vorbild für weitere Länder sein könnte.

Ergänzend dazu hat die G 20 die Marktteilnehmer ermuntert, einen praktikablen Verhaltenskodex zu erarbeiten, der Spielregeln für einen frühzeitigen Austausch von Informationen sowie eine faire, Interesse wahrende Verfahrensweise im Vorfeld einer potenziellen Krise aufstellt. Zudem soll er im Fall einer Krise das notwendige Zusammenwirken aller Beteiligten mit Blick auf ein geordnetes Krisenmanagement erleichtern. In Mexiko wurden insbesondere die erforderliche Flexibilität für unterschiedlich gelagerte Umschuldungsfälle und der zu intensivierende Dialog zwischen den Parteien betont. Die G 20 ermutigt alle Beteiligten, mit der Verständigung auf einen Code of Conduct zu einer

vertrauensbildenden und tragfähigen Partnerschaft zu finden. Insgesamt bleibt die Beteiligung des privaten Sektors an Krisenlösungen ein wichtiges Anliegen, damit private Investoren eine sorgfältige Risikobewertung ihrer finanziellen Engagements anstellen und auch die Kosten von Fehleinschätzungen bewerten können.

Missbrauch des internationalen Finanzsystems

Der Missbrauch des internationalen Finanzsystems stellt eine Gefahr für das Vertrauen der Investoren in die Solidität des Finanzsystems dar. Die G 20 hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Missbrauch präventiv und unter einem breiten Blickwinkel zu bekämpfen, indem vor allem die Aufsichtsstrukturen und der Informationsaustausch verbessert werden.

Im Laufe dieses Jahres hat es eine vertiefte Debatte darüber gegeben, ob die bisherigen Maßnahmen erfolgreich waren und eine strategische Neuausrichtung angezeigt ist. So hat die diesjährige Bestandsaufnahme über die Umsetzung des G 20-Aktionsplanes vom November 2001 gezeigt, dass sich bei der Terrorismusfinanzierung und der Geldwäsche seit der Verabschiedung des G 20-Aktionsplanes im Jahr 1999 neue Trends abzeichnen. Die Akteure versuchen zunehmend, auf den kaum oder gar nicht regulierten informellen Finanzsektor auszuweichen und damit die Finanzaufsicht zu umgehen. Dazu bedienen sie sich insbesondere vernetzter Untergrund-Bankensysteme zur Weiterleitung von Finanzmitteln, die weitgehend keine Spuren bei ihren Finanztransaktionen hinterlassen. Daneben werden in verstärktem Maße auch gemeinnützige Organisationen missbraucht, deren legal erworbene Spendengelder als Quelle für die Terrorismusfinanzierung dienen. Die G 20 muss deshalb nach wirkungsvollen Ansätzen suchen, wie der informelle Bereich des Finanzsystems in die Aufsichtsstrukturen einbezogen werden kann.

In dieses Themenspektrum lässt sich auch der Komplex „schädlicher Steuerwettbewerb“ einordnen, der die Grenzen einer förderlichen Konkurrenz

bei der unterschiedlichen Ausgestaltung der Steuersysteme überschreitet. Im Blickfeld stehen Steueroasen und Offshore-Zentren, die zur Steuerhinterziehung oder Steuerumgehung genutzt werden (z. B. Briefkastenfirmen, Verschleierung illegaler Geschäfte und Vermögen) und einem fairen Wettbewerb entgegenstehen. Um den gesunden Steuerwettbewerb zu stützen, muss es transparente Regeln für einen effektiven Informationsaustausch geben, die von allen Beteiligten eingehalten werden. Unter dem deutschen Vorsitz wird sich die G 20 dafür einsetzen, dass die im Jahr 1996 begonnenen Arbeiten der OECD zur Entwicklung von Standards gegen den schädlichen Steuerwettbewerb fortgesetzt werden. Insbesondere sollen alle OECD-Mitgliedstaaten dazu bewegt werden, diese Standards einzuhalten.

Institutionelle Grundlagen des Finanzsektors

Von Anfang an spielten die institutionellen Schwächen im Finanzsektor vieler G 20-Mitglieder bzw. Schwellenländer eine große Rolle in der G 20. Gerade Länder mit einem schwachen Bankensystem, einem unzureichend funktionierenden Kapitalmarkt und fehlender effektiver Aufsichtsstrukturen waren von den Finanzkrisen in Form von Kapitalabflüssen, Risikoauflagen, Kreditausfällen und Bankenzusammenbrüchen besonders schwer betroffen.

Viele Länder litten lange Zeit unter den realwirtschaftlichen und sozialen Anpassungslasten sowie den schwierigen Bedingungen, das Vertrauen internationaler Investoren wieder herzustellen.

Am Ende der indischen Präsidentschaft im Jahr 2002 wurde vereinbart, die institutionellen Grundlagen für stabile und effiziente Finanzsysteme zu einem Schwerpunkt der weiteren Arbeit zu machen. Unter dem mexikanischen Vorsitz 2003 wurde dazu eine Diskussionsbasis geschaffen, indem fast alle Mitgliedsländer Fallstudien über ihre eigenen Erfahrungen erstellt haben. Auch die EZB und Weltbank haben hierzu beigetragen. Die Bank von Mexiko hat gemeinsam mit der Deutschen Bundesbank eine Synopse aller Beiträge für die weitere Diskussion angefertigt.¹⁰

Eine Hauptaussage der Synopse ist, dass der institutionelle Rahmen sich eng an den von Land zu Land sehr unterschiedlichen, spezifischen Bedingungen orientieren muss und es keinen „optimalen“ Ansatz für das Tempo und die Abfolge des Aufbaus der institutionellen Grundlagen und der Finanzmarktliberalisierung gibt. Die Orientierung an „best practices“ sowie die Formulierung von Mindestanforderungen sind für die G 20 wichtige Bestandteile einer möglichen Strategie, wie einzelne Empfehlungen praktisch umzusetzen sein könnten.

Darüber hinaus finden sich jedoch grundlegende Komponenten, die für die Finanzmarktinstitutionen von Bedeutung sind. Darunter fallen u. a. Wettbewerbsstrukturen im Bankensektor, integrierte Aufsichtssysteme, Ausgestaltung von Einlagenversicherungen sowie Effizienz und Sicherheit von Zahlungssystemen. Für die Geldpolitik bildet die Zentralbankunabhängigkeit einen tragenden Pfeiler zum Aufbau einer Stabilitätskultur, in deren Zentrum das Bewusstsein für stabile Preise, langfristige Kreditbeziehungen und niedrige Realzinsen steht. In der Fiskalpolitik spielen verlässliche Planungen und Regeln zur Ausgabenbegrenzung genauso eine Rolle wie ein effektives Schuldenmanagement und tragbare Schuldenstände. Nicht zuletzt ist die Rechtssicherheit bei Finanztransaktionen eine fundamentale Bedingung, ohne die das notwendige Vertrauen in das Finanzsystem eines Landes nicht aufgebaut werden kann.

5 Ausblick auf die Themenschwerpunkte der deutschen G 20-Präsidentschaft 2004

Institutionelle Grundlagen des Finanzsektors – Fortsetzung und Vertiefung

Auf dem Treffen der Finanzminister und Zentralbankpräsidenten am 26./27.10.2003 in Morelia wurde einvernehmlich festgestellt, dass einige

¹⁰ Bislang liegen 14 Fallstudien vor. Sie wurden zusammen mit der Synopse auf der Webseite des mexikanischen Vorsitzes (www.hacienda.gob.mx/g20-2003/) veröffentlicht.

Aspekte unter dem deutschen Vorsitz eingehender untersucht werden sollen, darunter insbesondere die Bedingungen für den Aufbau und Erhalt leistungsfähiger heimischer Finanzmärkte.

Ungehinderter Zugang zu den Finanzmärkten und freier Kapitalverkehr stellen nach den Erfahrungen mit den Finanzkrisen der neunziger Jahre hohe Anforderungen an den institutionellen Rahmen (Gesetzgebung, formelle und materielle Aufsicht, Finanzierungsinstrumente und -verfahren, Schutz und Sicherungsmechanismen). Die Existenz funktionsfähiger inländischer Finanzmärkte ist für die G 20 besonders dringlich, damit die externe Anfälligkeit des Finanzsystems und die Abhängigkeit von Fremdwährungsschulden abgebaut werden. Die Möglichkeit der Verschuldung in der eigenen Währung muss geschaffen bzw. ausgebaut und der Anreiz zur Fremdwährungsverschuldung verringert werden.

Grundlegend ist, dass durch eine Stärkung der heimischen Finanzmärkte ebenso die Akzeptanz der eigenen Währung gefördert wird. Niedrige Inflation, eine stabile Haushalts- und Zahlungsbilanzlage bilden in erster Linie die makroökonomischen Voraussetzungen für die Entwicklung eines belastbaren und effizienten heimischen Kapitalmarktes. Angesichts der in vielen Ländern wieder steigenden öffentlichen Verschuldung besteht die Herausforderung vor allem in der Mobilisierung von inländischen Ersparnissen durch wettbewerbsfähige Kapitalsammelstellen und der längerfristigen Finanzierung von staatlichen wie privaten Investitionen durch die Emission von Anleihen. Ebenso werden wichtige Fragen wie die nach der angemessenen Reihenfolge der Entwicklungsschritte – zunächst der Aufbau liquider Marktsegmente und erst später die Entwicklung von Segmenten für Risikokapital – zu beantworten sein. Nicht zuletzt müssen die unterschiedlichen Reformansätze im Finanzsektor (Aufsichtstrukturen) und Regulierungsfragen (Finanzmarktgesetzgebung) in der Analyse dieses Themas berücksichtigt werden.

Die positiven Erfahrungen Deutschlands mit bestimmten Finanzierungsinstrumenten (Pfandbrief), der Entwicklung marktfähiger Sicherheiten sowie geeigneten Verfahren zur rechtlichen Durchsetzung von Forderungen könnten einen wertvollen Beitrag für die Diskussion liefern. Entscheidend ist, dass möglichst viele Länder von den Ergebnissen und Empfehlungen erfolgreicher Länder profitieren.

Makroökonomische Stabilität und nachhaltiges Wachstum

Die beobachtbaren Wachstumsunterschiede in einzelnen Ländern und Regionen (Asien, Lateinamerika) drängen auf eine eingehende Analyse der mittel- bis langfristigen Aspekte einer gleichzeitig auf Stabilität und Strukturreformen beruhenden Wirtschaftspolitik. Ausgehend davon, dass sich die Schwellenländer in Asien und Lateinamerika bei durchaus vergleichbaren Ausgangsbedingungen sehr unterschiedlich entwickelt haben, stellt sich u. a. die Frage nach den tieferen Ursachen sowie den wirtschaftspolitischen Leitlinien für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung.¹¹ Die G 20 wird sich unter deutschem Vorsitz vertieft mit der Herausarbeitung derjenigen Faktoren und Strukturen befassen, die für ein nachhaltiges und stabiles Wirtschaftswachstum von grundlegender Bedeutung sind.

Hier dürften insbesondere die Bereiche wie Rechtssystem, juristische Instrumente und Verfahren zur Durchsetzung von Rechtssicherheit für das wirtschaftliche Handeln, Fragen im Zusammenhang mit der öffentlichen Infrastruktur und dem Aufbau einer effizienten öffentlichen Verwaltung, Aufbau von Humankapital, Rolle des Mittelstandes, Unterschiede in den Produktionsstrukturen und nicht zuletzt die Verteilung von Einkommen und Vermögen zu nennen sein. Auf

¹¹ Anfang der neunziger Jahre gab es einen sowohl in akademischen wie auch in politischen Kreisen viel diskutierten Ansatz, wirtschaftspolitische Leitlinien zu formulieren und zusammenzufassen. Dieser Ansatz einer Grundausrichtung der Wirtschaftspolitik ist unter dem Begriff „Washington Konsens“ bekannt geworden.

dieser Grundlage sollen die Kernelemente einer erfolgreichen Wachstumsstrategie erarbeitet werden, die in Form einer Leitlinie für die Diskussion im Rahmen der wirtschaftspolitischen Beratung dienen könnten.



Regionale Integration im globalen Rahmen

Ein dritter Themenschwerpunkt wird die regionale Integration als ein nützlicher Zwischenschritt zur weltweiten Integration sein. Regionale Integration verbindet die Vorteile internationaler Arbeitsteilung mit der Chance, die damit einhergehenden strukturellen, kulturellen sowie sozialen Anpassungen schrittweise und überschaubar zu gestalten. Regionale Integration wird aber nicht als Alternative zur globalen Integration und auch nicht als Mittel regionaler Abschottung in Betracht gezogen.

Die G 20 wird sich damit befassen, welche Integrationsansätze für bestimmte Regionen geeignet sind, in welcher Reihenfolge die Integration erfolgen kann und welche Voraussetzungen auf jeder Integrationsstufe erfüllt sein müssen. Vertiefte Integration bedeutet oft auch Verzicht auf Souveränitätsansprüche und Übertragung von Kompetenzen an zwischenstaatliche oder supranationale Einrichtungen. Es ist folglich gleichfalls herauszuarbeiten, welche Kosten einzelne Länder zu berücksichtigen haben, wenn sie sich für eine Integration aussprechen. Da sich zahlreiche Länder und Regionen der G 20 bereits seit geraumer Zeit in einem mehr oder weniger fortgeschrittenen Integrationsprozess befinden, können sich hieraus wertvolle Einsichten für eine weitergehende Integration ergeben.

Von besonderem Interesse dürften die von der Europäischen Union einzubringenden Erfahrungen, angefangen von der Integration der Binnenmärkte über die Zusammenarbeit in gemeinsamen politischen Institutionen (Europäisches Parlament, EU-Kommission, Ministerräte, Rat der Staats- und Regierungschefs u. a.) bis zur Europäischen Währungsunion (Europäisches System der Zentralbanken, Europäische Zentralbank), sein.

Demografie und Migration

Kein Schwerpunkt, aber ein neues, in Mexiko von einigen Mitgliedern angesprochenes Thema wird „Demografie und Migration“ sein. Beide Aspekte sind miteinander verknüpft und begründen für die G 20-Länder ganz unterschiedliche Fragestellungen. Für zahlreiche Industrieländer dürften die Auswirkungen der alternden Gesellschaften auf die Finanzierbarkeit der Sozialsysteme und der öffentlichen Haushalte Priorität besitzen. Viele Schwellen- und Entwicklungsländer haben sich dagegen mit den Investitions- und Finanzierungserfordernissen in den Bereichen Aus- und Fortbildung der jungen Generation sowie mit den Folgen von Wanderungsbewegungen innerhalb eines Landes bzw. Abwanderungstendenzen in andere Länder auseinander zu setzen. Aus einer globalen Perspektive werden Demografie und Migration erheblichen Einfluss auf das langfristige Wachstumspotenzial, die Stabilität sozialer Sicherungssysteme und nicht zuletzt auf das internationale Finanzsystem ausüben.

Im nächsten Jahr soll hierzu eine Orientierungsdiskussion angestoßen werden, in der zunächst einmal die wichtigsten Tendenzen, Erfahrungen und zukünftige Herausforderungen aus Sicht der einzelnen Länder gesammelt werden. Die Diskussion wird zeigen, ob sich aus dem Themenkomplex neue Ziele für die Zusammenarbeit innerhalb der G 20 ergeben und ob sich konkrete Empfehlungen für die Politik ableiten lassen.

Ökonomische Auswirkungen der EU-Erweiterung auf den Standort Deutschland

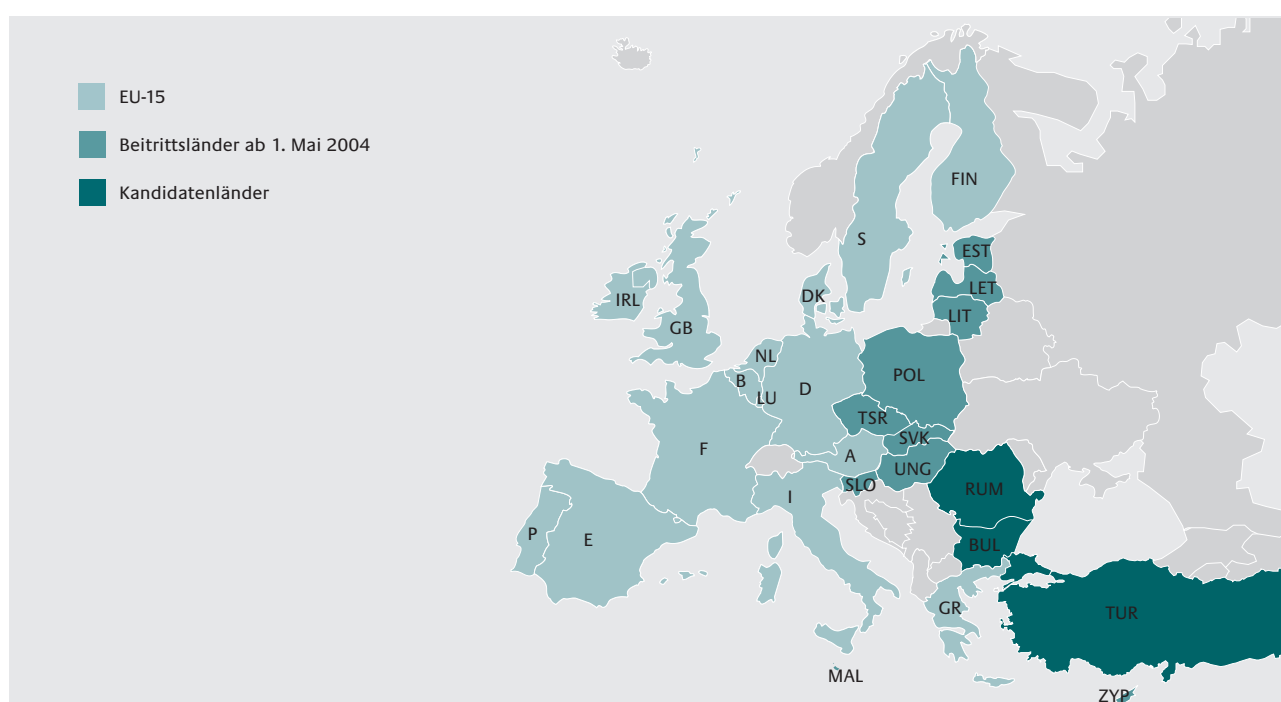
1	Vorbemerkungen	85
2	Wachstums- und Wohlfahrtseffekte für Deutschland durch die Osterweiterung	86
3	Einzeleffekte der Osterweiterung auf Güter- und Faktormärkten	87
3.1	Handelseffekte	87
3.2	Binnenmarkteffekte	88
3.3	Direktinvestitionen, Migration und Arbeitsmarkt	89
3.4	Sektorale Auswirkungen	91
3.5	Einbeziehung der Beitrittsländer in die EU-Struktur- und Kohäsionsfonds	91
4	Steuerlicher Standortwettbewerb	91
5	Ergebnisse und Konsequenzen für die deutsche Finanz- und Steuerpolitik	92

1 Vorbemerkungen

Der Beitritt der acht mittel- und osteuropäischen Länder sowie Maltas und Zyperns zur EU am 1. Mai 2004 stellt ein historisches Ereignis dar, mit dem die seit dem Zweiten Weltkrieg bestehende Teilung Europas überwunden wird. Die Erweiterung der Union, die auf den Grundsätzen von Demokratie, Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit und Gewährleistung von Menschenrechten beruht, wird für mehr Sicherheit und Stabilität in Europa sorgen. Von der Europäischen Kommission wird die Erweiterung daher als das „erfolgreichste außenpolitische Instrument der Union“ gewertet.

Neben politischer Stabilität erwartet man sich von der Erweiterung große wirtschaftliche Vorteile: Eine vollständige Integration der Beitrittsländer in den europäischen Binnenmarkt wird den Handel mit Gütern und Dienstleistungen intensivieren. Deutschland kann dabei insbesondere von der Erschließung neuer Absatzmärkte in Ländern profitieren, die ein vergleichsweise hohes Wirtschaftswachstum aufweisen.

Derzeitige EU-Mitgliedstaaten und Beitrittsländer



Insgesamt dürften damit alle Mitgliedstaaten von der Erweiterung profitieren, insbesondere aber die neuen Mitgliedsländer. Damit dürfte sich auch die derzeit noch bestehende Produktions- und Einkommenslücke zwischen Beitrittsländern und EU-15 schließen, die gemessen am BIP pro Kopf im Jahr 2002 in einigen Beitrittsländern noch beachtlich war. Derzeit liegt das BIP pro Kopf von Zypern und Slowenien bei knapp 75 % des EU (15)-Durchschnitts, während etwa Letland gemessen am BIP pro Kopf erst 35 % des EU-Durchschnitts erreicht.

Wenngleich also kein Zweifel daran besteht, dass gesamtwirtschaftlich gesehen die Erweiterung eine Investition in die Zukunft eines geeinten Europas ist, so lohnt sich doch ein näherer Blick auf die mit der Erweiterung verbundenen ökonomischen Effekte, insbesondere auf den Standort Deutschland. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Erweiterung ein Prozess ist und kein

einmaliges Ereignis darstellt; insoweit hat die Erweiterung schon begonnen.

2 Wachstums- und Wohlfahrts-effekte für Deutschland durch die Osterweiterung

Repräsentative empirische Studien¹ gehen davon aus, dass die Wachstumsraten in den neuen Mitgliedstaaten um ca. 2 % höher sein dürften als in der „alten EU“. Für die EU-15 als Ganzes wird der einmalige Wachstumseffekt in verschiedenen Untersuchungen zwischen Null und 0,8 % geschätzt. Deutschland dürfte insgesamt nach dem Beitritt 2004 einen geringfügigen Wachstumsschub erleben, der sich in der Größenordnung von ½ Prozentpunkt des BIP bewegt. Der vergleichsweise mäßige Effekt für den Zeitraum ab 2004 resultiert daraus, dass die Wachstumswirkungen aus der Osterweiterung wegen der Marktöffnung ab 1992 zum Großteil bereits realisiert sind (vgl. Tabelle 1).

¹ Dieser Beitrag rekurriert vorwiegend auf die Schätzung von Breuss (2001), Makroökonomische Auswirkungen der EU-Erweiterung auf alte und neue Mitglieder, in: WIFO-Monatsberichte, Heft 11/2001, S. 655–666. Die EU-KOM und vergleichbare Studien anderer Autoren kommen zu ähnlichen Ergebnissen; vgl. EU-KOM (2001), The Economic Impact of Enlargement, DG ECFIN, Enlargement Papers, Heft 4/2001 oder Keuschnigg et al. (1999), Eastern Enlargement to the EU: Economic Costs and Benefits for the EU Present Member States? Germany, Studie im Auftrag der Europäischen Kommission, Universität Linz und Universität des Saarlandes, Linz 1999.

BIP pro Kopf der EU-Beitrittskandidaten in Kaufkraftstandards 2002

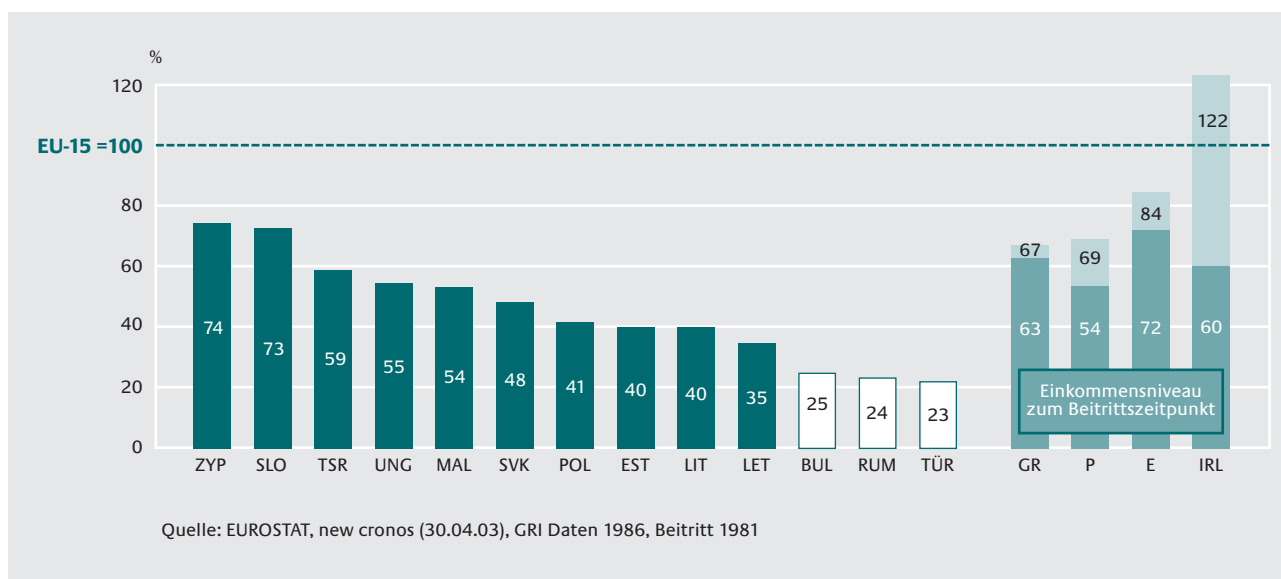


Tabelle 1: Ökonomische Effekte der Osterweiterung für Deutschland (zum Vergleich Österreich und Polen)

	Deutschland		Österreich		Polen	
	Ø2005/06	Ø2008/10	Ø2005/06	Ø2008/10	Ø2005/06	Ø2008/10
Kumulierte Abweichungen von der Basislösung in Prozentpunkten						
BIP						
Real	+ 0,63	+ 0,48	+ 0,83	+ 0,66	+ 5,26	+ 8,02
Nominell	+ 0,70	+ 0,63	+ 0,82	+ 0,11	+ 4,21	+ 1,87
Pro Kopf, real	+ 0,52	+ 0,41	+ 0,62	+ 0,54	+ 5,52	+ 8,18
Verbraucherpreise	- 0,42	- 0,43	- 0,84	- 1,42	- 1,97	- 8,14
Beschäftigung	+ 0,09	+ 0,47	- 0,37	- 0,04	+ 0,45	+ 1,71
Produktivität (BIP je Beschäftigten)	+ 0,53	+ 0,01	+ 1,20	+ 0,72	+ 4,83	+ 6,30
Relative Lohnstückkosten (real-effektiver Wechselkurs)	- 0,16	+ 1,36	- 0,18	- 0,01	+ 3,04	+ 5,51
ALQ	+ 0,11	- 0,21	+ 0,60	+ 0,20	- 0,63	- 1,33
Leistungsbilanz, in % des BIP	+ 0,04	+ 0,24	- 0,04	+ 0,40	+ 3,07	+ 4,87
Quelle: in Anlehnung an Breuss (2001), S. 662						

Gleichzeitig ist ein Druck auf die Preise zu erwarten, der ceteris paribus zu einem Rückgang der Verbraucherpreise um ungefähr 0,4 Prozentpunkte führen dürfte. In den Beitrittsländern (Polen rd. 2 Prozentpunkte), aber auch in Österreich (0,8 bis 1,4 Prozentpunkte) dürfte der Preiseffekt noch erheblich stärker ausfallen. Auch hinsichtlich Beschäftigung und Produktivität sind in aggregierter Betrachtung leichte Zuwächse zu erwarten, wobei bei der Arbeitslosenquote durchaus ein gemischtes Bild zu vermuten ist. Schließlich wird auch für die Leistungsbilanz eine Verbesserung erwartet, die allerdings in den Beitrittsländern selbst erheblich stärker ausfällt als beispielsweise in Deutschland.

3 Einzeleffekte der Osterweiterung auf Güter- und Faktormärkten

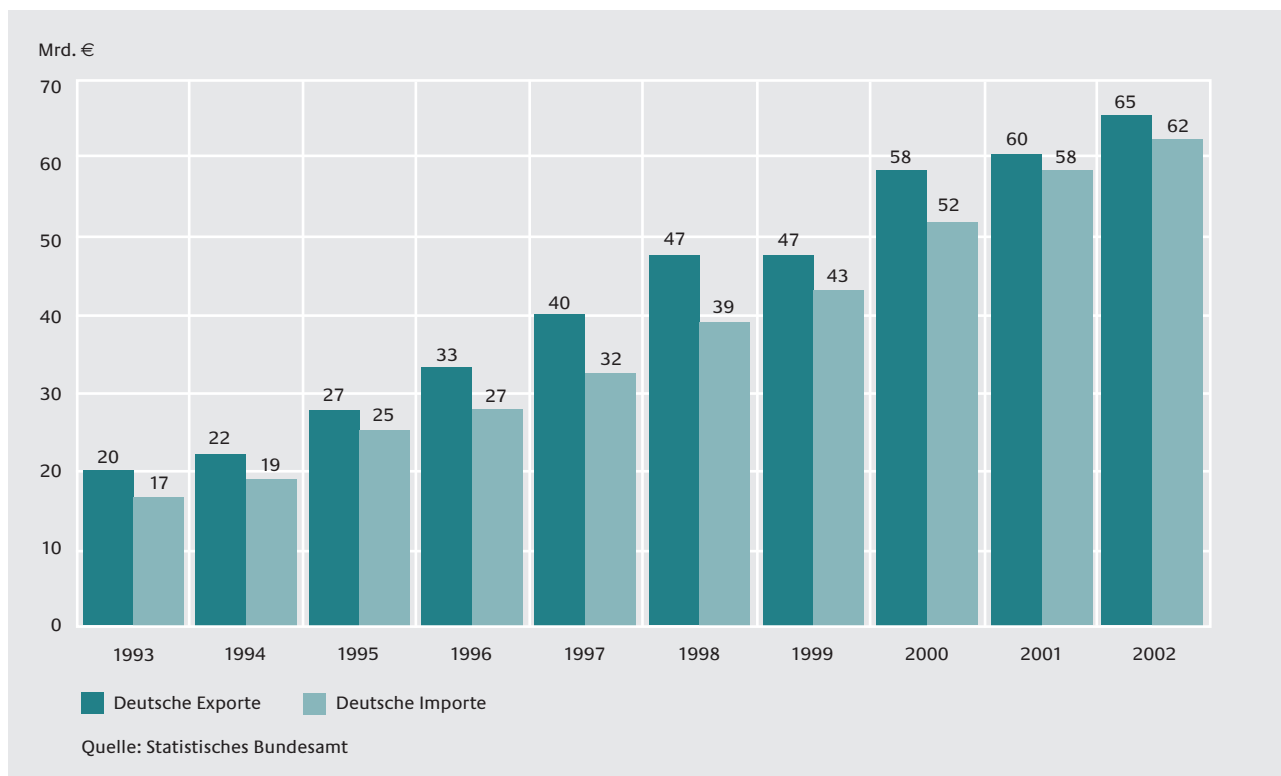
Aus ökonomischer Sicht lassen sich die Wachstums- und Wohlfahrtswirkungen für Deutschland in verschiedene Einzeleffekte disaggregieren.

3.1 Handelseffekte

Die empirischen Untersuchungen gehen davon aus, dass mit dem Beitritt die zu erwartende Handelsbildung aufgrund des größeren Marktes mögliche Substitutionseffekte aufgrund der verschärften Konkurrenz in Deutschland klar überwiegt. Dabei stehen insbesondere Investitionsgüter und Ausrüstungen für die Infrastruktur im Blickpunkt, die die Exportaussichten deutscher Hersteller in den kommenden Jahren deutlich verbessern.

Dies setzt den Trend des vergangenen Jahrzehnts fort, der durchweg deutliche Exportüberschüsse im Handel Deutschlands mit den Beitrittsländern im Zeitraum 1993, dem Jahr nach der Liberalisierung des Waren- und Dienstleistungsverkehrs, bis zum Jahr 2002 sieht.

Handel Deutschlands mit den Beitrittsländern (einschl. Türkei)



Nach einer neueren Studie des DIW² hat dabei Ostdeutschland beim Export an die mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer auch in Zukunft ein überdurchschnittliches Ausbaupotenzial. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass die Szenarienanalysen zur Handelsbildung im Allgemeinen unterstellen, dass es zu einem weiteren Abbau von Handelsbeschränkungen und Transaktionskosten (u. a. Infrastruktur) in den Beitrittsländern kommt.

3.2 Binnenmarkteffekte

Die Intensivierung des Wettbewerbs führt zu einer verbesserten Kapitalnutzungseffizienz und zu einem höheren Investitionsniveau. Aus der Marktvergrößerung und dem stärkeren Wettbewerb resultiert nicht nur eine positive Wirkung auf den Handel, es kommt in der Regel auch zu einer verbesserten Produktdifferenzierung und

zu einer Verminderung von Preissegmentierung. Gleichzeitig lassen sich aufgrund der größeren Märkte Skaleneffekte in der Produktion besser realisieren (Produktivitätsanstieg). Dies schlägt sich in entsprechenden Preissenkungen nieder.

Im Einzelfall kann das selbstverständlich auch bedeuten, dass einzelne Fertigungsstufen und Fertigungsstandorte nach Osteuropa verlagert werden. Derartige Verlagerungen haben aber keineswegs stets substitutiven Charakter: In der aggregierten Betrachtung wirken sich die so genannten Binnenmarkteffekte netto positiv auf den Standort Deutschland aus; insbesondere unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die teilweisen Produktionsverlagerungen nach Osteuropa wesentlich dazu beitragen, die verbleibende inländische Produktion zu stabilisieren und dadurch den Standort zu stärken.

² DIW (2003), Position Ostdeutschlands beim Export nach Polen und Tschechien ausbaufähig, in DIW-Wochenberichte, 70. Jg., Nr. 33/2003, S. 515–518.

3.3 Direktinvestitionen, Migration und Arbeitsmarkt

Ausländische Direktinvestitionen tragen in den Anlageländern zur Verbesserung der Infrastruktur für den bilateralen Handel und andere geschäftliche Aktivitäten bei. Dabei konzentrieren sich die in den Beitrittsländern getätigten Direktinvestitionen im verarbeitenden Gewerbe vor allem auf den Zeitraum 1991 bis 2000. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass sich mit Abschluss von Assoziierungs-/ Freihandelsabkommen Anfang der 90er Jahre die Investitionsbedingungen in den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL) verbessert haben. Hinzu kommt, dass diesen Ländern eine klare Beitrittsperspektive eröffnet wurde, die zur weiteren politischen Stabilisierung und Beschleunigung des Reformprozesses geführt hat und damit sichere Standortbedingungen für Investoren gegeben waren. Damit wurden Effekte vorweggenommen, die sonst erst nach Beitritt eintreten und die sich im Übrigen auch nicht beliebig fortsetzen. Inzwischen sind bspw. in Polen und Ungarn eher rückläufige

Investitionszuflüsse zu verzeichnen. Dies dürfte neben der konjunkturbedingt geringeren Investitionsneigung auch daran liegen, dass der Aufholprozess des ausländischen Kapitalaufbaus in den am weitesten entwickelten Beitrittsländern bereits weit fortgeschritten ist.

Dazu kommt die weitgehend abgeschlossene Privatisierung, der Abbau von Steuervergünstigungen für ausländische Investoren und eine allmähliche Erhöhung des Lohnniveaus in den Anlageländern. Zudem gelten mit Beitrittsdatum die Vorschriften des Acquis, damit fallen u. a. zur Einhaltung der EU-Umweltstandards höhere Kosten an. Die künftig in diese Länder fließenden Investitionen dienen vor allem der Erhöhung der Kapitalintensität. In Zukunft wird zumindest im verarbeitenden Gewerbe nicht mit steigenden Direktinvestitionen zu rechnen sein.³

³ Es kann allerdings mit dem Beitritt nochmals zu einer – wenngleich gedämpften – „zweiten Welle“ von ausländischen Direktinvestitionen in die osteuropäischen Staaten kommen; vgl. Institute for Industrial Organization an der WHU, Markterschließung und Expansion in den EU-Beitrittsländern Mittel- und Osteuropas, Wissenschaftlichen Hochschule für Unternehmensführung, Vallendar, Oktober 2003.

Tabelle 2: Jährliche Zuflüsse an ausländischen Direktinvestitionen in die Beitrittsländer in Mio. US-Dollar

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Bulgarien	56	42	40	105	90	109	505	537	806	1 002	813	479
Zypern	82	107	83	75	86	54	76	69	121	163	163	164
Tschechien	n. a.	n. a.	654	878	2 568	1 435	1 286	3 700	6 313	4 987	4 924	8 435
Estland	n. a.	82	162	214	201	150	266	581	305	387	539	285
Ungarn	1 462	1 479	2 350	1 144	4 519	2 363	2 224	2 084	2 019	1 694	2 595	854
Lettland	n. a.	29	45	214	180	382	521	357	348	410	164	396
Litauen	n. a.	n. a.	30	31	73	152	355	926	486	379	446	712
Malta	77	40	56	152	132	277	81	273	814	604	270	-425
Polen	291	678	1 715	1 875	3 659	4 498	4 908	6 365	7 270	9 341	5 713	4 119
Rumänien	40	77	94	341	419	263	1 215	2 031	1 041	1 037	1 157	1 106
Slowakei ¹	n. a.	n. a.	199	270	236	351	174	562	354	2 052	1 475	4 007
Slowenien	n. a.	111	113	117	150	173	334	216	107	136	503	1 865
Türkei	810	844	636	608	885	722	805	940	783	982	3 266	1 037

Quelle: IWF, financial statistics

¹ Die Slowakei verzeichnete gegenüber anderen BL aufgrund von Reformstau erst relativ spät größere Investitionszuflüsse und hat entsprechenden Nachholbedarf.

Direktinvestitionen in den Beitrittsländern werden in der Regel kosten- und marktorientiert getätigt. Direktinvestitionen im Dienstleistungsbereich, die etwa 60 % der deutschen Direktinvestitionen im Ausland umfassen, sind auf den Marktzugang ausgerichtet und haben kaum negative Beschäftigungswirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt. Nachdem die Beitrittsländer Bereiche wie Telekommunikation und Energie privatisiert und liberalisiert haben, wurde verstärkt – auch von dt. Unternehmen – in diese Sektoren investiert.

Rund 40 % der deutschen Direktinvestitionen sind kostenorientiert, das bedeutet, arbeitsintensive Produktionsstufen werden durch dortige, lohnkostengünstigere Arbeitskräfte erbracht. In den typischen Anlageländern für deutsche Investoren (Polen, Tschechien und Ungarn) liegt der Anteil der kostenorientierten Direktinvestitionen bei ca. 50 %. Dies dürfte in der Vergangenheit nicht ganz ohne Rückwirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt geblieben sein. So geht das Osteuropainstitut München (OEI)⁴ für die Vergangenheit von Arbeitsplatzumschichtungen in einem Volumen von 170 000 bis 200 000 Arbeitsplätzen als potenzielle Obergrenze für Osteuropa inklusive GUS aus. Betroffen sind dabei nach Untersuchungen des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)⁵ vorwiegend die Chemische und die Kfz-Industrie und hierbei wiederum gering qualifizierte Arbeitskräfte. Zu berücksichtigen ist, dass ein Teil dieser Arbeitsplätze auch ohne Ostinvestitionen nicht in Deutschland zu halten gewesen wäre. Andererseits konnten durch die Mischkalkulation unter Einbeziehung billiger Lohnkomponenten auch Arbeitsplätze erhalten bleiben bzw. neu geschaffen werden. Diesen so genannten „home office effect“ beschreibt auch das DIW⁶ in einer für die KOM erstellten Studie.

⁴ Osteuropa-Institut (2001), Direktinvestitionen in Osteuropa und ihre Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt in Deutschland, München, Februar 2001.

⁵ IWH (2003), Direktinvestitionen in den mittel- und osteuropäischen BL: Rückwirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt, in: Wirtschaft im Wandel, Monatsheft 4/03, Halle.

⁶ DIW (2000), The Impact of Eastern Enlargement on Employment and Labour Markets in the EU Member States, Studie im Auftrag der EU KOM, Berlin 2000.

Die Migration von Arbeitskräften aus dem Osten ist nach wie vor stark reguliert und beschränkt. Mit der Ost-Erweiterung sind daher starke institutionelle Veränderungen hin zu mehr Freizügigkeit verbunden. Da auch keine volle Angleichung der Faktorpreise (Löhne) zu erwarten ist, werden große Lohndifferenziale und Einkommenslücken bestehen bleiben, die für eine stärkere Ost-West-Migration und starke Konkurrenz auf dem inländischen Arbeitsmarkt sprechen. Allerdings bestehen auch bei formaler Freizügigkeit weiterhin Migrationsbarrieren aufgrund institutioneller und Sprachbarrieren, Probleme für ethnische Minderheiten sowie der begrenzten Absorptionsfähigkeit des deutschen Arbeitsmarktes.

Darüber hinaus wurde in den Beitrittsverhandlungen als Übergangslösung eine 7-jährige Beschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit sowie der grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringung (Bau, Handwerk) gegenüber den Beitrittsländern durchgesetzt.

Im Übrigen wird erwartet, dass sich mit dem offiziellen Beitritt – auch im Zusammenhang mit der Initiative der Bundesregierung zur Bekämpfung von Schwarzarbeit – die Risiken von Schwarzarbeit in Deutschland längerfristig verringern, da Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten besser angewendet werden können und die Anreize für Schwarzarbeit bei den Arbeitnehmern der Beitrittsländer gegenüber regulärer Beschäftigung zurückgehen dürften.

Im Gesamtbild ist allerdings auf der Faktorseite zumindest kurz- und mittelfristig ein gewisser Beschäftigungsdruck sowie Migration zu erwarten. Einer aktuellen EU-Studie zufolge, die in ihren Simulationen von grundlegenden langfristigen Annahmen über die relative Entwicklung des BIP pro Kopf sowie der jeweiligen Beschäftigungsraten in Deutschland und den Beitrittsländern ausgeht, dürfte die Netto-Immigration aus den Beitrittsländern nach Deutschland zunächst bei ca. 180 000 bis 225 000 Personen liegen und dürfte dann sukzes-

sive abklingen.⁷ Dabei dürfte die Migration in Deutschland wiederum im Ergebnis positive Wachstumseffekte auslösen, und zwar dann, wenn Löhne der Zuwanderer niedriger sind als deren Beitrag zum BIP. Unerwünschte Effekte der Migration können sich bei Arbeitnehmern im gewerblichen Bereich und bei niedrig Qualifizierten im Dienstleistungssektor ergeben.



3.4 Sektorale Auswirkungen

Mit dem Beitritt sind sektorale Anpassungen der Wirtschaftsstrukturen verknüpft, insb. in den Bereichen Handel, Landwirtschaft, Verkehr und Energie, die in einzelnen Sektoren oder Unternehmen auch negative Beschäftigungseffekte zeitigen können. Im Gesamtbild ist allerdings nach einhelligem Befund der Forschungsinstitute von positiven Beschäftigungseffekten für Deutschland auszugehen, da insb. die Lohnkostenunterschiede zwischen Deutschland und Osteuropa nur in wenigen Branchen negativ auf die inländische Beschäftigung durchschlagen.

3.5 Einbeziehung der Beitrittsländer in die EU-Struktur- und Kohäsionsfonds

Den Beitrittsländern werden in den Jahren 2004–2006 an Strukturfonds- und Kohäsionsfondsmittel 22 Mrd. € zur Verfügung gestellt. Auch in der neuen Förderperiode ab 2007 wird die EU die neuen Mitgliedstaaten mit erheblichen Mitteln aus den Strukturfonds und dem Kohäsionsfonds unterstützen. Diese Mittel müssen grundsätzlich mit

nationalen Mitteln kofinanziert werden. Sie dürfen nicht an die Stelle der öffentlichen Strukturausgaben des Mitgliedstaats treten.

Die Verwendung der Mittel legen die Mitgliedstaaten beziehungsweise die Regionen in Abstimmung mit der Europäischen Kommission fest. Ziel ist, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in der EU zu stärken, um eine harmonische Entwicklung der Gemeinschaft als Ganzes zu fördern. Ein Großteil der Mittel wird daher für den Auf- und Ausbau der Infrastrukturen eingesetzt, es können aber auch z. B. Unternehmensinvestitionen sowie beschäftigungspolitische Maßnahmen gefördert werden.

4 Steuerlicher Standortwettbewerb

In der öffentlichen Diskussion wird unabhängig von den allgemeinen makroökonomischen Auswirkungen des Beitritts auf Wachstum und Beschäftigung in Deutschland der Teilaspekt der steuerlichen Maßnahmen und des damit verbundenen steuerlichen Standortwettbewerbs fokussiert. Wenngleich eine solche Sicht lediglich eine eingeschränkte Analyse der wettbewerblichen Standortbedingungen erlaubt, sollen im Folgenden dennoch einige in diesem Zusammenhang wichtige Tendenzen herausgearbeitet werden.

Was den Bereich der speziellen steuerlichen Vergünstigungen anbelangt, so gilt festzuhalten, dass diese in den Beitrittsländern vorwiegend auf Großprojekte abzielen, allerdings ein erhebliches Volumen annehmen können. Aufgrund ihrer zeitlichen Befristung machen sie aber typischerweise nicht den entscheidenden Faktor für die Investitionsentscheidung aus. Dies belegen auch Unternehmensbefragungen, in denen die Befragten Steuervergünstigungen zwar als wichtigen, aber nicht entscheidenden Faktor für ihre Investitionsentscheidung angaben.

Die Vergünstigungen bestehen im Wesentlichen in zeitlich befristeten Steuerbefreiungen oder

⁷ Brücker, H. (2003), Potential Migration from Central and Eastern Europe, an update. Studie im Auftrag der EU KOM, Brüssel, November 2003.

-ermäßigungen für Realinvestitionen, die i. d. R. an ein bestimmtes Investitionsvolumen und/oder die Schaffung von Arbeitsplätzen geknüpft und teilweise auf bestimmte Regionen (Sonderwirtschaftszonen) oder Industriezweige beschränkt sind. Darüber hinaus werden niedrigere Steuersätze in bestimmten Branchen gewährt oder für den Fall, dass das Unternehmen ausländische Anteilseigner hat und vor allem Exporte tätigt. Schließlich können Steuerbefreiungen für Holdinggesellschaften für den Fall gewährt werden, dass keine wirksamen Anti-Missbrauchsvorschriften zur Anwendung kommen.

Der Standortwettbewerb über steuerliche Vergünstigungen ist allerdings keine Frage des EU-Beitritts, er wird im Gegenteil dadurch eher eingedämmt, da die Beitrittsstaaten ab Mai 2004 zur Anwendung des Acquis verpflichtet sind. Begrenzungen der steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten ergeben sich nämlich zunächst aus dem EU-Beihilferecht, sie sind nur insoweit möglich als sie dem Beihilferecht entsprechen. Hier müssen die Beitrittsstaaten ab Beitrittszeitpunkt – wie alle Mitgliedstaaten – ihre beihilferelevanten neuen steuerlichen Maßnahmen anmelden und von der KOM genehmigen lassen. Davon unabhängig werden derzeit bestehende steuerliche Vergünstigungen anhand der Kriterien des Verhaltenskodex überprüft. Regelungen, die als „unfair“ bewertet werden, müssen von den betroffenen Beitrittsländern grundsätzlich bis Ende 2005 abgeschafft bzw. geändert werden.

Die allgemeinen steuerlichen Rahmenbedingungen in den Beitrittsländern sind gekennzeichnet durch vergleichsweise niedrige Körperschaftsteuersätze bzw. eine niedrige Ertragsteuerbelastung. Auch ein Vergleich der effektiven Steuerbelastungen von Körperschaften verändert das Bild kaum. Für Deutschland ist die Aussagekraft entsprechender internationaler Vergleiche allerdings begrenzt wegen der großen Bedeutung von Personenunternehmen hierzulande, die – wie beispielsweise auch das aktuelle Sachverständigenratgutachten belegt – einer effektiv niedrigeren Steuerbelastung unterliegen als Kapitalgesellschaften. Bei

der Einkommensteuer zeigt sich bei den Beitrittsländern ebenfalls eine niedrige tarifliche Belastung. Mit weiterer Umsetzung der Steuerreform 2000 wird sich jedoch die steuerliche Wettbewerbssituation Deutschlands im Bereich der Einkommensteuer sukzessive deutlich verbessern.

Was die künftige Entwicklung anbelangt, so ist zunächst festzuhalten, dass die neuen Mitgliedstaaten in ihrer nationalen Steuergesetzgebung bei den direkten Steuern grundsätzlich frei sind, da hier bisher keine Harmonisierungen im EU-Bereich existieren bzw. mittelfristig auch nicht zu erwarten sind. Bei den meisten Beitrittsstaaten ist eine Tendenz hin zu einer Verringerung der direkten Steuern (Körperschaftsteuer, Einkommensteuer) auf Kosten höherer indirekter Steuern erkennbar. Allerdings stellt die Gesamtbelastung des Faktors Arbeit mit Steuern und Sozialabgaben auch in den Beitrittsländern zunehmend ein Problem dar.

5 Ergebnisse und Konsequenzen für die deutsche Finanz- und Steuerpolitik

Die nachfolgende Tabelle auf S. 93 differenziert nach den herausgearbeiteten Effekten den unterstellten Wachstumseffekt in Partialeffekte.

Für die Schätzung der wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen der Erweiterung ist allerdings im Blick zu behalten, dass zum einen die langfristigen Kosten der Nettozahler unterschätzt sein können, so dass von deutscher Seite weiter darauf gedrungen wird, die Nettozahlungsverpflichtungen zu begrenzen. Andererseits wird in der wissenschaftlichen Literatur verschiedentlich die These vertreten, dass auch die positiven Effekte des Aufholprozesses der Beitrittsländer für den deutschen Wirtschaftsraum noch nicht absehbar sind und tendenziell unterschätzt werden.

Im Ergebnis ist festzustellen, dass Deutschland nach dem Beitritt der osteuropäischen Staaten 2004 einen geringfügigen Wachstumsschub erleben wird.

Der Anstieg der grenzüberschreitenden Investitionen wird dazu beitragen, die Absatzmärkte für dt. Unternehmen zu vergrößern und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.

Der größere Markt erlaubt höhere Stückzahlen in der Produktion und führt damit zu Kostenvorteilen. Der intensivere Wettbewerb sorgt ebenfalls für Effizienzsteigerungen, was den Verbrauchern in Form von höherer Qualität und niedrigeren Preise zugute kommen wird.

Direktinvestitionen in Osteuropa tragen zur Verbesserung der Infrastruktur für den bilateralen Handel bei; der Standort Deutschland wird insofern durch die Marktöffnung gestärkt.

In einigen Branchen sind mit den deutschen Direktinvestitionen Verlagerungen von arbeitsintensiven Produktionsstufen nach Osteuropa und damit Arbeitsplatzabbau im Inland verbunden. Die Einbe-

ziehung billiger Lohnkomponenten erhält aber auch Arbeitsplätze in Deutschland, vor allem schaffen die neuen Exportmärkte neue Arbeitsplätze.

Mit der Erweiterung sind mehr Freizügigkeit und damit ein Potenzial für Migration von Arbeitskräften verbunden. Allerdings bleiben signifikante Migrationsbarrieren bestehen.

Steuerliche Vergünstigungen in den Beitrittsländern sind nicht der entscheidende Standortfaktor und werden mit der Verpflichtung zur Anwendung des Acquis ab Mai 2004 eingedämmt. Dennoch sind die steuerlichen Rahmenbedingungen in den Beitrittsländern sehr günstig und dürften sich in den kommenden Jahren noch weiter verbessern.

Dies verdeutlicht, dass der internationale Standortwettbewerb – auch mit den Beitrittsländern – eine wichtige Herausforderung für die Fortentwicklung der deutschen Steuerpolitik sein wird.

Tabelle 3: Partialeffekte der Osterweiterung

	Deutschland		Österreich		EU-15		Polen	
	Ø2005/06	Ø2008/10	Ø2005/06	Ø2008/10	Ø2005/06	Ø2008/10	Ø2005/06	Ø2008/10
Handelseffekte	+ 0,15	+ 0,01	+ 0,20	+ 0,14	+ 0,07	+ 0,05	+ 1,95	+ 2,47
Binnenmarkteffekt	+ 0,50	+ 0,37	+ 0,59	+ 0,64	+ 0,40	+ 0,33	+ 1,23	+ 2,07
Direktinvestitionen	- 0,07	- 0,12	- 0,09	- 0,29	- 0,07	- 0,16	+ 0,21	+ 0,45
Migration in die EU	+ 0,06	+ 0,23	+ 0,13	+ 0,16	+ 0,05	+ 0,06	+ 0,02	- 0,12
Kosten Erweiterung	- 0,01	- 0,01	+ 0,00	+ 0,01	- 0,03	- 0,03	+ 1,87	+ 3,15
Gesamteffekt	+ 0,63	+ 0,48	+ 0,83	+ 0,66	+ 0,42	+ 0,26	+ 5,26	+ 0,26

Quelle: Breuss (2001)

www.zoll.de – Der Zoll im Internet

1	Ausgangslage	95
2	Das Informations- und Wissensportal	95
3	Das Zoll-Infocenter (ZIC)	96
4	Die Zoll-Auktion	97
5	Projekte zur Interaktion zwischen Zollverwaltung und Beteiligten	98
6	Visionen	99

1 Ausgangslage

Das Internet gewinnt in unserer modernen Kommunikationsgesellschaft immer mehr an Bedeutung. Die Zollverwaltung hat deshalb frühzeitig dafür gesorgt, dass der Bevölkerung Informationen und Dienstleistungen des Zolls über das Medium Internet zur Verfügung stehen.

Im Rahmen des Programms BundOnline 2005 der Bundesregierung wurde deshalb schon Anfang 2001 das Projekt Zoll online 2005 ins Leben gerufen. Ziel dieses Projekts war und ist es, geeignete internetfähige Dienstleistungen des Zolls ins Internet zu stellen, wobei neben einer Informationsbereitstellung auch die Kommunikation und vor allem die Interaktion von Wirtschaft, Handel und Bürgern mit dem Zoll ermöglicht werden soll.

Das nach zweieinhalb Jahren erreichte Zwischenergebnis kann sich sehen lassen: das derzeitige Online-Angebot der Zollverwaltung unter „www.zoll.de“ umfasst das Informations- und Wissensportal, das Zoll-Infocenter und die Zoll-Auktion – drei Dienstleistungen, die von den Bürgerinnen und Bürgern, der Wirtschaft und der Verwaltung sehr intensiv genutzt werden.

Darüber hinaus befassen sich vier Teilprojekte intensiv mit der Planung und Entwicklung von IT-Verfahren, die die Kommunikation und die Interaktion zwischen der Verwaltung und den Beteiligten über das Internet ermöglichen sollen.

2 Das Informations- und Wissensportal

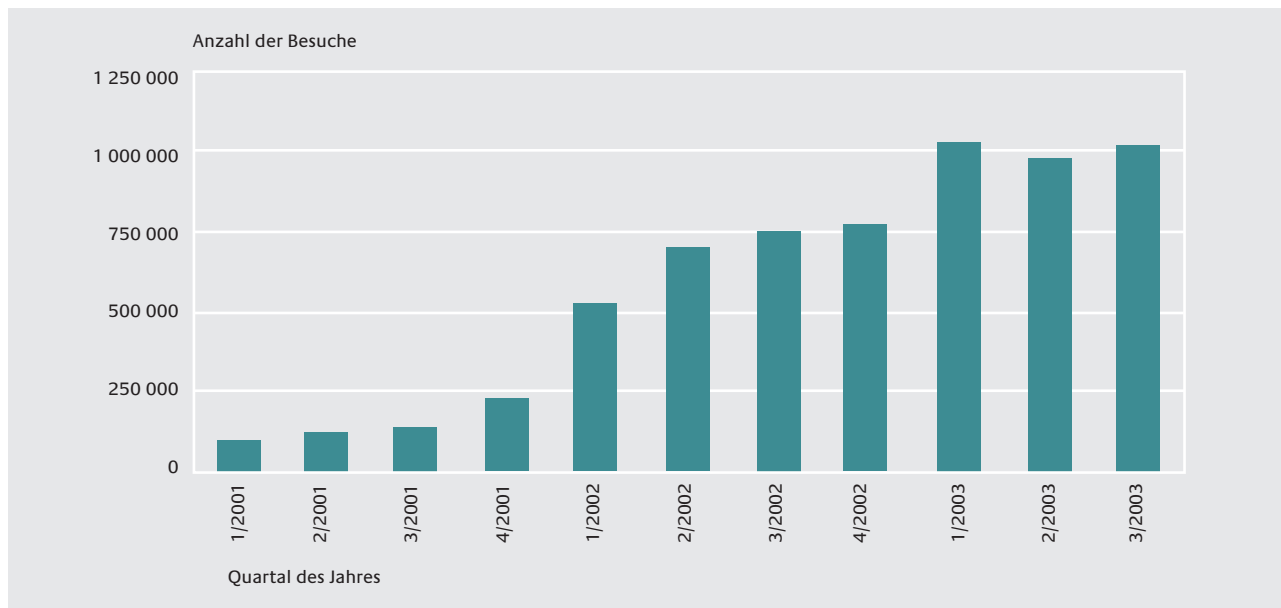
Der erste Arbeitsschritt des Projektes Zoll online 2005, der die Schaffung eines Informationsangebots für die Öffentlichkeit zum Inhalt hatte, wurde bereits Ende 2001 erfolgreich abgearbeitet. Interessenten haben nun die Möglichkeit, sich sowohl über allgemeine Dinge, wie die Aufgaben und Arbeitsweisen der Zollverwaltung, als auch über individuelle Fragen wie z. B. Reisefreimengen, Ausbildungsplätze oder Stellenangebote umfassend über das Internet zu informieren.



Die Schaffung eines Informationsangebots für die Wirtschaft als zweiter Meilenstein wurde zum 30. Juni 2002 ebenfalls erfolgreich realisiert. Wirtschaftsbeteiligte können sich zu jeder Zeit – das heißt auch außerhalb der Öffnungszeiten von Dienststellen – über den Aufbau und die Aufgaben der Zollverwaltung und ihrer Dienststellen informieren, insbesondere auch über deren Zuständigkeiten, Anschriften und Kontaktverbindungen. Fachliche Themen werden in einer auch für Laien verständlichen Sprache erläutert. In verschiedenen Bereichen, z. B. im Verbrauchsteuerrecht, sind darüber hinaus Rechts- und Verwaltungsvorschriften bereit gestellt.

Als weiterer Service werden derzeit bereits rd. 200 Formulare, von denen die meisten am Bildschirm ausfüllbar sind, sowie Merkblätter zum Herunterladen angeboten.

Entwicklung der Besuche je Quartal seit Anfang 2001



Das neben den Formularen weitere rd. 2 500 HTML-Seiten umfassende Informations- und Wissensportal wird sowohl von Wirtschaftsbeteiligten als auch von Privatpersonen intensiv genutzt: im Oktober 2003 wurden über 425 000 Besucher aus 109 verschiedenen Ländern gezählt, die einen Datentransfer mit einem Volumen von fast 300 Gigabyte veranlasst haben. Darin enthalten sind auch die in diesem Monat heruntergeladenen 108 000 Formulare.

Für die fachlichen Inhalte und die technische Umsetzung ist ein aus rund 30 Mitarbeitern bestehendes Projektteam verantwortlich. Es setzt sich aus Mitgliedern der Projektmanagementgruppe mit Sitz bei der Zoll- und Verbrauchsteuerabteilung in Neustadt an der Weinstraße, den für die jeweiligen Fachbereiche zuständigen Teilprojektleitern aus allen acht Oberfinanzdirektionen (OFD), dem Bundesamt für Finanzen, dem Zollkriminalamt sowie dem Bildungszentrum und dem Zentrum für Informations- und Datentechnik zusammen.

Mit Fertigstellung der Informationsangebote wurde der laufende Betrieb der Internetpräsenz der zum 1. November 2002 neu eingerichteten „Koordinierenden Stelle Internet“ mit Sitz bei der Zoll- und Verbrauchsteuerabteilung der OFD

Koblenz in Neustadt an der Weinstraße übertragen. Sie ist verantwortlich für die Anpassung an internetrechtliche und informationstechnische Entwicklungen sowie die Koordination der fachlichen Fortschreibung.

Im Domainrecht gilt der Grundsatz „Wer zuerst kommt, registriert zuerst“; Ausnahmen – beispielsweise im Hinblick auf eine mögliche Irreführung von Verbrauchern – bedürfen einer gerichtlichen Feststellung. So war bereits Mitte der neunziger Jahre der Domainname „zoll.de“ von einer Firma registriert worden, die sich auf den Verkauf von Zoll-Software spezialisiert hatte. Die Internetpräsenz des Zolls war daher von Dezember 2000 bis Ende November 2003 in Anlehnung an die alten Telex-Adressen „zoll-d“ unter der Adresse „www.zoll-d.de“ zu finden. Nach gerichtlicher Klärung ist die Domain „zoll.de“ seit Dezember 2003 im Eigentum des BMF und der Zoll im Internet unter „www.zoll.de“ erreichbar. Die Adresse „www.zoll-d.de“ bleibt aber auch weiterhin geschaltet.

3 Das Zoll-Infocenter (ZIC)

Als weitere Komponente des Projektes Zoll online 2005 wurde das Zoll-Infocenter Frankfurt

am Main als bundesweit zuständiges, kompetentes Ansprech- und Auskunftszentrum für die Beantwortung aller Fragen zum Zoll, die per E-Mail, Fax, Brief, Telefon oder persönlich gestellt werden können, zum 1. Januar 2001 in den laufenden Betrieb überführt.

Der „Kundenkreis“ des Zoll-Infocenters ist überaus weit gefächert. Es handelt sich dabei sowohl um Privatpersonen als auch um Wirtschaftsbeteiligte aus Speditionen, Zollagenturen und ähnlichen Dienstleistungsunternehmen sowie deutsche Export- und Importfirmen. Aber auch ausländische Export- und Importfirmen, Außenhandelsvertretungen im In- und Ausland, Rechtsanwälte sowie Steuer- und Wirtschaftsberatungsunternehmen setzen auf die Kompetenz des Call-Centers.

Im Monat Oktober 2003 haben die Beschäftigten des Zoll-Infocenters rund 8 400 Anfragen beantwortet, die meisten davon telefonisch, jedoch auch 125 schriftlich und rd. 1950 per E-Mail. Die Beschäftigten des Zoll-Infocenters haben zur Bearbeitung der Anfragen u. a. auch Zugriff auf zollinterne IT-Fachverfahren, wie beispielsweise den elektronischen Zolltarif (EZT).

Durch die Inbetriebnahme einer einzigen bundesweit zuständigen Zentralstelle wurden die zwei wesentlichen Ziele erreicht:

- die in der Sachbearbeitung und Abfertigung eingesetzten Beschäftigten aller Verwaltungsebenen können sich intensiver ihren eigentlichen Aufgaben widmen und Auskunftssuchende an das Zoll-Infocenter verweisen und
- es ist sichergestellt, dass bundesweit einheitliche, in Zweifelsfällen mit den zuständigen Vororten und Fachreferaten abgestimmte Auskünfte erteilt werden.

4 Die Zoll-Auktion

Die Zollverwaltung versteigert seit März 2002 gepfändete, beschlagnahmte und ausgesonderte Artikel, wie z. B. Computer, Notebooks, Handys,

Audio-, Video- und Fernsehgeräte, Fotoapparate, Digitalkameras und Kraftfahrzeuge in einer Online-Auktion im Internet. Was mit der Veröffentlichung von Versteigerungskatalogen im Jahr 2000 begann, ist heute zu einer Erfolgsstory des Zolls geworden.

Als beste elektronische Bürgerdienstleistung des Jahres 2003 wurde die Zoll-Auktion am 29. Oktober 2003 von Dr. Göttrik Wewer, Staatssekretär im Bundesministerium des Inneren, mit dem BundOnline-Star 2003 der eGovernment-Initiative BundOnline 2005 ausgezeichnet.

Das von Bundesfinanzminister Hans Eichel bei der CeBIT 2002 ausgesprochene Angebot an alle Behörden des Bundes, der Länder und der Kommunen an der Online-Auktion teilzunehmen, stieß auf große Resonanz: rd. 210 Dienststellen nutzen die Zoll-Auktion. Dazu gehören verschiedene Ministerien des Bundes und der Länder, mehrere Bundesämter, zahlreiche Stadt- und Gemeindekassen, Bundesgrenzschutz- und Polizeidienststellen, Staatsanwaltschaften, Wasser- und Schifffahrtsämter, viele Finanzämter sowie 35 Dienststellen der Zollverwaltung. Wöchentlich kommen weitere Dienststellen hinzu.

Über 110 000 Bieter haben sich bereits bei der Zoll-Auktion registriert.

Aufgrund erheblicher Synergieeffekte und deutlicher Steigerungen bei Effizienz und Effektivität war und ist es das Ziel, eine zentrale Auktionsplattform für alle Verwaltungen als „virtuelles Auktionshaus der öffentlichen Hand“ zu schaffen.

Im 3. Quartal 2003 wurden insgesamt 3 330 Artikel zur Versteigerung online gestellt (431 Fahrzeuge und 2 899 andere Artikel). Dabei wurden je Artikel durchschnittlich zehn Gebote abgegeben, der monatliche Umsatz beläuft sich auf rd. 1,5 Mio. €.

Zum Februar 2004 ist der Einsatz einer neuen Software vorgesehen. Neben einer benutzer-

freundlicheren Programmoberfläche werden neue Anwendungen, wie beispielsweise ein Biet-Agent, der automatisch bis zu einer vom Bieter zuvor festgelegten Höchstgrenze mitbietet, oder verschiedene automatisierte Auswertungen der Datenbank über abgelaufene Auktionen, die neue Software auszeichnen.



Darüber hinaus wird in Kürze die BundOnline 2005 – Basiskomponente „ePayment“ integriert. Damit können die ersteigerten Artikel auch per Kreditkarte oder Banküberweisung online bezahlt werden. Die zu verwertenden Artikel werden von den jeweiligen Dienststellen dezentral eingestellt. Die bei der Zoll-Auktion eingesetzten Beschäftigten stellen die Qualität sicher und geben die Angebote frei.

Die informationstechnische Abwicklung von Zoll-Auktion und ePayment erfolgt ausschließlich verwaltungsintern auf beim Bundesamt für Finanzen betriebenen Servern, damit der Schutz sensibler Daten in Bezug auf Beschlagnahme-, Vollstreckungs- und Zahlungsverfahren gewährleistet ist.

Mit Inbetriebnahme der neuen Software ist ein intensiviertes Marketing von Zoll-Auktion mit ePayment vorgesehen, das auf der CeBIT 2004 in Hannover beginnen wird.

5 Projekte zur Interaktion zwischen Zollverwaltung und Beteiligten

Ausgehend vom Ziel des Projekts, Dienstleistungen internetfähig zu machen, war ein reines

Informationsangebot in Form eines Informations- und Wissensportals im Internet jedoch nur der Anfang. Erst die Nutzung interaktiver Dienstleistungen optimiert die durch das Medium Internet zur Verfügung stehenden Möglichkeiten für alle Beteiligten.

Vier Teilprojekte arbeiten derzeit an interaktiven Dienstleistungen. In Bearbeitung sind:

- „Interaktives Wissensmanagement“
Errichtung eines anwenderorientierten und komfortablen Informations- und Wissenssystems für die Wirtschaft, den Bürger und die Verwaltungen. Dieses Teilprojekt besteht aus den ehemaligen Unterprojekten Artenschutz online, Informations- und Wissensdatenbank, Stammdaten online und Warenursprung und Präferenzen online. An der Bearbeitung beteiligt sind die OFDen Hannover, Koblenz, Köln und Nürnberg.
- „Interaktive Formularbearbeitung und -übermittlung“
Erstellung eines Verfahrens zur interaktiven Bearbeitung von Formularen, insbesondere deren Bereitstellung im Internet, rechtssichere, elektronische Übermittlung und Annahme durch die Verwaltung bzw. das Vorhalten der Daten. Beteiligte sind die OFDen Chemnitz und Cottbus.
- „Verbrauchssteuern online“
Weiterentwicklung des bestehenden Fachverfahrens ADLER – exemplarisch für weitere Verbrauchssteuerverfahren – für die elektronische Abgabe der Vergütungsanmeldung und Bescheiderteilung über das Internet. Das Teilprojekt wird bei der OFD Karlsruhe durchgeführt.
- „ZGR online“
Erstellung eines Verfahrens zur elektronischen Abwicklung des Antragsverfahrens im Aufgabenbereich der Zentralstelle Gewerblicher Rechtsschutz (ZGR) sowie die elektronische Bereitstellung der spezifischen Erkennungsmerkmale für die Zollstellen. Mit der Durchführung des Teilprojektes ist die ZGR München bei der OFD Nürnberg befasst.

Je nach Fortschreiten der Abarbeitung dieser vier Teilprojekte wird die Projektgruppe Zoll online 2005 dem Lenkungsausschuss unter Beachtung der zur Verfügung stehenden personellen und sächlichen Ressourcen weitere Projekte zur Bearbeitung vorschlagen.

6 Visionen

Zur Wahrnehmung des breiten Aufgabenspektrums der Zollverwaltung werden schon jetzt viele Verfahrensabläufe durch interne IT-Fachverfahren unterstützt.

Für die Zukunft muss die Nutzung von Online-Fachverfahren mit Zugang via Internet forciert werden, um die Erledigung der erforderlichen Formalitäten für die Zollbeteiligten unter Berücksichtigung der rechtlichen Rahmenbedingungen zu vereinfachen und um Ressourcen beanspruchende Medienbrüche zu vermeiden.

Letztlich sind schnelle und unkomplizierte Verfahren bei der Aufgabenerledigung der Verwaltung auch für Wirtschaftsbeteiligte und Bürger und damit auch für den Wirtschaftsstandort Deutschland von großem Vorteil.



Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	104
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	124
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	128

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1	Kreditmarktmittel des Bundes nach Eingliederung der Sondervermögen	104
2	Gewährleistungen	105
3	Bundeshaushalt 1999 bis 2004	105
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 1999 bis 2004	106
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Soll 2004	108
6	Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1998 bis 2004	112
7	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2004	114
8	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	116
9	Entwicklung der öffentlichen Schulden	117
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen	118
11	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	119
12	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	120
13	Steuerquote im internationalen Vergleich	121
14	Abgabenquote im internationalen Vergleich	122
15	Entwicklung der EU-Haushalte von 1999 bis 2004	123

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1	Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2003 im Vergleich zum Jahressoll 2003	124
2	Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2003	124
3	Die Entwicklung der Einnahmen, Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder Ende des Monats Oktober 2003	125
4	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder Ende des Monats Oktober 2003	126

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	128
2	Preisentwicklung	128
3	Außenwirtschaft	129
4	Einkommensverteilung	129
5	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	130
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	131
7	Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich	132
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern	133
9	Entwicklung von DAX und Dow Jones	134
10	Übersicht Weltfinanzmärkte	135

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1 Kreditmarktmittel des Bundes nach Eingliederung der Sondervermögen¹

I. Schuldenart

	Stand: 31. Oktober 2003 Mio. €	Zunahme Mio. €	Abnahme Mio. €	Stand: 30. November 2003 [*] Mio. €
Anleihen	448 727	0	5 113	443 614
Bundesobligationen	145 315	7 000	6 000	146 315
Bundesschatzbriefe	12 759	50	18	12 791
Bundesschatzanweisungen	91 306	0	0	91 306
Unverzinsliche Schatzanweisungen	33 392	5 936	4 919	34 409
Finanzierungsschätze	1 218	66	70	1 214
Schuldscheindarlehen	38 094	394	802	37 687
Medium Term Notes Treuhand	343	0	0	342
Gesamte umlaufende Schuld	771 154			767 679

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand: 31. Oktober 2003 Mio. €	Stand: 30. November 2003 [*] Mio. €
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	136 679	137 878
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	256 269	246 756
langfristig (mehr als 4 Jahre)	378 205	383 044
Gesamte umlaufende Schuld	771 154	767 679

* Vorläufig.

¹ Unter Berücksichtigung des Gesetzes zur Eingliederung der Schulden der Sondervermögen Erblastenteilungsfonds, Ausgleichsfonds Steinkohle und Bundeseisenbahnvermögen in die Bundesschuld vom 21. Juni 1999.

2 Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2003 in Mrd. €	Ausnutzung am 30. September 2003 in Mrd. €	Ausnutzung am 30. September 2002 in Mrd. €
Ausfuhr	117,0	102,7	101,5
Internationale Finanzierungsinstitute	46,6	40,3	31,6
Kapitalanlagen und sonstiger Außenwirtschafts- bereich einschließlich Mitfinanzierung bilateraler FZ-Vorhaben	41,9	28,4	26,7
Binnenwirtschaftliche Gewährleistungen (einschließlich Ernährungsbevorratung und Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen)	98,0	61,6	63,3

3 Bundeshaushalt 1999 bis 2004

Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	1999 Ist	2000 Ist	2001 Ist Mrd. €	2002 Ist	2003 Soll ¹	2004 Soll ¹
1. Ausgaben	246,9	244,4	243,2	249,3	260,2	257,3
Veränderung gegen Vorjahr in %	5,7	- 1,0	- 0,5	2,5	4,4	- 1,1
2. Einnahmen	220,6	220,5	220,2	216,6	216,4	227,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	7,8	- 0,1	- 0,1	- 1,6	- 0,1	5,2
darunter:						
Steuereinnahmen	192,4	198,8	193,8	192,0	190,8	197,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	10,2	3,3	- 2,5	- 0,9	- 0,7	3,6
3. Finanzierungsdefizit	- 26,2	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 43,8	- 29,6
Zusammensetzung des Finanzierungsdefizits						
4. Bruttokreditaufnahme (-)	144,1	149,7	130,0	175,3	230,4	215,4
5. Tilgungen (+)	118,0	125,9	107,2	143,4	187,0	186,1
6. Nettokreditaufnahme	- 26,1	- 23,8	- 22,8	- 31,8	- 43,4	- 29,3
7. Münzeinnahmen	- 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,9	- 0,4	- 0,3
8. Finanzierungsdefizit in % der Ausgaben	- 26,2 10,6	- 23,9 9,8	- 22,9 9,4	- 32,7 13,1	- 43,8 16,8	- 29,6 11,5
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	28,6	28,1	27,3	24,7	26,7	24,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 2,0	- 1,7	- 3,1	- 11,7	10,8	- 7,6
darunter:						
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,6	3,6	3,6	3,5	3,5	3,5

¹ Stand 2./3. Lesung Bundestag vom 25. November 2003; 2003 inkl. Nachtragshaushalt.

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 1999 bis 2004

Ausgabeart	1999 Ist	2000 Ist	2001 Ist Mio. €	2002 Ist	2003 Soll ²	2004 Soll ²
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	26 963	26 517	26 807	26 986	27 078	27 325
Aktivitätsbezüge	20 705	20 275	20 440	20 498	20 515	20 615
Ziviler Bereich	8 387	8 196	8 414	8 469	8 445	8 799
Militärischer Bereich	12 318	12 079	12 026	12 028	12 070	11 816
Versorgung	6 258	6 242	6 367	6 488	6 563	6 711
Ziviler Bereich	2 555	2 572	2 598	2 605	2 515	2 564
Militärischer Bereich	3 703	3 670	3 770	3 883	4 048	4 147
Laufender Sachaufwand	20 432	20 822	18 503	17 058	17 323	17 536
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 655	1 641	1 619	1 643	1 518	1 547
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	7 750	7 335	7 985	8 155	8 059	8 025
Sonstiger laufender Sachaufwand	11 028	11 846	8 899	7 260	7 747	7 964
Zinsausgaben	41 087	39 149	37 627	37 063	37 885	37 655
an andere Bereiche	41 087	39 149	37 627	37 063	37 885	37 655
Sonstige	41 087	39 149	37 627	37 063	37 885	37 655
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	41 042	39 104	37 582	37 019	37 840	37 610
an Ausland	3	3	3	3	4	4
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	129 156	126 846	132 359	143 514	151 611	152 786
an Verwaltungen	16 311	16 106	13 257	14 936	15 521	13 807
Länder	5 568	5 650	5 580	6 062	6 324	5 620
Gemeinden	242	194	241	236	181	199
Sondervermögen	10 499	10 259	7 435	8 635	9 014	7 987
Zweckverbände	2	2	2	2	2	1
an andere Bereiche	112 845	110 740	119 102	128 578	136 090	138 979
Unternehmen	13 484	13 271	16 674	16 253	16 180	18 707
Renten, Unterstützungen u. Ä. an natürliche Personen	24 305	21 455	20 668	22 319	24 021	24 065
an Sozialversicherung	71 651	72 590	78 143	86 276	92 077	92 507
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	749	746	672	814	777	773
an Ausland	2 652	2 674	2 940	2 911	3 026	2 921
an Sonstige	5	4	5	5	10	5
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	217 639	213 333	215 296	224 622	233 898	235 303
Ausgaben der Kapitalrechnung¹						
Sachinvestitionen	7 110	6 732	6 905	6 746	6 840	7 129
Baumaßnahmen	5 976	5 580	5 551	5 358	5 301	5 517
Erwerb von beweglichen Sachen	819	779	882	960	981	1 036
Grunderwerb	314	373	473	427	557	576
Vermögensübertragungen	17 831	19 506	17 085	14 550	16 117	13 636
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	17 225	16 579	16 509	13 959	15 717	13 259
an Verwaltungen	10 275	10 011	9 496	6 336	8 151	6 235
Länder	10 166	9 925	9 431	6 268	5 528	6 156
Gemeinden und Gemeindeverbände	109	86	65	68	80	78
Sondervermögen	–	–	–	–	2 543	–
an andere Bereiche	6 950	6 568	7 013	7 623	7 566	7 024
Sonstige – Inland	5 074	4 729	5 370	5 819	5 650	5 040
Ausland	1 876	1 839	1 643	1 803	1 917	1 984
Sonstige Vermögensübertragungen	606	2 926	577	592	400	377
an Verwaltungen	–6	–	–	–	–	–
Länder	–6	–	–	–	–	–
an andere Bereiche	611	2 926	577	592	400	377
Unternehmen – Inland	222	101	167	44	–	–
Sonstige – Inland	186	2 542	183	351	169	167
Ausland	203	284	227	196	231	210

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 1999 bis 2004

Ausgabeart	1999 Ist	2000 Ist	2001 Ist Mio. €	2002 Ist	2003 Soll ²	2004 Soll ²
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	4 290	4 835	3 859	3 369	4 104	4 251
Darlehensgewährung	3 661	4 205	3 185	2 729	3 554	3 685
an Verwaltungen	487	197	166	154	101	63
Länder	485	195	166	154	101	63
Gemeinden	1	1	0	–	0	–
an andere Bereiche	3 174	4 008	3 019	2 574	3 452	3 622
Sonstige Inland (auch Gewährleistungen)	1 981	2 998	1 841	1 543	2 452	2 640
Ausland	1 194	1 010	1 178	1 031	1 000	983
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	629	630	674	640	551	565
Inland	1	19	24	53	8	3
Ausland	628	611	651	587	542	562
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung¹	29 231	31 072	27 850	24 664	27 061	25 016
Globale Mehr-/Minderausgaben	–	–	–	–	– 760	– 3 019
Ausgaben zusammen	246 869	244 405	243 145	249 286	260 199	257 300
¹ Darunter: Investive Ausgaben	28 625	28 146	27 273	24 073	26 661	24 639

² Stand 2./3. Lesung Bundestag vom 25. November 2003; 2003 inkl. Nachtragshaushalt.

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Soll 2004¹

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
0 Allgemeine Dienste	48 433	44 281	24 739	13 595	–	5 947
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	8 289	7 996	3 975	1 426	–	2 595
02 Auswärtige Angelegenheiten	5 696	2 753	466	129	–	2 159
03 Verteidigung	28 121	27 762	15 963	10 991	–	808
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 705	2 394	1 726	645	–	23
05 Rechtsschutz	315	301	223	68	–	10
06 Finanzverwaltung	3 308	3 075	2 386	336	–	352
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	11 887	8 285	448	644	–	7 193
13 Hochschulen	1 880	953	7	5	–	941
14 Förderung von Schülern, Studenten	1 356	1 356	–	–	–	1 356
15 Sonstiges Bildungswesen	496	432	8	66	–	357
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	6 790	5 261	432	566	–	4 263
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	1 366	283	1	7	–	276
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgebefugnisse, Wiedergutmachung	122 583	121 474	193	317	–	120 963
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	88 689	88 689	36	0	–	88 653
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	5 625	5 396	–	–	–	5 396
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	4 332	4 110	–	231	–	3 879
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	22 551	22 413	43	17	–	22 353
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	107	107	–	–	–	107
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 278	758	115	69	–	574
3 Gesundheit und Sport	917	673	222	238	–	214
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	365	341	120	142	–	80
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus 31	365	341	120	142	–	80
32 Sport	118	88	–	5	–	82
33 Umwelt- und Naturschutz	210	143	65	39	–	39
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	223	102	36	52	–	13
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 025	1 039	2	4	–	1 033
41 Wohnungswesen	1 453	997	–	2	–	995
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	2	2	–	2	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	49	41	2	–	–	38
44 Städtebauförderung	521	–	–	–	–	–
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 099	580	25	126	–	429
52 Verbesserung der Agrarstruktur	766	289	–	2	–	287
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	134	134	–	55	–	79
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	134	134	–	55	–	79
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	198	157	25	69	–	63
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	6 373	3 434	48	398	–	2 988
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	371	347	–	239	–	108
621 Kernenergie	105	105	–	–	–	105
622 Erneuerbare Energieformen	–	–	–	–	–	–
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	266	241	–	239	–	3
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	2 426	2 398	–	6	–	2 392
64 Handel	103	103	–	67	–	36
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	1 162	277	–	0	–	276
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	2 311	309	48	86	–	176

¹ Stand 2./3. Lesung Bundestag vom 25. November 2003.

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Soll 2004¹

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehen, Beteiligungs- werbung	Ausgaben der Kapital- rechnung	Darunter: Investive Ausgaben	Globale Minder- ausgaben
0 Allgemeine Dienste	1 159	1 449	1 545	4 153	4 109	–
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	292	1	0	293	293	–
02 Auswärtige Angelegenheiten	62	1 336	1 545	2 943	2 940	–
03 Verteidigung	248	111	–	359	318	–
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	311	–	0	311	311	–
05 Rechtsschutz	13	–	–	13	13	–
06 Finanzverwaltung	232	1	0	233	233	–
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	119	3 482	–	3 602	3 601	–
13 Hochschulen	1	925	–	927	927	–
14 Förderung von Schülern, Studenten	–	–	–	–	–	–
15 Sonstiges Bildungswesen	0	64	–	64	64	–
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	117	1 411	–	1 529	1 528	–
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	0	1 082	–	1 083	1 083	–
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	14	1 093	3	1 109	779	–
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	–	–	–	–	–	–
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	–	229	–	229	229	–
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3	218	2	222	12	–
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	3	134	1	138	18	–
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	–	–	–	–	–	–
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	7	513	0	520	520	–
3 Gesundheit und Sport	162	82	–	244	242	–
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	15	9	–	24	24	–
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus 31	15	9	–	24	24	–
32 Sport	–	31	–	31	31	–
33 Umwelt- und Naturschutz	32	35	–	67	66	–
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	115	7	–	122	122	–
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	–	920	66	986	986	–
41 Wohnungswesen	–	391	66	457	457	–
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	–	–	–	–	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	–	8	–	8	8	–
44 Städtebauförderung	–	521	–	521	521	–
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	6	510	2	518	518	–
52 Verbesserung der Agrarstruktur	–	477	–	477	477	–
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	–	–	–	–	–	–
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	–	–	–	–	–	–
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	6	33	2	41	41	–
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	1	938	2 000	2 939	2 939	–
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	–	25	–	25	25	–
621 Kernenergie	–	–	–	–	–	–
622 Erneuerbare Energieformen	–	–	–	–	–	–
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	–	25	–	25	25	–
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	–	28	–	28	28	–
64 Handel	–	–	–	–	–	–
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	–	885	–	885	885	–
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	–	2 000	2 001	2 001	–

¹ Stand 2./3. Lesung Bundestag vom 25. November 2003.

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Soll 2004¹

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	10 836	3 491	1 041	1 804	–	645
72 Straßen	7 213	921	–	793	–	128
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 342	716	459	206	–	51
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personen- nahverkehr	336	1	–	–	–	1
75 Luftfahrt	159	159	44	9	–	106
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 785	1 695	539	797	–	360
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sonder- vermögen	15 437	11 316	27	170	–	11 119
81 Wirtschaftsunternehmen	9 534	5 481	27	34	–	5 419
832 Eisenbahnen	4 020	92	–	5	–	87
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	5 515	5 388	27	29	–	5 332
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 903	5 836	–	136	–	5 700
873 Sondervermögen	5 700	5 700	–	–	–	5 700
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	203	136	–	136	–	–
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	37 711	40 730	580	240	37 655	2 255
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	2 255	2 255	–	–	–	2 255
92 Schulden	37 693	37 693	–	38	37 655	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	– 2 237	782	580	202	–	0
Summe aller Hauptfunktionen	257 300	235 303	27 325	17 536	37 655	152 786

¹ Stand 2./3. Lesung Bundestag vom 25. November 2003.

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Soll 2004¹

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehen, Beteiligungs- werbung	Ausgaben der Kapital- rechnung	Darunter: Investive Ausgaben	Globale Minder- ausgaben
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	5 570	1 775	1	7 345	7 345	-
72 Straßen	4 875	1 417	1	6 293	6 293	-
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	627	-	0	627	627	-
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personen- nahverkehr	-	335	-	335	335	-
75 Luftfahrt	0	-	0	0	0	-
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	68	23	0	91	91	-
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sonder- vermögen	99	3 388	634	4 120	4 120	-
81 Wirtschaftsunternehmen	40	3 379	634	4 054	4 054	-
832 Eisenbahnen	-	3 319	608	3 927	3 927	-
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	40	60	26	126	126	-
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	59	8	-	67	67	-
873 Sondervermögen	-	-	-	-	-	-
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	59	8	-	67	67	-
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	-	-	-	-	-	- 3 019
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	-	-	-	-	-	-
92 Schulden	-	-	-	-	-	-
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	-	-	-	-	-	- 3 019
Summe aller Hauptfunktionen	7 129	13 636	4 251	25 016	24 639	- 3 019

¹ Stand 2./3. Lesung Bundestag vom 25. November 2003.

6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1998 bis 2004

	1998	1999	2000	2001 ²	2002 ²	2003 ²	2004 ²
	Mrd. €						
Öffentlicher Gesamthaushalt¹							
Ausgaben	580,6	597,2	599,1	603,1	608,4	624 ^{1/2}	623 ^{1/2}
Einnahmen	551,8	570,3	565,1	555,9	551,3	554 ^{1/2}	554 ^{1/2}
Finanzierungssaldo	- 28,8	- 26,9	- 34,0	- 47,1	- 57,1	- 79	- 69
darunter:							
Bund							
Ausgaben	233,6	246,9	244,4	243,1	249,3	260	257 ^{1/2}
Einnahmen	204,7	220,6	220,5	220,2	216,6	216 ^{1/2}	227 ^{1/2}
Finanzierungssaldo	- 28,9	- 26,2	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 44	- 29 ^{1/2}
Länder							
Ausgaben	244,7	246,4	250,7	255,1	257,0	262	258 ^{1/2}
Einnahmen	230,5	238,1	240,4	229,4	227,7	229	228
Finanzierungssaldo	- 14,3	- 8,3	- 10,4	- 25,7	- 29,3	- 33	- 30
Gemeinden							
Ausgaben	142,5	143,7	146,1	147,9	149,2	150 ^{1/2}	148 ^{1/2}
Einnahmen	144,7	145,9	148,0	144,0	144,6	141	142
Finanzierungssaldo	2,2	2,2	1,9	- 3,9	- 4,6	- 9 ^{1/2}	- 6 ^{1/2}
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %							
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	1,7	2,9	0,3	0,7	0,9	2 ^{1/2}	- 0
Einnahmen	5,5	3,4	- 0,9	- 1,6	- 0,8	^{1/2}	0
darunter:							
Bund							
Ausgaben	3,4	5,7	- 1,0	- 0,5	2,5	4 ^{1/2}	- 1
Einnahmen	5,8	7,8	- 0,1	- 0,1	- 1,6	- 0	5
Länder							
Ausgaben	0,7	0,7	1,8	1,8	0,7	2	- 1 ^{1/2}
Einnahmen	3,1	3,3	0,9	- 4,6	- 0,7	^{1/2}	- ^{1/2}
Gemeinden							
Ausgaben	- 1,0	0,9	1,6	1,3	0,9	1	- 1 ^{1/2}
Einnahmen	2,5	0,9	1,4	- 2,7	0,4	- 2 ^{1/2}	^{1/2}

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Steinkohlefonds, Fonds Aufbauhilfe.

² 2001, 2002: vorläufiges IST; 2003, 2004: Schätzung.

6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1998 bis 2004

	1998	1999	2000	2001 ²	2002 ¹	2003 ²	2004 ²
	Mrd. €						
	Anteile in %						
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 1,5	- 1,4	- 1,7	- 2,3	- 2,7	- 3 ¹ / ₂	- 3
darunter:							
Bund	- 1,5	- 1,3	- 1,2	- 1,1	- 1,6	- 2	- 1 ¹ / ₂
Länder	- 0,7	- 0,4	- 0,5	- 1,2	- 1,4	- 1 ¹ / ₂	- 1 ¹ / ₂
Gemeinden	0,1	0,1	0,1	- 0,2	- 0,2	- ¹ / ₂	- ¹ / ₂
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 5,0	- 4,5	- 5,7	- 7,8	- 9,4	- 12 ¹ / ₂	- 11
darunter:							
Bund	- 12,4	- 10,6	- 9,8	- 9,4	- 13,1	- 17	- 11 ¹ / ₂
Länder	- 5,8	- 3,4	- 4,1	- 10,1	- 11,4	- 12 ¹ / ₂	- 11 ¹ / ₂
Gemeinden	1,5	1,5	1,3	- 2,6	- 3,1	- 6 ¹ / ₂	- 4 ¹ / ₂
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	30,1	30,2	29,5	29,1	28,8	29 ¹ / ₂	28 ¹ / ₂
darunter:							
Bund	12,1	12,5	12,0	11,7	11,8	12	12
Länder	12,7	12,5	12,4	12,3	12,2	12 ¹ / ₂	12
Gemeinden	7,4	7,3	7,2	7,1	7,1	7	7
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote ³	22,1	22,9	23,0	21,5	20,9	20 ¹ / ₂	20 ¹ / ₂

² 2001, 2002: vorläufiges IST; 2003, 2004: Schätzung.

³ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2004

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Ist-Ergebnisse										
I. Gesamtübersicht										
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	148,2	194,4	205,4	218,4	233,9	240,9	237,6
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	5,2	.	5,7	6,3	7,1	3,0	- 1,4
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	137,9	169,8	178,2	198,3	199,7	215,1	211,7
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	12,7	.	5,0	11,3	0,7	7,7	- 1,5
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 10,3	- 24,6	- 27,2	- 20,1	- 34,2	- 25,9	- 25,8
darunter:										
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 9,8	- 23,9	- 26,6 ²	- 19,7	- 33,8	- 25,6	- 25,6
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,4	- 0,4	- 0,7	- 0,6	- 0,4	- 0,4	- 0,3	- 0,2
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	- 1,2	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten										
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	21,1	22,1	24,9	26,3	27,0	26,9	27,1
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	3,0	4,5	12,8	5,7	2,4	- 0,1	0,5
Anteil an den Bundesaussgaben	%	15,6	16,2	14,3	11,4	12,1	12,1	11,5	11,2	11,4
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	24,3	21,5	18,8	.	16,7	16,0	15,7	14,8	14,4
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	16,4	17,5	20,3	22,4	23,4	27,1	25,4
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	- 0,6	6,7	15,7	10,6	4,5	15,8	- 6,2
Anteil an den Bundesaussgaben	%	2,7	5,3	11,1	9,0	9,9	10,3	10,0	11,3	10,7
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	35,1	35,9	52,6	.	51,4	43,5	44,9	46,6	38,7
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	18,5	20,1	31,4	33,7	33,3	31,3	34,0
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	8,4	8,4	56,7	7,0	- 1,1	- 6,0	8,8
Anteil an den Bundesaussgaben	%	17,0	16,3	12,5	10,3	15,3	15,4	14,2	13,0	14,3
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	34,4	35,4	34,5	.	37,3	34,7	35,3	34,0	37,0
Steuereinnahmen¹	Mrd.€	40,2	61,0	126,4	132,3	162,5	180,4	182,0	193,8	187,2
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	12,2	4,7	22,8	11,0	0,9	6,4	- 3,4
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	95,5	76,0	85,3	68,1	79,1	82,6	77,8	80,4	78,8
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	91,6	77,9	91,2	91,0	91,2	90,1	88,4
Anteil am gesamten Steuer- aufkommen ⁴	%	54,0	49,2	46,2	.	48,0	48,2	47,4	48,3	44,9
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 9,8	- 23,9	- 26,6	- 19,7	- 33,8	- 25,6	- 25,6
Anteil an den Bundesaussgaben	%	0,0	19,1	6,6	.	12,9	9,0	14,5	10,6	10,8
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	53,1	.	84,6	58,7	101,7	81,9	75,3
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ^{4, 5}	%	0,0	55,8	57,2	.	39,6	33,6	47,4	47,2	51,2
Nachrichtlich: Schuldenstand⁴										
öffentliche Haushalte ³	Mrd.€	59,2	129,4	472,8	536,2	595,9	680,8	766,5	841,1	1 010,4
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	242,9	250,8	277,2	299,6	310,2	350,4	364,3

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Nach Abzug der Übergangsfinanzierung von 4,8 Mrd. €.

³ Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

⁴ Stand November 2003; 2003 + 2004 = Schätzung.

⁵ Für 2003 und 2004: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

⁶ Stand 2./3. Lesung Bundestag vom 25. November 2003; 2003 inkl. Nachtragshaushalt.

7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2004

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
		Ist-Ergebnisse							Soll ⁶	Soll ⁶
I. Gesamtübersicht										
Ausgaben		232,9	225,9	233,6	246,9	244,4	243,1	249,3	260,2	257,3
Veränderung gegen Vorjahr		- 2,0	- 3,0	3,4	5,7	- 1,0	- 0,5	2,5	4,4	- 1,1
Einnahmen		192,8	193,5	204,7	220,6	220,5	220,2	216,6	216,4	227,7
Veränderung gegen Vorjahr		- 9,0	0,4	5,8	7,8	- 0,1	- 0,1	- 1,6	- 0,1	5,2
Finanzierungssaldo		- 40,1	- 32,5	- 28,9	- 26,2	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 43,8	- 29,6
darunter:										
Nettokreditaufnahme		- 40,0	- 32,6	- 28,9	- 26,1	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 43,4	- 29,3
Münzeinnahmen		- 0,1	0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,9	- 0,4	- 0,3
Rücklagenbewegung		-	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge		-	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten										
Personalausgaben		27,0	26,8	26,7	27,0	26,5	26,8	27,0	27,1	27,3
Veränderung gegen Vorjahr		- 0,1	- 0,7	- 0,7	1,2	- 1,7	1,1	0,7	0,3	0,9
Anteil an den Bundesausgaben		11,6	11,9	11,4	10,9	10,8	11,0	10,8	10,4	10,6
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴		14,3	16,2	16,1	16,1	15,7	15,9	15,7	15,7	39,9
Zinsausgaben		26,0	27,3	28,7	41,1	39,1	37,6	37,1	37,9	37,7
Veränderung gegen Vorjahr		2,3	4,9	5,2	43,1	- 4,7	- 3,9	- 1,5	2,2	- 0,6
Anteil an den Bundesausgaben		11,2	12,1	12,3	16,6	16,0	15,5	14,9	14,6	14,6
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴		39,0	40,6	42,1	58,9	58,0	56,8	56,3	56,5	55,0
Investive Ausgaben		31,2	28,8	29,2	28,6	28,1	27,3	24,1	26,7	24,6
Veränderung gegen Vorjahr		- 8,3	- 7,6	1,3	- 2,0	- 1,7	- 3,1	- 11,7	10,8	- 7,6
Anteil an den Bundesausgaben		13,4	12,8	12,5	11,6	11,5	11,2	9,7	10,2	9,6
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴		36,1	35,2	35,5	35,7	35,0	34,2	33,2	35,8	33,8
Steuereinnahmen ¹		173,1	169,3	174,6	192,4	198,8	193,8	192,0	190,8	197,7
Veränderung gegen Vorjahr		- 7,5	- 2,2	3,1	10,2	3,3	- 2,5	- 0,9	- 0,7	3,6
Anteil an den Bundesausgaben		74,3	74,9	74,7	77,9	81,3	79,7	77,0	73,3	76,8
Anteil an den Bundeseinnahmen		89,8	87,5	85,3	87,2	90,1	88,0	88,7	88,2	86,8
Anteil am gesamten Steueraufkommen ⁴		42,3	41,5	41,0	42,5	42,5	43,4	43,5	43,3	44,0
Nettokreditaufnahme		- 40,0	- 32,6	- 28,9	- 26,1	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 43,4	- 29,3
Anteil an den Bundesausgaben		17,2	14,4	12,4	10,6	9,7	9,4	12,8	16,7	11,4
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes		128,3	113,0	98,8	91,2	84,4	83,7	132,4	162,8	118,9
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ^{4, 5}		70,4	64,3	88,6	82,3	62,0	57,8	61,6	54,9	42,5
Nachrichtlich: Schuldenstand ⁴										
öffentliche Haushalte ³		1 070,4	1 119,1	1 153,4	1 183,1	1 198,2	1 203,9	1 253,2	1 331 ^{1/2}	1 395 ^{1/2}
darunter: Bund		385,7	426,0	488,0	708,3	715,6	697,3	719,4	750 ^{1/2}	790

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Nach Abzug der Übergangsfinanzierung von 4,8 Mrd. €.

³ Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

⁴ Stand November 2003; 2003 + 2004 = Schätzung.

⁵ Für 2003 und 2004: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

⁶ Stand 2./3. Lesung Bundestag vom 25. November 2003; 2003 inkl. Nachtragshaushalt.

8 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹

(Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,5	35,6	22,4	33,5
1971	23,9	36,5	22,6	34,2
1972	23,6	36,8	23,6	35,7
1973	24,7	38,7	24,1	37,0
1974	24,6	39,2	23,9	37,4
1975	23,5	39,1	23,1	37,9
1976	24,2	40,4	23,4	38,9
1977	25,1	41,2	24,5	39,8
1978	24,6	40,5	24,4	39,4
1979	24,4	40,4	24,3	39,3
1980	24,5	40,7	24,3	39,7
1981	23,6	40,4	23,7	39,5
1982	23,3	40,4	23,3	39,4
1983	23,2	39,9	23,2	39,0
1984	23,3	40,1	23,2	38,9
1985	23,5	40,3	23,4	39,2
1986	22,9	39,7	22,9	38,7
1987	22,9	39,8	22,9	38,8
1988	22,7	39,4	22,7	38,5
1989	23,3	39,8	23,4	39,0
1990	22,1	38,2	22,7	38,0
1991	22,4	39,6	22,5	38,8
1992	22,8	40,4	23,2	40,0
1993	22,9	41,1	23,2	40,6
1994	22,9	41,5	23,1	40,8
1995	22,5	41,3	23,1	41,2
1996	22,9	42,3	22,3	40,9
1997	22,6	42,3	21,8	40,4
1998 ³	23,1	42,4	22,1	40,2
1999 ³	24,2	43,2	22,9	40,8
2000 ³	24,6	43,2	23,0	40,6
2001 ³	23,0	41,5	21,5	39,0
2002 ³	22,6	41,1	20,9	38,4
2003 ⁴	22 ¹ / ₂	41	20 ¹ / ₂	38 ¹ / ₂
2004 ⁴	22 ¹ / ₂	40 ¹ / ₂	20 ¹ / ₂	38

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Vorläufige Ergebnisse; Stand: August 2003.

⁴ Schätzung; Stand: Finanzplanungsrat November 2003.

9 Entwicklung der öffentlichen Schulden

	2000	2001	2002	2003 ⁴	2004 ⁴
	in Mrd. €¹				
Öffentliche Haushalte insgesamt ²	1 198,1	1 203,9	1 253,2	1 331 ¹ / ₂	1 395 ¹ / ₂
darunter:					
Bund	715,6	697,3	719,4	760 ¹ / ₂	790
Länder	333,2	357,7	384,8	417 ¹ / ₂	448
Gemeinden ³	83,0	82,7	82,7	88	92
Sonderrechnungen des Bundes	58,3	59,1	59,2	58	58 ¹ / ₂
	Schulden in % der Gesamtschulden				
Bund	59,7	57,9	57,4	57	56 ¹ / ₂
Länder	27,8	29,7	30,7	31 ¹ / ₂	32
Gemeinden ³	6,9	6,9	6,6	6 ¹ / ₂	6 ¹ / ₂
Sonderrechnungen des Bundes	4,9	4,9	4,7	4 ¹ / ₂	4
	Schulden in % des BIP				
Öffentliche Haushalte insgesamt ²	59,0	58,1	59,4	62 ¹ / ₂	63 ¹ / ₂
darunter					
Bund	35,3	33,6	34,1	35 ¹ / ₂	36
Länder	16,4	17,2	18,2	19 ¹ / ₂	20 ¹ / ₂
Gemeinden ³	4,1	4,0	3,9	4	4
Sonderrechnungen des Bundes	2,9	2,8	2,8	2 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂
nachrichtlich	60,2	59,5	60,8	64	65
Maastricht-Kriterium „Schuldenstand“ in % des BIP					

¹ Schuldenstand jeweils am Stichtag 31. Dezember; „Kreditmarktschulden im weiteren Sinn“ (einschließlich Ausgleichsforderungen; ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten, innere Darlehen, Kassenverstärkungskredite, kreditähnliche Rechtsgeschäfte, Bürgschaften und sonstige Gewährleistungen).

² Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Gemeindeverbände, Sonderrechnungen, Zweckverbände.

³ Ohne Schulden der Krankenhäuser und Eigenbetriebe.

⁴ Schätzung.

Stand: Finanzplanungsrat November 2003.

10 Steueraufkommen nach Steuergruppen^{1,2}

Jahr	Steueraufkommen			Anteile am Steueraufkommen insgesamt	
	insgesamt	davon		Direkte Steuern	Indirekte Steuern
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern		
	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	%	%
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1971	88,2	47,8	40,4	54,2	45,8
1972	100,7	56,2	44,5	55,8	44,2
1973	114,9	67,0	48,0	58,3	41,7
1974	122,5	73,7	48,8	60,2	39,8
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1976	137,1	82,2	54,8	60,0	40,0
1977	153,1	95,0	58,1	62,0	38,0
1978	163,2	98,1	65,0	60,1	39,9
1979	175,3	102,9	72,4	58,7	41,3
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003 ³	441,6	209,5	232,1	47,4	52,6
2004 ³	453,4	218,2	235,2	48,1	51,9

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind:

Direkte Steuern: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1974); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsteuer (31.12.1979); Kuponsteuer (31.07.1984); Solidaritätszuschlag (vom 1.7.1992 bis 31.12.1994); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997)

Indirekte Steuern: Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992)

² Zusammensetzung der Steuereinnahmen ab 1999:

Direkte Steuern: Einkommensteuer; Körperschaftsteuer; Solidaritätszuschlag; Grundsteuer A + B; Gewerbe(ertrag)steuer; Erbschaftsteuer/Schenkungsteuer

Indirekte Steuern: Steuern vom Umsatz; Zölle; Tabaksteuer; Kaffeesteuer; Branntweinabgaben; Schaumweinsteuer; Mineralölsteuer; Versicherungssteuer; Kraftfahrzeugsteuer; Rennwett- und Lotteriesteuer; Biersteuer; Grunderwerbsteuer; Stromsteuer; sonstige Steuern vom Verbrauch und Aufwand

³ Steuerschätzung vom 5. bis 6. November 2003

11 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land	in % des BIP									
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Deutschland ²	- 2,9	- 1,2	- 2,1	- 3,5	- 1,2	- 2,8	- 3,5	- 4,2	- 3,9	- 3,4
Belgien	- 8,6	- 8,9	- 5,4	- 4,3	0,2	0,4	0,1	0,2	- 0,4	- 0,4
Dänemark	- 3,2	- 2,0	- 1,0	- 2,3	2,6	2,9	1,9	0,9	1,3	1,9
Griechenland	- 2,6	- 11,6	- 15,9	- 10,2	- 1,9	- 2,0	- 1,2	- 1,7	- 2,4	- 2,3
Spanien	- 2,5	- 6,2	- 4,2	- 6,6	- 0,9	- 0,3	0,1	0,0	0,1	0,2
Frankreich	0,0	- 2,8	- 1,5	- 5,5	- 1,4	- 1,6	- 3,1	- 4,2	- 3,8	- 3,6
Irland	- 11,6	- 10,2	- 2,2	- 2,1	4,4	0,9	- 0,4	- 0,9	- 1,2	- 1,1
Italien	- 8,7	- 12,5	- 11,0	- 7,6	- 1,8	- 2,6	- 2,3	- 2,6	- 2,8	- 3,5
Luxemburg	- 0,4	6,3	4,7	2,1	6,4	6,2	2,4	- 0,6	- 2,1	- 2,5
Niederlande	- 4,1	- 3,5	- 4,9	- 4,2	1,5	0,0	- 1,6	- 2,6	- 2,7	- 2,4
Österreich	- 1,7	- 2,4	- 2,4	- 5,3	- 1,9	0,3	- 0,2	- 1,0	- 0,6	- 0,2
Portugal	- 8,4	- 10,1	- 4,9	- 5,5	- 3,1	- 4,2	- 2,7	- 2,9	- 3,3	- 3,9
Finnland	3,3	2,8	5,3	- 3,9	7,1	5,2	4,2	2,4	1,7	1,9
Schweden	- 3,9	- 3,7	4,0	- 7,4	3,4	4,5	1,3	0,2	0,5	1,0
Vereinigtes Königreich	- 3,4	- 2,9	- 0,9	- 5,8	1,5	0,7	- 1,5	- 2,8	- 2,7	- 2,4
Euro-Zone	- 3,4	- 4,9	- 4,4	- 5,1	- 0,9	- 1,6	- 2,2	- 2,8	- 2,7	- 2,7
EU-15	- 3,4	- 4,5	- 3,5	- 5,2	- 0,2	- 0,9	- 1,9	- 2,7	- 2,6	- 2,4
USA	- 2,6	- 5,1	- 4,4	- 3,1	1,5	- 0,5	- 3,4	- 5,0	- 5,5	- 5,4
Japan	- 4,3	- 0,8	- 2,8	- 4,7	- 7,4	- 6,1	- 7,1	- 7,3	- 7,2	- 7,1

¹ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

² 1980 – 1990 nur alte Bundesländer.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1995: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“ Nr. 4/2003, März 2003.

Für die Jahre 2000 bis 2005: EU-Kommission, Herbstprognose, Oktober 2003 (ohne UMTS-Erlöse).

Stand: November 2003

12 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP									
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Deutschland ¹	31,2	40,7	42,3	57,0	60,2	59,4	60,8	63,8	65,0	65,8
Belgien	78,6	122,3	129,2	134,0	109,5	108,7	106,1	103,5	101,0	97,8
Dänemark	36,5	70,0	57,8	69,3	47,3	45,4	45,5	42,9	41,0	37,9
Griechenland	25,0	53,6	79,6	108,7	106,2	106,9	104,7	100,6	97,1	95,0
Spanien	16,8	42,3	43,6	63,9	60,5	56,8	53,8	51,3	48,8	46,3
Frankreich	19,8	30,8	35,1	54,6	57,2	56,8	59,0	62,6	64,3	65,6
Irland	75,1	109,5	101,4	82,7	38,4	36,1	32,4	33,5	33,8	33,8
Italien	58,2	81,9	97,2	123,2	110,6	109,5	106,7	106,4	106,1	106,1
Luxemburg	9,3	9,7	4,4	5,6	5,5	5,5	5,7	4,9	4,7	4,1
Niederlande	45,9	70,3	76,9	77,2	55,9	52,9	52,4	54,6	55,5	55,5
Österreich	36,2	49,2	57,2	69,2	67,0	67,1	66,7	66,4	65,2	63,2
Portugal	32,3	61,5	58,3	64,3	53,3	55,5	58,1	57,5	58,6	60,0
Finnland	11,5	16,2	14,2	57,1	44,6	44,0	42,7	44,6	44,5	44,3
Schweden	40,3	62,4	42,3	73,6	52,8	54,4	52,7	51,7	51,4	50,0
Vereinigtes Königreich	53,2	52,7	34,0	51,8	42,1	38,9	38,5	39,6	40,5	41,0
Euro-Zone	34,7	52,0	58,1	73,0	70,2	69,2	69,0	70,4	70,7	70,7
EU-15	37,8	52,9	54,0	70,2	64,1	62,8	62,5	64,1	64,4	64,4
USA	45,6	59,6	67,3	74,8	59,2	59,3	61,4	64,1	66,3	–
Japan	54,3	71,4	68,3	86,6	133,1	141,5	147,3	153,5	159,9	–

¹ 1980 – 1990 nur alte Bundesländer.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1995: EU-Kommission „Europäische Wirtschaft“ Nr. 6/2003, Oktober 2003.
(USA und Japan auch für die Jahre 2000 bis 2004)

Für die Jahre 2000 bis 2005: EU-Kommission, Herbstprognose, Oktober 2003.

Stand: November 2003

13 Steuerquote im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP							
	1970	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002 ²
Deutschland ^{3, 4}	22,4	24,3	23,4	22,7	23,1	23,0	21,5	20,9
Deutschland ³	20,8	22,7	21,8	20,6	23,3	23,0	22,2	21,7
Belgien	24,7	30,2	31,2	28,8	29,9	31,6	31,4	31,6
Dänemark	37,7	43,2	45,7	45,7	47,8	47,2	47,6	47,7
Finnland	28,9	29,1	33,0	35,0	32,7	35,2	33,8	33,7
Frankreich	21,7	23,3	24,8	24,0	25,2	28,9	28,6	27,7
Griechenland	15,7	16,2	18,4	20,5	21,9	26,7	25,5	23,5
Irland	26,4	26,9	29,9	28,5	28,1	27,0	25,6	23,7
Italien	16,2	18,9	22,5	26,1	28,2	30,0	29,9	28,6
Japan	15,5	17,8	18,9	21,3	17,6	17,6	17,0	–
Kanada	27,8	27,7	28,1	31,5	30,6	30,6	29,9	28,4
Luxemburg	19,1	29,1	33,3	29,7	31,1	30,2	29,6	30,5
Niederlande	23,2	27,0	23,8	26,9	24,4	25,1	25,3	25,4
Norwegen	28,9	33,5	34,1	30,6	31,5	30,3	34,4	33,4
Österreich	25,8	27,5	28,6	27,2	26,5	28,5	30,6	29,3
Polen	–	–	–	–	27,6	24,3	23,5	24,2
Portugal	14,7	17,0	19,7	21,3	23,7	25,5	24,5	24,8
Schweden	31,9	32,8	35,3	37,8	35,1	39,5	36,1	35,3
Schweiz	17,2	20,1	20,5	20,6	20,8	23,6	22,3	23,4
Slowakei	–	–	–	–	–	20,5	17,9	19,2
Spanien	10,2	11,9	16,3	21,4	21,0	22,8	22,6	23,0
Tschechien	–	–	–	–	23,7	21,9	21,3	21,9
Ungarn	–	–	–	–	27,3	27,6	27,5	26,3
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	31,0	30,7	28,7	31,0	31,0	29,8
Vereinigte Staaten	23,2	21,1	19,5	19,8	20,7	22,8	21,8	–

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD. Basis Finanzstatistik, nicht vergleichbar mit Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

² Vorläufig.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

⁴ In der Abgrenzung der deutschen Haushaltsrechnung. Ein unmittelbarer Vergleich mit den Angaben der OECD ist aus methodischen Gründen nicht möglich.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2002, Paris 2003.

14 Abgabenquote im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP							
	1970	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002 ²
Deutschland ^{3,4}	33,5	39,7	39,2	38,0	41,2	40,6	39,0	38,4
Deutschland ³	29,8	34,6	34,4	32,9	38,2	37,8	36,8	36,2
Belgien	34,5	42,4	45,6	43,2	44,6	45,7	45,8	46,2
Dänemark	39,2	43,9	47,4	47,1	49,4	49,5	49,8	49,4
Finnland	31,8	36,1	39,9	44,6	45,1	47,3	46,1	45,9
Frankreich	34,1	40,6	43,8	43,0	44,0	45,2	45,0	44,2
Griechenland	22,4	24,2	28,6	29,3	32,4	37,5	36,9	34,8
Irland	28,8	31,4	35,0	33,5	32,8	31,2	29,9	28,0
Italien	26,1	30,4	34,4	38,9	41,2	41,9	42,0	41,1
Japan	20,0	25,1	27,1	30,0	27,6	27,5	27,3	–
Kanada	30,8	30,9	32,5	35,9	35,6	35,6	35,1	33,5
Luxemburg	26,8	40,8	45,1	40,8	42,3	40,4	40,7	42,3
Niederlande	35,8	43,6	42,6	43,0	41,9	41,1	39,5	39,3
Norwegen	34,4	42,5	43,1	41,5	41,1	39,0	43,3	43,1
Österreich	34,6	39,8	41,9	40,4	41,6	43,3	45,4	44,1
Polen	–	–	–	–	39,6	34,4	33,6	34,3
Portugal	19,4	24,1	26,6	29,2	32,5	34,3	33,5	34,0
Schweden	37,5	46,1	47,0	51,9	48,5	54,0	51,4	50,6
Schweiz	22,5	28,9	26,6	26,9	28,5	31,2	30,6	31,3
Slowakei	–	–	–	–	–	34,9	32,2	33,8
Spanien	16,3	23,1	27,8	33,2	32,8	35,2	35,2	35,6
Tschechien	–	–	–	–	40,1	38,9	38,4	39,2
Ungarn	–	–	–	–	42,4	39,0	39,0	37,7
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	37,7	36,8	34,8	37,2	37,3	35,9
Vereinigte Staaten	27,7	27,0	26,1	26,7	27,6	29,7	28,9	–

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD. Basis Finanzstatistik, nicht vergleichbar mit Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

² Vorläufig.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

⁴ In der Abgrenzung der deutschen Haushaltsrechnung. Ein unmittelbarer Vergleich mit den Angaben der OECD ist aus methodischen Gründen nicht möglich.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2002, Paris 2003.

Stand: November 2003.

15 Entwicklung der EU-Haushalte von 1999 bis 2004

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Ausgabenseite						
a) Ausgaben insgesamt (in Mrd. €)	80,31	83,44	79,99	85,14	97,50	100,12
davon:						
Agrarpolitik	39,78	40,51	41,53	43,52	44,78	46,63
Strukturpolitik	26,66	27,59	22,46	23,5	33,17	30,52
Interne Politiken	4,47	5,37	5,30	6,57	6,20	7,47
Externe Politiken	4,59	3,84	4,23	4,42	4,69	4,76
Verwaltungsausgaben	4,51	4,74	4,86	5,21	5,36	6,03
Reserven	0,30	0,19	0,21	0,17	0,43	0,44
Heranführungsstrategien	0,00	1,20	1,40	1,75	2,86	2,90
Ausgleichszahlungen						1,41
b) Zuwachsraten (in %)						
Ausgaben insgesamt	- 0,5	3,9	- 4,1	6,4	14,5	2,7
davon:						
Agrarpolitik	2,5	1,8	2,5	4,8	2,9	4,1
Strukturpolitik	- 6,0	3,5	- 18,6	4,6	41,1	- 8,0
Interne Politiken	- 8,4	20,1	- 1,3	24,0	- 5,6	20,6
Externe Politiken	12,8	- 16,3	10,2	4,5	9,5	1,5
Verwaltungsausgaben	6,9	5,1	2,5	7,2	2,9	12,5
Reserven	11,1	- 36,7	10,5	- 19,0	152,9	2,3
Heranführungsstrategie			16,7	25,0	54,9	0,0
Ausgleichszahlungen						-
c) Anteil an Gesamtausgaben (in % der Ausgaben):						
Agrarpolitik	49,5	48,5	51,9	51,1	45,9	46,6
Strukturpolitik	33,2	33,1	28,1	27,6	34,0	30,5
Interne Politiken	5,6	6,4	6,6	7,7	6,4	7,5
Externe Politiken	5,7	4,6	5,3	5,2	4,8	4,8
Verwaltungsausgaben	5,6	5,7	6,1	6,1	5,5	6,0
Reserven	0,4	0,2	0,3	0,2	0,4	0,4
Heranführungsstrategie	0,0	1,4	1,8	2,1	2,9	2,9
Ausgleichszahlungen						1,4
Einnahmenseite						
a) Einnahmen insgesamt (in Mrd. €)	86,90	92,72	94,28	95,43	97,50	100,12
davon:						
Zölle	11,71	13,11	12,83	11,63	10,71	10,15
Agrarzölle und Zuckerabgaben	2,15	2,16	1,82	1,84	1,43	1,22
MwSt-Eigenmittel	31,33	35,19	30,69	22,54	24,12	14,32
BSP/BNE-Eigenmittel	37,51	37,58	34,46	45,85	59,40	74,18
b) Zuwachsraten (in %)						
Einnahmen insgesamt	2,8	6,7	1,7	1,2	2,2	2,7
davon:						
Zölle	- 3,7	12,0	- 2,1	- 9,4	- 7,9	- 5,2
Agrarzölle und Zuckerabgaben	10,3	0,5	- 15,7	1,1	- 22,3	- 14,7
MwSt-Eigenmittel	- 5,3	12,3	- 12,8	- 26,6	7,0	- 40,6
BSP/BNE-Eigenmittel	7,1	0,2	- 8,3	33,1	29,6	24,9
c) Anteil an Gesamteinnahmen (in % der Einnahmen):						
Zölle	13,5	14,1	13,6	12,2	11,0	10,1
Agrarzölle und Zuckerabgaben	2,5	2,3	1,9	1,9	1,5	1,2
MwSt-Eigenmittel	36,1	38,0	32,6	23,6	24,7	14,3
BSP/BNE-Eigenmittel	43,2	40,5	36,6	48,0	60,9	74,1

Bemerkungen:

1999 bis 2002 Ist-Angaben gemäß EU-Haushaltsrechnung (2002 vorl.) und ERH-Jahresbericht.

2003 Sollansatz gemäß EU-Haushalt

2004 Sollansatz für die erweiterte Union (nach 1. Lesung Rat).

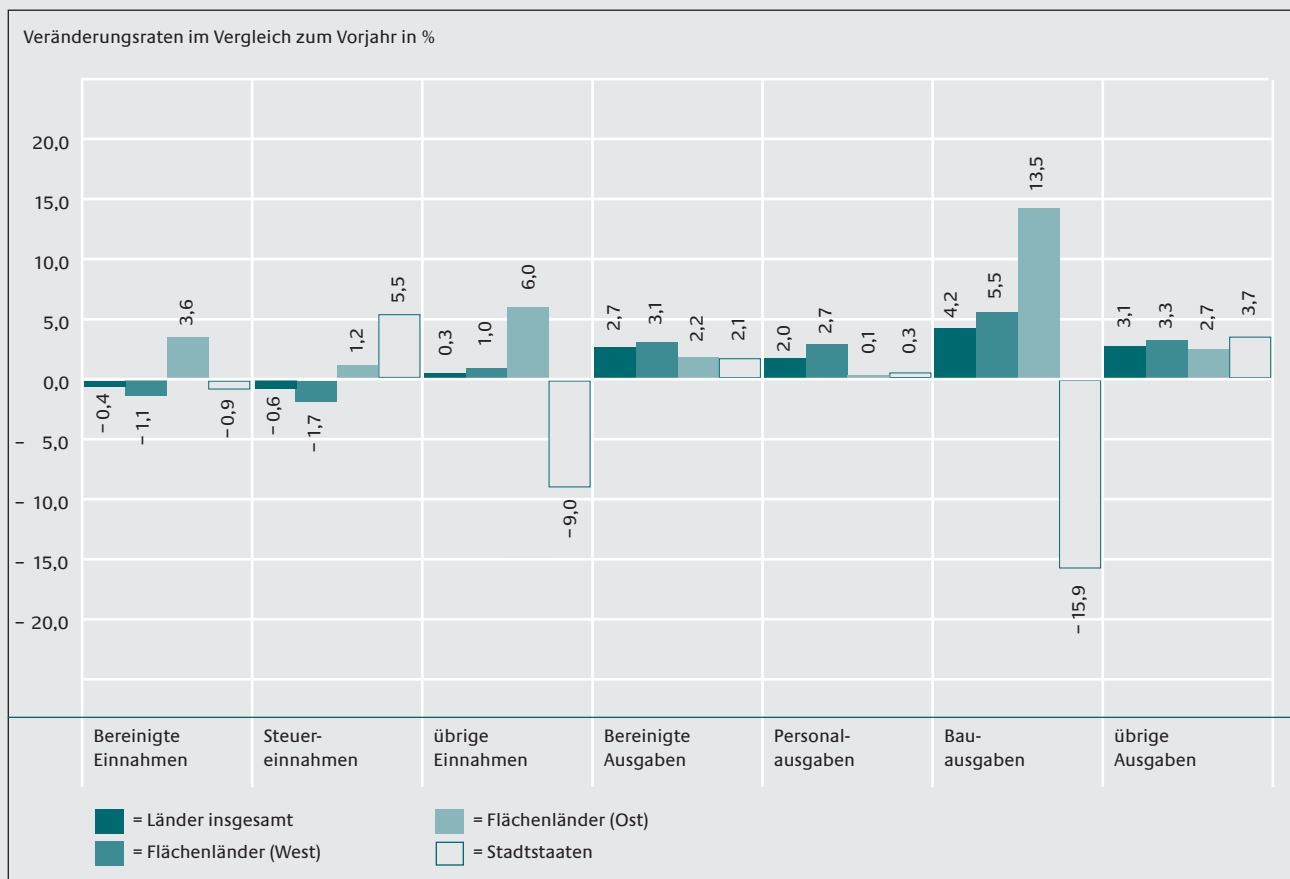
Stand: November 2003.

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1 Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2003 im Vergleich zum Jahressoll 2003

in Mio. €	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
Bereinigte Einnahmen	160 270	123 775	51 222	37 505	28 838	21 930	234 376	178 840
darunter:								
Steuereinnahmen	124 194	95 362	23 613	18 470	16 750	12 984	164 557	126 816
übrige Einnahmen	36 076	28 413	27 610	19 036	12 088	8 946	69 820	52 024
Bereinigte Ausgaben	176 107	144 388	54 799	42 279	34 906	29 093	259 858	211 390
darunter:								
Personalausgaben	71 170	59 506	13 778	11 227	11 911	9 912	96 859	80 645
Bausausgaben	2 567	1 810	1 930	1 150	802	484	5 299	3 445
übrige Ausgaben	102 370	83 072	39 090	29 901	22 193	18 697	157 700	127 300
Finanzierungssaldo	- 15 832	- 20 613	- 3 576	- 4 773	- 6 049	- 7 163	- 25 457	- 32 550

2 Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2003



3 Die Entwicklung der Einnahmen, Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder Ende des Monats Oktober 2003; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Oktober 2002			September 2003			Oktober 2003		
		Bund	Länder ³	Ins-gesamt	Bund	Länder ³	Ins-gesamt	Bund	Länder ³	Ins-gesamt
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	166 762	179 482	333 966	146 608	163 970	300 076	163 288	178 840	330 248
111	darunter: Steuereinnahmen	145 451	127 623	273 074	129 175	116 794	245 969	144 801	126 816	271 616
112	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	-
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	144 008 ⁴	48 847	192 855	158 122 ⁴	52 863	210 985	186 083 ⁴	59 797	245 879
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	211 362	205 869	404 952	200 626	189 998	380 121	220 198	211 390	419 708
121	darunter: Personalausgaben									
	(inklusive Versorgung)	21 911	79 055	100 966	20 235	72 862	93 097	22 428	80 645	103 073
122	Bauausgaben	3 856	3 305	7 160	3 341	2 981	6 322	3 894	3 445	7 339
123	Länderfinanzausgleich ¹	-	25	25	-	- 331	- 331	-	- 304	- 304
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	119 329	31 744	151 073	142 084	35 354	177 438	151 092	39 561	190 653
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)									
	(Finanzierungssaldo)	- 44 599	- 26 386	- 70 986	- 54 018	- 26 027	- 80 045	- 56 910	- 32 550	- 89 459
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	-
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	-
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse/Landeshauptkassen ²	33 159	14 943	48 102	18 537	17 500	36 038	35 460	20 478	55 938
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-	-	-	-	- 520	- 520	-	- 48	- 48
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	-	- 1 425	- 1 425	-	- 1 622	- 1 622	-	- 2 094	- 2 094
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	9 784	11 056	20 840	17 681	8 398	26 078	16 649	7 455	24 104
32	Vorschüsse	-	12 512	12 512	-	10 893	10 893	-	10 616	10 616
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	7 379	7 379	-	5 876	5 876	-	5 662	5 662
34	Saldo (31-32+33)	9 784	5 923	15 707	17 681	3 381	21 062	16 649	2 501	19 150
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	- 1 656	- 6 946	- 8 602	- 17 800	- 7 288	- 25 088	- 4 801	- 11 712	- 16 513
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	1 656	6 602	8 257	17 800	6 125	23 925	4 801	9 227	14 028
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	-	-	-	446	446	-	35	35
56	Zusammen	1 656	6 602	8 257	17 800	6 571	24 371	4 801	9 262	14 063
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	- 345	- 345	0	- 717	- 717	0	- 2 450	- 2 450
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit	-	1 296	1 296	-	1 460	1 460	-	1 385	1 385
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	-	782	782	-	846	846	-	761	761

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme / Nettokredittilgung.

³ Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland.

⁴ Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung.

4 Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder Ende des Monats Oktober 2003; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklb.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland ⁶
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	22 608,9	25 710,5⁹	6 800,0	12 794,2	4 806,0	15 481,3	32 066,8	8 441,2	2 244,4
111	darunter: Steuereinnahmen	17 230,7	20 005,4	3 424,5	10 224,1	2 384,7	10 537,5	26 274,1	5 462,8	1 400,6
112	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	380,1	–	313,9	625,6	33,4	224,1	87,2
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	4 670,0	2 354,7 ⁷	2 839,3	2 577,8	1 460,0	5 365,2	13 559,0	3 605,4	1 007,3
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	25 537,4	28 334,3⁹	7 523,9	15 256,6	5 610,6	17 950,2	39 199,9	9 805,5	2 721,7
121	darunter: Personalausgaben									
	(inklusive Versorgung)	10 898,5	12 165,9	2 002,9	5 673,3	1 596,7	6 862,1 ³	16 024,7 ³	3 992,0	1 163,1
122	Bauausgaben	302,2	662,6	195,3	303,1	119,7	205,3	102,2 ⁴	59,6	53,6
123	Länderfinanzausgleich ¹	1 563,3	1 460,4	–	1 454,1	–	–	556,4	–	–
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	2 918,6	1 153,3 ⁸	1 732,4	3 248,3	870,5	3 179,8	9 115,3	2 815,2	700,4
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)									
	(Finanzierungssaldo)	-2 928,5	-2 623,8⁹	-723,9	-2 462,4	-804,6	-2 468,9	-7 133,1	-1 364,3	-477,3
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	1 956,8	1 393,9	1 192,5	-570,5	625,6	1 846,5	4 446,2	686,0	300,8
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)									
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-471,5	–	–	–	–	–	–	–	–
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	0,0	-850,9	-325,7	0,5	-283,3	–	–	–	–
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	2 129,1	1 092,8	-258,6	784,3	84,3	289,0	1 924,7	1 145,5	161,7
32	Vorschüsse	1 012,6	2 040,0	4,1	5,3	0,1	1 047,0	1 617,7	658,9	11,4
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	208,1	3 028,0	–	400,0	12,6	466,8	180,7	2,4	27,4
34	Saldo (31-32+33)	1 324,6	2 080,8	-262,7	1 179,1	96,8	-291,2	487,7	489,0	177,7
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	-118,6	0,0	-119,8	-1 853,2	-365,5	-913,6	-2 199,1	-189,3	1,1
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	–	442,0	1 226,2	345,0	–	2 211,0	430,0	-1,1
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	35,0	–	–	–	–	–
56	Zusammen	–	–	442,0	1 261,2	345,0	–	2 211,0	430,0	-1,1
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	-118,6⁵	0,0	322,2	-592,0⁵	-20,5⁵	-913,6⁵	11,9	240,7	0,0
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit	–	–	–	–	–	442,5	–	–	–
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	–	466,8	177,8	–	–

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. – ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. – ³ Ohne November-Bezüge. – ⁴ Ohne Ausgaben für Straßenbau, die als Zuweisungen an den gemeindlichen Bereich (Landschaftsverbände) geleistet werden. – ⁵ Der Minusbetrag beruht auf später erfolgten Buchungen. – ⁶ Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland. – ⁷ Ohne „Interne Kredite“ beim Sondervermögen Grundstock-Privatisierungserlöse 0,0 Mio. €. – ⁸ Ohne Tilgung aus dem „internen Darlehen“ aus Privatisierungserlösen 27,0 Mio. €. – ⁹ Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (= Sondervermögen nach Art. 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 25 591,7 Mio. €, die Ausgaben 28 097,0 Mio. € und der Finanzierungssaldo -2 505,3 Mio. €.
Stand: November 2003

4 Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder Ende des Monats Oktober 2003; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen ⁶	Hamburg	Länder zusammen ⁶
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	Bereinigte Einnahmen¹								
	für das laufende Haushaltsjahr	12 644,0	6 913,2	5 395,3	6 342,2	13 111,0	2 537,2	6 488,2	178 840,1
111	darunter: Steuereinnahmen	6 025,1	3 348,8	4 226,5	3 286,8	6 330,7	1 322,4	5 331,0	126 815,7
112	Länderfinanzausgleich ¹	740,5	426,5	-2,5	397,5	2 053,2	264,8	-	-
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	1 200,1	3 108,5	3 483,1	1 615,1	10 905,0	935,4	1 110,7	59 796,6
12	Bereinigte Ausgaben¹								
	für das laufende Haushaltsjahr	13 068,9	8 239,4	6 550,3	7 835,7	17 004,5	3 443,5	8 851,6	211 389,7
121	darunter: Personalausgaben								
	(inklusive Versorgung)	3 490,9	2 124,5	2 725,9	2 012,3	6 008,9	1 066,1	2 836,9	80 644,7
122	Bauausgaben	505,0	136,8	121,7	193,4	86,7	111,4	286,3	3 444,9
123	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	206,3	-303,8
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	769,8	2 118,6	2 748,1	974,9	6 741,3	474,2	0,0	39 560,7
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)								
	(Finanzierungssaldo)	-424,9	-1 326,2	-1 155,0	-1 493,5	-3 893,5	-906,3	-2 363,4	-32 549,6
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	-	-	-	-	-	-	-
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	432,6	908,2	753,2	640,2	4 152,8	600,1	1 113,5	20 478,4
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-	-	-	-48,2	-	-	-	-48,2
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	-	-	-	-	-	-	-162,9	-2 093,8
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	522,1	152,7	-	-1,2	-1 159,5	208,5	379,9	7 455,3
32	Vorschüsse	891,8	-222,7	-	25,2	-	-11,9	3 536,7	10 616,2
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	315,8	43,2	-	6,6	84,6	-51,6	937,2	5 661,8
34	Saldo (31-32+33)	-53,9	418,7	-	-19,8	-1 074,9	168,8	-2 219,6	2 501,1
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	-46,2	0,7	-401,8	-921,3	-815,6	-137,4	-3 632,4	-11 712,0
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	-	1 045,1	838,4	135,1	2 555,0	9 226,7
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	-	-	-	-	-	-	35,0
56	Zusammen	-	-	-	1 045,1	838,4	135,1	2 555,0	9 261,7
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	-46,2 ⁵	0,7	-401,8 ⁵	124,8	22,8	-2,3 ⁵	-1 077,4 ⁵	-2 450,3 ⁵
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit	-	-	-	5,7	-	-	937,2	1 385,4
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	-	-	-	0,9	84,6	-60,6	91,8	761,3

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. - ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. - ³ Ohne November-Bezüge. - ⁴ Ohne Ausgaben für Straßenbau, die als Zuweisungen an den gemeindlichen Bereich (Landschaftsverbände) geleistet werden. - ⁵ Der Minusbetrag beruht auf später erfolgten Buchungen. - ⁶ Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland. - ⁷ Ohne „Interne Kredite“ beim Sondervermögen Grundstock-Privatisierungserlöse 0,0 Mio. €. - ⁸ Ohne Tilgung aus dem „internen Darlehen“ aus Privatisierungserlösen 27,0 Mio. €. - ⁹ Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (= Sondervermögen nach Art. 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 25 591,7 Mio. €, die Ausgaben 28 097,0 Mio. € und der Finanzierungssaldo -2 505,3 Mio. €.

Stand: November 2003

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland ¹		Erwerbs- quote ²	Erwerbs- lose	Erwerbs- losen- quote ³	Bruttoinlandsprodukt (real)			
	Mio.	Verän- derung in % p. a.	in %	Mio.	in %	gesamt Veränderung in % p. a.	je Erwerbs- tätigen	je Stunde	Investitions- quote ⁴ in %
1991	38,5	.	50,8	2,1	5,2	.	.	.	23,8
1992	37,9	- 1,5	50,1	2,5	6,2	2,2	3,8	2,7	24,0
1993	37,4	- 1,3	49,7	3,0	7,5	- 1,1	0,3	1,6	23,0
1994	37,3	- 0,2	49,7	3,2	8,0	2,3	2,5	2,6	23,1
1995	37,4	0,2	49,5	3,1	7,7	1,7	1,5	2,5	22,4
1996	37,3	- 0,3	49,6	3,4	8,4	0,8	1,1	2,3	21,8
1997	37,2	- 0,2	49,9	3,8	9,3	1,4	1,6	2,0	21,4
1998	37,6	1,1	50,2	3,6	8,7	2,0	0,9	1,3	21,4
1999	38,1	1,2	50,4	3,3	8,1	2,0	0,8	1,5	21,6
2000	38,7	1,8	50,8	3,1	7,3	2,9	1,1	2,2	21,7
2001	38,9	0,4	51,0	3,1	7,4	0,8	0,4	1,4	20,3
2002 ⁵	38,7	- 0,6	50,9	3,4	8,1	0,2	0,8	1,3	18,6
1997/1992	37,4	- 0,4	49,8	3,2	7,8	1,0	1,4	2,2	22,6
2002/1997	38,2	0,8	50,5	3,4	8,1	1,6	0,8	1,5	20,8

¹ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

² Erwerbstätige im Inland + Erwerbslose in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

³ Erwerbslose in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

⁵ Vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); eigene Berechnungen.

2 Preisentwicklung¹

Jahr	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlands- nachfrage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator)	Preisindex für die Lebens- haltung ^{2,3}	Lohnstück- kosten ⁴
1991
1992	7,4	5,0	2,2	4,5	4,4	5,1	6,4
1993	2,5	3,7	1,7	3,2	3,8	4,4	3,8
1994	4,9	2,5	0,4	2,4	2,5	2,7	0,5
1995	3,8	2,0	1,2	1,8	1,8	1,7	2,1
1996	1,8	1,0	- 0,4	1,1	1,7	1,4	0,2
1997	2,1	0,7	- 1,8	1,2	2,0	1,9	- 0,7
1998	3,1	1,1	2,3	0,5	1,1	0,9	0,2
1999	2,6	0,5	0,2	0,4	0,2	0,6	0,4
2000	2,6	- 0,3	- 4,4	1,2	1,5	1,5	1,0
2001	2,2	1,3	0,1	1,3	1,5	2,0	1,3
2002 ⁵	1,8	1,6	1,9	1,0	1,3	1,4	0,7
1997/1992	3,0	2,0	0,2	1,9	2,4	2,4	1,2
2002/1997	2,4	0,8	0,0	0,9	1,1	1,3	0,7

¹ Preisbasis 1995.

² Preisbasis 2000.

³ Alle privaten Haushalte.

⁴ Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigen (Inlandskonzept).

⁵ Vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); eigene Berechnungen.

3 Außenwirtschaft¹

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. €	Mrd. €		Anteile am BIP in %		
1991	.	.	- 3,54	- 17,83	26,3	26,5	- 0,2	- 1,2
1992	0,2	0,3	- 3,97	- 12,78	24,5	24,8	- 0,2	- 0,8
1993	- 4,8	- 6,5	2,87	- 9,93	22,8	22,6	0,2	- 0,6
1994	8,6	8,0	5,53	- 22,73	23,6	23,3	0,3	- 1,3
1995	7,8	6,4	11,62	- 16,60	24,5	23,8	0,6	- 0,9
1996	5,2	3,6	19,07	- 7,44	25,3	24,3	1,0	- 0,4
1997	12,6	11,7	25,67	- 1,67	27,9	26,5	1,4	- 0,1
1998	7,2	6,9	28,84	- 4,50	29,0	27,5	1,5	- 0,2
1999	4,7	7,3	16,02	- 16,68	29,6	28,8	0,8	- 0,8
2000	17,0	19,0	7,52	- 7,88	33,8	33,4	0,4	- 0,4
2001	6,6	1,7	41,24	11,95	35,3	33,3	2,0	0,6
2002 ²	3,6	- 3,4	90,67	65,22	35,9	31,6	4,3	3,1
1997/1992	5,7	4,4	10,1	- 11,9	24,8	24,2	0,6	- 0,7
2002/1997	7,7	6,1	35,0	7,7	31,9	30,2	1,7	0,4

¹ In jeweiligen Preisen.

² Vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); eigene Berechnungen.

4 Einkommensverteilung

Jahr	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohnquote	Bruttolöhne und Gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) ³
	Veränderung in % p. a.			unbereinigt ¹ in %	bereinigt ² in %	Veränderung in % p. a.
1991	.	.	.	72,5	72,5	.
1992	6,5	1,6	8,3	73,7	74,0	4,1
1993	1,1	- 2,6	2,4	74,7	75,2	0,8
1994	3,7	7,4	2,5	73,8	74,5	- 2,3
1995	4,3	6,1	3,6	73,3	74,1	- 1,0
1996	1,7	3,9	0,9	72,8	73,6	- 1,8
1997	1,7	5,0	0,4	71,8	72,8	- 3,1
1998	2,7	4,1	2,1	71,5	72,5	0,1
1999	1,8	- 0,3	2,6	72,0	72,9	1,6
2000	2,7	- 0,3	3,9	72,9	73,7	0,8
2001	2,2	2,8	2,0	72,7	73,7	1,7
2002 ⁴	1,9	4,8	0,8	71,9	73,0	- 0,4
1997/1992	2,5	3,9	1,9	73,4	74,0	- 1,5
2002/1997	2,3	2,2	2,3	72,1	73,1	0,8

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.

² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (1995 = 100).

⁴ Vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); eigene Berechnungen.

5 Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %									
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Deutschland ¹	1,0	2,0	5,7	1,7	2,9	0,8	0,2	0,0	1,6	1,8
Belgien	4,4	1,7	3,1	2,4	3,8	0,6	0,7	0,8	1,8	2,3
Dänemark	-0,6	3,6	1,0	2,8	2,9	1,4	2,1	0,8	2,0	2,3
Griechenland	0,7	2,5	0,0	2,1	4,4	4,0	3,8	4,1	4,2	3,4
Spanien	1,3	2,3	3,8	2,8	4,2	2,8	2,0	2,3	2,9	3,3
Frankreich	1,6	1,5	2,6	1,7	3,8	2,1	1,2	0,1	1,7	2,3
Irland	3,1	3,1	7,6	10,0	10,1	6,2	6,9	1,6	3,7	4,9
Italien	3,5	3,0	2,0	2,9	3,1	1,8	0,4	0,3	1,5	1,9
Luxemburg	0,8	2,9	5,3	1,3	9,1	1,2	1,3	1,2	1,9	2,8
Niederlande	1,2	3,1	4,1	3,0	3,5	1,2	0,2	-0,9	0,6	2,0
Österreich	2,2	2,4	4,7	1,6	3,4	0,8	1,4	0,9	1,9	2,5
Portugal	4,6	2,8	4,0	4,3	3,7	1,6	0,4	-0,8	1,0	2,0
Finnland	5,1	3,1	0,0	4,1	5,1	1,2	2,2	1,5	2,5	2,7
Schweden	1,7	2,2	1,1	4,0	4,4	1,1	1,9	1,4	2,2	2,6
Vereinigtes Königreich	-2,1	3,6	0,8	2,9	3,8	2,1	1,7	2,0	2,8	2,9
Euro-Zone	1,9	2,2	3,6	2,2	3,5	1,6	0,9	0,4	1,8	2,3
EU-15	1,3	2,5	3,0	2,4	3,5	1,7	1,1	0,8	2,0	2,4
Japan	2,8	4,6	5,2	1,9	2,8	0,4	0,1	2,6	1,7	1,5
USA	-0,2	3,8	1,7	2,7	3,8	0,3	2,5	2,8	3,8	3,3

¹ 1980 – 1990 nur alte Bundesländer.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1995: „Europäische Wirtschaft“ Nr. 4/2003 (Herausgeber EU-Kommission). Für die Jahre ab 2000: EU-Kommission, Herbstprognose, Oktober 2003.
Stand: November 2003.

6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %									
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Deutschland ¹	5,8	1,8	2,7	1,9	1,4	1,9	1,3	1,1	1,6	1,3
Belgien	6,7	5,0	2,7	1,5	2,7	2,4	1,6	1,5	1,6	1,9
Dänemark	9,6	4,5	2,9	1,9	2,7	2,3	2,4	2,3	1,8	1,9
Griechenland	22,5	19,6	19,8	9,0	2,9	3,7	3,9	3,6	3,7	3,4
Spanien	15,7	8,1	6,6	4,8	3,5	2,8	3,6	3,1	2,8	2,6
Frankreich	13,0	5,8	3,0	2,0	1,8	1,8	1,9	2,1	1,8	1,5
Irland	18,6	5,1	2,1	2,8	5,3	4,0	4,7	4,1	3,0	2,7
Italien	20,8	9,1	6,4	6,0	2,6	2,3	2,6	2,8	2,3	1,9
Luxemburg	7,5	4,3	3,6	2,2	3,8	2,4	2,1	2,2	2,0	1,7
Niederlande	7,4	3,0	2,2	1,4	2,3	5,1	3,9	2,4	1,3	0,9
Österreich	5,7	3,5	3,3	2,0	2,0	2,3	1,7	1,3	1,6	1,5
Portugal	21,6	19,4	11,6	4,3	2,8	4,4	3,7	3,4	2,6	2,5
Finnland	11,1	5,5	5,5	0,4	3,0	2,7	2,0	1,4	1,0	1,7
Schweden	12,4	6,9	9,7	2,8	1,3	2,7	2,0	2,3	1,4	1,7
Vereinigtes Königreich	16,2	5,3	7,5	3,1	0,8	1,2	1,3	1,4	1,5	1,6
Euro-Zone	11,8	5,7	4,4	3,0	2,1	2,4	2,3	2,1	2,0	1,7
EU-15	12,4	5,6	5,1	3,0	1,9	2,2	2,1	2,0	1,9	1,7
Japan	7,5	1,8	2,6	-0,3	-0,7	-0,6	-0,9	-0,3	-0,4	-0,3
USA	10,8	3,5	4,6	2,3	3,4	2,8	1,6	2,3	1,4	1,0

¹ 1980 – 1990 nur alte Bundesländer.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1995: „Europäische Wirtschaft“ Nr. 4/2003 (Herausgeber EU-Kommission). Für die Jahre ab 2000: EU-Kommission, Herbstprognose, Oktober 2003.
Stand: November 2003.

7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung								
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004
Deutschland ¹	2,7	7,2	4,8	8,0	7,8	7,8	8,6	9,4	9,6
Belgien	7,4	10,1	6,6	9,7	6,9	6,7	7,3	8,2	8,3
Dänemark	4,9	6,7	7,2	6,7	4,4	4,3	4,5	5,5	5,2
Griechenland	2,7	7,0	6,4	9,2	11,0	10,4	10,0	9,5	9,2
Spanien	8,5	17,7	13,1	18,8	11,3	10,6	11,3	11,3	10,9
Frankreich	6,2	9,8	8,6	11,3	9,3	8,5	8,8	9,4	9,7
Irland	8,0	16,8	13,4	12,3	4,3	3,9	4,4	4,8	5,1
Italien	7,1	8,2	8,9	11,5	10,4	9,4	9,0	8,8	8,8
Luxemburg	2,4	2,9	1,7	2,9	2,3	2,1	2,8	3,7	4,2
Niederlande	6,2	7,9	5,8	6,6	2,8	2,4	2,7	4,4	5,8
Österreich	1,1	3,1	3,1	3,9	3,7	3,6	4,3	4,5	4,6
Portugal	7,6	9,1	4,8	7,3	4,1	4,1	5,1	6,6	7,2
Finnland	4,7	4,9	3,2	15,4	9,8	9,1	9,1	9,3	9,2
Schweden	2,0	2,9	1,7	8,8	5,6	4,9	4,9	5,7	5,8
Vereinigtes Königreich	5,6	11,2	6,9	8,5	5,4	5,0	5,1	4,9	4,9
Euro-Zone	5,6	9,3	7,6	10,6	8,5	8,0	8,4	8,9	9,1
EU-15	5,5	9,4	7,3	10,1	7,8	7,4	7,7	8,1	8,2
Japan	2,0	2,6	2,1	3,1	4,7	5,0	5,4	5,2	5,1
USA	7,1	7,2	5,5	5,6	4,0	4,8	5,8	6,1	6,2

¹ 1980 – 1990 nur alte Bundesländer.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1995: „Europäische Wirtschaft“ Nr. 4/2003 (Herausgeber EU-Kommission). Für die Jahre ab 2000: EU-Kommission, Für die Jahre ab 2000: EU-Kommission, Herbstprognose, Oktober 2003
Stand: November 2003

8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanz			
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %								in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
	2001	2002	2003 ¹	2004 ¹	2001	2002	2003 ¹	2004 ¹	2001	2002	2003 ¹	2004 ¹
Gemeinschaft der unabhängigen Staaten	6,4	4,9	5,8	5,0	20,4	14,5	13,1	11,7	7,9	7,0	6,5	3,8
darunter												
Russische Föderation	5,0	4,3	6,0	5,0	20,6	16,0	14,4	12,9	10,8	8,9	8,4	5,2
Ukraine	9,2	4,8	5,3	4,8	12,0	0,8	5,5	5,3	3,7	7,7	5,6	4,0
Asien	5,1	6,2	5,9	6,2	2,6	1,8	2,3	2,7	2,8	3,8	3,2	2,9
darunter												
China	7,5	8,0	7,5	7,5	0,7	-0,8	0,8	1,5	1,5	2,8	1,4	1,3
Indien	4,2	4,7	5,6	5,9	3,8	4,3	4,0	4,8	-0,2	1,0	0,6	0,3
Indonesien	3,4	3,7	3,5	4,0	11,5	11,9	6,6	5,4	4,9	4,3	2,7	1,9
Korea	3,1	6,3	2,5	4,7	4,1	2,8	3,3	3,0	1,9	1,3	1,6	1,8
Thailand	1,9	5,3	5,0	5,1	1,5	0,6	1,4	0,1	5,4	6,0	5,3	4,8
Lateinamerika	0,7	-0,1	1,1	3,6	6,4	8,7	10,9	7,0	-2,7	-0,9	-0,8	-1,1
darunter												
Argentinien	-4,4	-10,9	5,5	4,0	-1,1	25,9	14,3	7,7	-1,7	10,3	5,4	4,5
Brasilien	1,4	1,5	1,5	3,0	6,8	8,4	15,0	6,2	-4,6	-1,7	-0,8	-1,5
Chile	3,1	2,1	3,3	4,5	3,6	2,5	3,4	3,0	-1,7	-0,8	-1,0	-1,2
Mexiko	-0,2	0,7	1,5	3,5	6,4	5,0	4,6	3,4	-2,9	-2,2	-2,2	-2,7
Venezuela	2,8	-8,9	-16,7	7,7	12,5	22,4	34,0	40,8	3,1	8,2	9,2	8,2

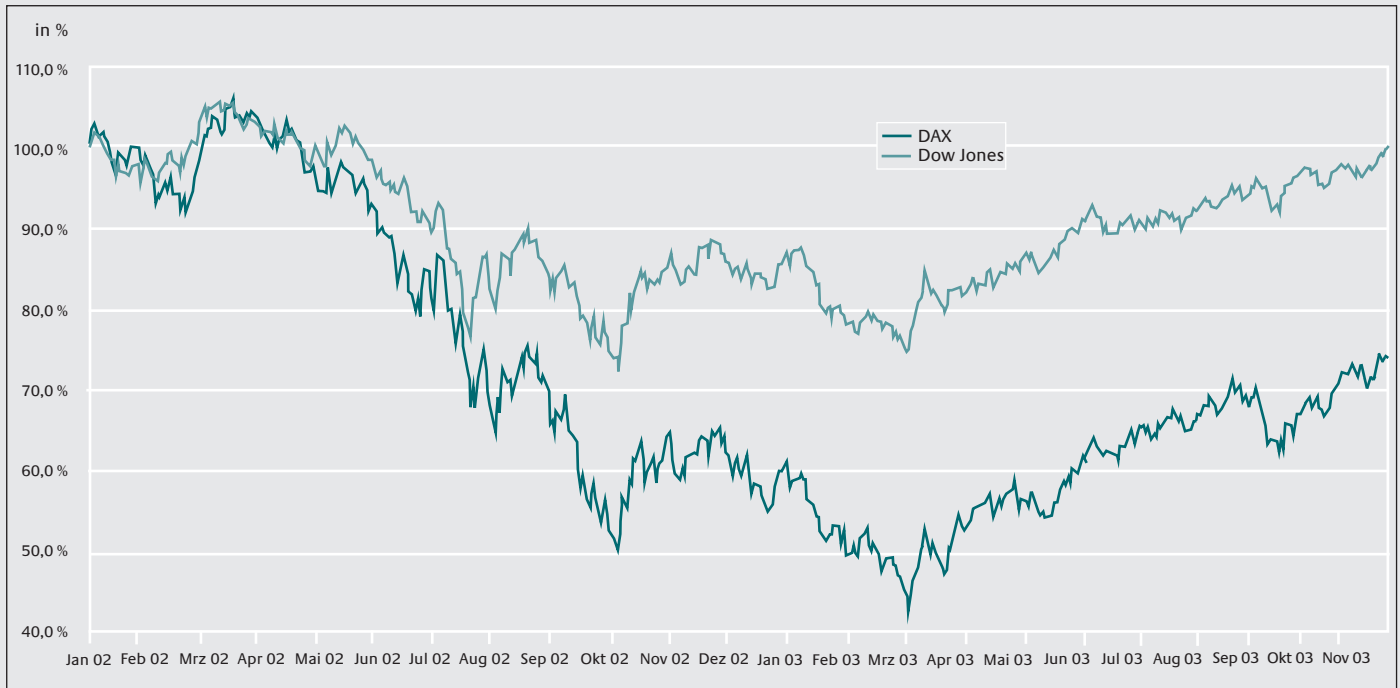
Quelle: IWF World Economic Outlook, Stand: September 2003
Definition der Ländergruppen folgt der Definition des IWF.

¹ Prognosen des IWF.

9 Entwicklung von DAX und Dow Jones

1. Januar 2002 = 100 %

(1. Januar 2002 bis 12. Dezember 2003)



10 Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindices

	Stand 15.12.2003	Anfang 2003	Änderung in % zu Anfang 2003	Tief 2002/2003	Hoch 2000
Dow Jones	10 042,16	8 342	20,39 %	7 197	11 750
Eurostoxx 50	2 593,56	2 508	3,43 %	1 904	5 220
Dax	3 860,13	2 893	33,45 %	2 189	8 136
CAC 40	3 470,64	3 064	13,27 %	2 401	6 945
Nikkei	10 490,77	8 579	22,29 %	7 604	20 434

Renditen staatlicher Benchmarkanleihen

10 Jahre	Aktuell 15.12.2003	Anfang 2003	Spread zu US-Bond in %	Tief 2002/2003	Hoch 2002/2003
USA	4,28	3,82	-	3,57	5,43
Bund	4,33	4,18	0,05	3,79	5,26
Japan	1,38	0,90	-2,90	0,63	1,67
Brasilien	8,74	18,91	4,46	8,46	30,78

Währungen

	Aktuell 15.12.2003	Anfang 2003	Änderung in % zu Anfang 2003	Tief 2002/2003	Hoch 2002/2003
Dollar/Euro	1,22	1,05	16,38	0,86	1,23
Yen/Dollar	108,05	118,74	-9,00	107,26	134,37
Yen/Euro	131,88	124,63	5,82	112,12	140,57
Pfund/Euro	0,70	0,65	7,82	0,61	0,72



Verzeichnis der Berichte

Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2003...

...nach Veröffentlichungsdatum	139
...nach Stichpunkten	141

Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2003 nach Veröffentlichungsdatum

Veröffentlichung	Berichte	Seite
Januar 2003	Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms – Finanzpolitische Stabilität in weiterhin schwierigem Umfeld	33
	Die Koordinierung der Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden im Finanzplanungsrat	39
	„Kapital für Arbeit“ – Programm zur Förderung des Mittelstandes und des Arbeitsmarktes	49
	Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich	55
	Europäischer Vergleich der Steuer- und Abgabensysteme für den Erwerb, das Inverkehrbringen und die Nutzung von Kraftfahrzeugen	69
Februar 2003	Bericht über den Abschluss des Bundeshaushalts 2002	31
	Haushalts- und Finanzplanung im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang	63
	Neue Rechtsakte für die Zusammenarbeit der Zollverwaltungen bei der Kriminalitätsbekämpfung in der EU	69
	Vorbereitung des Frühjahrsgipfels 2003: Fortentwicklung und Umsetzung der Lissabon-Strategie	73
	EU-Haushaltspolitik: Der Gemeinschaftshaushalt 2003	81
	Verbesserung der Krisenbewältigung durch ein internationales Insolvenzverfahren für Staaten	87
	27. Februar 2003 – 50 Jahre Londoner Schuldenabkommen	91
März 2003	Das Verfahren wegen eines übermäßigen Defizits im Rahmen des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts	35
	Bericht über die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, und Zukunft“	57
	Tarifverträge über vermögenswirksame Leistungen	63
	Die Förderung des Umweltschutzes im deutschen Abgabenrecht	67
	Das Zollfahndungsdienstgesetz	79
	Einführung des IT-Verfahrens ATLAS in der deutschen Zollverwaltung	85
	Die Erweiterung der EU – aktueller Stand und Perspektiven aus finanzpolitischer Sicht	93
April 2003	Bundeshaushalt 2003 – Vorrang für eine moderne Investitionspolitik	29
	Aktuelle Entwicklungen in Lateinamerika	55
	Die Bekämpfung des internationalen Terrorismus im Bereich der Zollverwaltung	63
	ELSTER – Die Kommunikationssoftware der Finanzverwaltung	65
	Bekämpfung illegaler Beschäftigung durch die Zollverwaltung	75
Mai 2003	Entwicklung des Bundeshaushalts (Quartalsbericht)	31
	Ergebnisse der Steuerschätzung Mai 2003	55
	Ausgabenstruktur des Bundes: Gekennzeichnet von Schuldenlast und Alterung der Bevölkerung	59
	Quoten als wichtige gesamtwirtschaftliche Größen	67
	Entwicklung der Länderhaushalte im Jahr 2002	73
	Wirtschaftslage und Reformprozess in den EU-Beitrittskandidaten	79
	Bedeutung der Freizonen aus zollrechtlicher Sicht	103
Juni 2003	Quo vadis? – Spielräume der Stabilitäts- und Wachstumspolitik im europäischen Kontext	33
	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder (Quartalsbericht)	41
	Kindergeld – ein internationaler Vergleich mit den Staaten der EU	45
	Kosten der staatlichen kindbezogenen Leistungen	49
	Zigarettschmuggel – eine fast unendliche Geschichte	57
	Das Controlling-Projekt im BMF	63
Juli 2003	Entwurf des Bundeshaushalts 2004 und Finanzplan des Bundes 2003 bis 2007	33
	Mischfinanzierungen zwischen Bund und Ländern	45
	Regierungsumzug schafft dauerhaft mehr Beschäftigung – Prognos-Studie zur Bedeutung der Hauptstadtfunction für die Wirtschaftsentwicklung in Berlin	57
	Chancen und Grenzen einer koordinierten Finanz- und Wirtschaftspolitik	65
	Die „Riester-Rente“ – eine erste Bewertung	73
	Kosten der Besteuerung in Deutschland	81
August 2003	Entwicklung des Bundeshaushalts (Quartalsbericht)	33
	Der Finanzplan 2003 bis 2007 – Verantwortungsvolle Finanzpolitik in einem schwierigen ökonomischen Umfeld	55
	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder (Quartalsbericht)	63
	Die Entwicklung der Investitionsquoten in Deutschland und im internationalen Vergleich	67
	Fortschritte bei der Verhinderung der Geldwäsche	75
September 2003	Nachhaltige Finanzpolitik für Wachstum, Beschäftigung und Generationengerechtigkeit	33
	Abgaben und Sozialtransfers in Deutschland	39
	Gemeindefinanzreform	49
	Steueroptimale Rechtsformwahl: Personengesellschaften besser als Kapitalgesellschaften	57
	Verbesserungsvorschläge für die Umsetzung des deutschen Stabilitätspakts	63
	Investmentmodernisierungsgesetz: Weitere Schritte zu einem noch wettbewerbsfähigeren Finanzplatz Deutschl.	73
Oktober 2003	Subventionsbericht der Bundesregierung – Fortsetzung des Subventionsabbaus	33
	Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2003	39
	Wachstumsunterschiede zwischen Frankreich und Deutschland	49
	Internationale Bundeswehreinsätze in 2003 und ihre Berücksichtigung im Bundeshaushalt	57
	Kurs: Marktwirtschaft – Russland im Wandel	65
	Konsultationen mit ausgewählten Beitrittsländern im Vorfeld der EU-Osterweiterung	71

Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2003 nach Veröffentlichungsdatum

Veröffentlichung	Berichte	Seite
November 2003	Entwicklung des Bundeshaushalts (Quartalsbericht)	33
	Nachtragshaushalt 2003	57
	Ergebnisse der Steuerschätzung November 2003	61
	Zweiter Fortschrittsbericht wirtschaftswissenschaftlicher Institute über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland	65
	Vermögensbesteuerung in westlichen Industriestaaten	73
	Finanz- und Wirtschaftspolitik in wichtigen Industrieländern – ein aktueller Überblick	81
	Wirtschafts- und finanzpolitische Entwicklungen in ausgewählten Schwellenländern	95
	Die 5. WTO-Ministerkonferenz in Cancun vom 10. bis 14. September 2003 und ihre Folgen aus finanzpolitischer Sicht	109
Dezember 2003	Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms – Fortsetzung des Konsolidierungskurses unter schwierigen Rahmenbedingungen	33
	Mittelstandsfinanzierung in Deutschland	39
	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2003	49
	Eine Europäische Wachstumsinitiative zur Stärkung der Wachstumskräfte in der Europäischen Union	59
	Stellungnahme zu den jüngsten Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds (IWF) mit Deutschland	67
	Die G 20 – Ein Dialogforum aus Industrie- und Schwellenländern	73
	Ökonomische Auswirkungen der EU-Erweiterung auf den Standort Deutschland	85
	www.zoll.de – Der Zoll im Internet	95

Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2003 nach Stichpunkten

Stichpunkt 1	Stichpunkt 2	Berichte	Veröffentlichung	Seite
BMF	Aktuelles	Das Controlling-Projekt im BMF	Juni 2003	63
	Wissenschaftlicher Beirat	Verbesserungsvorschläge für die Umsetzung des deutschen Stabilitätspakts	September 2003	63
Europa und internationale Beziehungen	Europapolitik	Chancen und Grenzen einer koordinierten Finanz- und Wirtschaftspolitik	Juli 2003	65
		Das Verfahren wegen eines übermäßigen Defizits im Rahmen des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts	März 2003	35
		Die Erweiterung der EU – aktueller Stand und Perspektiven aus finanzpolitischer Sicht	März 2003	93
		Eine Europäische Wachstumsinitiative zur Stärkung der Wachstumskräfte in der Europäischen Union	Dezember 2003	59
		EU-Haushaltspolitik: Der Gemeinschaftshaushalt 2003	Februar 2003	81
		Kindergeld – ein internationaler Vergleich mit den Staaten der EU	Juni 2003	45
		Konsultationen mit ausgewählten Beitrittsländern im Vorfeld der EU-Osterweiterung	Oktober 2003	71
		Neue Rechtsakte für die Zusammenarbeit der Zollverwaltungen bei der Kriminalitätsbekämpfung in der EU	Februar 2003	69
		Ökonomische Auswirkungen der EU-Erweiterung auf den Standort Deutschland	Dezember 2003	85
		Vorbereitung des Frühjahrsgipfels 2003: Fortentwicklung und Umsetzung der Lissabon-Strategie	Februar 2003	73
		Wachstumsunterschiede zwischen Frankreich und Deutschland	Oktober 2003	49
		Wirtschaftslage und Reformprozess in den EU-Beitrittskandidaten	Mai 2003	79
	Internationale Beziehungen	Aktuelle Entwicklungen in Lateinamerika	April 2003	55
		Die 5. WTO-Ministerkonferenz in Cancun vom 10. bis 14. September 2003 und ihre Folgen aus finanzpolitischer Sicht	November 2003	109
		Die G 20 – Ein Dialogforum aus Industrie- und Schwellenländern	Dezember 2003	73
		Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich	Januar 2003	55
		Europäischer Vergleich der Steuer- und Abgabensysteme für den Erwerb, das Inverkehrbringen und die Nutzung von Kraftfahrzeugen	Januar 2003	69
		Finanz- und Wirtschaftspolitik in wichtigen Industrieländern – ein aktueller Überblick	November 2003	81
		Fortschritte bei der Verhinderung der Geldwäsche	August 2003	75
		Kurs: Marktwirtschaft – Russland im Wandel	Oktober 2003	65
		Stellungnahme zu den jüngsten Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds (IWF) mit Deutschland	Dezember 2003	67
		Verbesserung der Krisenbewältigung durch ein internationales Insolvenzverfahren für Staaten	Februar 2003	87
		Vermögensbesteuerung in westlichen Industriestaaten	November 2003	73
		Wirtschafts- und finanzpolitische Entwicklungen in ausgewählten Schwellenländern	November 2003	95
Finanz- und Wirtschaftspolitik	Arbeits- und Sozialpolitik	Die „Riester-Rente“ – eine erste Bewertung	Juli 2003	73
		Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2003	Oktober 2003	39
		Kindergeld – ein internationaler Vergleich mit den Staaten der EU	Juni 2003	45
		Tarifverträge über vermögenswirksame Leistungen	März 2003	63
	Bundeshaushalt	Bericht über den Abschluss des Bundeshaushalts 2002	Februar 2003	31
		Bundeshaushalt 2003 – Vorrang für eine moderne Investitionspolitik	April 2003	29
		Der Finanzplan 2003 bis 2007 – Verantwortungsvolle Finanzpolitik in einem schwierigen ökonomischen Umfeld	August 2003	55
		Entwicklung des Bundeshaushalts (Quartalsbericht)	Mai 2003	31
		Entwicklung des Bundeshaushalts (Quartalsbericht)	August 2003	33
		Entwicklung des Bundeshaushalts (Quartalsbericht)	November 2003	33
		Entwurf des Bundeshaushalts 2004 und Finanzplan des Bundes 2003 bis 2007	Juli 2003	33
		Haushalts- und Finanzplanung im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang	Februar 2003	63

Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2003 nach Stichpunkten

Stichpunkt 1	Stichpunkt 2	Berichte	Veröffentlichung	Seite
Finanz- und Wirtschaftspolitik	Bundeshaushalt	Internationale Bundeswehreinsätze in 2003 und ihre Berücksichtigung im Bundeshaushalt	Oktober 2003	57
		Nachtragshaushalt 2003	November 2003	57
	Finanzpolitik	Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms – Finanzpolitische Stabilität in weiterhin schwierigem Umfeld	Januar 2003	33
		Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms – Fortsetzung des Konsolidierungskurses unter schwierigen Rahmenbedingungen	Dezember 2003	33
		Ausgabenstruktur des Bundes: Gekennzeichnet von Schuldenlast und Alterung der Bevölkerung	Mai 2003	59
		Bericht über den Abschluss des Bundeshaushalts 2002	Februar 2003	31
		Bundeshaushalt 2003 – Vorrang für eine moderne Investitionspolitik	April 2003	29
		Das Verfahren wegen eines übermäßigen Defizits im Rahmen des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts	März 2003	35
		Der Finanzplan 2003 bis 2007 – Verantwortungsvolle Finanzpolitik in einem schwierigen ökonomischen Umfeld	August 2003	55
		Die Entwicklung der Investitionsquoten in Deutschland und im internationalen Vergleich	August 2003	67
		Die Erweiterung der EU – aktueller Stand und Perspektiven aus finanzpolitischer Sicht	März 2003	93
		Entwicklung des Bundeshaushalts (Quartalsbericht)	Mai 2003	31
		Entwicklung des Bundeshaushalts (Quartalsbericht)	August 2003	33
		Entwicklung des Bundeshaushalts (Quartalsbericht)	November 2003	33
		Haushalts- und Finanzplanung im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang	Februar 2003	63
		Kosten der staatlichen kindbezogenen Leistungen	Juni 2003	49
		Nachhaltige Finanzpolitik für Wachstum, Beschäftigung und Generationengerechtigkeit	September 2003	33
		Ökonomische Auswirkungen der EU-Erweiterung auf den Standort Deutschland	Dezember 2003	85
		Quo vadis? – Spielräume der Stabilitäts- und Wachstums politik im europäischen Kontext	Juni 2003	33
		Quoten als wichtige gesamtwirtschaftliche Größen	Mai 2003	67
		Subventionsbericht der Bundesregierung – Fortsetzung des Subventionsabbaus	Oktober 2003	33
	Föderale Beziehungen	Die Koordinierung der Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden im Finanzplanungsrat	Januar 2003	39
		Entwicklung der Länderhaushalte im Jahr 2002	Mai 2003	73
		Gemeindefinanzreform	September 2003	49
		Mischfinanzierungen zwischen Bund und Ländern	Juli 2003	45
		Regierungsumzug schafft dauerhaft mehr Beschäftigung – Prognos-Studie zur Bedeutung der Hauptstadtfunction für die Wirtschaftsentwicklung in Berlin	Juli 2003	57
		Bericht über die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, und Zukunft“	März 2003	57
		„Kapital für Arbeit“ – Programm zur Förderung des Mittelstandes und des Arbeitsmarktes	Januar 2003	49
	Wirtschaftspolitik	Mittelstandsfinanzierung in Deutschland	Dezember 2003	39
		Regierungsumzug schafft dauerhaft mehr Beschäftigung – Prognos-Studie zur Bedeutung der Hauptstadtfunction für die Wirtschaftsentwicklung in Berlin	Juli 2003	57
		Steueroptimale Rechtsformwahl: Personengesellschaften besser als Kapitalgesellschaften	September 2003	57
		Wachstumsunterschiede zwischen Frankreich und Deutschland	Oktober 2003	49
		Zweiter Fortschrittsbericht wirtschaftswissenschaftlicher Institute über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland	November 2003	65
Investment und Vermögen	Kapitalmarktpolitik	Fortschritte bei der Verhinderung der Geldwäsche	August 2003	75
		Investmentmodernisierungsgesetz: Weitere Schritte zu einem noch wettbewerbsfähigeren Finanzplatz Deutschl.	September 2003	73
	Schuldenmanagement des Bundes	27. Februar 2003 – 50 Jahre Londoner Schuldenabkommen	Februar 2003	91

Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2003 nach Stichpunkten

Stichpunkt 1	Stichpunkt 2	Berichte	Veröffentlichung	Seite
Steuern und Zölle	Der Zoll in Deutschland	Bedeutung der Freizonen aus zollrechtlicher Sicht	Mai 2003	103
		Bekämpfung illegaler Beschäftigung durch die Zollverwaltung	April 2003	75
		Das Zollfahndungsdienstgesetz	März 2003	79
		Die Bekämpfung des internationalen Terrorismus im Bereich der Zollverwaltung	April 2003	63
		Einführung des IT-Verfahrens ATLAS in der deutschen Zollverwaltung	März 2003	85
		Neue Rechtsakte für die Zusammenarbeit der Zollverwaltungen bei der Kriminalitätsbekämpfung in der EU	Februar 2003	69
		www.zoll.de – Der Zoll im Internet	Dezember 2003	95
		Zigarettschmuggel – eine fast unendliche Geschichte	Juni 2003	57
	Ökologische Steuerreform	Die Förderung des Umweltschutzes im deutschen Abgabenrecht	März 2003	67
	Steuern	Abgaben und Sozialtransfers in Deutschland	September 2003	39
		Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich	Januar 2003	55
		Europäischer Vergleich der Steuer- und Abgabensysteme für den Erwerb, das Inverkehrbringen und die Nutzung von Kraftfahrzeugen	Januar 2003	69
		Kosten der Besteuerung in Deutschland	Juli 2003	81
		Stand und Entwicklung der Steuerrückstände 2002	Dezember 2003	53
		Steueroptimale Rechtsformwahl: Personengesellschaften besser als Kapitalgesellschaften	September 2003	57
		ELSTER – Die Kommunikationssoftware der Finanzverwaltung	April 2003	65
	Steuerschätzung, -aufkommen	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder (Quartalsbericht)	Juni 2003	41
		Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder (Quartalsbericht)	August 2003	63
		Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2003	Dezember 2003	49
		Ergebnisse der Steuerschätzung Mai 2003	Mai 2003	55
		Ergebnisse der Steuerschätzung November 2003	November 2003	61

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen
Referat Presse und Information
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
<http://www.bundesfinanzministerium.de>

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen
Arbeitsgruppe Monatsbericht
Redaktion.Monatsbericht@BMF.Bund.de
Berlin, Dezember 2003

Gestaltung:

trafodesign, Düsseldorf

Satz:

Heimbüchel PR, Kommunikation und Publizistik GmbH,
Berlin/Köln

Druck:

Druckhaus Am Treptower Park GmbH, Berlin

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen:

telefonisch 0180 / 522 1996 (0,12 €/Min.)

per Telefax 0180 / 522 1997 (0,12 €/Min.)

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.